Politische Talkshows: Zuschauerinteresse rückläufig – Seite 17

4,00 €
April

4|20

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Peter Altmaier
Tanja Dückers
Monika Grütters
Rolf Schmachtenberg
Marco Wanderwitz
und viele andere

Museen
Kulturwissenschaftliches Epizentrum: der Forschungscampus Dahlem der Stiftung Preußischer Kulturbesitz
Seite 4

Grundrente
Finanzielle Grundlage für alle: Kulturschaffende sollen dank der Künstlersozialkasse auch die Grundrente erhalten
Seite 8

Kulturpolitik
Revision: Brauchen wir eine neue »neue Kulturpolitik«? Ist eine nachhaltige Weiterentwicklung erforderlich?
Seiten 10 und 11

Literatur
Ost-West-Perspektiven in Schriftform: Gibt es den großen Wenderoman? Welche DDR-Kinderbücher sind wieder gefragt?
Seiten 14 bis 16

Pandora

Ja, wir haben sie geöffnet, die berühmte Büchse der Pandora. Nicht erst in Wuhan, sondern schon Jahrzehnte vorher. Unsere Büchse heißt Kommerzialisierung aller Lebensbereiche und ist die Idee eines zügellosen Kapitalismus. Noch vor einem Dreivierteljahr stellte die Bertelsmann Stiftung fest: »In Deutschland gibt es zu viele Krankenhäuser.« Und jetzt ringen wir um jeden Beatmungsplatz für Corona-Patienten. Wir haben uns Sand in die Augen streuen lassen und waren vielfach blind, die Risiken zu erkennen.

Das Heilsversprechen der Geschäftemacher ist: Durch immer mehr Globalisierung gehe es uns allen immer besser. Doch bis heute ist die globalisierte Welt nicht in der Lage, den Hunger zu bekämpfen, immer noch stirbt etwa alle 3,5 Sekunden ein Mensch an den Folgen von Hunger und Unterernährung.

Oder das Recht auf Bildung in der Welt zu realisieren? Immer noch beherrschen etwa 776 Millionen Erwachsene – die meisten davon Frauen – nicht die einfachsten Grundlagen des Schreibens und Rechnens, ungefähr 75 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule, keinen einzigen Tag in ihrem Leben! Und nicht nur in Syrien werden ganze Generationen tagtäglich ihrer Zukunft beraubt.

Doch bislang konnten wir glauben, dass zumindest wir im sogenannten entwickelten Teil der Welt die Nutznießer der Kommerzialisierung und der Globalisierung seien. Spätestens mit dem weltweiten Siegeszug des Coronavirus wurden wir eines Besseren belehrt.

Der Kulturbereich spürt die verheerenden Wirkungen der Seuche gleich dreifach. Wie alle Menschen sind wir von gesundheitlichen Risiken der Pandemie betroffen, zusätzlich können viele Kulturschaffende ihrer Arbeit, die sehr oft viel mehr als nur Broterwerb ist, nicht mehr nachgehen und die wegbrechenden Einnahmen bringen viele Kulturunternehmen und Solokünstler in existenzielle Not.

Schon vor mehr als fünf Jahren haben wir uns gegen die sogenannten Freihandelsabkommen, wie TTIP und CETA, gestellt und sind gemeinsam mit den Freunden aus der globalisierungskritischen Szene auf die Straße gegangen. Wenn die Corona-Pandemie überwunden ist, müssen wir an die damaligen Aktivitäten wieder anknüpfen und die Grundfrage, wie wollen wir in der Zukunft leben, neu beantworten. Der Kulturbereich muss bei der notwendigen Diskussion einer der Antreiber sein.

Das letztlich Positive an dem griechischen Mythos ist doch, dass die Büchse der Pandora auch die Hoffnung enthält. Wir müssen sie jetzt nur herauslassen.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

Corona versus Kultur

Wie reagieren Medien und Kultur auf die Pandemie? Seiten 1, 3, 21 bis 39

COLLAGE: FRANK R. SCHRÖDER / IHEARTBERLIN.DE

Wendezeit

Das öffentliche Gespräch über die Jahre 1989/90 darf kein Selbstgespräch des Westens bleiben

KATHRIN SCHMIDT

Ich war 1989 31 Jahre alt geworden und arbeitete als Kinderpsychologin in Berlin-Marzahn. Vier meiner fünf Kinder waren schon geboren. Das damals jüngste im Sommer 1988. Wir lebten im Berliner Stadtbezirk Hellersdorf, an Ostberlins Peripherie. Seit Mitte der 1980er Jahre hatten wir einem Kreis der DDR-Opposition nahegestanden, der im Herbst 1989 die Initiative für eine Vereinigte Linke ausrief. Richtig aktiv waren wir nicht geworden. Der Kinder wegen, meinte ich damals, aber das ist wohl falsch. Erst im Sommer 1989 begannen wir, uns im Strudel der sich überschlagenden Ereignisse fast täglich zu Versammlungen und Zusammenkünften aufzumachen.

Ich erinnere mich, dass ich damals anders durch die Straßen lief als zuvor. Traute mich, einen riesigen, pinkblauschwarzen, breitkrempigen Samthut aufzusetzen, den ich schon einige Jahre zuvor besessen hatte, aber nach kurzen Trageversuchen immer schnell wieder abgesetzt hatte. Ich erinnere mich, dass viele Menschen einander damals sehr offen ins Gesicht sahen, wortlos vielsagend, auf der Suche nach Gleichgesinnten. Die lange U-Bahn-Fahrt von Hellersdorf zur großen Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 ist

Viele Menschen sahen einander damals sehr offen ins Gesicht, wortlos vielsagend, auf der Suche nach Gleichgesinnten

mir besonders im Gedächtnis. Jeder wusste vom anderen, dass er das gleiche Ziel hatte. Wir lächelten, sprachen uns Mut zu, rissen Witze, wir waren am Morgen selbstbewusst erwacht und voller Energie, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Wir waren die flächendeckende Begleiterscheinung der politischen Bewegung, deren Handlungsform am 10. September 1989 auf Betreiben einer kleinen Frau, Bärbel Bohley, durch die Gründung des Neuen Forums gesetzt worden war: Es sollte um Dialog gehen, um Generalaussprache der politischen Strömungen im Land, um Basisdemokratie der eigenen Bewegung und Gewaltlosigkeit von beiden Seiten. Alle Bürger der DDR waren aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Im frühen Herbst 1989 war an ein Aufgehen der DDR in der Bundesrepublik nicht zu denken. Der im Kalten Krieg aufrechterhaltene Status quo zwischen Ost und West stand für uns so fest wie die Mauer, deren Fall auch darum nicht zu unseren Zielen gehören konnte. Auch wenn weltpolitisch noch ganz andere Bedingungen und Randbedingungen wirksam waren, wurde aber mit der Gründung des Neuen Forums der Auftakt einer ostdeutschen Demokratiebewegung kenntlich. Innerhalb von Wochen unterschrieben 200.000 Menschen den Aufruf des Neuen Forums, obwohl Innenminister Friedrich Dickel ihn zu einem feindlichen Papier erklärt hatte. Neben den großen Demonstrationen, die noch heute in vieler Munde sind, waren es wenig später z. B. die Bildung von Bürgerkomitees, Absetzung von Betriebsleitungen und Bürgermeistern, Aktionen wie die Schließung und Versiegelung der Erfurter Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit durch Erfurter Frauen am 4. Dezember, die die Installation des Zentralen Runden Tisches drei Tage später erzwangen. Viele kommunale und themenbezogene Runde Tische entstanden, an denen tatsächlich für kurze Zeit Entscheidungen zur Verwaltung der Obliegenheiten der Bürger getroffen wurden. Selbstbestimmtheit war dabei, landesweit Maxime des Bürgerhandelns zu werden. Für wenige Wochen, vielleicht drei, vier Monate. Dieses im Ostblock einzigartige Phänomen rührte zu einem guten Teil aus der langen Erfahrung des sozialen Gleichgestelltseins des überwiegenden Teils der Bevölkerung – damit meine ich übrigens keineswegs eine einheitliche politische Ausrichtung. Die Regierenden hatten sich in Wandlitz verschanzt und standen außerhalb des sozialen DDR-Gefüges. Die einst durchgezogene Verstaatlichung des Produktions- wie des bescheidenen Dienstleistungssektors hatte ebenso wie die gleiche Art Schulbildung für alle spätestens ab den 1970er Jahren ein verändertes Sozialverhalten zur Folge. In den Betrieben lösten sich die unteren Hierarchiestufen auf, Arbeiter waren Angestellten gleichgestellt, und auch Angehörige der Intelligenz ordneten sich zunehmend in den Kreis der sogenannten Werktätigen ein, statt in einer imaginären Hierarchie aufzusteigen. Ja, diese Verhältnisse waren eigenartig und erzeugten, gewiss unbeabsichtigt von denen, die uns diese Gesellschaftsform aufoktroyiert hatten, eine Sozialdynamik, die tendenziell zur Umkehr der Hierarchien neigte und mit der man

Erfahrungen werden über Generationen weitergegeben, ohne dass man etwas dafür oder dagegen tun kann

sich mit Kraft und Geduld im Alltag der Arbeit einiges erkämpfen konnte.

Auch das führte dazu, dass 1989/90 die damals Erwachsenen aller Altersstufen nicht nur Betriebsleiter absetzten, sondern die Redaktionen ihrer Zeitungen und Zeitschriften auswechselten, Veränderungen des Fernsehprogramms erzwangen und z. B. Sendungen wie Elf99 zu einem kritischen, gern gesehenen, mit für viele Zuschauer eindrucksvollen Reportagen gespickten Jugendmagazin machten. Ein erster Besuch im noch nicht abgewickelten Wandlitz etwa, am 23. November 1989. Der Reporter Jan Carpentier war zuvor nicht gerade ein Oppositioneller gewesen, sondern hatte vor nicht allzu langer Zeit sein Studium am Roten Kloster, der Journalistik-Sektion an der Universität Leipzig, absolviert. Wer das tun konnte, musste schon bereit und auch in der Lage sein, sich den parteigesteuerten Ausbildungsinhalten zu fügen.

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 4/2020
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Pandora
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Ost-West-Perspektiven: Wendezeit
Kathrin Schmidt 01

SEITE 2

Kulturmenschen 02

AKTUELLES INTERVIEW

Corona-Krise: »Kultur ist Ausdruck von Humanität«
Theresa Brüheim im Gespräch mit Monika Grütters 03

INLAND

Forschungscampus Dahlem: Ein kulturwissenschaftliches Epizentrum: Berlin-Dahlem
Hermann Parzinger 04

Samsami fragt: Altertümer aus dem Nahen Osten in Berlin
Behrang Samsami im Gespräch mit Barbara Helwing 05

Geschlechtergerechtigkeit in beide Richtungen
Cornelie Kunkat im Gespräch mit Sarah Wedl-Wilson 06

Musiklehrermangel an Grundschulen: #MehrMusikInDerSchule
Christian Höppner 07

Altersvorsorge: Die Grundrente kommt
Rolf Schmachtenberg 08

Claussens Kulturkanzel: Scheune für neue Kunst – Museum des 20. Jahrhunderts am Kulturforum Berlin
Johann Hinrich Claussen 09

Grevens Einwurf: Corona – Die Welt wird eine bessere sein
Ludwig Greven 09

Brauchen wir eine neue »neue Kulturpolitik«?
Gabriele Schulz im Gespräch mit Norbert Sievers und Olaf Zimmermann 10-11

Künstlerarchiv der Stiftung Kunstfonds: Unser kulturelles Vermächtnis
Karin Lingl 12

5 Minuten Urheberrecht: Die materielle Seite des Urheberrechts
Robert Staats 12

Neue Bundesländer: »Es steht Spitz auf Knopf«
Ludwig Greven im Gespräch mit Marco Wanderwitz 13

OST-WEST-PERSPEKTIVEN

Kinderbücher aus der DDR: Zwischen Nostalgie und Aktualität
Marianne Rübelmann 14

Das alte West-Berlin: Alte Ängste neu aufgelegt
Tanja Dückers 14

Gemütszustände: Die Literatur weiß es besser
Arne Born 15

Literatur in der DDR: Eine Literaturlandschaft im Wandel
Regine Möbius 16

MEDIEN

Talkshows sind keine Wrestling-Kämpfe
Helmut Hartung 17

INTERNATIONALES

Kultur- und Bildungspolitik: Bunte Republik Iran
Behrang Samsami 18

KULTURELLES LEBEN

Lesen ist das Nadelöhr in die Gesellschaft – Kirsten Boie im Porträt
Ursula Gaisa 19

Keuchels Kontexte: Krisen beinhalten auch Chancen
Susanne Keuchel 19

Personen & Rezensionen 20

CORONA VERSUS KULTUR

Kulturbereich in der Krise: Kleinteilig, differenziert, kreativ und extrem verletzlich
Olaf Zimmermann 21

Der Nachhall des Schocks
Carsten Brosda 22

Solidarität
Gabriele Schulz 23

»Kulturschaffende sind wichtige Zielgruppe unserer Soforthilfe«
3 Fragen an Peter Altmaier 23

Südwest: Eine nie zuvor erlebte Katastrophe
Sven Scherz-Schade 24

Nordrhein-Westfalen: Illegal 2020
Stefan Laurin 24

Mitteldeutschland: Bis zur Rosenblüte ist es noch weit
Johann Michael Möller 25

Freie Szene Berlin und Hamburg: »Alles bricht weg«
Ludwig Greven 25

Wie unterstützen die Bundesländer jetzt die Kultur?
Statements von Kulturministern 26-27

Theater: In Zeiten der Distanz sozial, solidarisch und systemrelevant bleiben
Ulrich Khuon und Birgit Lengers 28

Musikbereich: Das Publikum macht die Musik
Andreas Kolb 28

Musikschulen und Covid-19: virtuell, virulent, virtuos, vivace
Matthias Pannes 29

Tötet das Virus den Jazz?
Urs Johnen 29

Design: »Normalerweise schaufeln wir um diese Zeit riesige Datenmengen durch unser Netz«
Theresa Brüheim im Gespräch mit Boris Kochan 30

Berliner Clubszene: Gemeinsam allein feiern
Theresa Brüheim im Gespräch mit Pamela Schobeß 30

Bildende Kunst: Coroniade*
Dagmar Schmidt 31

Galerien: Der GAU
Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm 31

Jetzt mehr Kultur in Radio, TV und Co
Statements aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk 32-34

Literaturbetrieb: Von Wunden. Und Wundern.
Nina George 34

Das Buch fällt durch das Raster
Lena Falkenhagen 35

Literatur: Was ist uns Kultur wert?
Alexander Skipis 35

Kinder und Jugendliche: Auch die kulturelle Bildungslandschaft braucht Unterstützung!
Susanne Keuchel 36

Soziokultur arbeitsfähig halten
Ellen Ahbe 37

Volkshochschulen: Zusammen-leben. Zusammenhalten.
Sascha Rex 37

Köln: Ein Virus lähmt die Kulturstadt
Ulrich S. Soénius 38

Kommunen: Landkreise jetzt für das »Danach« stark machen
Jörg Freese 38

Finanzieller Schutzschirm für die Städte und Gemeinden
Uwe Lübking 39

Schutzschirm auch für die Kultur
Klaus Hebborn 39

DAS LETZTE

Kurz-Schluss, P&K Trump-Fakes
Theo Geißler 40

Karikatur, Impressum 40

Fortsetzung von Seite 1

Und nun ging er auf das Gelände der Bonzensiedlung, war auf Tatsachen aus. Eigentlich wie ein guter Journalist. Er filmte und stellte es den Zuschauern frei, sich ihren Reim auf das Gesehene zu machen. Er blieb sich nicht, sondern er wurde sich treu.

Und wenn ich mich nun daran erinnere, wie schnell es nach 1990 keine größere Zeitung, keine Rundfunk- oder Fernsehstation in ostdeutscher Hand mehr gab, obwohl die Medienlandschaft sich ebenso schnell verändert hatte wie das ganze kleine Land, muss ich doch zugeben: Damit waren die große Aussprache, die Erinnerung, ja, die Selbstverständigung, die sich eine ganze Bevölkerung eben erst aufgeschlossen hatte, passé. Das folgte der ökonomischen Logik und fühlte sich wie Entmündigung an. Wie Belehrung. Ich weiß, wie das klingt, wie sich das anhört. Ich sage es ohne Arg, ohne Klage. Ich erinnere mich. Ich stelle fest, wie etwas wirkte, das über uns kam. Statt Aussprache miteinander zu halten, waren wir Zuhörer geworden. Die Lähmung folgte auf dem Fuß.

Neben ökonomischer Logik gibt es auch eine soziale Logik, nach der die Gesellschaftsform der DDR in den auf den Herbst 1989 folgenden Wochen ihren totalitären Charakter verloren hatte. Wie die ostdeutsche Demokratiebewegung sich im September 1989 bildete

FOTO: DIRK SKIBA

Kathrin Schmidt

und wie der Verlauf der für mich nicht friedlichen, sondern nur weitgehend gewaltlosen Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat verlief, sprechen deutlich dafür. Deshalb glaube ich, dass, wenn die DDR ausschließlich mit inzwischen alt gewordenen Begrifflichkeiten wie Unrechtsstaat, zweite deutsche Diktatur usw. charakterisiert wird, die ihr in einer Zeit vor dem Herbst 1989 zugesprochen wurden, die im Herbst 1989 zutage getretene ostdeutsche Gesellschaft nicht gefasst werden kann.

Das ist nun 30 Jahre her. Man kann sagen, das hat sich doch längst überholt. Das gilt doch heute alles nicht mehr. Wer ist überhaupt ostdeutsch? Ein im Osten Geborener? Und ist ein in Ostdeutschland Lebender ein Ostdeutscher, auch wenn er im Westen zur Welt kam? Das ist doch alles kein Thema mehr für jüngere Leute, die nach dem Mauerfall geboren wurden. Das nivelliert sich doch rasch … In diesem Fall bin ich aber Psychologin genug, zu sagen, dass ein tendenziell egalitäres Aufwachsen zu anderer psychischer Grundkonstitution führt als eines in tendenziell elitären Verhältnissen. Erfahrungen werden über Generationen weitergegeben, ohne dass man etwas dafür oder dagegen tun kann. Auch heute noch sind im Osten Geborene unterrepräsentiert in bundesdeutschen Höhen, und das auch auf dem Gebiet des Ostens. Politik, Justiz, Wissenschaft, für alle sicht- und fühlbar auch Wohnungseigentum, vor allem in Ostdeutschlands sogenanntem Premiumsegment – überwiegend in westdeutscher Hand. Ausländer geraten mit 24 Prozent häufiger in Leitungspositionen der Wissenschaft als Ostdeutsche mit 15 Prozent.

Drei von 60 Staatssekretären im Jahr 2018 waren ostdeutsch, ebenso 4 von 154 Botschaftern. In Führungspositionen sind sie noch seltener als Frauen anzutreffen. In der Bundeswehr gab es 2018 zwei Ostdeutsche unter 202 Generälen und Admiralen, aber die Hälfte aller im Kosovo und in Afghanistan stationierten Soldaten stammte aus dem Osten. In den neuen Bundesländern waren 2018 nur 13,3 Prozent Richter aus Ostdeutschland beschäftigt, an Bundesgerichten gar nur 3 von 336, wie Frontal 21 berichtet. Das ließe sich beliebig erweitern.

Als Klaus Wolfram, 1989 Programmkoordinator des Neuen Forums und Mitglied in dessen Sprecherrat, Anfang November 2019 in einem Vortrag vor den Mitgliedern der Berliner Akademie der Künste zu dem Schluss kam, das öffentliche Gespräch über die Jahre 1989/90 gliche hierzulande einem Selbstgespräch des Westens über den Osten, war der Affront gesetzt. Ein Ost-West-Affront, den wir längst zu Grabe getragen geglaubt hatten. Genervt scheint der Westen vom pludrigen, piefigen, unverständlichen Osten, der deutschen Provinz. Das darf er. Ich aber danke Klaus Wolfram für die Inspiration zu diesem Text, denn ich würde gern etwas dazu beitragen, dass das nicht so bleibt.

Kathrin Schmidt ist Schriftstellerin und Sprecherin der Deutschen Literaturkonferenz

DER AUSBLICK 5|20

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Mai 2020.
Im Fokus steht das Thema »Industriekultur«.

Kulturmenschen

Nicht einer, sondern viele.
Nicht du oder ich, sondern wir.
Alle, die gerade ihre Musik via YouTube und Instagram spielen. Alle, die Bilder zum Ausmalen und Gestalten für Kinder entwerfen. Alle, die am Balkon stehen und Arien schmettern. Alle, die Atemmasken kreativ in Heimarbeit designen. Alle, die Musikunterricht via Zoom und FaceTime geben. Alle, die in Redaktionen die Stellung halten und verlässliche Informationen verbreiten. Alle, die in Clubs ohne Publikum auflegen. Alle, die weiter für TV und Co produzieren. Alle, die Agenturen in der Kultur- und Kreativwirtschaft am Laufen halten und Mitarbeiter weiter beschäftigen. Alle, die Podcasts aufnehmen. Alle, die kontaktlos Bücher aus dem Laden um die Ecke an die Haustür liefern. Alle, die trotzdem weiter schreiben. Alle, die online Ausstellungen planen oder schon zeigen. Alle, die zu Hause »Survial Guides« fotografieren. Alle, die Nothilfen auf den Weg bringen. Alle, die sich gerade und immer für Kultur und Medien stark machen. Alle, die jetzt Hoffnung auf ein großes kulturelles Erwachen nach Corona spenden. Alle, in Kultur und Medien, die hier nicht erwähnt wurden und doch essenziell für unsere Gesellschaft sind. Sie alle sind unsere Kulturmenschen. Ihnen allen gehört die Bühne. Ihnen allen gebührt Applaus. Ihnen allen sagen wir von Herzen: DANKE! GEMEINSAM GEHT ES WEITER!

© ADOBE STOCK / ANNETT SEIDLER

Corona-Krise: »Kultur ist Ausdruck von Humanität«

Staatsministerin Monika Grütters im Gespräch über die Auswirkungen der Pandemie

Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, gibt im Gespräch mit Theresa Brüheim Auskunft über aktuelle Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung von Kultur und Medien während der Corona-Pandemie und mehr.

Theresa Brüheim: Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie sowohl kurz- als auch mittelfristig auf die Kultur- und Medienlandschaft, Frau Staatsministerin?
Monika Grütters: Zunächst muss ich persönlich sagen: Mir zerreißt es das Herz, wenn ich sehe, wie unsere großartige Kulturlandschaft gerade zum Stillstand gezwungen ist. Kulturelle Institutionen vom Museum über den Musikclub, das Konzerthaus und Theater bis zur Oper oder Kino – fast das gesamte kulturelle Leben ist zum Erliegen gekommen. Die aktuelle Situation macht uns auf schmerzliche Weise deutlich, dass Kultur kein dekorativer Luxus ist, den man sich nur in guten Zeiten gönnt, sondern dass sie elementarer Bestandteil unseres Zusammenlebens und unseres Menschseins ist. Auf sie verzichten zu müssen, ist ein großer Verlust an Lebensqualität, Inspiration und Kontemplation. Aber in der jetzigen Situation ist völlig klar: Die Gesundheit geht vor. Ich kann nur alle eindringlich auffordern, den Anweisungen der Behörden zu folgen.

Was denken Sie, wie wird sich die Situation insbesondere auf die Kultur- und Medienschaffenden auswirken?
Der Stillstand des gesellschaftlichen Lebens sorgt bei den kulturellen Einrichtungen und insbesondere bei Freischaffenden in Kultur und Medien für massive Einschränkungen bis hin zum zumeist vollständigen Einnahmeausfall. Für viele Soloselbständige, Kleinunternehmerinnen und -unternehmer oder Honorarkräfte ist dies eine dramatische, existenzbedrohende Situation. Denn oft haben sie keinerlei Rücklagen, müssen aber dennoch laufende Kosten weiter aufbringen, um nach der Krise weiter beruflich handlungsfähig zu sein. Sie müssen ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien sichern. So kommt zur gesundheitlichen Besorgnis eine akute Existenzangst. Ich habe in den vergangenen Wochen sehr, sehr viele Hilferufe aus der Branche bekommen. Jeder einzelne ist mir einmal mehr Ansporn, daran mitzuwirken, die Not abzufedern.
Angesichts der großen Dynamik der Lage ist unklar, wie lange und in welchem Umfang die Schutzmaßnahmen und die resultierenden Einschränkungen andauern. Ein paar Wochen mögen viele die Konsequenzen noch überbrücken können, deshalb haben die Bundesregierung und speziell auch mein Haus für den Kultur- und Medienbereich bereits umfassende und sehr finanzwirksame Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Und wir arbeiten mit Hochdruck an weiteren passgenauen Unterstützungsmodellen.

Wie sehen diese aus? Welche Maßnahmen ergreifen Sie als Staatsministerin für Kultur und Medien jetzt zur Minderung der Folgen der Corona-Pandemie auf Kultur und Medien?
Als Allererstes habe ich sehr schnell dafür gesorgt, dass möglichst niemand, der eine finanzielle Förderung aus meinem Haus bekommt, Rückforderungen befürchten muss. Wer das Geld schon für etwas verausgabt hat, das jetzt aber nicht wie geplant stattfindet, kann es nicht zurückzahlen – das prüfen wir in jedem Einzelfall und wollen hier gute Lösungen finden. Wir gehen sogar so weit, dass wir schauen, ob die Förderkriterien Raum lassen, bereits zugesagte Mittel für sinnvolle Alternativen einzusetzen. Wo Flexibilität besteht, da werden wir sie nutzen. Darüber hinaus überprüfen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade sämtliche Förderprogramme daraufhin, ob und inwieweit sie an die jetzigen Bedürfnisse der Kultureinrichtungen und für in Not geratene Künstlerinnen und Künstler sowie andere Freiberuflerinnen und -berufler in der Kultur- und Kreativwirtschaft angepasst werden könnten.
Vor allem habe ich intensiv die federführenden Bundesminister, vor allem den Wirtschafts-, den Finanz- und den Arbeitsminister, für die Situation in der Kultur und in den Medien sensibilisiert und vehement eine angemessene Berücksichtigung der Belange der Künstlerinnen und Künstler sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft im Maßnahmenpaket der Bundesregierung gefordert. Dies

> **Der Stillstand des gesellschaftlichen Lebens sorgt bei kulturellen Einrichtungen für massive Einbußen**

hat auch gewirkt: Wir haben jetzt Unterstützungsmechanismen, die auch den vielen Soloselbständigen in Kultur und Medien einen schnellen und einfachen Zugang zu sozialer und betrieblicher Sicherung ermöglichen:
1. So sind z. B. Anpassungen für den Bezug der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch auf den Weg gebracht worden, die die Zugangsvoraussetzungen für die nächsten Monate deutlich erleichtern. Das vorhandene Vermögen muss, sofern es nicht erheblich ist, nicht angetastet werden, eine komplexe Vermögensprüfung entfällt. Der Verbleib in der Wohnung wird gesichert. Die Leistungen sollen schnell und unbürokratisch gewährt werden.
2. Daneben gibt es direkte Soforthilfen für Soloselbständige und kleine Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, für die Bundesmittel in Höhe von insgesamt bis zu 50 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Darunter fallen ausdrücklich auch die vielen Selbständigen und kleinen Betriebe in Kultur und Medien. Mit den Mitteln können laufende Betriebskosten, wie etwa Mieten, Leasingraten und Ähnliches, bezahlt werden.
3. Schließlich hat die Bundesregierung darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Schutzmechanismen beschlossen. So werden beispielsweise Mieterinnen und Mieter in den nächsten sechs Monaten vor Kündigungen bewahrt, wenn sie aktuell Schwierigkeiten haben, ihre Miete vollständig zu bezahlen. Die Stundungsregeln für Darlehen im Sinne der Schuldner sind verbessert worden. Es gibt Sonderregelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld. Und im Falle von Einkommenseinbußen können Betroffene bei der Künstlersozialkasse und bei den Finanzämtern die Senkung ihrer Beiträge oder Steuervorauszahlungen beantragen; außerdem sind Stundungen möglich.
Eine ausführliche Übersicht zur Unterstützung des Kultur- und Kreativbereichs können auf unserer Internetseite abgerufen werden.

Wie planen Sie, besonders die Vielfalt dieses Bereiches zu erhalten?
In den letzten Jahrzehnten – insbesondere auch in den vergangenen gut 20 Jahren, seitdem es den oder die Beauftragte für Kultur und Medien gibt – ist für die Kultur bei uns im Land sehr viel erreicht worden. Das darf die Kulturnation Deutschland niemals preisgeben – erst recht nicht jetzt. Die vielen Unternehmer und Freischaffenden aus dieser Branche können sich deshalb sicher sein: Die Hilfe kommt! So schnell wie möglich, so unbürokratisch wie möglich – und im vollen Bewusstsein für den einzigartigen Stellenwert unserer Kultur- und Kreativlandschaft. Denn gerade jetzt, in dieser für uns alle bis vor Kurzem unvorstellbaren historischen Situation, brauchen wir den schöpferischen Mut und den kritischen Blick unserer Künstler, um die Krise zu bewältigen, um auch Gutes für die Zukunft daraus entstehen zu lassen. Not macht erfinderisch – das gilt ja gerade für die fantasiebegabten Künste.
Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Maßnahmenbündel der Bundesregierung eine Vielzahl unverschuldet in Not geratener Künstlerinnen, Kreativer, Medienschaffender und Kultureinrichtungen effektiv erreichen und ihnen damit ermöglichen, diese schwierige Phase zu überstehen.

Welchen Beitrag zur Verbesserung der Lage kann Kultur Ihrer Meinung nach aktuell leisten?
Zum einen macht uns diese Zeit deutlich, welch ein großer Schatz die deutsche Kulturlandschaft ist und wie privilegiert wir bis jetzt waren, daran nach Belieben teilzuhaben. Zum anderen erkennen wir: Dieses Privileg ist nicht selbstverständlich. Und da Kunst und Kultur gerade in Krisenzeiten ein wesentliches Element der mentalen Auseinandersetzung und emotionalen Verarbeitung sein können, fällt uns der zum Glück nur vorübergehende Verzicht momentan besonders schwer, erst recht, da er für die meisten Menschen mit einem hohen Grad an menschlicher Isolation einhergeht. Aber die Kultur ist auch besonders kre-

> **Unsere geistigen Tankstellen haben wir über zwei Weltkriege gerettet – das tun wir jetzt erst recht!**

ativ: Zahlreiche Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler haben bereits originelle digitale Alternativen entwickelt. So können wir zumindest virtuell, zum Teil per Livestream und größtenteils kostenfrei an Konzerten, Lesungen, Opernaufführungen, Ausstellungen oder Diskussionsveranstaltungen teilnehmen. Hier entstehen quasi aus der Not heraus neue Formate, bereits bestehende digitale Vermittlungswege bekommen die verdiente Aufmerksamkeit.
Mein Dank geht an alle, die auf diesen Kanälen durch eigene künstlerische Beiträge, durch die technische Umsetzung oder durch finanzielle Unterstützung Menschen im eigenen Wohnzimmer ein wenig Freude und Genuss schenken. Wie außerordentlich wichtig vielen der Erhalt unserer großartigen Kulturlandschaft ist und welch enorme Solidarität mit den Künstlerinnen und Kreativen herrscht, zeigen die vielen auch privaten Initiativen und Spendenaufrufe, die zurzeit mit überwältigender Resonanz stattfinden. Denn jede und jeder kann einen Beitrag leisten – und sei es, indem er oder sie darauf verzichtet, den Eintrittspreis für ein abgesagtes Konzert oder Event zurückzufordern, und diesen Betrag stattdessen indirekt dem Ensemble, der Musikerin bzw. dem Sänger »spendet«.
Das Ausmaß dieser Krise war bis vor Kurzem schlicht nicht vorstellbar, doch gemeinsam können wir sie bewältigen. Dazu trägt die Bundesregierung, dazu trägt mein Haus, dazu trägt die Kultur- und Medienszene bei. Und nicht zuletzt helfen auch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die ihre Kultur lieben.
Und die Kultur in Deutschland ist zäh, widerstandsfähig, langlebig. Wir haben das großartige Netz unserer geistigen Tankstellen über zwei Weltkriege hinweggerettet – das tun wir jetzt erst recht! Wir alle erkennen einmal mehr: Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Kultur ist der Modus unseres Zusammenlebens. Und Kultur ist vor allem eins: Kultur ist Ausdruck von Humanität. Darauf kommt es an. Jetzt mehr denn je.

Vielen Dank.

Monika Grütters ist Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

FOTO: SPK / PHOTOTHEK.NET / FLORIAN GÄRTNER

Derzeit werden die Objekte am Standort in Dahlem auf ihre Verbringung ins Humboldt Forum vorbereitet und restauriert

Ein kulturwissenschaftliches Epizentrum: Berlin-Dahlem

Der Forschungscampus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

HERMANN PARZINGER

Die Entwicklungen einer multipolaren, zunehmend vernetzten Welt erfordern auch einen anderen Blick auf Sammlungsinstitutionen und definieren deren Rolle neu. Materielle Kulturen geraten in das Zentrum wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Debatten. Dabei entstehen neue Verhandlungsräume, die es zu gestalten gilt. Für Kulturinstitutionen und Gedächtniseinrichtungen stellt dies eine enorme Chance, zugleich aber auch große Herausforderung dar. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) stellt sich dem mit der Etablierung des Forschungscampus Dahlem, der diesen Museumsstandort in eine neue Zukunft führen soll.

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses mit dem Humboldt Forum in der historischen Mitte Berlins hat das öffentliche Interesse am Kolonialismus und seinen Folgen stark befördert. Die Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin und die Expertise ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten einen immensen Wissens- und Erfahrungsschatz, will man den Verflechtungen der Welt und den Herausforderungen von heute tiefer auf den Grund gehen.

Die Frage, wie wir künftig mit dem globalen Kulturerbe und mit den Hinterlassenschaften des Kolonialismus umgehen wollen, hat mittlerweile die Grenzen fachwissenschaftlicher Diskurse weit überschritten und ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Fragen zur Biografie der Objekte, wo sie herkommen, unter welchen Umständen sie erworben worden sind und wie sich ihre Bedeutungsinhalte im Zuge ihrer Verlagerung verändert haben, rücken ins Zentrum des Interesses. Partizipation, Teilen der Deutungshoheit, Zirkulation und Restitution von materiellen und immateriellen Kulturgütern werden immer drängender. Und die Frage, wie wir heute angemessen mit diesem Erbe umgehen können, ist dabei nicht mehr nur ein Thema für Fachleute.

Der geplante Forschungscampus Dahlem der SPK soll ein Knotenpunkt der Grundlagenarbeit zu solchen Fragen werden, und zwar im engen Zusammenspiel mit dem Humboldt Forum, wo die Ergebnisse dieser Arbeit in den Dauer- und Wechselausstellungen sowie in einem vielfältigen Begleitprogramm vermittelt und anschaulich gemacht werden sollen. Mit Ausnahme der im Humboldt Forum ausgestellten Objekte, die

Wie gehen wir künftig mit dem globalen Kulturerbe und den Hinterlassenschaften des Kolonialismus um?

etwa drei bis fünf Prozent des Gesamtbestands ausmachen, verbleiben die riesigen außereuropäischen Sammlungen in Dahlem. Ihr Umzug ins Schloss war nie geplant, weil dort die dafür nötigen Flächen gar nicht zur Verfügung stehen. Die Eröffnung des Humboldt Forums ist deshalb mitnichten das Ende des Standorts Dahlem, im Gegenteil, und genau hierin liegt die große Chance.

Den Kern des Forschungscampus Dahlem der SPK bilden die Sammlungen, Bibliotheken, Archive, Labore und Werkstätten des Ethnologischen Museums, des Museums für Asiatische Kunst und des Museums Europäischer Kulturen, also auch die gesamte mit den Sammlungen verbundene und darauf ausgerichtete Forschungsinfrastruktur. Die Objekte können uns so viel über Kulturen aus allen Weltregionen erzählen, auch wenn diese Geschichten durch kooperative Forschung vielfach erst noch dekodiert werden müssen.

Mittelfristig ist auch die Verlagerung des Instituts für Museumsforschung und des Rathgen-Forschungslabors der Staatlichen Museen zu Berlin an diesen Standort geplant. Hinzu kommen diejenigen Sammlungs- und Forschungsbereiche aus dem Kosmos SPK, die nicht Teil der Staatlichen Museen und an anderen Standorten untergebracht sind, aber inhaltlich in enger Verbindung zu den Themen des Forschungscampus stehen: Das betrifft in erster Linie das Ibero-Amerikanische Institut, perspektivisch aber auch die Ostasien-, Orient- und Kartenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin. Der Forschungscampus Dahlem wird dadurch auch zu einer Art Labor für neuartiges, sparten- und einrichtungsübergreifendes Arbeiten innerhalb der SPK.

Diesen unermesslichen Wissensspeicher gilt es zeitgemäß zu organisieren, um zu neuartigen Erkenntnissen zu gelangen und innovativen Wissenstransfer zu ermöglichen. Dazu bedarf es erstens eines viel engeren Zusammengehens mit universitärer Forschung, in Berlin, aber auch darüber hinaus, national und international. Zweitens braucht es neue Formen der Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern der Ursprungsgesellschaften sowie Forscherinnen und Forschern aus den Herkunftsländern der Objekte.

Sammlungen und Infrastruktur bieten ein schier unendliches Potenzial für Kooperationen, Koproduktionen und Vernetzung. Gemeinsames

Ein Labor für neuartiges, sparten- und einrichtungsübergreifendes Arbeiten innerhalb der SPK

Arbeiten mit den Objekten, gemeinsame Entwicklung von damit verbundenen Narrativen bei ihrer öffentlichen Präsentation und gemeinsame Entscheidungsfindung über ihre Zukunft und ihren Verbleib, das ist »Shared Heritage« im besten Sinne. Nur so kann neues Wissen über die Welt entstehen, das alte, falsche Denkmuster aufbricht. Forschungscampus Dahlem und Humboldt Forum sind auf diese Weise ursächlich miteinander verbunden und werden sich komplementär ergänzen. Das Humboldt Forum ist das Schaufenster für die außereuropäischen Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin, die dort einem breiten Publikum auf vielfältige Weise vermittelt werden, während in Dahlem ein lebendiger Ort der Forschung mit und an diesen Sammlungen entstehen soll. Der Dahlemer Museumskomplex liegt inmitten relevanter universitärer und außeruniversitärer Forschungsinstitute und war schon in seinen Anfängen im frühen 20. Jahrhundert Teil dieses »deutschen Oxfords« im Südwesten Berlins. Unsere potenziellen Partner dort sind die Freie Universität (FU), das Deutsche Archäologische Institut, das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, die Bundesanstalt für Materialforschung und viele andere. Hier ergeben sich Perspektiven für vielfältige Kooperationen. So bereitet die SPK derzeit gemeinsam mit der FU Berlin einen Antrag auf Einrichtung eines Internationalen Graduiertenkollegs vor, bei dem es um materielle und immaterielle Kulturen im transregionalen Kontext gehen soll, wobei der Fokus auf kulturellem Erbe und Eigentum, Identität und Zugehörigkeit sowie unterschiedlichen Wissenskulturen liegen wird. Universitäre Forschung und Lehre auf der einen und sammlungsbezogene Grundlagenforschung von Gedächtnisinstitutionen auf der anderen Seite werden dabei eine neue Qualität der komplementären Zusammenarbeit entwickeln. Diese Kooperation ist dabei von strategischen Zielen geprägt, die weit über gelegentlich gemeinsam durchgeführte Einzelprojekte hinausgehen, denn sie hinterfragt die bestehenden disziplinären und institutionellen Grenzziehungen und kann dadurch verändernd in die beteiligten Institutionen hineinwirken.

Die Zukunft des Standorts muss aber auch die Interessen und Erwartungen der Öffentlichkeit berücksichtigen. Mit dem hier entstehenden Schaufenster der Wissenschaft sind wir darauf bedacht, uns stärker zu öffnen, als dies Forschungseinrichtungen gemeinhin tun, und die Ergebnisse der Forschung auf vielfältige Weise an die unterschiedlichen Zielgruppen zu vermitteln. Wir denken dabei an kleinere Studio-Ausstellungen, geführte Rundgänge durch die Studiensammlungen, Blicke hinter die Kulissen oder Diskussionsrunden für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie verschiedene Partizipationsformate von »Citizen Science«.

Eine Potenzialanalyse, die die SPK in Auftrag gab, hat aufgezeigt, welche Möglichkeiten die vorhandene Bausubstanz eröffnet. Als neues strukturelles Element schlägt die Studie eine sogenannte Campusachse vor, die wie eine Art Rückgrat mehrere bestehende Bauteile miteinander verbindet und eine barrierefreie Durchwegung des gesamten Baukomplexes gewährleistet. Auf einer rund 10.000 Quadratmeter großen Fläche lassen sich die vorgesehenen Nutzungen für die Öffentlichkeit sowie für Wissenschaft und Forschung sehr gut in dem durch die Campusachse erschlossenen Zentralbereich unterbringen. Sammlungen, Werkstätten und Verwaltung würden dagegen in den am Rande gelegenen Bauteilen untergebracht. Ein nächster Schritt wird nun sein, mithilfe einer Machbarkeitsstudie konkrete Realisierungsschritte aufzuzeigen, verbunden mit einer groben Kostenermittlung. Erst dann können auch die nötigen Beschlüsse der SPK-Gremien zur Realisierung gefasst werden.

Am Standort Dahlem wird, so ist unser Plan, ein lebendiger Ort der Forschung und der Wissenschaftskommunikation entstehen, ein kulturwissenschaftliches Epizentrum von nationaler und internationaler Strahlkraft. Dieser Forschungscampus Dahlem der SPK hat enormes Potenzial für den Bezirk, da er zukunftsweisend, öffentlichkeitswirksam und von großem Gewinn für die Kultur- und Wissenschaftsmetropole Berlin ist. Angesichts der vielen anderen Bau- und Sanierungsprojekte der SPK sind wir uns bewusst, dass die bauliche Umsetzung dieser Pläne nur mittel- bis langfristig zu verfolgen ist. Inhaltlich und mit Blick auf die vielfältigen Vernetzungen und Kooperationsprojekte ist der Forschungscampus Dahlem der SPK jedoch bereits Wirklichkeit geworden.

Hermann Parzinger ist Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Altertümer aus dem Nahen Osten in Berlin

Barbara Helwing über ihre Ziele als Direktorin des Vorderasiatischen Museums

Das Ischtar-Tor und die Prozessionsstraße von Babylon: Sie sind wohl die bekanntesten Ausstellungsobjekte des Vorderasiatischen Museums in Berlin, das seinerseits eine der größten Sammlungen von Altertümern aus dem Nahen Osten beherbergt. Barbara Helwing ist seit Frühjahr 2019 die neue Direktorin des Museums. Behrang Samsami sprach mit der Archäologin über ihren neuen Aufgabenbereich, über die Digitalisierung und ihre Bedeutung für die heutige Arbeit in Museen sowie über die Kolonialdebatte und die Folgen möglicher Forderungen nach Rückgabe von Objekten für das Vorderasiatische Museum.

Behrang Samsami: Frau Helwing, welche Aufgaben hat eine Museumsdirektorin heute?
Barbara Helwing: Ein Museum ist immer ein großes Archiv, und unser Vorderasiatisches Museum ist durch seine großartigen Sammlungen von alten Texten und Bildwerken natürlich auch darin besonders. Eine besonders wichtige Aufgabe ist es deshalb, diese Inhalte auch an die Besucherinnen und Besucher zu vermitteln und dabei den Dialog mit ihnen zu suchen. Dies kann nicht von heute auf morgen geschehen. Ein Museum ist ein schwerfälliger Apparat mit vielen festgelegten Abläufen, und als Direktorin bin ich dabei quasi Kapitänin auf einem Ozeandampfer.
Die Aufgabe, die meine Kolleginnen, Kollegen und ich haben, ist nun zu überlegen: Was ist überhaupt interessant? Wir haben eine Dauerausstellung, die auf Vorarbeiten zurückgeht, die fast hundert Jahre alt und als Konzept teilweise schon wieder selbst denkmalgeschützt sind. Wir halten diese Ausstellung in Ehren, versuchen aber zugleich, Themen aufzugreifen und zu erarbeiten, die für die Menschen heute wichtig sind. Hierbei ist zu bedenken: An den Berliner Museen gibt es sehr unterschiedliche Zugänge. Und wenn man wie wir auf der Museumsinsel ist, also quasi selbst auch im Weltkulturerbe sitzt, wird einem schnell und gern nahegelegt, dass man eine Art elitäre Institution sei. Das wollen wir aber nicht sein. Wir betrachten uns im Gegenteil als Ort, der für alle Besucherinnen und Besucher offensteht.

Wer sind die Besucherinnen und Besucher Ihres Museums?
Kolleginnen und Kollegen haben vor Kurzem eine Studie erstellt, wer ins Pergamonmuseum geht. Dabei haben sie nicht nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppe gestaffelt, sondern nach Besuchertypen. Das Resultat: Sie haben fünf Typen unterschieden. Es gibt eine Gruppe von Besucherinnen und Besuchern, sicher über 30 Prozent, die sich für das Erlebnis des Besuchs selbst interessiert und dafür, dass es in ein Social-Media-Ereignis umgesetzt werden kann. Stichwort »Instagramability«. Die zweite Gruppe ist ähnlich groß: Das sind die Entdecker und Abenteurer, die neugierig sind und sich anregen lassen wollen. Sie bringen auch eine gewisse Zeit mit, wollen aber nicht unbedingt wissen, in exakt welchem Jahrhundert Nebukadnezar das Ischtar-Tor gebaut hat. Die dritte größere Gruppe besteht aus Personen, die ihrerseits Gruppen managen. Damit sind Reisegruppen, aber auch Familien und Schulklassen gemeint. Und dann gibt es noch zwei kleinere Gruppen: Das sind zum einen Menschen, die eine persönliche Beziehung zu bestimmten Gegenständen ästhetischer oder sonstiger Natur haben und sich dafür Zeit nehmen. Zum anderen geht es um Fachleute. Diese zwei Gruppen, denen wir uns als Museumsmenschen vielleicht am nächsten fühlen, stellen aber nicht das Hauptpublikum dar.

Haben Sie Pläne, den Museumsbesuch mit digitalen Angeboten zu flankieren, um mehr jüngere Besucherinnen und Besucher zu gewinnen?
Hier agieren wir zum einen als Staatliche Museen Berlin. Wir sind 15 Häuser und haben in unserer Generaldirektion Arbeitsgruppen, die die Digitalisierung vorantreiben und auch ihre Konsequenzen erforschen. Wir suchen einen differenzierten Zugang zu diesem Thema. Digitalisierung ist im Moment eine Art Schlagwort, auf das alle einsteigen und das modern ist. Man muss aber auch fragen, was die Menschen, die heute ins Museum kommen, eigentlich davon mitnehmen. Haben sie ein anderes, ein qualitativ besseres Erlebnis? Fühlen sie sich mit dem Gegenstand, den sie gerade betrachten, näher verbunden oder ist eher das Gegenteil der Fall?
Für mich ist das Museum ein Ort, zu dem ich mich aufmache, weil ich das Authentische suche. Es ist ein Unterschied, ob ich einen Keramiktopf aus Uruk im Original oder auf einer Abbildung sehe – die schiere Größe, die raue Oberfläche, alles ist näher. Wenn ich mir aber schon angewöhnt habe, die Wirklichkeit nur noch durch das Smartphone wahrzunehmen, weiß ich vielleicht nicht mehr, was mit dem authentischen Zugang gemeint ist.
Nun gibt es Anwendungen, die in der Entwicklung sind und die uns erlauben, den verschiedenen Typen von Besucherinnen und Besuchern eher gerecht zu werden. Wenn wir derzeit die Neueröffnung des Museums nach der Renovierung planen, denken wir auch über diese Möglichkeiten nach. Sie sollen auf die Besuchertypen nach ihren jeweiligen Vorlieben, und natürlich auch auf Kinder, Jugendliche und andere zugeschnitten sein.

Und »hinter den Kulissen«?
Ja, die andere Tatsache ist, dass das Museum immer eine Art Frontend – Schaufenster – ist. Wenn wir hinter die Kulissen schauen, sehen wir, dass da auch viele andere Dinge stattfinden. So sind wir auch ein Aufbewahrungsort für Gegenstände, die zum Weltkulturerbe gehören. Allein die Aufgabe, die Objekte sorgfältig aufzubewahren, eventuell auch zu konservieren, zieht einen großen Kreis nach sich, der mit Digitalisierung unter anderem bearbeitet wird, indem man Objekte und die Dokumentation dazu digitalisiert. All das zielt darauf, das später zugänglich zu machen. Wir wollen langfristig immer zugänglicher und transparenter werden.

Ihr Haus ist Teil der Staatlichen Museen zu Berlin. Wie groß ist Ihr Freiraum als Direktorin?
Virtuell ist der Freiraum recht groß. Wenn ich bestimmte Fragestellungen bearbeiten oder neue Formate ausprobieren will, ist alles wunderbar. Enge Grenzen werden uns aber von unserem Gebäude auferlegt. Wir haben etwa derzeit keinen eigenen Raum, um Sonderausstellungen zu fahren. Zwar gibt es jetzt die James-Simon-Galerie. Den Raum dort teilen sich aber alle Staatlichen Museen untereinander. Und natürlich muss alles Neue auch finanziert werden.
Es gibt jedoch auch eine Schnittstelle zwischen dem Freiraum virtueller Art und den räumlichen und finanziellen Beschränkungen: Wir Staatlichen Museen zu Berlin haben den Anspruch, uns abzusprechen. Einmal im Monat tagt die Direktionskonferenz, auf der wir uns über diverse Themen austauschen. Wir haben hier verschiedene Ausschüsse, die die Aufgabe haben, das Bestmögliche aus den Ideen etwa für Ausstellungen oder Publikationen herauszuholen.

Was haben Sie sich für Ihre Amtszeit vorgenommen?
Wenn der Nordflügel des Pergamonmuseums neu öffnet, bekommen wir dort einen Raum, weil der Rest unseres Museums für die Renovierung geschlossen wird. In diesem Raum wollen wir die Lebenswelt im alten Mesopotamien so vermitteln, dass sich die Besucherinnen und Besucher darauf einlassen können. Es werden Familien und Berufe aus dieser Zeit zu sehen sein. Wir möchten damit vom Eliteanspruch wegkommen, nur die Geschichte der Könige bzw. der großen alten Männer zu erzählen. Mein Ziel ist es, deutlich zu machen, dass wir hier über Kulturen sprechen, die zwar andere als unsere gewesen sind, in der aber auch alle Segmente der Gesellschaft vertreten waren.

Also eine Art Alltagsgeschichte?
»Alltagsgeschichte« ist gut. Wir Archäologen arbeiten stets ausgehend von der materiellen Kultur, von Dingen, die im Alltag gebraucht wurden. Bei der neuen Dauerausstellung, die wir nach der Eröffnung des Südflügels planen, beginnen wir mit dem, was 1930 schon im Museum stand: Das Ischtar-Tor von Babylon, die Prozessionsstraße und andere Großobjekte. Das sind unsere Ausgangspunkte. Wir werden aber auch kleinere Themenkomplexe aufgreifen und sie auf eine Weise darstellen, dass die heutigen Besucherinnen und Besucher sie interessant finden.

Im Zuge des Bürgerkriegs in Syrien, aber auch anderer Konflikte im Nahen Osten sind viele Geflüchtete nach Berlin gekommen. Gibt es Kontakte zwischen ihnen und Ihrem Haus?
Hier will ich auf meinen Kollegen Stefan Weber vom Islamischen Museum verweisen. Er hat vor mehreren Jahren die Initiative »Multaka« ins Leben gerufen. Gegenwärtig wird das Projekt von 19 weiteren Museen in Europa und den USA weitergeführt. Bei der Initiative geht es darum, dass Geflüchtete, vor allem aus Syrien, ins Museum kommen, eine Ausbildung als Guide absolvieren und Führungen in arabischer Sprache anbieten. Ich bin begeistert, dass auch unser Museum an dieser Initiative teilnimmt, und möchte gern das Ganze so weiterführen, dass die Guides auch eine Vitrine gestalten oder etwas Ähnliches tun. Ich will wissen, was für sie wichtige Objekte und wichtige Themen sind und was sie denken, was wir vermitteln sollten. Solange sich unser Museum in der Phase des Umbruchs befindet, ist das eine gute Chance, etwas auszuprobieren und den Dialog fortzuführen.

Wie wird das Angebot angenommen?
Mit »Multaka« kommen Menschen ins Museum, die das sonst nicht täten, die aus Ländern stammen, aus denen unsere Objekte vor langer Zeit schon hergekommen sind, und die sich damit auf eine bestimmte Weise auseinandersetzen. Das Auswärtige Amt, das Kurse etwa im Rahmen der Ausbildung junger Diplomaten bei uns bucht, fragt jetzt manchmal nach, ob auch ausländische Diplomaten zu uns kommen könnten – aus Ländern, deren alte Kulturen in unserem Museum auch vertreten sind. Wir hatten vor einigen Monaten eine Gruppe aus dem Irak zu Besuch. Es war ein berührender Moment, da sie die direkte Begegnung mit den Objekten zu schätzen wussten – und auch, was wir im Museum mit den Objekten tun.

Es gibt eine Debatte um den Umgang mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands und der Frage nach der

Rückgabe von Kulturgütern an die jeweiligen Herkunftsländer.
Nach meinem Antritt als Direktorin bin ich zu diesem Thema befragt worden. Meine Antwort lautete, dass ich die Stelle nicht angenommen hätte, wenn ich nicht zum Museum stehen könnte. Für mich ist es wichtig, dass der allergrößte Teil des Materials auf der Grundlage von wissenschaftlichen Forschungen und von Verträgen zwischen Staaten ins Museum gelangt ist und nicht aus dubiosen Kunsthandelsquellen stammt.

Was ist mit dem restlichen Teil des Materials?
Es gibt unter Umständen Gegenstände, die einst geschenkt worden sind. Im Einzelfall muss man in die Archive gehen und sich die Geschichte zu den Einzelobjekten anschauen. Ich habe da ein gutes Gewissen. Das enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit, nachzudenken, wie wir das Wissen, das mit den Objekten in unser Museum gekommen ist, oder etwas anderes zurückgeben können. Ein Beispiel: das Ischtar-Tor. Davon sind exakt 16 Prozent originale Materialien – und 84 Prozent eine Rekonstruktion. Diese war nur möglich, weil in den Ausgrabungen in Babylon, die der Forscher Robert Koldewey vor über hundert Jahren durchgeführt hat, ältere Baustufen des Ischtar-Tors gefunden wurden. Man hatte dadurch eine Vorstellung, wie die Tiere, die auf dem Tor zu sehen sind, etwa aussehen konnten, und hat sie quasi als Vorlage für die Restaurierung verwendet. Es sind auch viele Ziegel neu gebrannt worden. Man erkennt das, wenn man davorsteht, an den Farbunterschieden.

Hat die Kolonialdebatte auch Auswirkungen auf den Bestand Ihres Museums?
Wir haben mit irakischen Vertretern gesprochen und vorgeschlagen, künftig stärker mit dem Nationalmuseum Bagdad zusammenzuarbeiten. Wir könnten etwa die Frage erörtern, wie man virtuell die Idee des Ischtar-Tors im Irak realisieren könnte. Was mich auch beschäftigt: Wie können wir wissenschaftlich und im ganzen Museums- und Archivbereich weiter kooperieren? Dadurch dass die Kommunikation schneller geworden ist, sind wir heute im direkten Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen in Bagdad oder bei den Fundstätten im Irak. Wir können dazu beitragen, dass dort künftig ähnliche Besuchserlebnisse möglich werden.

Gibt es konkrete Rückgabeforderungen an Ihr Haus?
Nein. Es gab vor einigen Jahren eine freiwillige Rückgabe an die Türkei. Das war unsererseits eine Goodwill-Aktion, aber von der Türkei angefragt worden. Es ging um die Torsphingen von Boghazköi. Wir hatten ein stark beschädigtes Original und eine Gipskopie des Gegenstücks. Wir haben von der zweiten Sphinx auch einen Gipsabguss machen lassen und dann die originale Sphinx zurückgegeben. Aufgrund der Rechtslage war das Museum dazu nicht verpflichtet, aber man hat damals gehofft, dass ein solcher wohlwollender Akt den Beziehungen dient. Wie gesagt, in solchen Fällen unternimmt man eine Einzelfallprüfung. Eine pauschale Forderung nach Rückgabe funktioniert dagegen nicht.

Vielen Dank.

FOTO: STAATL. MUSEEN ZU BERLIN – VORDERASIAT. MUSEUM / OLAF M. TESSMER

Seit Frühjahr 2019 Direktorin des Vorderasiatischen Museums in Berlin: Barbara Helwing

Barbara Helwing ist Archäologin und nach Stationen in Ankara, Teheran, Lyon und Sydney seit Frühjahr 2019 Direktorin des Vorderasiatischen Museums in Berlin. Behrang Samsami ist freier Journalist

Geschlechtergerechtigkeit in beide Richtungen

Sarah Wedl-Wilson im Gespräch

Im Herbst letzten Jahres folgte die britische Kulturmanagerin Sarah Wedl-Wilson auf Robert Ehrlich als Rektorin der Berliner Hochschule für Musik Hanns Eisler. Zuvor war sie unter anderem in Führungspositionen an der Universität Mozarteum Salzburg. Überraschende Erkenntnisse, musikalische Qualität, Kulturmanagement und gläserne Decken sind Themen des Gesprächs mit Cornelie Kunkat.

Cornelie Kunkat: Seit einem knappen halben Jahr sind Sie als Rektorin an der Hochschule für Musik Hanns Eisler im Amt. Gab es überraschende Erkenntnisse in diesen ersten Monaten?

FOTO: JANINE ESCHER

Die britische Kulturmanagerin und Rektorin Sarah Wedl-Wilson

Sarah Wedl-Wilson: Das Überraschendste war – was ich vielleicht im kleinen Finger schon wusste – die überirdisch hohe Qualität der Studierenden hier an der Eisler, wie wir unsere Hochschule nennen! Als Vize- und anschließend interimistische Rektorin der Universität Mozarteum Salzburg, also einer sehr renommierten Musikakademie mit 1.800 Studierenden, war ich ein hohes Niveau gewohnt. Aber mein erstes Konzert hier an der Eisler, ein Auftritt unseres Kammerorchesters unter der Leitung von Ulf Wallin im Konzerthaus am Gendarmenmarkt, hat mich überwältigt – auch wenn ich vom großartigen Ruf natürlich gehört hatte. Das künstlerische Niveau gründet in der Historie und der Struktur unserer Hochschule: Wir sind hier als einzige von den 24 deutschen Musikhochschulen ausschließlich für die künstlerische Ausbildung zuständig. Das heißt, dass wir weder Musiklehrerinnen und -lehrer noch Pädagoginnen und Pädagogen ausbilden, sondern rein die Künstlerinnen und Künstler für die Bühnen vorbereiten – ob als Dirigentin, Regisseur, Solistin, Orchestermusiker oder Konzertmeisterin.

Das klingt nach einer sehr angenehmen Überraschung. Was ist derzeit Ihre vordringlichste Aufgabe?
Zunächst ging es darum, einen hochschulinternen Dialog zu initiieren, quasi ein Dialog aus der Führung in die Hochschule hinein. Denn die Eisler war in eine Konfliktsituation geraten. Deshalb bestand und besteht meine erste Aufgabe darin, die Hochschule hier wieder herauszuführen, das Gespräch zu etablieren – von allen Stakeholdern miteinander. Studierende, Lehrende und die Verwaltung sollen alle eine Stimme haben und eine Möglichkeit des Austausches. Und dazu gehört natürlich, dass man sich als Führungsperson 180 Grad weit öffnet und offen redet. Sich nicht hinter Floskeln oder Papieren versteckt, sondern in möglichst viele Veranstaltungen und Versammlungen geht, um neue Foren für den Austausch zu schaffen. Auch die Hochschulleitung soll ansprechbar sein: So habe ich eine Sprechstunde eingerichtet, jeden Donnerstag zwei Stunden, in die jeder kommen kann. Mit Voranmeldung, aber ohne Nennung des Themas. Jeder und jede darf über alles sprechen. Dieser Prozess funktioniert natürlich nicht über Nacht, sondern braucht seine Zeit.

Wie beschreiben Sie das Ziel dieses Dialogs?
Es geht darum, eine demokratische Situation herzustellen, in der jede Stimme zählt und aus der heraus dann wieder gemeinsam der Blick in die Zukunft gerichtet werden kann.

Beispielsweise auf die nahenden Jubiläen?
Ja, wir werden dieses Jahr 70 – aber wir konzentrieren uns auf das 75. Jubiläum der Eisler, weil man nicht innerhalb von ein paar Monaten ein 70-jähriges aus dem Boden stampfen kann. Diese Zeitspanne gibt uns die Möglichkeit, den langen Entwicklungsprozess von einer ehemaligen Spezialschule der DDR hin zu einer internationalen Hochschule Revue passieren zu lassen und mit großer Ruhe zu reflektieren. Wir holen dafür Expertinnen und Experten mit ins Boot, die uns z. B. in einer Vorlesungsreihe über die Musikgeschichte der DDR aufklären. Wir wollen auch ein Buch zur Geschichte der Eisler herausbringen. Hierin sollen die vielen wunderbaren Musikerinnen und Musiker, die aus diesen Toren herausgegangen sind und seitdem die Musikwelt prägen, zu Wort kommen. Und es ist mir ebenfalls persönlich sehr wichtig, die Aspekte herauszuarbeiten, die besonders produktiv in der DDR-Zeit waren, beispielsweise die exzellenten Fördermöglichkeiten für Musikerinnen und Musiker. All diese verschiedenen Bausteine unserer Geschichte wollen wir in die Zukunft mitnehmen.

Wie steht es denn heute mit Studierenden und Mitarbeitenden bezüglich ihres DDR-Hintergrundes. Gibt es z. B. Studierende, die zwar nach 1989 geboren wurden, aber sich dennoch als in der DDR sozialisiert einordnen?
Bei den Studierenden ist dies weniger ausgeprägt als bei manchen Lehrenden oder Mitgliedern unserer Verwaltung. Ich entwickle dafür gerade eine Sensibilität, was es heißt, aus einem System herausgerissen zu werden und eine »Zwangs-Überstülpung« eines anderen Systems zu erfahren. Diesbezüglich formulieren auch Personen in diesem Haus, dass ihnen ihr Land verloren gegangen sei. Das ist ein Thema, das wir mitten in unserer Gemeinschaft beherbergen und adressieren müssen. In diesem Zusammenhang empfinde ich es als günstig, dass ich keine Deutsche bin – weder West-Berlinerin noch Westdeutsche. Mein Blick kommt ganz von außen.

Was wertschätzen Sie nach Ihren vielen Stationen in London, Köln, auf Schloss Elmau, in Innsbruck und Salzburg an Berlin als Arbeitsort am meisten? Was finden Sie vielleicht auch nachteilig?
Die Größe der Stadt und dieses kosmopolitische Dasein, das schätze ich an Berlin sehr. Die große Community der Musikerinnen und Musiker, die Hunderte von Kulturmanagerinnen und -managern: Diese unzähligen Kolleginnen und Kollegen, von denen ich viele seit Jahren kenne und die nun ihrerseits ebenfalls in die Führungspositionen aufgestiegen sind, sie alle bereichern mein Arbeiten hier. Mit einem gegenseitigen Handyanruf können wir jeweils viel erreichen. Das ist sehr viel wert.

Das heißt, Sie planen mit vielen weiteren Institutionen Kooperationen?
Nachdem ich das erste Semester zum Kennenlernen des Hauses und der Community genutzt habe, geht es nun darum, gemeinsam den Weg nach vorne zu definieren, unsere Position in der Stadt und in der Kulturlandschaft Deutschlands, sowie unseren Ruf als führende Musikakademie weltweit zu stärken. Und Teil davon sind natürlich die strategischen Partnerschaften mit anderen Berliner Kulturinstitutionen. Wir haben einen tollen Standort! Es passiert schon unheimlich viel in den einzelnen Abteilungen. Dies muss zum Wohle aller Studierenden übersichtlich und strategisch gebündelt werden, damit alle den Überblick haben und sagen können: Okay, das ist das, was meine Hochschule mit der Deutschen Oper, dem RIAS oder dem Radialsystem organisiert. Kann mich das weiterbringen, was könnte ich dort machen? Diese Kooperationen weiter auszubauen, das ist sehr spannend.

Sehen Sie es als Vorteil, als Kulturmanagerin die Hochschule für Musik Hanns Eisler zu leiten?
Ich glaube, die Bestellung einer Kulturmanagerin und eben keiner Musikprofessorin an die Eisler ist ungewöhnlich für die deutsche Musikhochschullandschaft. Dieser Wandel ist erst am Anfang, aber er steht für die Erkenntnis, dass solche Positionen sich zu so komplexen, knallharten Managementaufgaben weiterentwickelt haben, dass es sich durchaus lohnt, sie von Managerinnen und Managern mit Führungserfahrung zu besetzen. Die Leitung erfordert Kompetenzen, die vor 20 Jahren noch ganz andere waren, wenn ich nur an den Komplex des Qualitätsmanagements denke, das jetzt unser Tun und Handeln diktiert. Und natürlich habe ich als Kulturmanagerin in Leitung dieser Hochschule ein ganz anderes Miteinander mit meinen Kollegen rundherum in den Kulturinstitutionen. Aber: Jeder meiner Vorgängerinnen und Vorgänger in diesem Amt hatte eigene, besondere Qualitäten und hat auf seine oder ihre Art die Hochschule weiterentwickelt. Sonst würde die Eisler nicht dort stehen, wo sie ist.

Daran schließt meine nächste Frage an: Sie bezeichnen sich als Kulturmanagerin, haben aber die typischen Ausbildungen, die es heute dafür gibt, nicht absolviert. Sie lernten aus dem direkten Tun. Empfehlen Sie diesen Weg auch Nachwuchskräften?
Zu meiner Zeit gab es in Großbritannien noch kein Studienangebot für Kulturmanagement: Ich ging also direkt von Cambridge in die Praxis in eine Londoner Agentur und betrieb »Learning by Doing«. Ich persönlich finde es für Kulturmanagerinnen und -manager sehr wichtig, selbst zu wissen, was es heißt auf der Bühne zu stehen. Die Nervosität eines Künstlers vor dem Auftritt zu kennen, zu wissen, wie stark die Droge Adrenalin wirken kann. Und dieses Wissen – ich komme ja selbst aus einer Musikerfamilie, bin dort das schwarze Schaf, weil ich die einzige Nichtmusikerin bin – ist etwas ganz Wesentliches für die Wahl des Berufs. Einerseits. Andererseits die Liebe zu Organisation – und zu Führung: Führungsqualitäten hat man oder hat man nicht. Die kann man nicht lernen. Man kann sich Instrumente des Führens aneignen, aber die grundsätzliche Eignung, gepaart mit praktischer Erfahrung, ist unerlässlich. Sie führt dazu, dass man Verhaltensmuster und Persönlichkeiten besser einzuschätzen lernt oder zwischen individueller und Gruppenführung differenziert. Ein dritter Aspekt ist das unternehmerische Geschick. Ich habe das Glück, dass ich Zahlen liebe, dadurch betriebswirtschaftlich fit bin und in verschiedenen Unternehmen im Aufsichtsrat sitze. Schließlich gehört es zu meinen Aufgaben, die finanzielle Strukturierung unserer Hochschule täglich im Blick zu haben.

Sehen Sie denn allgemein Defizite in der Ausbildung von Kulturschaffenden, wenn es um das Thema Führungskompetenz geht? Politisch ist dieses Thema ja virulent.
Unerlässlich finde ich es als Führungskraft, sich immer wieder zurückzuziehen und zu überlegen, wie und warum man führt. Das heißt, man muss sein Tun und Handeln immer wieder reflektieren. Diese Reflexion fehlt oft – wir galoppieren alle durch die Monate und Jahre. Zudem muss man den Personen der zweiten oder dritten Führungsebene Zeit widmen, ihnen Seminare und Führungscoachings anbieten. Individuelle Karrierewege können entstehen, wenn Vorgesetzte sich dafür Zeit nehmen und man in neuen oder jungen Mitarbeitenden Qualitäten erkennt und gezielt fördert.

Was raten Sie denn speziell Frauen auf dem Weg in Führungspositionen, wenn sie beispielsweise die gläserne Decke spüren?
Mein Rat lautet, die gläserne Decke nicht zu akzeptieren – und auch nicht darauf zu zählen, dass andere Frauen einen unterstützen. Das kommt, glaube ich, erst jetzt in unserer Generation, dass man als Frau die Verpflichtung der nächsten Generation für herankommende weibliche Kräfte annimmt. Bislang war das überhaupt nicht der Fall. Man muss seine Mentorinnen und Mentoren selber suchen, aber diese müssen nicht weiblich sein! Gleichzeitig brauchen wir doch unsere Frauennetzwerke. Die müssen wir aufbauen, viel Kontakt zueinander halten – und reden, reden, reden. Kommunikation ist ein hohes Gut. Denn die männliche Welt ist da ganz wunderbar aufgestellt, mit allen möglichen Netzwerken und Seilschaften. Und leider sehe ich immer noch virulent die Problematik, dass man als Frau über das Aussehen definiert wird.

Zum Abschluss das Thema Geschlechtergerechtigkeit: Grundsätzlich ist die Eisler seit Längerem offensiv dabei. Gibt es diesbezüglich noch neue Akzente, die Sie setzen möchten?
Wir haben eine sehr aktive Frauenbeauftragte, die nun in nächster Zeit durch die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes »Gleichstellungsbeauftragte« genannt werden soll. Das finde ich ganz wichtig, weil wir mit der gesamten #MeToo-Bewegung für die Frauen nun sehr viel getan haben, aber die Männer auf diesem Weg nicht hinter uns lassen dürfen. Grundsätzlich achten wir überall auf Parität. Mir wird aus der Gemeinschaft herangetragen, dass es für diese Hochschule wichtig ist, jetzt eine Frau an der Spitze zu haben. Der Wechsel ist gut, denn weibliche und männliche Führung unterscheiden sich. Wir Frauen steuern anders, haben eine ganz andere Empathie und Art, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen oder Transparenz zu fördern. Und das sind Dinge, die gerade in dieser Hochschule jetzt sehr wichtig sind. Insofern freue ich mich, dass ich hier sitze und das alles umsetzen kann. Geschlechtergerechtigkeit, ja, aber eben in beide Richtungen.

Vielen Dank.

Sarah Wedl-Wilson ist Rektorin der Hochschule für Musik Hanns Eisler. Cornelie Kunkat ist Referentin für Frauen in Kultur und Medien beim Deutschen Kulturrat

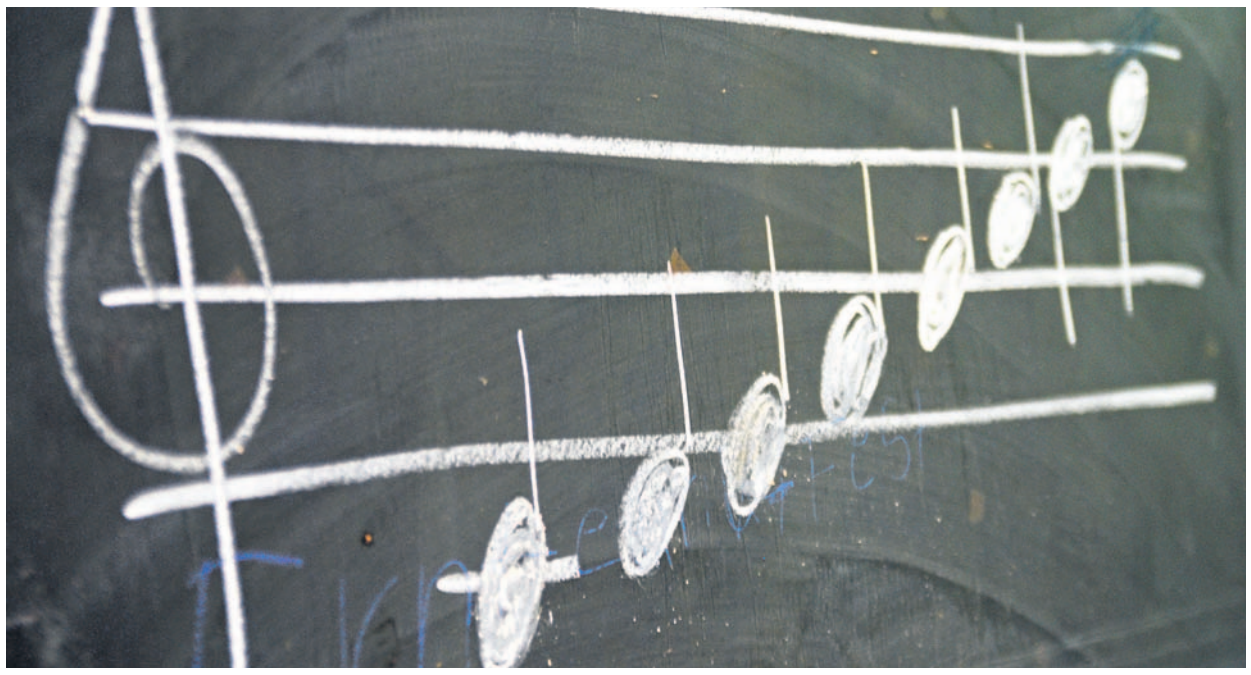


FOTO: ADOBE STOCK / SEEYOU | C. STEPS

Zurzeit fehlen mehr als 20.000 Musiklehrerinnen und Musiklehrer an Grundschulen in Deutschland

#MehrMusikInDerSchule

Gehen den Grundschulen die Musiklehrer aus?

CHRISTIAN HÖPPNER

Mehr Musik in der Schule« ist nicht erst seit dem 11. März 2020 ein Thema für unsere Gesellschaft. Der Tag, an dem die vom Deutschen Musikrat, der Konferenz der Landesmusikräte und der Bertelsmann Stiftung gemeinsam in Auftrag gegebenen Studie zum »Musikunterricht in der Grundschule« veröffentlicht wurde.

Schon der deutsch-israelische Pianist, Musikpädagoge und Kulturpolitiker Leo Kestenberg, Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium, engagierte sich für die Modernisierung und Professionalisierung der schulmusikalischen Bildung und initiierte auf der Grundlage seines Bildungsgesamtplans vom Kindergarten bis zur Universität die nach ihm benannte Reform 1923. Zusammen mit Fritz Jöde, dem Gründer der ersten staatlichen Jugendmusikschule in Berlin, wirken beide bis in die heutige Zeit.

Eine Zeit, die zu einem nicht unwesentlichen Teil in gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozessen von der Fixierung auf Zahlen geprägt ist. Auslöser für die Beauftragung der Studie »Musikunterricht in der Grundschule« war die jahrelange Diskussion zwischen dem Deutschen Musikrat (DMR) und der Kultusministerkonferenz (KMK) zu der Frage des ausfallenden Musikunterrichtes in der Grundschule. Die von den Erfahrungen der Mitgliedsverbände des DMR berichtete Quote ausfallenden oder fachfremd erteilten Unterrichtes führte zu der Aussage, dass je nach Land unterschiedlich, bis zu 80 Prozent des Musikunterrichtes an den Grundschulen ausfielen oder fachfremd erteilt würden. Diese Ausfallquote wurde von der KMK stets bezweifelt. Mangels einer validen Datenbasis konnte keine der beiden Positionen wissenschaftlich untermauert werden.

Nach mehreren Gesprächen mit der stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Bertelsmann Stiftung, Liz Mohn, und nachfolgend dem Direktorat Musikalische Förderung, vertreten durch Helmut Seidenbusch, Ute Welscher und Arne Halle gelang es dem DMR, die Bertelsmann Stiftung für diese wissenschaftliche Studie auf einer partnerschaftlichen Basis zu gewinnen.

Mit der Veröffentlichung dieser Studie liegt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland valides Zahlenmaterial zur Situation des Musikunterrichtes in der Grundschule vor, dass es in dieser Datenqualität und Aussagekraft bisher nicht gab. Obwohl Bayern, Niedersachsen und das Saarland keine Daten zulieferten, konnte durch die Hinzuziehung zusätzlicher Datenquellen die Situation für 14 der 16 Länder dargestellt werden.

Die beiden Wissenschaftler Andreas Lehmann-Wermser, Direktor des Instituts für Musikpädagogische Forschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover, und Horst Weishaupt, ehemaliger Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, unterstützt von Ute Konrad, stellten in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Fachministerien der Länder ein umfängliches Bild der aktuellen Situation des Musikunterrichtes in der Grundschule dar.

In der Studie werden die Ausgangslage, die Konzeption und Datengrundlage, die Landesfaktenblätter, die Ergebnisse im Überblick, ein Literaturverzeichnis und im Anhang umfängliche Tabellen, unter anderem mit den Datenzulieferungen der Länder und den Tabellenköpfen der Datenabfragen in den Ländern, aufgeführt. Die zentralen Ergebnisse und die Handlungsfelder aus der Sicht der drei Projektpartner finden sich am Anfang.

Die beiden Wissenschaftler gehen von einem konservativen Ansatz aus, wie z. B. der Annahme, dass die Absolventinnen und Absolventen der schulmusikalischen Studiengänge auch zu 100 Prozent in den Schuldienst eintreten. Die Praxis zeigt, dass dieses nicht der Fall ist. Der konservative Ansatz ist von Bedeutung, um möglichen Annahmen einer Richtung intendierten Auswertungsinterpretation entgegenzuwirken.

Die Landesfaktenblätter geben den Landesmusikräten und den Schulbehörden die Möglichkeit einer zielgenauen Auswertung vor Ort. So schwankt z. B. der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts zwischen den Ländern zwischen 11 bis 73 Prozent. Im Westen Deutschlands wird tendenziell öfter fachfremd unterrichtet als in Ostdeutschland.

Aus der bundesweiten Perspektive sind die Studienergebnisse ein Weckruf für die Verantwortlichen in der Bildungspolitik:

23.000 ausgebildete Musiklehrerinnen und -lehrer fehlen derzeit an den Grundschulen mit steigender Tendenz. Sofern keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, steigt der Anteil nicht grundständig ausgebildeter Musiklehrkräfte bis 2028 auf 25.000 Lehrerinnen und Lehrer. Das bedeutet, dass viele Kinder in der Grundschule, der einzige Ort, an dem alle Kinder erreicht werden können, keine hinreichende Chance auf eine qualifizierte musikalische Bildung haben, weil Musik zu selten unterrichtet wird und zu oft von dafür nicht ausgebildeten Lehrkräften.

Kurz gesagt, gehen den Grundschulen in Deutschland die Musiklehrer aus: Wenn die politisch Verantwortlichen und die Gesellschaft jetzt nicht handeln, ist die musikalische Bildung an den Grundschulen bald Vergangenheit – und damit ein zentraler Baustein in der Persönlichkeitsbildung Heranwachsender.

Die Ursachen für diesen Fachkräftemangel sind vielfältig, lassen sich aber im Wesentlichen auf vier Ursachen zurückführen:

1. Die Bildungsplanung und die damit verbundene Fachkräftebedarfsplanung ist jahrelang von der Kultusministerkonferenz verschlafen worden. Wie sonst ist zu erklären, warum die Zeit zwischen der Geburt eines Kindes und seinem Schuleintritt nicht für eine vorausschauende Planung genutzt wurde. So scheiden bis 2028 altersbedingt mehr Musiklehrkräfte aus dem Schuldienst aus, als Nachwuchskräfte nachrücken. Zudem ist aufgrund steigender Schülerzahlen mit einer prozentualen Zunahme des Bedarfs an Musiklehrkräften von 2,4 Prozent zu rechnen.
2. Die Musikhochschulen und Universitäten sind durch die jeweils zuständigen Ministerien nicht in jedem Land hinreichend finanziell ausgestattet, um bedarfsgerechte Kapazitäten für die musikpädagogischen Ausbildungsgänge zur Verfügung stellen zu können.
3. Die fortlaufenden Reduzierungen der Musikleistungskurse an den Gymnasien führen zu rückläufigen Bewerberzahlen der schulmusikalischen Studiengänge, weil gerade die Musikleistungskurse dafür geeignet sind, Interesse für musikpädagogische Berufsfelder zu wecken. Die zum Regelunterricht zusätzlichen Arbeitsgruppen wie Chor, Orchester, Bands und Musiktheater finden immer weniger statt, weil den Lehrenden dafür immer seltener Abminderungsstunden gewährt werden. Darüber hinaus bleibt für diese, das ganze Schulleben inspirierende Arbeit im Zuge der Schulzeitverdichtung und damit einhergehender übervoller Kalender der Schülerinnen und Schüler schlicht keine Zeit mehr.
4. Das Fach Musik hat mancherorten ein Imageproblem im schulischen Fächerkanon. Die hochqualifizierte Arbeit der Schulmusikerinnen und -musiker erfährt zu selten die Einordnung auf Augenhöhe in den Fächerkanon der sogenannten Hauptfächer. Das liegt zum einen an oftmals unzureichenden Rahmenbedingungen schulischen Musikunterrichts und zum anderen an der wachsenden Schar der Eltern, die die Schulzeit, aus Sorge um das Bestehen ihrer Kinder in unserem Wirtschaftssystem, mit der berufsvorbereitenden Zeit verwechseln. Anstatt die Chancen eines »Lernens für das Leben« zu erkennen und zu befördern, wird dieser angstgetriebene Druck der Generation »Helikoptereltern« bereits in den Kindertagesstätten sichtbar, wenn das Erlernen der chinesischen Sprache statt der musikalischen Früherziehung gewählt wird. Als schmückendes Sahnehäubchen schulischer Veranstaltungen ist die Musik immer gerne gesehen, als einer der wichtigsten Fächer für die prägende Zeit schulischen Lernens wird sie nur selten eingeordnet.

Diese Studie ist eine ausgezeichnete Grundlage, um mit allen Akteuren der Zivilgesellschaft und Politik Handlungsfelder und daraus abzuleitende Maßnahmen zu diskutieren. Das breite Echo in den Medien und in den sozialen Netzwerken mit dem #MehrMusikInDerSchule zeigt durchweg das hohe Interesse, die weißen Flecken in der bildungskulturellen Landschaft schnellstmöglich und nachhaltig zu tilgen, damit für jedes Kind eine umfassende, kontinuierliche und professionelle Vermittlung musikalischer Vielfalt für die gesamte Schullaufbahn sichergestellt werden kann. Die für diesen Prozess geplante Tagung Ende März in Zusammenarbeit mit Deutschlandradio Kultur musste aufgrund der Corona-Krise auf einen noch zu vereinbarenden Termin im Frühsommer verschoben werden.

Die Themenfelder reichen über den bedarfsgerechten Ausbau der Studienkapazitäten, temporäre Übergangslösungen mit Quer- und Seiteneinsteigern, der Erhöhung des Stundenanteils, mit dem ausgebildete Musiklehrkräfte das Fach Musik unterrichten bis hin zu der Frage, welchen Stellenwert unsere Gesellschaft der kulturellen – und damit auch der musikalischen Bildung in den Bildungsbiografien der Kinder und Jugendlichen zumisst. Die zunehmende Ökonomisierung im Denken und Handeln gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse führt zu einer Fragmentierung und Überfrachtung der Lehrpläne, die mehr auf Wissenserwerb statt Kompetenzerwerb angelegt ist. Die künstlerischen Schulfächer und der Sport sind die zentralen Fächer, den kognitiven wie emotionalen Blick auf die Vielfalt von Lebenswelten zu erschließen und Zusammenhänge erkennen zu können. Das geht besser im Miteinander der verschiedenen Disziplinen als in der Abgrenzung.

Christian Höppner ist Generalsekretär des Deutschen Musikrates und Präsident des Deutschen Kulturrates a.D. Er unterrichtet an der Universität der Künste Berlin Violoncello

Mehr unter: themen.miz.org/fokus-musikunterricht

Die Grundrente kommt

Die gesetzliche Rente als zuverlässige Grundlage für die Altersvorsorge

ROLF SCHMACHTENBERG

Die Grundrente kommt – endlich – aber nicht für Kulturschaffende« lese ich in der Presse, im Internet und in Briefen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich dazu an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wenden.

Ja, die Grundrente kommt. Bundestag und Bundesrat beraten jetzt den Gesetzentwurf. Das Gesetzgebungsverfahren soll noch vor dem Sommer abgeschlossen werden. Die Deutsche Rentenversicherung und auch die Finanzverwaltung haben mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen. Grundlage hierfür ist der Gesetzentwurf, der am 19. Februar 2020 von der Bundesregierung beschlossen wurde. Rund 1,3 Millionen Rentner werden ab 2021 eine höhere Rente beziehen. Im Durchschnitt erhöhen sich die Renten um 75 Euro im Monat.

Ja, endlich. Es ist der dritte Anlauf. Wie kann sichergestellt werden, dass die gesetzliche Rente für langjährig Versicherte auskömmlich ist? Dazu hatten schon die Bundessozialministerinnen Ursula von der Leyen (2009-2013) und Andrea Nahles (2013-2017) Vorschläge ausgearbeitet. Die Aufgabe ist höchst anspruchsvoll: Wie verhalten sich die Rente und die Grundsicherung im Alter zueinander? Rentenleistungen werden von der beruflichen Biografie bestimmt. Sie hängen davon ab, wie viele Beiträge für wie viele Monate eingezahlt wurden. Die Zahlung der Grundsicherung ist dagegen der Unterschiedsbetrag zwischen individuellem Bedarf und dem vorhandenen Einkommen. Wohnt man mit geringen Wohnkosten bei seinen Kindern, kann eine kleine Rente womöglich ausreichen. Lebt man in einer Großstadt wie München, Hamburg oder Stuttgart in einer bescheidenen Wohnung allein, so ist man womöglich auf Grundsicherung angewiesen, selbst wenn die Rente gar nicht so niedrig ist. Im Ländervergleich sind in Hamburg Menschen im Alter mit einem Anteil von rund 7 Prozent an allen älteren Einwohnern am ehesten auf Grundsicherung angewiesen.

Die jetzt auf den Weg gebrachte Grundrente ist eine Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie knüpft an die gezahlten Beiträge an. Es gibt unter bestimmten Bedingungen einen Zuschlag zur Rente. Mit der Einführung der Grundrente werden zugleich für Rentnerinnen und Rentner mit langjähriger Pflichtversicherung Freibeträge in der Grundsicherung eingeführt. Dies soll sicherstellen, dass die Grundrente auch da zu einer Einkommensverbesserung führt, wo – etwa wegen hoher Wohnkosten – ein Bedarf an Grundsicherung trotz erhöhter Rente bestehen bleibt.

Doch, auch für Kulturschaffende. Denn es gibt ja die Künstlersozialkasse (KSK). Dank des Künstlersozialversicherungsgesetzes vom 1. Januar 1983 sind Kulturschaffende gesetzlich rentenversichert. Auch viele Kulturschaffende können – anders als im Übrigen die meisten anderen Selbständigen – mit einer Verbesserung ihrer Rente durch die Grundrente rechnen.

Allerdings ist die Grundrente nicht bedingungslos. Wer die heftigen politischen Diskussionen im vergangenen Jahr verfolgt hat, könnte – das muss ich eingestehen – einen anderen Eindruck gewonnen haben. Es wurde polemisch von einer großen Gießkanne gesprochen, mit der die Grundrente ausgeschüttet werden würde. Den Kritikern ging es darum, Widerstand zu mobilisieren; sie wollten offenbar keine Zuschläge für kleine Renten. Dabei sah bereits der von Bundesminister Hubertus Heil im Frühjahr des vergangenen Jahres vorgelegte Gesetzentwurf keine bedingungslose Grundrente vor. Denn nach diesem Gesetzentwurf sollte nur denjenigen ein Anspruch auf die Grundrente zustehen, die mindestens 35 Jahre an Beitragszeiten, Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen zurückgelegt haben und in dieser Zeit versicherte Entgelte oder Arbeitseinkommen von mindestens 24 Prozent des Durchschnittsverdienstes hatten. Auch danach war die Grundrente also keine Leistung für Minijobs und Teilzeitbeschäftigungen. Durchgesetzt haben sich die Kritiker letztlich nicht, aber die Bedingungen für den Erhalt eines Grundrentenzuschlages wurde im politischen Kompromiss verschärft. Nach diesem Kompromiss müssen für einen Anspruch auf Grundrente im Wesentlichen nun folgende vier Bedingungen erfüllt sein:

Es ist eine Leistung für langjährig Versicherte: Wenn die Rente im Alter oder bei Erwerbsminderung beantragt wird, kann ein Grundrentenzuschlag hinzukommen, wenn wenigstens 33 Jahre an Beitragszeiten, Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen im Rentenkonto erfasst sind.

Es werden nur Zuschläge für Monate gewährt, in denen der Beitrag oberhalb eines Wertes liegt, der einem jährlichen Durchschnittseinkommen von wenigstens 30 Prozent des Durchschnittseinkommens entspricht – zurzeit rund 12.200 Euro pro Jahr. Damit werden Renten aus geringfügiger Beschäftigung und vielen Teilzeitbeschäftigungen keinen Zuschlag erhalten.

Es ist eine Leistung zur Verbesserung von Renten, die auf Einkommen im unteren Einkommensbereich basieren. Ein Einkommen fällt hierunter, wenn es im Durchschnitt über die gesamte Beitragszeit unterhalb von 80 Prozent des Durchschnittseinkommens liegt.

Es ist keine Leistung für Haushalte, deren Einkommen bestimmte Grenzen überschreitet.

Damit wirkt die Grundrente zielgenau. Wer im Alter allein aus der gesetzlichen Rente sein Einkommen bezieht und während seines Erwerbslebens in Vollzeit zumindest den Mindestlohn verdient hat, kommt mit dem Grundrentenzuschlag, je nachdem, wie lange er oder sie gearbeitet hat, z. B. nach 35 Beitragsjahren auf eine Rente von insgesamt rund 875 Euro und nach 45 Beitragsjahren auf rund 1.020 Euro. Ohne Grundrentenzuschläge liegt die Rente derzeit noch zwischen rund 520 und 670 Euro.

Die Einführung der Grundrente ist damit ein wichtiger Baustein, um die gesetzliche Rente als zuverlässige Grundlage für die Altersvorsorge weiterzuentwickeln.

Wer findet, dass diese Leistungen insgesamt zu bescheiden ausfallen, ist gebeten, dafür zu werben, dass wir alle – ob als Beitrags- oder Steuerzahler – bereit sind, mehr Mittel für die gesetzlichen Renten aufzuwenden. In den politischen Mehrheiten hat sich dieser Wille zumindest noch nicht abgebildet. Anstoß für eine von den Kulturschaffenden vorgetragene Kritik ist die zweite Bedingung: Sie senkt die Grundrente für all diejenigen Kulturschaffenden, die – wirtschaftlich betrachtet – als Selbständige zu Stundenlöhnen arbeiten, die unterhalb des Mindestlohns liegen. In Zahlen: Ein Jahresverdienst von 30 Prozent des Durchschnittseinkommens, also rund 12.000 Euro, heruntergebrochen auf eine 40-Stundenwoche (gerechnet mit 4x40=160 Stunden im Monat), ergibt einen Stundenlohn von 6,25 Euro. Und selbst der wird nicht unbedingt das ganze Jahr über regelmäßig erwirtschaftet. Das gleiche Einkommen erzielt man aber bei einem Mindestlohn von 9,35 Euro pro Stunde bei einer Wochenarbeitszeit von rund 27 Stunden. Der politische Kompromiss zur Grundrente will sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ausschließen. Arbeitszeiten werden aber in der Rentenverwaltung nicht erfasst. Daher erfolgt der Ausschluss von monatlichen Beschäftigungszeiten, bei denen die Beiträge unterhalb dessen liegen, was bei einem Mindestlohn in Vollzeit oder Vollzeitnähe an Beiträgen gezahlt wird.

Angesichts der geringen Einkommen vieler Kulturschaffender kann ich die Forderung nach einer Lockerung dieser Bedingung verstehen. Der von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil im Mai 2019 vorgelegte Gesetzentwurf sah eine Grenze von 24 Prozent vor. Und es war auch nicht vorgesehen, einen Einkommensabgleich vorzunehmen (Bedingung 4). Um das Vorhaben der Einführung der Grundrente nicht in Gänze zu gefährden, mussten Kompromisse gemacht werden.

Zuletzt möchte ich herausstellen, dass der Grundrentenzuschlag für jeden Beitragsmonat ermittelt wird. Übertragen auf Kulturschaffende, die auf Jahresbasis ihr Einkommen abrechnen, bedeutet dies: Vorausgesetzt, es liegen 33 Jahre an Grundrentenzeiten vor (Bedingung 1) und es liegt der Durchschnittswert in der Gesamtbewertung unterhalb von 80 Prozent (Bedingung 3), so wird für jedes Jahr, in dem die Beiträge für ein Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit und etwaiger versicherungspflichtiger Nebenjobs oberhalb der 30-Prozent-Grenze liegen, ein Zuschlag ermittelt. Vorausgesetzt, es liegt aus anderen Quellen kein Einkommen oberhalb der Freibeträge (Bedingung 4) vor, ergibt sich ein Grundrentenzuschlag. Oder andersrum betrachtet: Keinen Grundrentenzuschlag bekommt man nur dann, wenn man in all den Jahren niemals ein Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit und etwaiger versicherungspflichtiger Nebenjobs oberhalb der 30-Prozent-Grenze gehabt hat oder in einem Haushalt lebt, dessen Einkommen die Einkommensgrenzen überschreitet. Kurzum: Im Regelfall werden Kulturschaffende mit langjähriger Versicherung dank der KSK nun auch Grundrente bekommen. Vorausgesetzt, Bundestag und Bundesrat stimmen zu.

Rolf Schmachtenberg ist Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Ausgerechnet!

Wie viele Frauen und Männer absolvieren eine duale Ausbildung im Kulturbereich? Wie viele ein Studium? Wie viele Menschen sind im Arbeitsmarkt Kultur beschäftigt? Wie ist es um ihr Einkommen bestellt? Wie viele Frauen und Männer sind im Kulturbereich freiberuflich tätig? Was verdienen sie? Diese Fragen und mehr untersucht die neue Studie.

Mehr Informationen unter: kulturrat.de/publikationen/studien

ISBN: 978-3-947308-20-0

FOTO: HERZOG & DE MEURON

Der Haupteingang des geplanten Museums des 20. Jahrhunderts am Kulturforum Berlin, Stand Herbst 2019

Scheune für neue Kunst

Ein Name für ein Museum

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

An das Wichtigste denkt man immer erst zuletzt – so auch beim neuen Kunstmuseum in Berlin. Der Wettbewerb wurde entschieden, das Geld erstritten, das Bauen begonnen, das Konzept erarbeitet. Doch wie das schöne Ding am Ende heißen soll, scheint immer noch offen zu sein. Mehrere Namen geistern herum: »Museum des 20. Jahrhunderts«, »Museum der Moderne« oder »Nationalgalerie20«. Allen drei Varianten ist gemeinsam, dass sie das entscheidende Wort »Kunst« vermissen lassen. Ist das ein Zufall oder das ungewollte Eingeständnis, dass man nicht mehr zu sagen weiß, was heute als »Kunst« gelten darf? Stattdessen orientieren sich die bisherigen Namensvorschläge an einer bloßen Jahrhundertzahl oder einem nichtssagenden Epochenbegriff. Was sagt heute noch das Wort »Moderne«? Das ist alles unbefriedigend und erinnert an den unglücklichen Untertitel des »Hamburger Bahnhofs«: »Museum für Gegenwart«. Auch hier kommt »Kunst« nicht vor. Man stelle sich zum Vergleich nur einmal vor, es gebe auch ein »Museum für das 18. Jahrhundert« oder ein »Haus der Vormoderne« oder gar eine »Galerie für Vergangenheit«. Oder gar einen christlichen Sakralbau, der auf den Namensbestandteil »Kirche« verzichtete.

Doch eine Lösung liegt zum Glück schon vor. Man muss nur die offizielle Titelei beiseitetun und auf das hören, was die Leute sagen. Denn der berüchtigte Berliner Volksmund hat längst einen passenden Namen erfunden: »Scheune«. Natürlich war das ursprünglich abschätzig gemeint und sollte den Entwurf der hochberühmten Architekten entzaubern. Doch als Theologe widerspreche ich entschieden und rufe laut: »Scheune« ist ein schönes Wort! Denn eine Scheune ist ein großes Haus mit offenen Toren und einem weit aufgespannten Dach, unter dem vieles Platz findet: die eingebrachte Ernte, Gutsherren und -damen, Mägde und Knechte, Tiere und Menschen, Geräte und spielende Kinder, Landstreicher und Flüchtlinge, die Schutz suchen für eine Nacht oder zwei, um dann gestärkt weiterzuziehen. Es sollen auch schon Kinder in einer Scheune geboren worden sein. Eine Scheune ist zudem ein praktisches Haus, der Arbeit und Mühe, der Entsagung und Anstrengung, aber auch des Einfahrens und Aufbewahrens der Ernte, der klugen, nüchternen Haushalterschaft. Also kein Palast, kein Prestigebau des privilegierten Besitzens und selbstgefälligen Genießens. Und auch kein Wirtshaus, in dem konsumiert, also verzehrt und aufgebraucht wird, in dem die Gegenwart sowohl die Vergangenheit wie auch die Zukunft verschlingt. Eher ist eine Scheune ein Gebäude der Armut und zugleich des Wagemuts, der gemeinsamen Bewegung, in dem beständig hin- und hergeräumt wird, die Bestände dauernd neu sortiert werden – von allen, die dort ein- und ausgehen.

Ich schlage also vor, wenn der neue Bau am Kulturforum endlich fertig ist, in goldenen Lettern den Namen »Scheune für neue Kunst« über dem Eingang anzubringen.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Welt wird eine bessere sein

Die Corona-Zeit kehrt in uns ganz neue, verschüttete Seiten hervor

LUDWIG GREVEN

Wie lange diese nie gekannte, alle verbindende Krise andauern wird, weiß niemand. Doch jeden Tag mehr weicht auch in mir die Furcht, das Entsetzen. Der Blick weitet sich. Auf die Mitmenschen. Auf die Zeit danach, wenn die Phase des Welt-Innehaltens vorbei sein wird. Wenn das alltägliche, geschaftliche, künstlerische Leben irgendwann zurückkehren wird, aber in völlig anderer Weise, als wir es kannten. Denn in Wahrheit steht das Leben ja nicht still. Die globale Gesellschaft verwandelt sich gerade in rasantem Tempo. Menschen helfen Menschen, Nachbarn ihren Nachbarn, Nationen anderen Nationen. Ärzte und Pflegekräfte kümmern sich unermüdlich um die Erkrankten, Leidenden, Sterbenden, unter Aufopferung ihrer letzten Kräfte, nicht selten ihres Lebens. Virologen arbeiten fieberhaft an neuen Erkenntnissen, Pharmaforscher unter Höchstdruck an einem Impfstoff und Medikamenten gegen das Virus. Laborassistenten, Apotheker, Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern und Politiker, die permanent schwerste Entscheidungen treffen müssen auf ungewisser Basis, sorgen sich darum, dass der Pandemie nicht noch viele Millionen Menschen mehr zum Opfer fallen. Und Kassiererinnen, Regalauffüller und Produzenten von Lebensmitteln, Schutzmasken und Desinfektionsmitteln dafür, dass wir Übrigen das Lebens- und Überlebensnotwendige erhalten, während wir tatenlos vom Sofa daheim oder vor dem Computer zuschauen können und sollen.

Allein das führt zu einem Umwerten bisheriger Werte. Es lehrt Demut und Dankbarkeit, schafft zugleich Hoffnung, Vertrauen, Zuversicht. Wir lernen in der existenziellen Bedrohung, die vor niemandem haltmacht, ob reich, ob arm, ob alt, ob jung, worauf

es wirklich ankommt. Auf wen man sich verlassen kann, wenn es darauf ankommt, und auf wen nicht, vom eigenen Umfeld bis zum Staatenlenker. Menschen in Berufen, von denen unser privates und gesellschaftliches Leben abhängt, die aber zu oft im Schatten stehen, erfahren endlich die Wertschätzung, die sie schon immer verdient haben. Mehr als hochbezahlte Manager, Fußballtreter, Sternchen jeder Art.

In der erzwungenen Vereinzelung verbindet uns eine nie dagewesene Solidarität über alle Klassenschranken und vorerst geschlossenen Grenzen hinweg. Auch solche, die sich sonst gerne im identitären Neo-Tribalismus von Völkischen, Gruppenegoisten und Minderheitsfanatikern, der wahren Seuche der Neuzeit, geflissentlich separieren, achten auf Nähe in der gebotenen Distanz. Sie singen gemeinsam vom Balkon, stellen Kerzen in die Fenster, beten in Gedanken zusammen, lächeln sich an. Sie organisieren Gigs in geschlossenen Clubs ohne Publikum und Gottesdienste ohne Gläubige und übertragen sie auf YouTube. Sie teilen im Netz Lektüreempfehlungen, Koch- und Backrezepte, Tipps für TV-Serien und Online-Museumsführungen, und für das Leben in der Quarantäne. Ihren Kummer, ihre Sorgen, Ängste, ihre Wünsche und Hoffnungen.

Die Welt als globales Dorf: Nie war es so wahr wie jetzt. Da mögen Nationalisten, Populisten und Weltverschwörungsverrückte noch so hetzen auch in dieser Schrecknis. Sie kommen nicht dagegen an, dass wir als Gattung nur bestehen können, wenn wir zusammenstehen.

Schon zeichnen sich neue Perspektiven ab. Eine: »Glokalisierung«. Die Globalisierung bringt neue Gefahren mit sich. Aber dass die Welt zusammenwächst, ist ein Segen. Und nicht aufzuhalten. Doch sie muss und wird neu gedacht werden: global und lokal, regional. Denn weltweite Lieferketten, just in time, können, wie sich gezeigt hat, über Nacht zusammenbrechen. Also wird es wieder mehr regionale Produzenten, Vorräte und Lager geben, ohne die weltweite Vernetzung aufzugeben.

Menschliche statt künstliche Intelligenz

Eine weitere: »Flexinnovation«. In der Ausnahmesituation zeigt sich einmal mehr, wie fix Menschen und Gesellschaften in der Lage sind, sich auf neue Verhältnisse einzustellen. Videokonferenzen statt Dienstreisen und -flüge; Homeoffice statt endloser Meetings und vertaner Lebenszeit im Büro – Familie, Kinder und Beruf verbindend in anstrengender, aber beglückender Weise; Digitalunterricht, wenn es in den Schulen und Unis nicht geht; riesige Hilfsprogramme für Firmen, Selbständige, Freiberufler und Künstler binnen Tagen ohne parteipolitisches Gewürge, ohne Lobbyschlachten; Spaziergänge statt Fernreisen; heimische Gymnastik statt Fitnessclub; Konzentration statt hektischem Stress: Das, was sich viele schon lange wünschten und was nebenbei dem Klimaschutz dient, ist plötzlich möglich. Und wird nicht verschwinden. Hoffentlich.

Eine dritte: »Humanökonomie«. Ohne permanentes Wachstum geht es auch. Die Wirtschaft wird stark schrumpfen aufgrund des monatelangen Stillstands, viele Arbeitsplätze werden verloren gehen, eine globale Rezession droht. Aber sie wird nicht zusammenbrechen, sondern sich neu erfinden, menschlicher, weniger turbokapitalistisch. Und weniger technologiehörig.

Die wichtigste, alte Erkenntnis für mich jedoch: Jedes Leben zählt. Jeder ist wichtig. Auf niemanden können wir verzichten. Jeder, jede ist gleich: gleich wertvoll, gleich liebenswert. Wir hängen alle voneinander ab. Materielle Dinge sind unwichtig. Auf Sie, auf dich, auf mich kommt es an. Pass auf dich auf, passen wir auf uns auf! Das wird bleiben.

Ludwig Greven ist freier Publizist

Brauchen wir eine neue »neue Kulturpolitik«?

Gabriele Schulz im Gespräch mit Norbert Sievers und Olaf Zimmermann

Norbert Sievers und Olaf Zimmermann kennen die deutsche Kulturpolitik der letzten 30 Jahre wie wenig andere. Gabriele Schulz spricht mit ihnen über Vergangenes, Gegenwärtiges und Künftiges in Kultur und Politik.

Gabriele Schulz: Was war aus Ihrer jeweiligen Sicht die wichtigste oder die einschneidendste Veränderung in der Kulturpolitik der letzten 30 Jahre? Was war ein »Kipppunkt«?
Norbert Sievers: Es gibt natürlich eine ganze Menge Aspekte, die ich beschreiben könnte. Woran ich häufiger denke, ist die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland« (Kultur-Enquete) und insbesondere der Schlussbericht (Drucksache 16/7000). Für mich war das eine Zusammenfassung dessen, was in den 20 Jahren davor von verschiedensten Akteuren – auch von uns, der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe) – diskutiert worden ist. All dies hat seinen Widerhall im Schlussbericht der Kultur-Enquete gefunden, und viele Debatten haben sich darin widergespiegelt. Ihren Niederschlag fand die Kultur-Enquete unter anderem im Kulturfördergesetz in NRW, das den Geist der Kultur-Enquete atmet. Insofern war und ist dieser Bericht ein wichtiges Referenzdokument für den kulturpolitischen Reformprozess in Deutschland.
Olaf Zimmermann: Ich würde drei Aspekte nennen. Zum einen die Etablierung des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag und die Schaffung des Amtes der Beauftragten für Kultur und Medien. Beides wurde auf unser gemeinsames Betreiben 1998 eingerichtet und gab der Bundeskulturpolitik – und damit letztlich auch uns Verbänden – Sichtbarkeit. Als dritten wichtigen Aspekt würde auch ich die erwähnte Kultur-Enquete nennen, die im Jahr 2002 vom Deutschen Bundestag eingesetzt wurde. Alle drei Institutionen haben dazu geführt, dass wir heute auf der Bundesebene vollständig anders über Kulturpolitik reden, als es noch vor 25 Jahren der Fall war. Aber ich bin davon überzeugt, dass ohne die Verbände, speziell ohne die KuPoGe und den Deutschen Kulturrat, diese Entwicklung nicht eingetreten wäre. Wir haben Druck gemacht und dafür z. B. gerade von den Ländern auch nicht nur Lob geerntet.

Damit wurde schon ein weiterer kulturpolitischer Akteur angesprochen. Wie würden Sie beide die Rolle der Länder beschreiben?
Sievers: Also, wenn man von den Ländern als Ländergemeinschaft, also letztlich der KMK oder seit letztem Jahr der Kulturministerkonferenz (Kultur-MK) als Struktur spricht, da besteht meines Erachtens noch viel Luft nach oben. Oder anders gesagt: Da hätte ich mir mehr erwartet. Es gibt aber einzelne Länder, in denen Wichtiges passiert und geschehen ist. Als Erstes fällt mir dabei mein Heimatland Nordrhein-Westfalen ein. Ich finde, dass von NRW viele wichtige Impulse ausgegangen sind und immer noch gehen. Zu nennen ist aus meiner Sicht auch Brandenburg, von dort sind gerade in den 1990er Jahren viele Akzente in Sachen konzeptbasierter Kulturpolitik ausgegangen. Gleiches lässt sich auch von Sachsen und Niedersachsen sagen. In der Addition gäbe es schon einiges zu berichten. Als Struktur, als KMK, hätten die Länder deutlicher aktiver und nicht durch Nichtverhalten in Erscheinung treten können.
Zimmermann: Ich finde, dass die Länder, die doch eigentlich die kulturpolitische Kompetenz haben, zumindest in den letzten 20 Jahren massiv geschwächelt haben. Sie versuchen es jetzt mit der Kultur-MK aufzuholen. Das erste Jahr ist im Großen und Ganzen auch gut verlaufen, doch wird man die weitere Entwicklung beobachten müssen. Ich habe als größtes Problem bei den Ländern stets empfunden, dass es ihnen unglaublich schwerfällt, gesamtstaatliche kulturpolitische Verantwortung zu übernehmen. Im jeweiligen Bundesland wird und wurde Verantwortung übernommen, sie endet aber allzu oft an der Landesgrenze. Ich glaube, dass letztlich der Bund kulturpolitisch so stark ist, weil die Länder kulturpolitisch so schwach sind.
Sievers: Interessant. Das kann durchaus sein.

Heute sind wir wieder an einem Wechselpunkt angelangt und merken es noch nicht richtig in der Kulturpolitik. Die Postmoderne geht zu Ende

Zimmermann: Ich würde behaupten, dass, wenn die Länder stärker gemeinsam proaktiv und nicht nur abwehrend auftreten würden, würde das den Bund stärker in Grenzen halten. Manchmal beschleicht mich bei einigen Bundesförderungen schon die Frage, ob sie eigentlich Aufgabe des Bundes sind? Oder ob sie nicht originäre Aufgabe der Länder oder sogar der Kommunen wären? Und dafür schwächelt der Bund teilweise, finde ich, ein wenig in den großen Dingen, wenn es also um letztendlich nationale oder auch europäische oder sogar weltweite Aktivitäten geht. Ich wünsche mir daher starke Länder, die ihre Aufgaben, aber auch gesamtstaatliche Verantwortung übernehmen.

Damit kämen wir zum dritten kulturpolitischen Akteur, den Kommunen. Wenn ich an einige wegweisende Erklärungen wie z. B. »Rettet unsere Städte jetzt« in den 1970er Jahren oder auch einige Protagonisten zurückdenke, gingen doch wichtige kulturpolitische Impulse von den Kommunen aus. Wie schätzen Sie heute die Rolle der Kommunen ein?
Zimmermann: Ich denke schon, dass die Kommunen früher, also in den genannten 1970er Jahren, stärker waren. Das gilt auch für den Kulturausschuss des Deutschen Städtetages, der einer der wichtigsten Akteure im Bereich der Kulturpolitik war und maßgebliche Entwicklungen aufgezeigt hat. Vielleicht sind sogar die Kommunen die größeren Opfer der Stärkung der Bundeskulturpolitik als die Länder. Zugleich sind die Kommunen teilweise aber auch ein sehr abgeschlossener »Closed Shop« mit eigenen Debatten und Diskussionen und wenig Offenheit für andere Akteure. Das finde ich, ehrlich gesagt, schade.
Sievers: Ich würde dem in der Tendenz zustimmen. Nur muss der Kontext einbezogen werden. Die 1970er Jahre waren, wie der Kultursoziologe Gerhard Schulze formulierte, die »utopische Phase« der Kulturpolitik. Es gab einerseits Persönlichkeiten wie Hermann Glaser oder Hilmar Hoffmann und andere, die Kulturpolitik theoretisch fundierten und dabei aus dem Vollen schöpfen konnten. Und dann gab es einfach viel weniger: weniger Institutionen, weniger Projekte, weniger Diskurse, da war es einfacher durchzudringen. Zusätzlich bestand eine gesellschaftliche Offenheit. Ich erinnere nur an das Diktum von Willy Brandt »Mehr Demokratie wagen«. Die Synapsen waren vorhanden, und vor allem sie waren offen, aufnahmebereit. Wir haben heute eine vollkommen andere Situation. Vieles ist administrativ besser geworden, die Haushalte sind möglicherweise besser aufgestellt, es sind viele Einrichtungen gegründet worden, auch in der Folge der »Neuen Kulturpolitik«. Aber man vermisst schon die programmatischen Signale, die in die Zukunft weisen. Eher ist eine gewisse Erschöpfung festzustellen.

Daran würde ich gerne anknüpfen. Eben war von den offenen Synapsen die Rede, von Erwartungen an Kunst und Kultur. Welche Fragestellungen haben heute Relevanz? Wie unterscheidet sich die Postmoderne von der Moderne?
Sievers: Postmoderne ist ein gutes Stichwort. Ich denke, dass die »Neue Kulturpolitik« der 1970er Jahre genau in einer Zeitenwende entstand. Gesellschaftstheoretiker verorten den Wechsel von der Industriemoderne in die Postmoderne genau in der Mitte der 1970er Jahre. Dazu gehört auch der damit verbundene Wertewandel. Also Werte wie Identitätsfindung, Authentizität, Autonomie und so weiter. Diese Werte sind in den kulturpolitischen Grundsatzpapieren jener Jahre, auch der Kulturpolitischen Gesellschaft, zu lesen. Das waren die Stichworte der Zeit. Sie vermittelten bereits Ausblicke auf die postmoderne Gesellschaft, mental und instrumentell steckte die Kulturpolitik aber noch in der Industriemoderne. Das war eine interessante Gemengelage. Heute sind wir wieder an einem Wechselpunkt angelangt und merken es noch nicht richtig in der Kulturpolitik. Die Postmoderne geht zu Ende. Das »anything goes« geht nicht mehr, allein aufgrund der Klimaentwicklung. Wir müssen neue Konzepte entwickeln. Der Kern von »Kultur für alle« sind Addition und Wachstum. Jetzt müssen wir »Kultur für alle« vor dem Hintergrund der Grenzen des Wachstums reformulieren. Das Schwierige an der Aufgabe ist, dass wir mitten im Änderungsprozess stecken und diesen gestalten müssen. Ich bin mir sicher, dass unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger in 30 Jahren unsere jetzige Zeit beurteilen und einordnen können. Die Kulturpolitik ist aber gefordert zu gestalten, ohne zu wissen, wohin die Reise geht.

Wir müssen heute die Köpfe zusammenstecken und Perspektiven für eine Kulturpolitik in einer Gesellschaft ohne Wachstum im herkömmlichen Sinne entwickeln

Zugleich sind die genannten Themen, wie beispielsweise »Ende des Wachstums« oder der Nachhaltigkeitsdiskurs so neu in der Kulturpolitik oder zumindest in unseren Verbänden der KuPoGe und dem Deutschen Kulturrat nicht. Die KuPoGe hat in diversen Publikationen das Thema aufgegriffen. Als Deutscher Kulturrat haben wir bereits vor einigen Jahren ein Heft von Politik & Kultur zum »Anthropozän« veröffentlicht. Ich denke, wir sind die Spürhunde, die Themen erspüren, wenn sie noch nicht auf der Agenda sind, dort aber hingehören sollten. Doch was bedeutet der Nachhaltigkeitsdiskurs aktuell? Was folgt daraus, was für Aufgaben stellen sich uns?
Sievers: Ich glaube, dass die ganze Klimakrise oder besser gesagt die Klimakatastrophe die Agenden aller Politiken in zehn Jahren völlig durcheinanderwirbeln wird. Das gilt auch für den Kulturbereich. Eigentlich paradox, aber in den 1970er Jahren haben wir ähnliche Themen schon diskutiert. Die Neue Kulturpolitik war eng verbunden mit den »Grenzen des Wachstums«, mit Überlegungen, aus der Wachstumsfalle herauszukommen. Dann ist das Thema in den Hintergrund getreten und nun ist es wieder auf der Tagesordnung mit allerdings einer ganz neuen Dramatik, die uns kaum Alternativen lässt. Kulturpolitik muss darauf reagieren. Wenn die Erwartung besteht, dass der Verkehr anders organisiert wird, wenn Städte anders gebaut werden müssen, wenn die Energiegewinnung sich grundlegend ändern muss, dann kann in der Kulturpolitik nicht so weitergemacht werden, als würde sie das nicht berühren. Ich denke, sie muss vom Wachstumsparadigma Abschied nehmen und dafür Zeichen setzen. Ein falsches Zeichen ist, um ein Beispiel zu nennen, in meinen Augen der Umbau der Oper in Stuttgart für eine Milliarde Euro. Hier wird Kulturpolitik letztlich ohne echten Diskurs für die nächsten 30, 40, 50, 60 Jahre festgeschrieben. Wissen wir, was dann überhaupt ist mit unserer Gesellschaft? Ich hätte mir vorher eine Debatte darüber gewünscht, ob hier die Ressourcen richtig eingesetzt werden. Das sehe ich generell in der Kulturpolitik derzeit noch nicht. Wir müssen nachdenken über nachhaltigere, klimagerechtere Modelle, Lösungen und Konzepte. Das wird eine ganz schwierige Diskussion. Ich wage zu prophezeien, dass die Bürgerinnen und Bürger in zehn Jahren vom Staat jene Verbote einfordern werden, vor denen heute zurückgeschreckt wird. Dann stehen auch Freiheitsrechte auf dem Spiel. Ich denke, wie müssen heute die Köpfe zusammenstecken und Perspektiven für eine Kulturpolitik in einer Gesellschaft ohne Wachstum im herkömmlichen Sinne entwickeln.
Zimmermann: Da stimme ich zu. Der Zuwachs an öffentlichen Kulturangeboten, an geförderten Kulturprojekten usw. beruht letztlich auf Wirtschaftswachstum, da nur so mehr Steuereinnahmen generiert werden. Dieses Argument wurde uns auch stets, insbesondere von der Automobilwirtschaft, in den TTIP-Debatten, also den Diskussionen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, entgegengehalten. Dort wurde argumentiert, dass gerade der Kulturbereich von der »brummenden« Automobilwirtschaft profitiert, weil durch dort gemachte Gewinne die Mittel für Kultur entstehen. Die Argumentation ging dann weiter, dass der Kulturbereich darum auch für Freihandel und speziell für TTIP sein müsse. Das Argument ist ja auch nicht ganz von der Hand zu weisen, obwohl unsere Argumente gegen TTIP vor allem kulturwirtschaftlicher Natur waren und leider bei der Automobilwirtschaft auf keinen fruchtbaren Boden fielen. Doch ich fürchte, dass die gesamte Grundannahme, dass nur durch Wirtschaftswachstum die Grundlagen unseres Wohlstands geschaffen werden, auf den Prüfstand gestellt werden muss. Das wird nicht spurlos am Kulturbereich vorbeigehen. Die Wachstumslogik wird auch hier infrage gestellt werden. Eine weitere Dimension mit Blick auf die Klimadiskussion ist für mich, dass gerade der Kulturbereich sehr international aufgestellt ist. Das ist sehr schön und bereichernd. Es bedeutet aber zugleich eine rege Reisetätigkeit – auch mit dem Flugzeug. Woran sich die Frage anschließt, wie wir damit umgehen wollen. Das kleinste Problem ist noch, dass bei Veranstaltungen statt Plastikbechern Geschirr aus Porzellan oder Glas verwendet wird. Die andere Frage geht sehr viel tiefer.

Ich möchte noch einmal auf den Punkt der Kulturbauten zurückkommen, also den Bau neuer Kultureinrichtungen oder die Umnutzung von Industriebauten für Kultur. Ist das die richtige Strategie mit Blick auf eine Infragestellung der Wachstumslogik oder müsste über weniger Kultureinrichtungen nachgedacht werden?
Sievers: Ich habe den Vorschlag eines Dekadenmoratoriums gemacht: zehn Jahre keine neuen Kultureinrichtungen bauen. Natürlich weiß ich, dass das eine provokative These ist, die für absurd gehalten wird, weil man im Grunde nichts ändern will und sich mit »greenwashing« zufriedengibt. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir in diesen Dimensionen denken müssen. Es geht nicht mehr um Klein-Klein, also um die Frage, ob das eine Programm umgesetzt wird und das andere nicht. Das wird der Problemlage nicht gerecht. Sondern wir müssen in großen Dimensionen denken und überlegen, welche Zeichen gesetzt werden. Dazu zählt für mich auch, die schon zitierte

Fortsetzung auf Seite 11 ►

Fortsetzung von Seite 10

geplante Renovierung der Stuttgarter Oper mit einer Milliarde Euro mit den geplanten Investitionen in den Klimaschutz in der gleichen Stadt in eine Beziehung zu setzen. Der Kulturbereich darf nicht nur auf sich schauen. Auch hier geht es darum, Ressourcen einzusparen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Und dabei geht es auch um heilige Kühe. Nehmen wir z. B. die ganze Feier der Industriekultur. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Es wird da der Strukturwandel einer Epoche kulturell inszeniert, die die Klimakatastrophe maßgeblich mitverursacht hat. Eigentlich paradox, aber als symbolische Aktion verständlich. Aber da werden Industriegebäude für kulturelle Zwecke umgenutzt, die energetisch eine Katastrophe sind. Und das geschieht nicht nur einmal, sondern zigmal in der ganzen Republik. Alle Welt schreit danach, möglichst Energie zu sparen, und dann werden Gebäude zu Kulturorten gemacht, die nur mit hohem energetischen Aufwand zu betreiben sind, weil dies vermeintlich oder tatsächlich vom Publikum so gewollt wird. Da stellt sich schon die Frage nach dem Sinn, zumal diese Politik mit den Hinterlassenschaften der Braunkohlereviere ja weitergeht.

Zimmermann: Sicherlich muss bei der Industriekultur differenziert werden. Ich war Anfang des Jahres in Rammelsberg in Goslar und habe mir dort das Bergwerk angeschaut. Dort wird keine zeitgenössische Kunst gemacht, sondern gezeigt, was Bergbau im Harz seit dem 18. Jahrhundert war. Solche Museen in authentischen Orten, mit Einbeziehung der alten Anlagen, finde ich sehr sinnvoll. Zustimmen will ich bei der Skepsis gegenüber der Umnutzung von Industrieflächen zu Kulturflächen. Oder platt gesagt: Kaum ist eine Industriehalle leer, muss die Kultur rein. Das finde ich, müssen wir als verantwortliche Kulturpolitiker infrage stellen. Das Ruhrgebiet ist in diesem Sinne eine große Lernregion. Hier findet bereits seit Jahrzehnten ein Strukturwandel statt, und es wurden und werden große Hoffnungen in die Kultur gesetzt. Ich denke nur an die Kulturhauptstadt Ruhr 2010, die diesen Wandel im europäischen Kontext zeigen sollte. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich eine ehrliche Bestandsaufnahme lohnen würde, in der aufgeführt wird, was geklappt hat, was o.k. war und welche Fehler besser vermieden werden sollten. Das könnte gerade mit Blick auf den anstehenden Strukturwandel in den Braunkohlenrevieren von großem Wert sein.

Gehört dazu nicht auch, die Erzählung »Wandel durch Kultur« zu reflektieren oder, um einen Buchtitel von Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand zu zitieren, »Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft?« Stimmt es, dass, wenn ausreichend Kultur da ist, auch der Strukturwandel gelingt?

Sievers: Im Grunde genommen folgte die Kulturpolitik der letzten Jahrzehnte der genannten postmodernen Erzählung. Ganz im Sinne der Analyse von Andreas Reckwitz, die er im Buch »Die Gesellschaft der Singularitäten« auf den Punkt gebracht hat. Er beschreibt darin sehr schön, dass die Menschen solche besonderen Orte wollen, weil sie authentisch und affektgeladen sind und eine narrative Qualität haben. Sie vermitteln gelebte Arbeits- und Wirtschaftsgeschichte der Industriegesellschaft in Verbindung mit Kultur. Die Arbeit ging verloren und jetzt kommen die Künstler und leisten Trauer- und Stolzarbeit. Da steckt viel Postmodernes und auch viel Romantik drin. Ich denke schon, dass dies nützlich war, um einen kulturellen Beitrag zum Strukturwandel zu leisten. Aber heute brauchen wir eine neue Erzählung. Wir können nicht ungebrochen die programmatischen Formeln früherer Zeiten wiederholen und immer wieder den alten Strukturwandel kulturell ummänteln, wo wir schon mitten in einem neuen Wandel stecken. Wir dürfen nicht nur zurückschauen, sondern müssen einen neuen Zukunftsdiskurs entwickeln.

Es wird also eine neue Idee von Kulturpolitik gebraucht?

Zimmermann: Ich würde es gerne noch weiter zuspitzen: Wir brauchen eine neue »neue Kulturpolitik«. Eine Weiterentwicklung der Kulturpolitik vor dem Paradigmenwechsel der Nachhaltigkeitspolitik. Ich habe da auch noch keine Patentlösungen. Und eigentlich sind hierfür Visionen erforderlich, die nicht unmittelbar an Umsetzbarkeit und Praktikabilität gemessen werden. Wer wäre dafür besser geeignet als der Kulturbereich? Ich könnte mir auch gut vorstellen, dass dies eine gemeinsame Aufgabe von Kulturpolitischer Gesellschaft und Deutschem Kulturrat sein könnte, hier einen Diskussionsraum zu öffnen.

Ich möchte den Begriff »Der Gesellschaft der Singularitäten« gerne noch aus einer anderen Richtung beleuchten und zwar mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Beheimatung oder auch Heimat. Die Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Debatte um Heimat, wie gehört das zusammen, und wo ist da die Aufgabe der Kulturpolitik?

Zimmermann: Meines Erachtens müssen wir uns in der Kulturpolitik intensiv mit dem Heimatthema beschäftigen. Der Mensch braucht Zugehörigkeit. Er ist ein soziales Wesen und er will sich zugehörig fühlen. Deswegen sind Zugehörigkeit oder auch Heimatgefühle sehr wichtig. Für mich persönlich ist »Heimat der Ort, wo es mir nicht egal ist, wie es ist«. Das heißt, Heimat ist nicht mit einem bestimmten geografischen Ort verbunden, sondern mit meinem Tun, meinem Engagement verbunden. Für mich gehört zur Heimat auch die deutsche Sprache. Ich kann jene Kultureliten nicht verstehen, die behaupten, Künstlerinnen und Künstler, die in Deutschland leben, brauchen nicht Deutsch zu lernen, sondern könnten sich in Englisch verständigen, das könne doch jeder. Das ist in meinen Augen eine Hybris, die gefährlich werden kann. Ich bin davon überzeugt, dass bei aller Exzellenz und Internationalität im Kulturbereich die Bodenhaftung nicht verloren gehen darf.

Wir müssen uns in der Kulturpolitik intensiv mit dem Heimatthema beschäftigen. Der Mensch braucht Zugehörigkeit. Er ist ein soziales Wesen und er will sich zugehörig fühlen

Sievers: Für mich gehört auch dazu, dass diejenigen, die den Begriff Heimat als positiven Begriff sehen, schnell missachtet und diskriminiert werden. Als wären sie zurückgeblieben und alten Zeiten verhaftet. Ich fürchte, dass, wer so argumentiert und sogar Zugehörigkeit infrage stellt, den falschen Leuten Argumente liefert. Vielmehr kommt es doch darauf an, Begriffe wie Heimat aufzugreifen, zu reflektieren und zu besetzen, statt sie pauschal zu verurteilen.

Wir haben viel über die 1970er und 1980er Jahre gesprochen und über den erforderlichen Paradigmenwechsel durch die Nachhaltigkeitsdebatte, um das Thema einmal in den größeren Kontext zu stellen. Im letzten Jahr haben wir 30 Jahre Mauerfall gefeiert, im Oktober stehen die Feierlichkeiten zu 30 Jahre deutscher Einheit an. Was bedeutete die Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die Kulturpolitik?

Zimmermann: Der Fall der Mauer im Jahr 1989 ist ein Bruch. Für den Deutschen Kulturrat als westdeutschen Verband kam der Mauerfall überraschend. Erst wenige Wochen vorher war eine große Tagung des Deutschen Kulturrates zu 40 Jahren bundesrepublikanischer Kulturpolitik in Bonn durchgeführt worden, mit einem Rückblick und Ausblick. All das war auf einmal obsolet und nicht mehr gefragt. Ohne Frage standen in Ostdeutschland die Kultureinrichtungen und die Künstlerinnen und Künstler vor der riesigen Herausforderung, sich in einem neuen System zu positionieren. Der in Westdeutschland übliche Wettbewerbsföderalismus war unbekannt, und so waren und sind die ostdeutschen Länder ja auch viel offener bei Aktivitäten des Bundes. Die größte Veränderung ist aber in meinen Augen, dass eine Ökonomisierung des gesamten Kulturbereiches die Folge war. Letztlich war der Markt der Sieger. Die Auseinandersetzung der Systeme Ost – West war beendet. Der Kapitalismus hatte gesiegt. Und so zog der Kapitalismus auch in die Kulturstrukturen ein. Selbstverständlich folgte die Kulturwirtschaft schon immer der kapitalistischen Logik, aber nun wurde dies auch im öffentlichen oder öffentlich geförderten Kulturbereich relevant. Daraus entstanden Debatten um Optimierung, Management, bessere Vermarktung usw. Das Zeitalter der Kulturmanager begann. Die Frage nach der künstlerischen Autonomie, die auch eine Freiheit von ökonomischen Zwängen sein kann, trat dabei in den Hintergrund. Ich denke, auch die Logik der Ökonomisierung des Kulturbereiches gehört bei einer Revision der Kulturpolitik auf den Prüfstand.

Wir brauchen eine neue »neue Kulturpolitik«. Eine Weiterentwicklung der Kulturpolitik vor dem Paradigmenwechsel der Nachhaltigkeitspolitik

Sievers: Ich stimme der Analyse zu. Das Ende der 1980er Jahre bildet eine Zäsur. Da begann die Debatte um Annäherung der Kultur an die Wirtschaft. Sie wurde zuerst durchaus selbstkritisch und reflexiv geführt, dann kamen aber relativ schnell die Diskussionen um Ökonomisierung, neue politische Ökonomie, dezentrale Steuerungsformen, Effizienz, Effektivität, Rückzug des Staates usw. Da gibt es einerseits positive Entwicklungen wie die Förderung auf Abstand durch die selbstverwalteten Kulturfonds, andererseits aber auch eine ganze Reihe negativer. Es gehört zu den unerledigten Aufgaben der kulturpolitischen Debatte, diese neoliberale Zeit aufzuarbeiten und zu bilanzieren, was nicht so gut gelaufen ist im Einigungsprozess. Das diesjährige Jubiläum könnte dafür ein Anlass sein.

Meines Erachtens gehört in diesen Kontext auch das stärkere Messen, Wiegen, Zählen, das sehr oft unter dem Begriff Evaluierung zusammengefasst wird. Überspitzt könnte man sagen, dass mitunter die Evaluierung wichtiger ist als ein Programm selbst.

Zimmermann: Ich habe den Eindruck, dass dies nicht nur eine Vorgabe des Staates war, sondern auch von Verbänden befördert wurde. Wenn jede Förderung in ein Konzept passen muss, legt das die Forderung nach Evaluierung nahe.

Sievers: Ja, ich stimme zu, dass es auch in den Verbänden, auch in der Kulturpolitischen Gesellschaft, neoliberale Grenzgänge gab. Ich habe Chancen im Konzept eines »aktivierenden Staates« gesehen, die Beteiligungsoptionen eröffnen. Damit Kultureinrichtungen und zivilgesellschaftliche Akteure mehr Freiheit erhalten und selbständiger werden konnten. Und natürlich muss mit öffentlichen Mitteln auch wirtschaftlich umgegangen werden. Dennoch bin ich heute gegenüber dem neoliberalen Grenzgang skeptischer, als ich es früher war.

Meine Frage zielte nicht so sehr auf ökonomische Evaluierung, sondern vielmehr auf die Festlegung messbarer Kriterien, was mit einem Programm erreicht werden soll. Nach meinem Eindruck werden teilweise durch Kriterien Sachverhalte verfestigt, die eigentlich überwunden werden sollen. Oder um es an einem Beispiel auszuführen: Wenn ich zähle, wie viele Migrantinnen und Migranten Kultureinrichtungen besuchen, und dies in der besten Absicht mache, um eine Einrichtung zu öffnen, verfestige ich allein durch meine Frage wieder Zuweisungen. Was bringt also das Messen, Wiegen, Zählen den Kultureinrichtungen und vor allem was bedeutet es für die Kunst?

Sievers: Das ist ein Riesenthema. Evaluation ist eigentlich ein hochanspruchsvolles Verfahren. In der Praxis wird daraus leider oft reine Fliegenbeinzählerei, die unterkomplex ist. Ich werfe denjenigen, die das machen, diese Unterkomplexität nicht vor. Sie stehen unter Druck, müssen Ergebnisse vorlegen. Sehr oft wollen die Auftraggeber, also die Ministerien, auch nichts anderes als diese Fliegenbeinzählerei. Aber faktisch bringt das nichts. Nicht bei jedem Programm, weil dies zu aufwendig wäre. Aber hin und wieder, um eine Orientierung zu gewinnen, wäre eine methodisch anspruchsvolle Evaluierung im Rahmen der Kulturpolitikforschung sehr sinnvoll.

Zimmermann: Aus meiner Sicht besteht doch die große Herausforderung darin, dass die Kulturpolitikforschung so stark mit einigen Verbänden verbunden ist. In anderen gesellschaftlichen Bereichen besteht eine viel stärkere Trennung zwischen Wissenschaft, die an den Hochschulen betrieben wird, und den Verbänden, die Forschung aufgreifen und politische Forderungen formulieren. Das ist im Kulturbereich viel enger verbunden. Bei der Kulturpolitischen Gesellschaft mit dem Institut für Kulturpolitik, aber auch beim Deutschen Kulturrat mit seinen Forschungen beispielsweise zu Frauen in Kultur und Medien. Ich denke, auch die Verbandsentwicklung ist eng mit dem Wunsch gekoppelt gewesen, Lücken in der Forschung zu schließen. Das bedeutet einen teilweise schwierigen Spagat, beides, d. h. Politik und Forschung, zu machen. Ich finde aber, dass sich die Ergebnisse im Großen und Ganzen sehen lassen können und gerade für kulturpolitische Entscheidungen praxistauglich sind.

Sievers: Dem stimme ich zu. Bekanntermaßen bin ich ein Freund von verbandsgebundener, anwendungsorientierter Kulturpolitikforschung. Der große Vorteil der Verbände ist ihre Nähe zu den Praxisfeldern. Selbstverständlich braucht es dazu auch eine nötige Distanz, aber die sollte bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorausgesetzt werden können.

Das ist, finde ich, ein guter Schluss vom Anfang unseres Gespräches zu den Umbrüchen in der Kulturpolitik der letzten Jahrzehnte hin zur anwendungsorientierten Kulturpolitikforschung. Herzlichen Dank.

Norbert Sievers ist wissenschaftlicher Berater des Instituts für Kulturpolitik der KuPoGe. Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Unser kulturelles Vermächtnis

Das Archiv für Bildende Kunst: Künstlerarchiv der Stiftung Kunstfonds

KARIN LINGL

Archive bergen Geheimnisse und Schätze, sie sind weit mehr als eine Gruft für Akten und Urkunden. Sie sind unser Gedächtnis, das in zahlreichen Einrichtungen unterschiedlichster Größe und Konzeption bewahrt und erinnert wird. Es geht um Dokumente, die aus rechtlichen, politischen oder historischen Gründen gesichert und erinnert werden sollen. Archivalien erzählen Geschichten, belegen Fakten und Ereignisse, die für unsere Gesellschaft identitätsstiftend sind und diese prägen.

Ob digital, analog oder beides, das Gros der Archive sammelt – ergänzt um dokumentarische Fotografien und medienbasierte Materialien – Schriftliches, das Historisches protokolliert und sekundiert. Wenige Archive entgrenzen diesen eher dokumentarischen Ansatz und fügen den Kriterien für eine Aufnahme das wichtige Attribut der künstlerischen Qualität hinzu. Prominentes Beispiel ist das Deutsche Literaturarchiv Marbach, dessen Bestände, unter anderem literarisch bedeutende Nach- und Vorlässe von Autoren und Philosophen, eine »Fülle kostbarster Quellen der Literatur- und Geistesgeschichte« sind und das Gedächtnis deutschsprachiger Literatur in Deutschland bilden.

Unser Gedächtnis fußt jedoch nicht nur auf dem Literarischen. Auch Werke der bildenden Kunst sind im archivalischen Sinn wertvolle Zeugen unserer Geschichte, sie sind Quellen für gesellschaftliche und politische Entwicklungen, sie sind das Gedächtnis der bildenden Kunst und der Kunstszene. Begründet durch die seit den 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts gestiegene Kunstproduktion, werden heute unzählige künstlerische Œuvres hinterlassen. Auch deshalb entstanden in den letzten beiden Jahrzehnten vermehrt Archive zur bildenden Kunst. Das einzige bundesweit agierende ist das Künstlerarchiv der Stiftung Kunstfonds, das 2010 in Brauweiler bei Köln eröffnet wurde. Es bewahrt Vor- und Nachlässe herausragender bildender Künstlerinnen und Künstler der jüngeren Kunstgeschichte in Deutschland, darunter Ludger Gerdes, Jochen Gerz, Ulrike Grossarth, Barbara Hammann, Floris Neusüss und Reiner Ruthenbeck. Aufgenommen werden künstlerische Lebenswerke, abgeschlossene Werkkomplexe und wesentliche Werkreihen eines Œuvres. Skulpturen, Gemälde, Grafiken, Objekte, künstlerische Notizen, Skizzen und ideengebende Vorlagen werden im Archiv betreut und erforscht. Hierbei offenbaren die Originalwerke nicht nur den künstlerischen Schaffensprozess, sondern sie dienen als sichtbare Quelle für politische und historische Geschehnisse. Es ist wichtig, dass die aufgenommenen Kunstwerke präsent bleiben, und zwar nicht nur aus der Sicht der Künstlerinnen und Künstler und vor dem Hintergrund ihrer Ideen und Konzepte, sondern vor allem im Hinblick auf unser kulturelles Vermächtnis, das die Kunstwerke nicht nur bezeugen, sondern mitunter auch kommentieren. Das Künstlerarchiv gewährleistet den uneingeschränkten Zugang zu diesen forschungsrelevanten Originalen, damit diese visuellen Grundlagen unserer kulturellen Geschichte jetzt und auch in Zukunft öffentlich bleiben. In Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen, Akademien, Erben, Künstlerinnen und Künstlern entstehen restaurierungs- und kunstwissenschaftliche Studien und Ausstellungsprojekte und geben Einblick in die Schätze und Geheimnisse des Archivs. Darüber hinaus stehen die Kunstwerke des Archivs öffentlich zugänglichen Ausstellungshäusern weltweit zur Ausleihe zur Verfügung, temporär oder auf Dauer. In Studioausstellungen, die im Winterrefektorium der früheren Abtei Brauweiler stattfinden, können jüngste Forschungen nachvollzogen, Neuzugänge bewundert oder den O-Tönen der Künstler des Archivs, die über ihre Arbeit erzählen, gelauscht werden. Um die Arbeit des Künstlerarchivs transparenter und zugänglicher für eine breitere Öffentlichkeit zu machen, ist ein Erweiterungsbau geplant. Ein begehbares Depot, das in unterschiedlich großen Räumen und Studios die Kunstwerke öffentlich zugänglich macht und präsentiert. Neben kleineren Studioausstellungen werden auch die Inventarisationsarbeit und konservierungstechnische Praktiken veranschaulicht sowie weitere Forschungsarbeitsplätze entstehen. Dank der zugesagten Finanzierung von Bund, Land NRW und des Landschaftsverbandes Rheinland, die die Baukosten gemeinsam tragen werden, kann der Ausbau zum Schaumagazin in Kürze beginnen.

Das Künstlerarchiv versteht sich als ein Ort »zwischen Atelier und Museum«

Das Künstlerarchiv versteht sich als ein Ort »zwischen Atelier und Museum«. Ein Depot, das herausragende Positionen der bildenden Kunst, verankert in unterschiedlichen künstlerischen Œuvres, sammelt, ordnet, inventarisiert, sie erforscht und öffentlich zugänglich macht.

Doch nicht zuletzt ist das Archiv ein Institut, das seinen Blick in die Zukunft richtet und relevante Fragen, die unser bildnerisches Kulturerbe betreffen, antizipiert. Angesichts der schieren Anzahl visueller Quellen besteht die Gefahr, dass nicht alle Werke bewahrt werden, wichtige Zeugen unseres kulturellen Erbes unwiederbringlich verloren gehen. Die erforderliche archivarische Praxis für künstlerische bildnerische Quellen zu entwickeln, zählt deshalb zu den wichtigsten Aufgaben des Künstlerarchivs der Stiftung Kunstfonds.

FOTO: STIFTUNG KUNSTFONDS

Einblick in das Archiv für Künstlernachlässe der Stiftung Kunstfonds

Karin Lingl ist Geschäftsführerin der Stiftung Kunstfonds

INFO

Dieser Beitrag ist eine Reaktion auf den Schwerpunkt »Das Archiv: Das Gedächtnis der Gesellschaft« in Politik & Kultur 3/2020.

Die materielle Seite des Urheberrechts

Verwertungsrechte I

ROBERT STAATS

Das Urheberrecht hat eine materielle und eine immaterielle Seite. Den materiellen Interessen des Urhebers dienen die sogenannten Verwertungsrechte. Sie sollen – schlicht gesagt – sicherstellen, dass mit einem urheberrechtlichen Werk Geld verdient werden kann. Das wird dadurch ermöglicht, dass wichtige Nutzungen des Werkes der Zustimmung des Urhebers bedürfen, die von der Zahlung einer Vergütung abhängig gemacht werden kann. Bei jedem Verlagsvertrag zwischen Autor und Verleger geht es beispielsweise darum, dass der Autor dem Verleger die Nutzung des Werkes erlaubt – gegen Zahlung eines angemessenen Honorars.

Das Gesetz unterscheidet zwischen körperlichen und unkörperlichen Verwertungsformen und führt einige konkrete Verwertungsrechte auf. Dieser Katalog ist aber nicht abschließend, es gibt demnach auch »unbenannte« Verwertungsrechte. Zu den explizit aufgeführten Verwertungsrechten in körperlicher Form gehören unter anderem das Vervielfältigungsrecht und das Verbreitungsrecht. Unkörperliche Verwertungsformen sind dagegen beispielsweise das Aufführungsrecht, das Senderecht oder – in der digitalen Welt besonders wichtig – das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung. Zugegeben, die Bezeichnung »Zugänglichmachung« ist wenig elegant; sie geht auf den Urheberrechtsvertrag der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) aus dem Jahr 1996 und die englische Bezeichnung »making available« zurück. Der Sache nach handelt es sich dabei um das Recht, ein Werk im Internet zum Abruf zur Verfügung zu stellen.

Bei körperlichen Verwertungen geht es stets darum, dass ein Werk in einer gegenständlichen Form verwertet wird, also ein Text in einem Buch, ein Gemälde auf einer Leinwand, ein Film auf einer DVD oder ein Musikstück auf dem Speichermedium eines Smartphones. Bei unkörperlichen Verwertungen handelt es sich dagegen um Nutzungen, wie beispielsweise die Aufführung eines Theaterstücks auf der Bühne oder die Sendung eines Hörspiels im Radio. Auch die öffentliche Zugänglichmachung von Werken im Internet gehört zu den unkörperlichen Verwertungsformen.

Wichtig ist, dass der Werkgenuss selbst, die Lektüre des Buchs, die Betrachtung eines Bildes oder das Anschauen eines Films, in der Regel urheberrechtlich irrelevant ist. Es kommt vielmehr auf die Nutzung des Werkes an, die den Werkgenuss überhaupt erst ermöglicht. Und wie ist es mit Nutzungen in der Privatsphäre? Diese fallen zumeist ebenfalls nicht unter die Verwertungsrechte des Urhebers. Alle unkörperlichen Verwertungsrechte setzen voraus, dass das Werk in der Öffentlichkeit wiedergegeben wird. Aber auch das körperliche Verbreitungsrecht ist nur betroffen, wenn ein Werk der Öffentlichkeit angeboten oder in Verkehr gebracht wird. Eine Ausnahme macht hier das Vervielfältigungsrecht, grundsätzlich fallen auch Vervielfältigungen im privaten Bereich unter dieses Recht. Dass sie als »Privatkopien« dennoch vielfach gesetzlich erlaubt sind, steht auf einem anderen Blatt – und in einem anderen Paragrafen des Urheberrechtsgesetzes.

5 MINUTEN URHEBERRECHT

Umstritten kann allerdings sein, wann eine Nutzung öffentlich ist. Das Gesetz geht von »Öffentlichkeit« aus, wenn das Werk für eine Mehrzahl von Personen bestimmt ist, die nicht durch persönliche Beziehungen verbunden sind. Die Vorführung eines Films im Kino ist demnach öffentlich, die Aufführung einer Beethoven-Sinfonie in der Philharmonie ebenfalls; die Wiedergabe von Tanzmusik während einer Hochzeitsfeier dagegen nicht. Auch Vorlesungen an Universitäten sind öffentlich, während die Frage der Öffentlichkeit bei der Wiedergabe von Werken innerhalb einer Schulklasse unterschiedlich beurteilt wird.

Nicht einfacher geworden ist die Sache durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der sich in den letzten Jahren in einer Vielzahl von Entscheidungen mit dem Begriff der öffentlichen Wiedergabe befasst hat. Dazu war das Gericht berufen, weil auch das europäische Recht, vor allem die Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft aus dem Jahr 2001, wichtige Verwertungsrechte, wie das Recht der öffentlichen Wiedergabe einschließlich des Rechts der öffentlichen Zugänglichmachung vorsieht. Die Rechtsprechung des EuGH stimmte dabei mit dem früheren Verständnis im deutschen Recht nicht immer überein, ihr kommt aber Vorrang zu. So hat der EuGH beispielsweise vor einigen Jahren verneint, dass Hintergrundmusik in den Warteräumen einer Zahnarztpraxis als öffentliche Wiedergabe einzustufen ist. Das war von deutschen Gerichten zuvor noch ganz anders beurteilt worden.

Verwertungsrechte knüpfen an bestimmte Technologien an. Da sich diese ständig fortentwickeln, muss sichergestellt werden, dass auch bei neuen Nutzungsformen die angemessene Vergütung der Urheber und sonstigen Rechteinhaber durch das Urheberrecht gewährleistet ist. Hier hat die Digitalisierung das Urheberrecht auf eine Bewährungsprobe gestellt, die noch nicht ausgestanden ist. Zwar wurde mit der Einführung des Rechts der öffentlichen Zugänglichmachung explizit ein »Internet«-Verwertungsrecht geschaffen. Wer ein Werk im Netz »hochlädt«, macht es damit öffentlich zugänglich und bedarf regelmäßig der Erlaubnis des Urhebers. Wie verhält es sich aber bei Nutzungsformen wie dem Setzen eines Links oder der Technik des »Framing«? Was ist mit E-Lending, also dem »Ausleihen« von E-Books, und dem »Verkauf« von gebrauchten E-Books? Und was dürfen Plattformen wie YouTube oder Facebook? Darauf wird im nächsten Beitrag eingegangen.

Robert Staats ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Wort und Vorsitzender des Fachausschusses Urheberrecht des Deutschen Kulturrates

INFO

Robert Staats erläutert in jeder Ausgabe von Politik & Kultur prägnant und verständlich einzelne Aspekte des Urheberrechts. Lesen Sie alle Beiträge unter: bit.ly/32lQhKk

»Es steht Spitz auf Knopf«

Der neue Ostbeauftragte Marco Wanderwitz im Gespräch

Marco Wanderwitz ist seit Februar Ostbeauftragter der Bundesregierung. Ludwig Greven spricht mit dem CDU-Politiker aus Sachsen über mangelndes demokratisches Bewusstsein in der ehemaligen DDR und die Bedrohung durch die AfD.

Ludwig Greven: Herr Wanderwitz, warum braucht es 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch einen Beauftragten für die neuen Bundesländer, die so neu ja nicht mehr sind?
Marco Wanderwitz: Vor fünf Jahren hätte ich noch gesagt, wir brauchen den Beauftragten bald nicht mehr. Die Mauer in den Köpfen ist in den vergangenen Jahren aber leider wieder höher geworden.

Woran machen Sie das fest?
Das zeigt sich z. B. an den Wahlergebnissen der AfD. Da gibt es ein dramatisches West-Ost-Gefälle. Im ganzen Land hat sich der Diskurs verändert, Sprache und Umfangsformen sind verroht. Aber im Osten besonders drastisch. Kommunalpolitiker werden reihenweise angegriffen. Die Zivilgesellschaft reagiert in den neuen Ländern viel zu wenig darauf.

Und die anderen Gründe?
Alle Ostblockländer waren absolut homogen. In der DDR haben nur Deutsche gelebt, von den sowjetischen Soldaten und den Vertragsarbeitern abgesehen, die isoliert waren. Daraus ist, wie etwa auch in Polen und Ungarn, eine gewisse Mentalität entstanden: Wir wollen unter uns bleiben, wir lehnen Fremde ab mit ihren anderen Kulturen, Sprachen und Religionen. Die wollen wir nicht. Besonders stark ist das in den strukturschwachen Gebieten wie in der Lausitz, wo die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie um ihre Arbeitsplätze und Zukunft bangen.

Welche Rolle spielt, dass in der DDR die NS-Zeit nie richtig aufgearbeitet wurde?
Auch in der DDR gab es schon eine Neonazi-Szene. In meiner DDR-Schulzeit wurde die deutsche Kriegsschuld vorrangig auf Russland bezogen. Im Vordergrund stand allein, was die Nazis den Kommunisten angetan haben. Die Shoah, die Euthanasie, die Verfolgung von Sinti und Roma, von Homosexuellen und vielen mehr spielte fast keine Rolle. Im Vergleich zum Nationalsozialismus war die DDR eine weichere Diktatur, aber sie war eine. Die Aufarbeitung dieser 40 Jahre ist eine Daueraufgabe, genau wie die der NS-Zeit. Jeder jungen Generation muss man das wieder vermitteln. Im Großen und Ganzen waren wir da nicht so schlecht. Wir sind nur auf eine Leimrute gegangen, nämlich den Fokus zu einseitig auf die Stasi zu legen und nicht auf die SED-Diktatur insgesamt. Deshalb bin ich dafür, den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik weiterzuentwickeln zum Beauftragten für das SED-Unrecht. Nicht die Stasi war die Spinne im Netz, sondern die SED.

Die Ost-CDU und die anderen Blockparteien waren Teil des Systems.
Die waren nur Staffage. Ja, auch bei ihnen haben sich einige schuldig gemacht. Das haben wir als CDU sauber aufgearbeitet. Viele haben aber schlicht versucht, auf kommunaler Ebene oder in anderen eher staatsfernen Bereichen etwas zu bewegen. Wie mein Vater, der einfaches CDU-Mitglied war. Auch einfache SED-Mitglieder will ich nicht in Sippenhaft stecken. Ich mache niemandem einen Vorwurf daraus, dass er kein Bürgerrechtler war. Ich weiß nicht, wie es bei mir ausgegangen wäre, wenn ich nicht erst 14 gewesen wäre, als die Mauer fiel.

Die SED hat den Mittelstand zerschlagen, ein Bildungsbürgertum gab es nicht, weil Arbeiter und Bauern Vorrang vor Akademikern hatten. Ist das, neben der Abwanderung von jungen Leistungsbereiten vor und nach dem Ende der DDR, ein Grund, weshalb sich eine starke Mitte der Gesellschaft, die ein Gemeinwesen zusammenhält, im Osten nicht herausgebildet hat?
Ja. Dazu kam ein starker Braindrain schon in den 1980er Jahren. All das deformiert die Gesellschaft. Es gibt Dörfer, in denen kaum noch junge Menschen sind. Der Kern, der für Zivilität sorgt, ist deutlich kleiner als im Westen. Und die, die da sind, proben nicht gerade oft den Aufstand der Anständigen. Das ist aber nötig! Ich erwarte von der anständigen Mehrheit, von der ich überzeugt bin, dass es sie gibt, mehr Widerstand, mehr Engagement für die Demokratie. Wer will denn irgendwann von einem AfDler regiert werden? Einige träumen sicher davon. Aber eine solche Vorstellung muss doch die Mehrheit stärker mobilisieren. Es steht Spitz auf Knopf! Es geht darum, ob die neuen Länder zu unbedeutenden Randregionen werden, die den Anschluss verlieren, die unattraktiv werden für ausländische Investoren, für Arbeitskräfte und für die alten Bundesländer. Wo keiner mehr hin will, egal aus welchem Land, weil er fürchten muss, am Ortseingang stehen »drei Nazis auf dem Hügel und finden keinen zum Verprügeln«, um es mit Rainald Grebe zu sagen.

FOTO: MARCO WANDERWITZ

Der Politiker Marco Wanderwitz ist seit Februar dieses Jahres Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

In Umfragen sagen viele im Osten, es gehe ihnen gar nicht so schlecht. Dennoch wählen sie die AfD. Wie kann das sein?
Offensichtlich haben sie keine Hemmschwelle, sie zu wählen. Das ist mein Vorwurf an sie. Ich bin da nicht so gnädig wie andere. Die Gründe sind vielfältig. Die wirtschaftliche Transformation nach der Wende, als wir im Osten teilweise 25 Prozent Arbeitslose hatten, hat vor allem die Generation meiner Eltern maximal gestresst. Sie haben sich zum Teil mehrmals neu erfinden müssen. Es gab keine Sicherheiten. Das hinterlässt bleibende Wunden und Narben. Und als die Menschen dachten, nun sind wir angekommen in den Wohlstandsversprechen der Bundesrepublik, kamen die Flüchtlinge dazu. Manche, die nicht auf einem breiten gefestigten Wohlstand sitzen wie in den alten Bundesländern, ziehen daraus eine Konsequenz, die ich moralisch für höchst fragwürdig halte.

Die Mauer in den Köpfen ist in den vergangenen Jahren aber leider wieder höher geworden

Was hat die Politik versäumt?
Das größte Versäumnis nach der Einheit war zu denken, man könne die Menschen zu glühenden Demokraten machen, indem man ihnen die Schönheit des Grundgesetzes eröffnet, ihnen Reisefreiheit und die D-Mark gibt. Das ist zunächst teilweise überdeckt worden. Aber es bricht in Wellen immer wieder hervor. Wir haben einen nicht unerheblichen Teil, der bis heute die Grundmechanismen der parlamentarischen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft nicht verstanden hat. Weil niemand sie ihnen vermittelt hat.

Auch die CDU nicht, die nach der Einheit die meisten Ostländer regiert hat?
Wir müssen an der politischen Bildung noch viel stärker arbeiten. Die Menschen im Osten haben in drei, vier Generationen in zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen gelebt. Dazu gehört, dass die SED wie die Nazis die Religion bekämpft hat. Sachsen, meine Heimat, war ein volksfrommes Kernland der Reformation. Jetzt liegt der Anteil an Christen bei 25 Prozent, in manchen Regionen unter zehn Prozent. Es gibt natürlich Menschen, die ein humanistisches Weltbild haben, das aus meiner Sicht dem christlichen durchaus ebenbürtig ist. Aber nicht alle. Die neuen Länder sind ein entchristlichtes Land. Deshalb sage ich meiner evangelischen Kirche immer: Ihr müsst da missionieren! Die Katholiken machen das besser. Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat gesagt: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.« Deshalb brauchen wir die Kirchen und die Religion. Und die humanistische Zivilgesellschaft.

Hätte es nach dem Fall der Mauer einen Crashkurs in Demokratie geben müssen?
Absolut. Damals wären die Leute dazu sehr bereit gewesen. Die meisten hatten eine völlig verzerrte Vorstellung von einer sozialen Marktwirtschaft, in der man auch mal Ellenbogen braucht und in der Leistung in der Regel belohnt wird. Aber man muss sie eben auch erbringen. In der DDR kannte man das so nicht.

Kann man das alles nachholen?
Das ist heute viel schwieriger. Wir müssen alle einschlägigen Programme noch größer ausrollen und neue auflegen, um im Alltag der Menschen mit dem Thema präsent zu sein. Auch Arbeitgeber haben da eine Verantwortung, z. B. in ihrer Belegschaft keine Rechtsradikalen zu dulden.

Wie bringt man Bürger dazu, nicht zu meckern, sondern selbst Verantwortung zu übernehmen? Wir bringt man sie aus der politischen Zuschauerrolle heraus?
Ich werde Gespräche in vielen kleineren Städten und Gemeinden führen. Ich diskutiere nicht mit Rechtsradikalen, auch nicht mit Linksextremisten, nicht mit Verschwörungstheoretikern und Reichsbürgern. Aber der Rest ist mir mit jeder Kritik, mit jeder Idee willkommen, solange sie nicht herumschreien oder pöbeln.

Und wenn das nicht funktioniert?
Dann müssen wir die Leute im wahrsten Sinne des Wortes auch zu Hause aufzusuchen. Ich mache als Abgeordneter in meinem Wahlkreis regelmäßig Hausbesuche, nicht nur im Wahlkampf. Manche sind regelrecht perplex, wenn ein Politiker vor ihrer Haustür steht und ihnen zuhört. Das ist alles aufwendig und mühselig. Aber was bleibt uns übrig? Wir müssen diesen Weg gehen. Die Demokratie ist es wert.

Vielen Dank.

Marco Wanderwitz ist Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Ludwig Greven ist freier Publizist

Zwischen Nostalgie und Aktualität

Kinderbücher aus der DDR neu aufgelegt

MARIANNE RÜBELMANN

Im letzten Jahr hat die Verlagsgruppe Beltz den 70. Geburtstag von Beltz | Der KinderbuchVerlag gefeiert. Die Reaktionen in den Medien und vor allem der Leserinnen und Leser führten deutlich vor Augen, dass die Bücher des Verlags nicht nur ein wichtiger Baustein deutscher Kinderbuchgeschichte sind, sondern für viele Menschen eine Kindheitserinnerung, auf die sie nicht verzichten möchten. Generationen von Leserinnen und Lesern lernten mit dem kleinen Angsthasen in wichtigen Situationen Mut zu beweisen, dass bei der Feuerwehr manchmal der Kaffee kalt wird und warum sich Hirsch Heinrich im Wald einsam fühlt.

Der Verlag wurde am 1. Juni 1949, dem Internationalen Tag des Kindes, in Ost-Berlin gegründet. Das erste Buch des Programms war Bertolt Brechts Kalendergeschichte »Der verwundete Sokrates« mit Illustrationen von Frans Haacken.

Das Buch erschien in einer Startauflage von 100.000 Exemplaren. Zwischen 1949 und 1990 folgten rund 4.700 Titel mit einer Gesamtauflage von 270 Millionen Exemplaren. Der Verlag war Trendsetter, Begleiter und Vorbild: Von Bilder- über Erstlesebüchern bis zu Romanen und Sachbüchern entstand eine Fülle der verschiedensten literarischen Genres und illustrativen Stilrichtungen.

Die beeindruckende Vielfalt prägte die Kinderliteratur der DDR. Geschichten von Benno Pludra, Hannes Hüttner, Eva Strittmatter oder Werner Heiduczek wurden von Illustrationen von Werner Klemke, Gerhard Lahr, Ingeborg Meyer-Rey oder Elizabeth Shaw begleitet. So hat z. B. Elizabeth Shaw, die in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre, mit dem »Kleinen Angsthasen« eine unsterbliche Kinderbuchfigur geschaffen.

Die Büchermacher um Verleger Günther Schmidt – und später Fred Rodrian – hatten einen hohen Anspruch an Text und Bild; das macht die Bücher bis heute attraktiv und modern.

In den 1970er Jahren vergab der KinderbuchVerlag Berlin, der der zentrale Verlag für Kinderliteratur der DDR war, auch Förderpreise an Autorinnen und Autoren und Grafikerinnen und Grafiker, so z. B. den Hans-Baltzer-Preis für Illustratoren, den Edwin-Hoernle-Preis für Theorie und Literaturkritik, den Sally-Bleistift-Preis für junge Autoren sowie »Das rote Flügelpferd« für Verdienste um die Literaturentwicklung.

Im Juni 1990 wurde der Verlag unter der Verwaltung der Treuhandanstalt in eine GmbH umgewandelt und es schien, als würde er wie fast alle anderen DDR-Verlage eingestellt. Nur zehn der 78 DDR-Verlage haben die Wende überstanden. Auch für den Kinderbuchverlag fand sich erst 1992 mit dem Münchner Verleger Hans Meisinger ein Käufer. Die Meisinger Verlagsgruppe, deren bekanntester Verlag die Middelhauve Verlagsgruppe war, führte den KinderbuchVerlag Berlin als Imprint weiter.

Mit diesem Kauf begann die Renaissance des KinderbuchVerlag Berlin, denn der damalige Verleger begann, nicht nur die Restbestände aus dem Lager abzuverkaufen, sondern auch das Programm aktiv zu betreuen. So fanden neben den bekannten Kinderbuchklassikern Neuerscheinungen bekannter ostdeutscher Autorinnen und Autoren und Illustratorinnen und Illustratoren Eingang in das Programm; junge Autorinnen und Autoren wie Ingrid Uebe konnten für Projekte ebenso gewonnen werden wie namhafte englische Illustratorinnen und Illustratoren wie Ruth Brown, Diz Wallis oder P. J. Lynch. Besondere Beachtung fanden die Bilderbuch- und Märchenbuchprojekte.

Die Geschichten und Bilder haben auch 30 Jahre nach der Wende nichts von ihrer Leuchtkraft eingebüßt

Diese sorgfältige verlegerische Arbeit wurde mit der Übernahme durch die Verlagsgruppe Beltz im Jahr 2002 weitergeführt und ausgebaut. Seit dem Jahr 2003 erscheint das Imprint mit einer eigenen Vorschau und ist so wieder im Buchmarkt sichtbar. Eine besondere Verbindung zum KinderbuchVerlag bestand bei Beltz auch über den ursprünglichen Verlagssitz im thüringischen Bad Langensalza. Die dortige Druckerei VEB Thomas Müntzer druckte nicht wenige der Klassiker. Anfang der 1990er Jahre wurde das alte Stammhaus an die Verlagsgruppe Beltz zurück übertragen und in den Folgejahren zu einer modernen Druckerei und Großbuchbinderei umgewandelt. Derzeit sind im Beltz | Der Kinderbuch-Verlag über 140 Titel lieferbar. Darunter Standardwerke der DDR-Kinderliteratur, die stetig neu aufgelegt werden. Oder bisher unveröffentlichte Werke bekannter Autorinnen und Autoren sowie Illustratorinnen und Illustratoren. Zu den erfolgreichsten zählen »Die Kinder- und Hausmärchen der Gebrüder Grimm«, »Der kleine Angsthase« von Elizabeth Shaw, »Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt« von Hannes Hüttner, Fred Rodrians »Hirsch Heinrich«, »Bootsmann auf der Scholle« von Benno Pludra und das Kinderlexikon »Von Anton bis Zylinder«.

Seit 2009 erschienen außerdem sechs Sammelbände mit den beliebtesten KinderbuchVerlags-Geschichten. Der erste Band, »Erzähl mir vom kleinen Angsthasen«, hat heute eine Gesamtauflage von 250.000 Exemplaren erreicht.

All diese Geschichten und Bilder haben auch 30 Jahre nach der Wende nichts von ihrer Leuchtkraft eingebüßt. Viele von ihnen haben Kultstatus erreicht. Ungefähr 80 Prozent der Auflagen werden in Ostdeutschland verkauft. Die Buchtitel oder die Autorinnen und Autoren haben dort einen familiären Klang und wecken Erinnerungen. Sie berichten vom ganz normalen Kinderalltag mit seinen Abenteuern, Sorgen und Träumen. Ihre Aussagen sind außerordentlich zeitgemäß, vermitteln aber immer auch etwas aus der Zeit ihrer Entstehung. Das Spannungsfeld aus Realismus und Fantastik, Nostalgie und Aktualität ist es wohl, was die anhaltende Faszination dieser Klassiker ausmacht.

FOTO: VERLAGSGRUPPE BELTZ

Zwei der bekanntesten Titel des Kinderbuchverlages Beltz

Marianne Rübelmann ist Verlegerin und Geschäftsführerin der Verlagsgruppe Beltz

Alte Ängste neu aufgelegt

Das Lebensgefühl des alten West-Berlins

TANJA DÜCKERS

Die Stimmung im alten West-Berlin war eine sehr andere als heute. Ich bin dort sieben Jahre nach dem Mauerbau, 1968, geboren, aufgewachsen in Wilmersdorf, Kinderladenkind, meine Eltern waren Teil der sehr lebendigen Kunstszene. Damals habe ich die geopolitische Situation natürlich nicht ganz erfasst. Es herrschte stets ein eigentümliches Nebeneinander von Profan-Provinziellem und Ereignissen, die immer wieder deutlich machten, wie wenig normal unsere Situation eigentlich war. Da sprachen die Eltern beim Frühstück, während mein Bruder und ich uns darüber stritten, wer das neue Nutella-Glas zuerst anbrechen durfte, über einen Mauertoten. Da gab es die Geisterbahnhöfe, die auf mich großen Eindruck machten. Da machte man mit der Schulklasse einen Ausflug in »den« Osten. Nur wenige Kilometer von zu Hause entfernt, berlinerten die Menschen ähnlich wie wir – es gibt kleine Unterschiede zwischen den West- und Ostberlinern –, aber die Welt sah vollkommen anders aus. Weit entfernte Reiseziele wie Süditalien oder Nordnorwegen schienen beinahe weniger fremd zu sein.

Mein Alltag war zwar dominiert von Dingen wie Schule, Freundinnen, Musikhören, Lesen, gelegentlich Zoff mit den Eltern, aber spätestens wenn es in den Urlaub ging, wurde an den Grenzübergängen unsere absurde Situation wieder deutlich. Oft ging es über die Grenzübergangsstelle Dreilinden-Drewitz – wir sagten nur Dreilinden –, also zum Panzer. Dieser stand, wenn man aus Berlin kam, kurz vor dem DDR-Kontrollpunkt, man wurde also von ihm begrüßt. Der Panzer war so aufgestellt, dass sein Geschützrohr auf West-Berlin gerichtet war. Diese Symbolsprache verstand man auch als Kind, die Eltern redeten zudem öfter mit Unbehagen darüber. Waren wir an den Autoschlangen angelangt, begann das übliche Spiel: Jeder meinte, diese oder jene Schlange komme besonders zügig voran. Immer wenn wir gerade die Spur gewechselt hatten, hörte die schnelle Schlange auf, sich zu bewegen, als wäre man für immer erstarrt, in der Zeit, in der Bewegung, in allem. Dann wechselten wir die Schlange, und das Gleiche begann von vorne.

Man fürchtete sich vor dem Dritten Weltkrieg – nicht vor dem Burn-out

Je älter ich wurde, desto weniger beängstigend wirkte der Panzer, der mit dem sich endlos hinziehenden Kalten Krieg doch etwas in die Jahre gekommen zu sein schien. Im Dezember 1990 wurde er von den abziehenden sowjetischen Truppen von seinem Sockel gehoben und mitgenommen. Seit 1992 steht auf dem Sockel auf Initiative des Bildhauers Eckhardt Haisch ein rosafarbener Schneelader, ein Sonderbau auf Basis des sowjetischen Geländewagens GAZ 69.

Das besondere Lebensgefühl in West-Berlin, changierend zwischen Polen wie Angst und Anarchie, habe ich versucht, in meinem Roman »Hausers Zimmer« (2011) sowie in »Mein altes West-Berlin« (2016) festzuhalten. Gerade die diffuse Angst – vor allem vor einem Atomkrieg – mit uns in Berlin im Epizentrum ist für mich ein nach wie vor gut abrufbares Gefühl aus meiner Jugend: »Wenn es einen Atomkrieg gibt, liegen wir doch hier so richtig schön in der Mitte. Vor meinem inneren Auge sehe ich einen riesigen gelbweißen Atompilz genau hinter der Gedächtniskirche. Dann schmelzen alle Häuser in Sekundenschnelle zusammen, eine Spielzeugstadt, Spielzeugland, Spielzeugwelt. Aus Legosteinen. Nur noch kreisende, kalte Kugeln im All. Arte Povera pur. Umlaufbahnen, Leere, kein Leben. Nur noch Tauben und Ratten bleiben übrig – denke ich mir so. Plötzlich bekomme ich totale Angst« (aus »Hausers Zimmer«).

Besuch bei uns in Berlin kam, wenn nicht mit dem Auto, dann am Bahnhof Zoo an. Der Bahnhof Zoo war eine Institution in West-Berlin. Groß, dunkel und schmuddelig, hatte er eine düster-erhabene Aura. Dass der Zoo eines Tages zum Regionalbahnhof herabgestuft werden würde, lag außerhalb des Vorstellungsvermögens. Viele ältere Menschen empfinden diesen Vorgang heute noch als schwere Kränkung. Früher kamen die Großeltern immer am Bahnhof Zoo an, wenn sie uns besuchten. In Erinnerung geblieben ist aber auch der – einzige – Besuch eines Onkels und einer Tante aus Westdeutschland. Nach wenigen Tagen West-Berlin rief mein Onkel: »Ihr lebt in einer sterbenden Stadt! Nicht mal am Kriegsende kann Berlin trauriger gewesen sein als jetzt!« Onkel und Tante waren nicht von ihrer Meinung abzubringen, Berlin würde an die Sowjetunion fallen, West-Berlin sei eh ein absurdes Konstrukt, auf die Dauer wäre dieses Überbleibsel zu teuer für den Bund und so weiter. Sie ließen kein gutes Haar an West-Berlin. Es ging weiter um die »albernen Abenteuerkinder«, die sich in Berlin nur selbst verwirklichen würden. Einwände, dass die Amerikaner West-Berlin nicht ohne Weiteres »dem Russen« überlassen würden und einiges für Berlin – Stichwort Luftbrücke – getan hatten, schlugen sie in den Wind. »Der Russe« würde sich den Happen West-Berlin vor seiner Nase nicht länger anschauen, nicht weitere 30 Jahre untätig zusehen, irgendwann »zubeißen« und so weiter. »Der Russe« sei schwerfällig, träge und geduldig. Er habe ein anderes Zeitmaß als wir. Wenn er West-Berlin angreifen oder einfach nur die Grenzen abriegeln würde, dann würden wir alle in die Röhre gucken. »Wegen euch« würden die Amis bestimmt keine Bodentruppen schicken. Und wenn es einen Atomkrieg gäbe, wovon über kurz oder lang auszugehen sei, so die selbstgewisse Tante, würden wir erst recht in einer sterbenden Stadt leben! Aber einen Dritten Weltkrieg würde für uns Berliner sowieso niemand riskieren.

Die Verwandten brausten wieder vom Bahnhof Zoo ab in ihr langweiliges Leverkusen. Wir blieben mit ihren düsteren Worten zurück. Die Eltern aber versuchten uns Kindern die Sorgen zu vertreiben: »Das ist doch keine sterbende Stadt, sondern die lebendigste Stadt Deutschlands!«, sagte der Vater. Wenn wir mal wieder am Bahnhof Zoo waren, dem alten schmuddeligen Ding, dann meinte ich zu spüren, dass der Vater recht hatte: Selbst von den Nutten, den Säufern und den ewigen An-die-Wand-Pinklern am stinkenden Zoo ging etwas aus, das einen nicht wirklich glauben ließ, diese Stadt würde einfach so sterben. Berlin fühlte sich irgendwie immer gut an, auch wenn es nicht schön aussah – gerade an seinen hässlichen Ecken, von denen es ja viele gab und gibt.

Die Berliner Lässigkeit, das Widerspenstige und die Anarchie, auf der anderen Seite des Spektrums rangierend jedoch auch ein unguter Schlendrian und Mief, schienen damals noch ausgeprägter als heute. Das Leistungsträgerzeitalter hatte noch nicht begonnen. Begriffe wie Selbstoptimierung kannte man noch nicht. Man fürchtete sich vor dem Dritten Weltkrieg – nicht vor dem Burn-out. So konnte man mitten in Berlin, der Stadt, die im Epizentrum der bipolaren Weltordnung lag, ziemlich realitätsvergessen lesen und lümmeln, Gitarre oder Maultrommel spielen und sich, während man »Revolution« von den Beatles hörte, die Fingernägel hingebungsvoll in Rot und Schwarz lackieren.

Dass ich in Berlin – nach der Wende – noch einmal eine solch rapide Veränderung des Alltags wie derzeit erleben würde, hätte ich nicht erwartet. Nun erinnert mich manches an Ängsten vor ungreifbaren Dingen durchaus ein wenig an die Zeit des Kalten Kriegs – obwohl dieser Vergleich natürlich mehr als hinkt. Die derzeitige Situation in Berlin mit geschlossenen Schulen, Geschäften und vielen anderen Anordnungen löst durchaus alte Ängste wieder aus.

Tanja Dückers ist Schriftstellerin

Die Literatur weiß es besser

Innerdeutsche Gemütszustände

ARNE BORN

In der gesellschaftlichen Realität gestaltet sich das Zusammenwachsen dessen, was zusammengehören soll, langwieriger und komplizierter als zunächst angenommen. 30 Jahre nach Mauerfall und Wiedervereinigung ist das augenfälliger denn je. Unterschiedliche Lebensverhältnisse, Mentalitätsmuster, Wahlergebnisse, Konsumgewohnheiten prägen auch 2020 den ostwestdeutschen Alltag. Die Hoffnungen auf die Herstellung einer »inneren Einheit« in Deutschland scheinen der Skepsis gewichen, wonach sich eine strukturelle Fremdheit zwischen dem östlichen und dem westlichen Landesteil verfestigt. Diese Fremdheit zwischen Ost und West wurde aber bereits in den 1990er Jahren von der »schönen Literatur« beschreibend vorweggenommen und auch reflektierend überwunden.

Die sozialpsychologische Ursache der innerdeutschen Fremdheit lässt sich als Kombination zweier Faktoren beschreiben: Zum einen wird die gegenseitige Ähnlichkeitserwartung der Ost- und Westdeutschen kollektiv enttäuscht. Zum anderen sind die Ostdeutschen aufgrund der ungleich verteilten Definitionsmacht in der neuen Bundesrepublik tendenziell als »Fremde« und »Laien« gegenüber den Westdeutschen als »Einheimische« und »Experten« benachteiligt.

Hellsichtig wird das Gefühl der Benachteiligung und Übervorteilung von nahezu allen Autorinnen und Autoren der kritisch-loyalen DDR-Literatur formuliert. Ostdeutschland und sich selbst als Verlierer betrachtend, beschreiben die Reformsozialisten den Transformationsprozess als kapitalistischen Eroberungsfeldzug: Elf Tage nach der Grenzöffnung schreibt Christoph Hein verzweifelt an den Rowohlt-Verlag: »Wenn wir scheitern, frißt uns McDonald.« Im Dezember 1989 bescheinigt Stefan Heym seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der DDR wütend, dass sie von »westlichen Krämern« hinters Licht geführt worden seien: »eine Horde von Wütigen, die Rücken an Bauch gedrängt, Hertie und Bilka zustrebten auf der Jagd nach dem glitzernden Tinnef«. Volker Braun bezeichnet Transformation und Wiedervereinigung Anfang 1991 in einem Interview desillusioniert als »Einmarsch des Kapitalismus in eine herrenlose Gegend«. Im September 1991 erscheinen Christa Wolf die westdeutschen Eindringlinge als die »neuen Weltherren«, die »die Rechtsmaßstäbe der Sieger« anlegen, um ihr »Bedürfnis nach Rache und nach Selbstbeweihräucherung« zu befriedigen.

Auf ganz andere Art beschreiben aus der DDR ausgereiste Autoren die Fremdheit zwischen Ost und West. Wo die Reformsozialisten die DDR-Bürger dafür kritisieren, dass sie 1989/90 kein erneutes sozialistisches Experiment mittragen, da gießen die in den Westen ausgereisten Autoren Kübel voll Hohn und Spott über die verschreckten und desorientierten Ostdeutschen aus, deren Klagen in Richtung Westen sie als angemaßte Opferrolle, als ungerechtfertigtes Selbstmitleid und als billige Larmoyanz interpretieren. Monika Maron: »Die neue ostdeutsche Einheitsfront, die von der PDS bis zu den Neonazis reicht, verrührt die DDR-Geschichte zu einem einzigen Opferbrei, die eigene Vergangenheit wird unter dem neuen Feindbild begraben, ein neues Wir ist geboren, ›wir aus dem Osten‹; endlich dürfen alle Opfer sein, Opfer des Westens.« Auch Bernd Wagner und Wolf Biermann übertragen ihre radikale Kritik am ostdeutschen Realsozialismus nach dem Ende der DDR auf die »gelernten Untertanen« (Biermann), ihr Zorn auf die DDR mutiert zum Abscheu gegen die ehemaligen DDR-Bürger: »Dummheit, Korrumpierbarkeit in jeder Richtung, Faulheit, Feigheit nach oben und Brutalität nach unten« (Wagner). Die »kranken Ostdeutschen« erscheinen als »Volk wie ein Haufen verhaltensgestörter Heimkinder, die sich wundern, daß es plötzlich keine geladenen Stacheldrahtzäune mehr gibt, aber auch nicht den täglichen Schweinefraß aus der Großküche« (Biermann).

Während somit die allermeisten Autorinnen und Autoren in der ersten Phase der Wendeliteratur, der Politisierung, die gegenseitigen Fremdheitsmuster nicht nur konstatieren, sondern auch praktizieren, gehen der Ostdeutsche Günter de Bruyn und der Westdeutsche Peter Schneider einen anderen Weg: Sie reflektieren die gegenseitigen Stereotype, um zu einer innerdeutschen Annäherung und Verständigung zu gelangen. Bereits 1990/91 beschreiben sie »wechselseitige Projektionen« (Schneider) und »Vorstellungsschablonen« (de Bruyn), die bis heute aktuell geblieben sind. Mit wenigen ausdrucksstarken Strichen gelingt es den beiden Autoren, das jeweilige Bild nachzuzeichnen, das sich Ost- und Westdeutsche voneinander machen. So redet das »DDR-Klischee eines Westbürgers« »laut und sehr ungezwungen«, »spricht, wenn er nicht von Italien- und Spanienreisen erzählt, von Leistung und Geld« und kehrt dabei immer »für seinen Gesprächspartner, ob er will oder nicht, den Überlegenen heraus« (de Bruyn).

Die Kulturtechniken des »Besserwessis« sind in einer gesellschaftlichen Umgebung entstanden, die den Ostdeutschen nach erstem Augenschein als wenig erstrebenswert bis verwerflich erscheint: »Sie stören sich an der Kälte der Konkurrenzgesellschaft, an der Glitzerfassade, hinter der nichts steckt, an der allgemeinen Rücksichtslosigkeit und am Materialismus.« Dieses östliche Stereotyp von der Bundesrepublik besagt weiterhin, dass »es im Westen ›kalt‹ sei, keine ›echte Freundschaft‹ gebe, keine ›Gemütlichkeit‹«. Dem steht das westliche Klischee des selbstmitleidigen »Jammerossis« gegenüber, dessen »Anspruchsverhalten« noch durch die begleitende »Vorwurfshaltung« verschlimmert werde (Schneider).

Neben der bereits in den 1990er Jahren antizipierten deutsch-deutschen Fremdheit hat die Wendeliteratur dieses Zeitraums eine außerordentliche Leistung vollbracht, die bis jetzt unbemerkt geblieben ist: Der vom Feuilleton vehement geforderte große Wenderoman wurde bereits in drei Teilen zwischen 1997 und 2001 veröffentlicht. Marcel Reich-Ranicki, der Literaturpapst dieser Zeit, sah den »Faust auf der Straße liegen« und war daher – wie praktisch die gesamte Literaturkritik – umso enttäuschter, dass die Belletristik ihn nicht aufhebe. Er übersah, dass Ingo Schulzes »Simple Storys« (1998), Jan Grohs »Colón« (2001) und Bernd Wagners »Paradies« (1997) nach Art einer Trilogie als der große Wenderoman gelten können. Diese Hauptwerke des Wendejahrzehnts überzeugen zum einen künstlerisch durch einen modernen Realismus, der sozial engagiert, (auto-)biografisch fundiert und ästhetisch reflektiert ist. Zum anderen gestalten sie exemplarisch die drei wichtigsten Erscheinungsformen der die gesamte Literatur zur deutschen Einheit prägenden Fremdheit zwischen Ost und West.

Ingo Schulze zeigt die innerdeutsche Fremdheit als Einbruch des unbekannten Westlichen in die ostdeutsche Provinz so kunstvoll und komplex wie kein anderer Autor. Seine literarischen Charaktere bleiben daheim in der ostthüringischen Kleinstadt Altenburg, wo nach der Grenzöffnung die westliche Welt über sie hereinbricht, ihr tägliches Leben vollständig verwandelt und so zu einem tiefgreifenden Fremdheitserlebnis führt.

Komplementär macht Jan Groh die Fremdheit deutlich, indem ein »entfremdeter« Westdeutscher im Herbst 1989 die »authentische« Lebenswelt junger DDR-Oppositioneller als unbekanntes Draußen entdeckt. Dadurch entsteht die literarisch gelungenste Schilderung der DDR kurz vor der Maueröffnung, gerade weil sie aus einer uneingeweihten, fremden Perspektive beschrieben wird. Und wo Grohs eigenartiger, eigensinniger, brillanter Bildungs- und Dialogroman zeitlich und räumlich endet, da beginnt Bernd Wagners buntes, gewagtes, spöttisches Gesellschafts- und Geschichtspanorama. Indem er eine närrische Ostdeutsche auf eine skurrile Expedition in den Westen schickt, der nun seinerseits als unbekanntes Draußen erscheint, gelingt Bernd Wagner die überzeugendste Darstellung der Ost-West-Unterschiede.

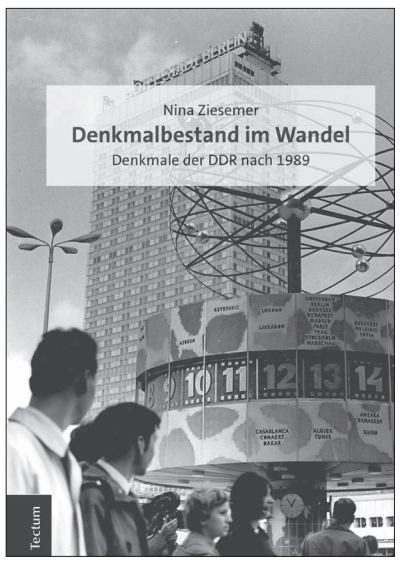
FOTO: LUISE WAGNER

Schriftsteller und Publizist Bernd Wagner 2003 in den Beelitzer Heilstätten

Gemeinsam ist den beiden außergewöhnlichen Romanen und ihren ungewöhnlichen Protagonistinnen und Protagonisten ihr fremder Blick auf eine ihnen unbekannte gesellschaftliche Umgebung, wodurch der in seine finale Krise geratene SED-Staat ebenso luzide beschrieben wird wie das vereinigte Deutschland im Jahre drei nach dem Mauerfall. Zur ästhetischen Pointe wird damit die Erzählperspektive: In »Colón« beobachtet der naive »Besserwessi« bizarre ostdeutsche Mentalitätsmuster, welche die an sie gewöhnten DDR-Bürger längst nicht mehr bemerken. In »Paradies« legt die ostdeutsche Simplicissima abseitige westdeutsche Wirklichkeitspartikel bloß, welche gleichermaßen exemplarisch auf deutsch-deutsche Seelenzustände nach der Wiedervereinigung verweisen.

Ingo Schulze ist mit »Simple Storys« reich und berühmt geworden, vielleicht auch, weil er gängige Erwartungen erfüllt hat. »Paradies« des immer schon völlig unterschätzten und jenseits des Mainstreams schreibenden Bernd Wagner ist nur noch antiquarisch erhältlich. Und das Schicksal von Jan Grohs Roman »Colón« macht geradezu fassungslos: 2001 erschien er zuerst als Book on Demand. 2010 dann eine Neuauflage unter dem abwegigen Titel »Ostbrot. Eine Irrfahrt im Wendeherbst«. Seit der Verlag 2016 seinen Betrieb einstellte, ist dieser bedeutende Roman gar nicht mehr erhältlich. Es gilt, diese beiden literarischen Juwele dem Lesepublikum wieder zugänglich zu machen. In sorgfältig lektorierten Neuausgaben. Jeder deutschsprachige Verlag, der sich eine Verantwortung für die deutsche Gegenwartsliteratur zugutehält, ist aufgerufen.

Arne Born ist Literaturwissenschaftler und hat im Wehrhahn Verlag die »Literaturgeschichte der deutschen Einheit 1989–2000« veröffentlicht



Das Epochenjahr 1989

Nina Ziesemer
Denkmalbestand im Wandel
Denkmale der DDR nach 1989

2019, 458 S., geb.
Print 92,00 € • E-Book 72,99 €
ISBN 978-3-8288-4207-6
ePDF 978-3-8288-7111-3
ePub 978-3-8288-7112-0

Die Studie befasst sich mit den Auswirkungen der friedlichen Revolution auf das junge Ost-Berliner Denkmalerbe. Sie zeigt, wie jene Zeugnisse der Bau-, Gedenk- und Sepulkralkultur nach dem Mauerfall bewertet, selektiert und in das Selbstbild des vereinigten Deutschland integriert wurden. Die Autorin fragt nach den Akteuren und Interessen in diesem Prozess, arbeitet wesentliche Faktoren im fachlichen, politischen und öffentlichen Diskurs heraus und untersucht anhand der selbstgewonnenen Datenbasis deren Wirkmächtigkeit. Dabei weist sie nach, dass von einer generellen Ignoranz gegenüber den kulturellen Leistungen der DDR und einer Unvereinbarkeit mit der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur keineswegs die Rede gewesen sein kann. Am Ende der Neubewertung stand vielmehr ein beispielloses Bekenntnis zum Denkmalerbe des früheren Regimes. Damit beleuchtet die Studie einen weiteren Aspekt der deutsch-deutschen Zeitgeschichte, fügt einen neuen Mosaikstein in das Bild der jüngeren deutschen Erinnerungskultur ein und leistet einen nationalen Beitrag zur Erforschung eines transnationalen Phänomens rund um das Epochenjahr 1989.

Bestellen Sie jetzt im Buchhandel oder versandkostenfrei unter **www.tectum-shop.de**

Tectum Verlag

Eine Literaturlandschaft im Wandel

Der Einfluss der Gesellschaftsform auf das literarische Seelenleben in der DDR

REGINE MÖBIUS

Ein Volk, das zwei Diktaturen zu bewältigen hatte, das zweimal mit der Problematik individueller »Wenden«, einer moralischen Umbewertung und eines unverdrossenen Weitermachens in erhoffter Stabilisierung konfrontiert wurde, hätte Anlass gehabt, genauer auf Zwischentöne zu achten und eine öffentliche Debatte zu führen, bei der nicht nach dem neuen Rang der Wirtschaftlichkeit, sondern nach Beschädigungen von Lebensläufen gefragt wurde. Diese Vorstellung hat viel zu spät einen Widerhall gefunden. Trotzdem bleibt noch immer die Chance von Literatur, sich dieser Fragen anzunehmen.

In der DDR war von Beginn an versucht worden, die Literatur zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen, die die ganze Bevölkerung beachtet und bewegt. Der offiziell genutzte Begriff »Literaturgesellschaft« – zurückgehend auf Johannes R. Becher – sollte signalisieren, dass Literatur vergesellschaftet wurde, d. h. es wurde von ihr erwartet, dass sie lesbar, zugängig und in bestimmter Weise wirksam ist. Die einzelnen Schriftsteller, Genres, Werke, Motive, ästhetischen Mittel haben, so der Schriftsteller Becher, der 1954 erster Kulturminister der DDR wurde, über alle Zeiten und Grenzen hinweg schon immer in einem gesellschaftlichen, kommunikativen und einander befruchtenden Austausch gestanden. Planziel war die gebildete Nation mit sozialistischem Vorzeichen.

Um Literaturproduktion möglichst umfassend kontrollieren zu können, wurden die größeren Verlage in der DDR in Volkseigentum übergeführt oder in organisationseigene Strukturen, d. h. sie waren im Besitz von Parteien und Massenorganisationen. So gehörte z. B. der Dietz Verlag der SED, der Union Verlag der CDU, der Verlag der Nationen der NDPD, der Buchverlag Der Morgen der LDPD, der Tribüne-Verlag dem FDGB, Neues Leben der FDJ, Volk und Welt der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und der Aufbau Verlag dem Demokratischen Kulturbund.

Die Verlage brachten im Jahr über 6.000 Titel in einer Gesamtauflage von ca. 150 Millionen Bücher heraus. Somit entfiel auf das einzelne Buch eine Durchschnittsauflage von fast 25.000 Exemplaren. Dabei ging es den Ideologen nicht vorrangig um Werbung für das Buch als Literaturgut, sondern auch um propagandistische Einflussnahme. Unter diesem Gesichtspunkt ist einleuchtend, warum Werke von Franz Kafka, Robert Musil oder James Joyce nur schleppend den Weg in die Verlage finden durften.

Kennzeichnend war, dass die DDR-Kulturpolitik den Schriftsteller nicht vorrangig als künstlerisches Individuum verstand, sondern als in die Gesellschaft eingebundenen Kulturvermittler. Zeugnis davon gibt das Statut des DDR-Schriftstellerverbandes in einer Fassung vom November 1973, das den Autor verpflichtet, mittels seiner »schöpferischen Arbeit aktive(r) Mitgestalter der entwickelten sozialistischen Gesellschaft« zu sein. (…) »Die Mitglieder des Schriftstellerverbandes der DDR anerkennen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Kulturpolitik (…).« Um ideologische und künstlerische Maßstäbe in Einklang zu bringen, wurde 1955 in Leipzig das Institut für Literatur Johannes R. Becher gegründet, nach dem Vorbild des Gorki-Instituts in Moskau. Bis 1969 hatten bereits 113 angehende Schriftstellerinnen und Schriftsteller das Institut absolviert, dazu gehörten bekannte Autoren wie Kurt Bartsch, Adolf Endler, Rainer und Sarah Kirsch, auch Ralph Giordano und der Österreicher Fred Wander waren Studenten der ersten Stunde.

Während die erste Hälfte der 1950er Jahre geprägt war von der Kulthymnik auf Josef Stalin und Walter Ulbricht, hatte die Lyrik ein Jahrzehnt später einen ganz anderen Charakter. Georg Maurer, Professor am Literaturinstitut postulierte: »Nicht Gefühle über Dinge sagen, sondern die Dinge so sagen, dass sie gefühlt werden können. Nicht eine Sache interessant machen wollen, sondern das Interessante der Sache entdecken, nicht die eigene Begeisterung hinausposaunen, sondern das Hinreißende der Sache zur Sprache bringen.« Aus diesem Geist heraus lehrte er mit enormem Erfolg, wie die Texte seiner Studenten bezeugen – unter anderem Volker Braun, Adolf Endler, Heinz Czechowski, Sarah und Rainer Kirsch, Karl Mickel.

1969 studierte Gerd Neumann am Literaturinstitut Johannes R. Becher und wurde dort wegen »ideologisch-ästhetischer Bekenntnisse« exmatrikuliert. »Und die SED«, so Neumann, »hat mich nicht nur ausgeschlossen, sondern aus ihren Reihen gestrichen. Man hat mich gelesen, als schriebe ich gegen etwas. Ich hatte aber versucht, apologetisches Schreiben zu vermeiden. Rechtfertigendes Schreiben war meiner Meinung nach zerstörend – und diese Ansicht wurde als feindlich erkannt. Ich meinte damals etwa, dass Schreiben nicht das Recht habe, belehrend aufzutreten (…) In der ideologischen Verkürzung der Sicht auf die Dinge war das Ablehnung der marxistisch-leninistischen Definition des Schönen (…), und deshalb wurde ich schließlich als Gegner verfolgt.«

Mit einer besonderen Form der Literatur gelang es dem 1926 geborenen Schriftsteller Erich Loest, ein Zeugnis zu geben für den Einzelnen und die namenlose Masse derer, die diese Sprache nicht besaßen. Es war vorprogrammiert, dass Loest auch 1964 nach siebeneinhalb Jahren Haft in der DDR als Unperson galt. Kampagnen, Zensurmaßnahmen und die Verzögerung der Neuauflage seines 1978 endlich erschienenen und sofort vergriffenen Romans »Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene« waren die sichtbaren Zeichen. Der Roman ist einer der wichtigsten Prosatexte dieser Zeit, der in genauen Momentaufnahmen das Wesentliche über die gesellschaftliche Verfassung und darüber hinaus über historische Zusammenhänge aussagt. 1979 unterzeichnete Loest eine gegen die öffentliche Diffamierung Stefan Heyms gerichtete Petition und trat aus dem Schriftstellerverband der DDR aus. Die Folgen waren Bespitzelungen des Schriftstellers durch die Staatssicherheit.

Vorangegangen war am 17. November 1976 Wolf Biermanns Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR nach einem Konzert in Köln auf Einladung der IG Metall. Noch am gleichen Tag unterzeichneten zwölf DDR-Autoren einen offenen Brief gegen diesen Vorgang. Ihnen schlossen sich im Laufe weniger Tage über 70 weitere Künstler und Intellektuelle an. Bereits wenige Jahre später hatte sich die Biermann-Ausbürgerung als historische Zäsur in der kulturpolitischen Entwicklung der DDR erwiesen. So ist auch zu verstehen, dass die spätere, in die DDR hineingeborene Schriftstellergeneration sich mehr und mehr dem System verweigerte. Heiner Müller sagte über sie: »Als sie erwachsen wurden, war dieser Sozialismus nicht mehr als ›Hoffnung‹ erkennbar, sondern nur noch als deformierte Realität.«

Im Verlauf der späten 1970er und 1980er Jahre entwickelte sich die Literatur in der DDR zunehmend zu einem Medium deutlicher Zivilisationskritik.

Anfang der 1980er Jahre erschien Christa Wolfs Roman »Kassandra«. Diese Seherin ist die historische Frauengestalt der Zeitwende vom Matriarchat zum Patriarchat und zeichnete sich aus durch die Modernität ihres Bewusstseins, die immer wieder Parallelen zur heutigen Frauen- und Friedensbewegung ermöglichte. Damit entwarf Christa Wolf ein anderes Bild einer emanzipierten Frau.

Nicht wenige Schriftsteller verließen teilweise unter politischem Druck bis hinein in die 1980er Jahre die DDR: unter anderem Günter Kunert und Erich Loest, Wolfgang Hilbig und Sarah Kirsch, Wolf Biermann und Manfred Krug. Andere blieben und verweigerten sich. So der 1946 geborene Richard Pietraß, der in einem Gedicht provokativ formulierte: »Wir bauen kein Nest, keine Zelle des Staats./ Am Rande, am Rand ist immer Platz.«

FOTO: PICTURE ALLIANCE/BILDAGENTUR-ONLINE

Denkmal des Schriftstellers und ersten Kulturministers der DDR, Johannes R. Becher, in Bad Saarow

Volker Braun, der den Georg-Büchner-Preis 2000 erhielt, ließ wohl am deutlichsten den Schmerz der verlorenen Utopie spüren. Nicht, dass er einstmals eine glänzende Utopie formuliert hätte. Er war immer ein Zweifler am Müden und Starren des Staates DDR. Das war es, was ihn interessant und unverwechselbar machte. Am 28. Juni 1990 schrieb er in sein Arbeitsbuch: »2 – die herrschsucht der einen partei erlaubte nicht, in alternativen zu denken. alles war eingeschirrt in den triumphzug. jetzt, da viele stimmen reden, demonstriert die parlamentarische mehrheit den machtrausch der inkompetenz. das ist von den protesten der straße geblieben: die possen des hohen hauses. selber in geschenkten kleidern, gibt die volkskammer das volk zum kauf frei. die interessenten machen keine unklaren geschäfte. sie schießen keine müde mark vor, bevor sie nicht das ganze packen: bis zum grund und boden.« Dass diese Stimme, dieses Zweifeln nicht mehr gehört, nicht mehr gefragt wird, ist der eigentliche Schlag.

Die literarische Entwicklung in der DDR war eine Emanzipationsbewegung, in der sich über vier Jahrzehnte ernst zu nehmende Literatur aus einem didaktischen Gestus löste.

Wie viele deutsche Literaturen gab es zu Ende der 1980er Jahre? Diese Frage hatte zu heißen Diskussionen geführt und die literarischen Auseinandersetzungen infolge der Friedlichen Revolution begleitet. Vermutlich hatte der Ostberliner Schriftsteller Christoph Hein recht, wenn er darauf hinwies, dass z. B. seine Biografie »drüben nicht denkbar« wäre, »wie umgekehrt die Biografien von (Botho) Strauß oder Kroetz oder (Lothar) Baier in der DDR nicht denkbar sind, (…) solche Autoren kann man in der Tat nicht miteinander verwechseln oder gegeneinander austauschen (…).«

Im frühen Sommer 1990 brachte Christa Wolf eine kleine Erzählung heraus, »Was bleibt«, eine Stasigeschichte. Am 2. Juni erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein vernichtender Aufsatz von Frank Schirrmacher über Christa Wolf und ihr Verhältnis zum Staat DDR.

In Folge hatte Christa Wolf wenige Monate später ihre Sorge dem Literaturwissenschaftler Hans Mayer gegenüber deutlich beschrieben: »Es wäre jetzt so wichtig, die richtigen Fragen zu stellen. Selten geschieht das. Ich verhehle meine Furcht nicht, dass in dem Vakuum, das durch Desorientierung entsteht, die Dämonisierung des unbekannten Wesens DDR weiter um sich greift, die teils mit bedacht, teils aus Mangel an Kenntnissen in vollem Gange ist. (…) Wir müssen auf Konkretheit bestehen und aufpassen, dass uns nicht das Leben genommen wird, das wir wirklich geführt haben, und uns stattdessen ein verzerrtes Phantom untergeschoben wird.«

Die Gesellschaftsform, in der ein Land sich befindet oder in die es hineinwächst, hat einen Einfluss auf das Seelenleben, also auch auf die Literatur. Zu dieser Form des Wandels schrieb Volker Braun am 24. April 2006: »die literatur, das sind wir und unsere feinde«/ das schöne wort heines setzt eine gemeinschaft und eine gegerschaft/ und beides sollen wir schätzen als bedingungen unserer arbeit »die gesellschaft findet nun einmal nicht ihr gleichgewicht,/ bis sie sich um die sonne der arbeit dreht« (marx)/ : die akademie desgleichen d. i. die »organisierung der unorganisierbaren« …

Regine Möbius ist Schriftstellerin und Vorsitzende des Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte

Jetzt als kostenfreies E-Book!

Wie so oft, ist auch bei der Kolonialismus-Debatte der Kulturbereich der Katalysator, der die Diskussion in Schwung bringt. Fragen des Debattenbuches des Deutschen Kulturrates sind u. a.: Welche Verantwortung hat der deutsche Staat heute? Wie kann Wiedergutmachung aussehen? Welche Rolle haben die Missionen gespielt und wie ist das Verhältnis der Kirche zum globalen Süden heute?

Das gedruckte Buch erhalten Sie unter kulturrat-shop.de
ISBN 978-3-947308-18-7
184 Seiten · 14,80 Euro

Talkshows sind keine Wrestling-Kämpfe

Zuschauerinteresse an Talk-Sendungen ist rückläufig

HELMUT HARTUNG

Neben Sondersendungen und verlängerten Nachrichtenausgaben setzt die ARD bei der Information über die Coronavirus-Epidemie sehr stark auf auch ihre Talkshow-Armada. Doch die Zuschauer erwarten in dieser schwierigen Zeit vor allem kompetente, sachliche Informationen und keinen allgemeinen Meinungsaustausch.

»Vor Kurzem luden die Grünen zu einem medienpolitischen Dinner nach Berlin. Es ging um Politik und Medien, und das heißt für die meisten Parteimitglieder: um Politik und Fernsehen. Die anwesenden Spitzenvertreter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens brachten sich unter anderem so ein, dass die Talkshows der politischen Kultur, ja der Aufklärung dienten. Das sind große Worte für ein hübsches Nichts. Was wird in jenen abgefilmten Stuhlkreisen ausgetauscht außen Stanzen und Schablonen? Wann werden schon mal tiefere Argumentationsebenen erreicht? Wenn es kompliziert wird, meldet sich garantiert die Moderatorin oder der Moderator. Es könnte ja jemand umschalten.« Dieses Zitat aus der Süddeutschen Zeitung ist nahezu zehn Jahre alt, es könnte aber auch von heute sein. Die Vorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, war 2019 übrigens die Politikerin mit den meisten Talkshow-Auftritten. Betrachtet man die unendlichen Analysen, ungezählten Artikel in Zeitungen und Meinungen in Blogs oder sozialen Netzwerken, hat sich seit 2010 anscheinend nichts oder kaum etwas geändert. Die Zahl der Talkshows in ARD und ZDF insgesamt hat sich sogar noch erhöht. Vor allem die ARD ist hier sehr innovativ. Zwar nicht bei den Konzepten, sondern bei den Sendeplätzen.

Im Herbst vergangenen Jahres hat die ARD das neue Format »Talk am Dienstag« eingeführt. Hier erhalten bewährte Sendungen wie »Kölner Treff« oder »NDR Talkshow« jetzt auch einen Platz im Ersten, dazu kommen neue Formate wie »Talk aus Berlin« oder »Bauerfeind«. Sieben Formate werden hier von diesem Frühjahr an immer dienstags um 22:45 Uhr gezeigt. Nun könnte man natürlich fragen, warum dieser Sendeplatz nicht für Dokumentarfilme genutzt wird, an denen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nach wie vor Mangel herrscht. Aber das ist ein anderes Thema …

Reichweiten von Talk-Formaten sind überwiegend rückläufig

»Die Entscheidung, den einzigen Wochentag, an dem es kein Promi- oder Polit-Palaver in der ARD gibt, nun auch noch mit einer Rede-Runde zu bestücken, mutet seltsam an. Zumal der Sendeplatz sonst nicht eindeutig festgelegt war und Raum für Produktionen ließ, die den Programmgestaltern zu ungewöhnlich oder anspruchsvoll für den TV-Film am Mittwoch schienen, wie etwa ›Über Barbarossaplatz‹ mit Bibiana Beglau oder Axel Ranischs ›Familie Lotzmann‹«, schrieb dazu die Frankfurter Rundschau. Zusammen mit dem »Presseclub« und den drei sogenannten Politiktalks »Anne Will«, »Hart aber fair« und »Maischberger« laufen im Ersten elf Talk-Formate, dazu kommen noch etliche Quasselrunden in den Dritten. Im ZDF gibt es mit »Maybrit Illner«, »Markus Lanz« und im Sommer mit »Dunja Hayali« drei Gesprächssendungen.

Die Zuschauerreichweiten für »Talk am Dienstag« sind bisher nur mäßig. »Riverboat«, das erfolgreichste Talk-Format im Dritten, vom MDR, ist dienstags übrigens nicht vertreten. Der bundesweite Marktanteil stieg von 2,9 auf 3,4 Prozent. Noch deutlicher ist der Erfolg des Talks im Sendegebiet des MDR: Hier kletterte der Marktanteil von 13,9 Prozent in 2018 auf jetzt 16,5 Prozent. Die »NDR Talk Show Hamburg« (NDR) – an zweiter Stelle – kommt dagegen freitags nur auf 11,9 Prozent und der »Kölner Treff« (WDR) auf ganze 8,8 Prozent.

Ein gestiegenes Interesse an Talkshows war also sicher nicht der Beweggrund für ARD-Programmchef Volker Herres, hier aufzurüsten, denn die Zuschauerzahlen sind für die Politiktalks rückläufig. In der Saison 2018/19 – aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor – talkte »Anne Will« unangefochten an der Spitze. Durchschnittlich 3,36 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer haben Sonntag für Sonntag den 60-Minuten-Talk nach dem »Tatort« eingeschaltet. Das ist im Vergleich mit dem Wert in der Saison 2017/18 ein Verlust von fast 400.000 Zuschauern. Auch die übrigen ARD-Angebote verzeichnen sinkende Aufmerksamkeit. »Hart aber fair« erreichte durchschnittlich 2,52 Millionen Zuschauer, davor waren es noch 2,95 Millionen. Bei »Maischberger« liegen die Zuschauerzahlen bei 1,25 Millionen zu 1,49 Millionen im Jahr 2017/18. Bei der ZDF-Konkurrenz sieht der Trend nicht anders aus: Der Wert für »Maybrit Illner« ist von 2,60 Millionen 2017/18 auf 2,45 Millionen 2018/19 gesunken. Im Vergleich hat sich das ZDF-Format noch am besten gehalten.

Rechnet man alle vier Sendungen zusammen, erreichen sie an die zehn Millionen Zuschauer, die sich für aktuelle politische Themen interessieren und Antworten auf ihre Fragen haben möchten. Das sind zehn Millionen Bürger, die sich nicht in einer Filterblase verstecken. Daraus wächst natürlich für die öffentlich-rechtlichen Angebote auch eine große Verantwortung.

Talkshows fördern die »Empörungsdemokratie«

In seinem Buch »Die große Gereiztheit« spricht Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen von einer »Empörungsdemokratie« in Zeiten digitaler Medien. Er hofft auf ein allgemeines Einsehen und fordert eine Rückkehr zu Wahrheitsorientierung, Skepsis und Transparenz.

Die Polittalks folgen – in der Hoffnung, so hohe Einschaltquoten zu erreichen – mit ihren nach Extrempositionen zusammengestellten Runden – zu jeder These muss es eine Antithese geben – der Logik dieser künstlich befeuerten Empörungsmechanik. An dieser Entwicklung haben auch manche Medien ihren Anteil. Talkshows werden in Tageszeitungen zum Teil rezensiert wie Theateraufführungen. Damit bekommen sie mehr Gewicht, als sie für die Meinungsbildung haben, das führt auch in sozialen Netzwerken zu überflüssigen aufgeregten Reaktionen.

Die Talkshowgäste von 2019 belegen dieses »Empörungs«-Strickmuster: Manch ein Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender meint, es seien immer die gleichen Politiker bei den vier großen Polit-Talkshows zu sehen. Eine Analyse des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) zeigt, dass die Annahme nicht täuscht. Am häufigsten zu Gast in den Polittalks der Öffentlich-Rechtlichen 2019 waren Politiker der Union. Insgesamt 86 Mal saßen Vertreter der Union bei »Anne Will«, »Maybrit Illner«, »Hart aber fair« oder »Maischberger«. Besonders gern vor die Scheinwerfer gegangen ist CDU-Abgeordneter Norbert Röttgen, seit jüngstem Kandidat für den CDU-Parteivorsitz. Juso-Chef Kevin Kühnert war 2019 das Gesicht der Sozialdemokraten. Mit 17,4 Prozent der Besuchsanteile in den vier Talkshows »Anne Will«, »Maybrit Illner«, »Hart aber fair« und »Maischberger« waren Vertreter der Grünen am dritthäufigsten Teilnehmer von Polit-Talks im Jahr 2019. Insgesamt 43 Mal waren sie zu Gast. Auffällig ist – anders als bei Union und SPD –, dass der Besuchsanteil weit über dem Sitzanteil der Grünen im Bundestag liegt. Dieser liegt bei 9,5 Prozent. Am häufigsten waren die Grünen-Co-Chefin Annalena Baerbock (10 Besuche), Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt (7 Besuche) und Co-Parteichef Robert Habeck (6 Besuche) zu Gast bei ARD und ZDF. Damit war Baerbock im vergangenen Jahr häufiger in den wöchentlichen Talkshows der öffentlich-rechtlichen TV-Sender zu Gast als jeder andere Politiker. Am seltensten eingeladen war die Alternative für Deutschland (AfD). Mit 5,2 Prozent hat die rechtspopulistische Partei den geringsten Anteil an den Talkshowauftritten im Jahr 2019. Dieser Wert ist geringer als der Sitzanteil der AfD im Bundestag, der bei 12,8 Prozent liegt. Blickt man auf alle Politiker, die seit dem Sendestart der vier Talkshows jemals eingeladen wurden, ergibt sich folgendes Bild: Gesamt-Rekordhalterin ist Sahra Wagenknecht (Linke) mit insgesamt 79 Auftritten. Auf dem zweiten Platz folgt ihr Parteikollege Gregor Gysi mit 68 Einladungen. Beides geübte Aufreger und Empörer. Platz 3: Norbert Röttgen (67). Ebenfalls in den Top Ten: Jürgen Trittin (Grüne, 63 Auftritte), Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Markus Söder (CSU), Oskar Lafontaine (Linke, alle je 63 Auftritte), Wolfgang Bosbach (CDU, 60 Auftritte), Renate Künast (Grüne) und Ursula von der Leyen (CDU, je 58 Einladungen).

Gesellschaftliche Situation wird verzerrt abgebildet

Eine Analyse des vom Familienministerium geförderten Netzwerks »CLAIM« zum Talk-Geschehen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen schließt mit harscher Kritik. Weil nach Ansicht der Verfasser nicht genug Menschen mit Migrationshintergrund in den großen Politik-Runden auftauchen und auch nicht genug Frauen. Abgesehen von einem Format sind auch Ostdeutsche unterrepräsentiert.

Im Oktober hatte »Neue Deutsche Medienmacher«, ein Zusammenschluss von Journalisten, den Öffentlich-Rechtlichen die »Goldene Kartoffel 2019« zugesprochen. Es werde ein »verzerrtes Bild vom Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland« gezeichnet, hieß es in der Begründung – unter anderem sei die Gästeauswahl diskriminierend. Angesprochen waren damals die Shows »Hart aber fair«, »Maischberger«, »Anne Will« (alle ARD) und »Maybrit Illner« (ZDF).

Um mit Themen, Personen und auch der Struktur besser der gesellschaftlichen Realität und den Erwartungen der Zuschauer an fundierter Information und Argumentation zu entsprechen, ist keine grundlegende Reform des Formats Polittalk notwendig. Die Moderatorinnen und Moderatoren sind profilierte Journalisten, ein großer Redaktionsstab bereitet jede Sendung gründlich vor. Die Journalisten sind allerdings eingeschnürt in starre Konzepte, setzen im Wettbewerb um Aufmerksamkeit vor allem auf Kontroversen, Showeffekte und Rededuelle und streben zudem nach Exklusivmeldungen und zittern vor schlechten Einschaltquoten. Denn es steht für die meisten auch wirtschaftlich viel auf dem Spiel. Abgesehen von »Maybrit Illner« werden alle politischen Talkshows von TV-Firmen produziert, die entweder den Moderatoren gehören oder an denen sie maßgeblich beteiligt sind. Bei einer Analyse der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) aus dem Jahr 2014 drängt sich geradezu die Frage auf, ob diese Sendungen in der gegenwärtigen Verfassung auch ihr Geld wert sind. Aktuellere Zahlen existieren – unter Verweis auf das Geschäftsgeheimnis von Verträgen – nicht. Es ist jedoch nicht zu vermuten, dass weniger bezahlt wird. Am teuersten ist Frank Plasbergs Show mit 6,92 Millionen für 33 Sendungen. Es folgt »Anne Will«, deren 36 Sendungen 6,46 Millionen Euro kosten. Bei »Maybrit Illner« entstehen für 38 Sendungen Kosten von 4,31 Millionen Euro und bei »Sandra Maischberger« sind für 40 Sendungen 4,27 Millionen Euro fällig. Am geringsten waren die Gesamtkosten für »Markus Lanz«. Nach Berechnungen des ZDF kostet eine Talkshow pro Sendung im Schnitt 147.000 Euro, eine Folge von Terra X 300.000 Euro, ein Fernsehfilm 2,5 Millionen Euro. Dass politische Gesprächssendungen preiswerter zu produzieren sind als fiktionale Angebote, sollte nicht zu dem Trugschluss führen, dass sie Billigware, »Wegwerfprodukte« sind. Sie könnten angesichts komplizierter werdender Entwicklungen ein wichtiger Bestandteil des Informationsauftrages der öffentlich-rechtlichen Sender werden, wenn sie sich um ehrliche Analysen und unaufgeregten Meinungsaustausch bemühen würden.

Gesprächssendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk müssen ein Ort »zivilisierten Streits« sein

In ihrer Weimarer Rede im Februar »Die Macht der Worte: Wie viel Freiheit braucht die Demokratie und wie viel Freiheit verträgt die Demokratie?«, betonte Kulturstaatsministerin Grütters, dass Demokratie ebenso auf Verständigung angewiesen sei, wie sie der Freiheit des Wortes verpflichtet ist. »Eine Gesellschaft, die das zivilisierte Streiten verlernt, verliert ihre Fähigkeit, Konflikte auszutragen und Kompromisse zu erzielen, und damit ihre demokratische Kernkompetenz«, so Grütters.

Ein solcher Ort »zivilisierten Streits« müssen Gesprächssendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sein. Das setzt aber voraus, dass es weniger werden, sich das Konzept ändert, das Meinungen ausgetauscht werden und nicht wie in Scripted Reality jeder seine Rolle zugewiesen bekommt oder wie bei Wrestling-Kämpfen eingeübte Stuntshows abgeliefert werden.

Vor knapp zwei Jahren hat der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, die einseitige Themenauswahl und die Qualität der Talkshows in ARD und ZDF kritisiert. Er empfahl den Sendern eine einjährige Pause. Dieser Vorschlag wurde von den Anstalten und Protagonisten entrüstet abgelehnt.

Es ist an der Zeit, darüber erneut nachzudenken. Im Ergebnis müssen nicht alle Talkshows pausieren, aber die Verantwortlichen sollten endlich mit der Reform beginnen. Dabei kann man durchaus auch ins eigene Archiv sehen: Vor fast 50 Jahren hatte Dietmar Schönherr in der ersten deutschen Talkshow »Je später der Abend« seine Gäste auf spannende Weise, aber stets respektvoll befragt. Das würde man sich heute auch bei den politischen Themen wieder wünschen. Einzig »Maischberger« zeigt bisher Mut zu Innovationen mit »maischberger. die woche« und »maischberger.vor ort«. Die Verträge der ARD für »Anne Will«, »Hart aber fair« und »Maischberger« laufen wohl Ende des Jahres aus. Das wäre die Chance für neue Konzepte für alle drei Sendungen.

FOTO: NDR / WOLFGANG BORRS

In der Talkshow »Anne Will« diskutieren die Gäste über die Corona-Krise: Wie drastisch müssen die Maßnahmen werden?

Helmut Hartung ist Chefredakteur des Blogs medienpolitik.net

Bunte Republik Iran

Für eine neue, plurale Bildungs- und Kulturpolitik in dem vorderasiatischen Land

BEHRANG SAMSAMI

Iran – der Name dieses Landes legte hierzulande lange Zeit bestimmte Assoziationen nahe: bärtige Geistliche und Militärs, Frauen im Tschador, der Griff nach der Atombombe. Doch das Bild von der Islamischen Republik im deutschsprachigen Raum wird vielfältiger. Eine Zäsur stellte die Wahl 2009 dar, als Mahmud Ahmadinedschad trotz Manipulationsvorwürfen als Präsident bestätigt wurde. Vor allem junge Menschen aus der Mittelschicht, darunter viele Frauen, protestierten. Die Bilder von ihrer »Grünen Bewegung« gingen um die Welt. Auch die hiesige Berichterstattung zeigte diese Menschen, die sich mutig für Meinungsfreiheit und ein selbstbestimmtes Leben engagierten.

Ein anderer, sehr bedeutender Aspekt Irans wird hierzulande dagegen kaum thematisiert – bis heute: Der Iran ist ein multiethnisches und multikulturelles Land. Zwar wird darauf hingewiesen, dass es etwa Zoroastrier und Christen gibt, die auch Vertreter im Parlament haben. Die Ethnien werden jedoch nur selten gewürdigt, wenn man sich ihrer denn bewusst ist. Das ist auch daran festzumachen, dass im Deutschen »Iranisch« und »Persisch« gern als Synonym verwendet werden.

Man muss dagegenhalten, dass die Perser zwar Iraner, aber nicht alle Iraner Perser sind. Im Iran leben genauso aserbaidschanische Türken, Kurden, Araber, Belutschen sowie andere Ethnien und Religionsgemeinschaften. Die jüdische Gemeinde Irans ist die größte im Nahen Osten nach Israel. Die größte Gruppe unter den Nichtpersern stellen übrigens die turksprachigen Menschen im Land dar. So sprach Außenminister Ali Akbar Salehi im Januar 2012 bei einem Staatsbesuch in der Türkei selbst davon, dass 40 Prozent der Menschen im Iran »Türkisch« sprechen würden.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AA

Die Filmregisseurin Niki Karimi akzeptiert nicht, dass die Filmsprache im Iran gedrehter Filme Persisch sein muss

Politik der Assimilation

Obwohl die Verfassung der Islamischen Republik den »Gebrauch der einheimischen Sprachen und Dialekte in der Presse und anderen Medien« sowie den »Unterricht der entsprechenden Literatur in den Schulen« neben der persischen Amtssprache freistellt, wird den nichtpersischen Ethnien eigene Bildungs- und Kulturarbeit verwehrt. Dagegen gibt es Protest. So verteilten etwa Lehrer in Urmia, der Hauptstadt der Provinz West-Aserbaidschan, am 21. Februar 2017, dem Internationalen Tag der Muttersprache, in Schulen und Kindergärten Lehrbücher in aserbaidschanischem Türkisch. Dabei hatte Hassan Rohani vor der Präsidentenwahl 2013 den nichtpersischen Ethnien noch Versprechungen gemacht: Im Fall seines Sieges wollte er sie in alle politischen und administrativen Ebenen der Regierung einbeziehen und ihnen erlauben, in ihren Sprachen zu unterrichten. Auch sollte in Täbris eine Akademie für Sprache und Literatur der aserbaidschanischen Türken öffnen. Die nichtpersischen Ethnien unterstützten daraufhin Rohani. Er aber hielt sein Wort nicht.

Auch wenn sich die Islamische Republik von der bis 1979 bestehenden Pahlewi-Monarchie absetzt: Die Unterdrückung und Diskriminierung der nichtpersischen Ethnien, das Beharren auf Persisch als einziger, offiziell erlaubter Amtssprache und eine rassistisch motivierte Assimilierungspolitik, ein Land zu schaffen, in dem alle nur Persisch sprechen und nur die persische Kultur pflegen, ist ein Bestandteil auch der Agenda der Geistlichen und persischer Nationalisten in ihrer Regierung.

Ihre Ursprünge hat diese Politik in der Herrschaft von Reza Khan, der 1925 mit britischer Hilfe Ahmad Schah, den letzten Herrscher aus der turkstämmigen Kadscharen-Dynastie stürzte und selbst den Pfauenthron bestieg. Der neue Schah setzte auf eine brutale Zentralisierung in dem bis dato föderal strukturierten Land. Er nahm zudem den vorislamischen Namen Pahlewi an und propagierte eine Bildungs- und Kulturpolitik, die lehrte, dass die Perser arischen Ursprungs seien und deshalb eine höherwertige Kultur besäßen, weil diese sich durch Jahrtausende gegen äußere Feinde – Araber, Mongolen und Turkvölker – behauptet hätte. Dass es im Gegenteil die im Iran herrschenden turkstämmigen Dynastien waren, die seit Jahrhunderten an Persisch als Amts- und Literatursprache festhielten und bis in die Moderne hinüberführten, wurde nun verschwiegen.

Wie weit zu gehen Reza Schah bereit war, zeigt auch seine Kooperation mit NS-Deutschland. Es war im Glauben an die gleiche höherwertige Herkunft, dass er 1935 anordnete, das im Westen bis dato als »Persien« bezeichnete Land offiziell in Iran, »Land der Arier«, umzubenennen. Als Bezeichnung für das Land war »Iran« bereits lange im Gebrauch aller Ethnien. Ihren rassistischen Beigeschmack erhielt die Bezeichnung aber erst durch Reza Schahs Politik. Es geschah auch mit seiner Erlaubnis, dass NS-Propaganda in Form kostenloser Zeitschriften und Filme in den Iran eingeführt wurde.

Stolz und Vorurteil

Diese Ideologie hat Folgen bis heute: Ein teilweise extrem übersteigerter persischer Nationalismus; der Traum von einem »Groß-Iran«, der sein Vorbild im antiken, vorislamischen Perserreich hat; lückenhaftes, verzerrtes und falsches Wissen über Irans Geschichte, gerade über die Herrschaft der turkstämmigen Dynastien im Land; die Ablehnung der Gleichwertigkeit von Persern und der nichtpersischen Ethnien sowie auch eine Ablehnung der Pflege nichtpersischer Sprachen und Kulturen.

Die dadurch mit verursachte Identitätskrise, was es heißt, Iraner zu sein, und ein unreflektiertes Verhältnis zum Iran als Vielvölkerstaat machen sich bis heute bemerkbar: Der in den Niederlanden lebende Schriftsteller Hossein Sadjadi Ghaemmaghami Farahani, bekannt unter dem Pseudonym Kader Abdolah, porträtiert in dem Roman »De Koning«, 2011, den Iran unter den Kadscharen. Der Autor übt berechtigte Kritik etwa an der Bestechlichkeit von Adligen und Geistlichen und der Rückständigkeit von Wirtschaft und Militär. Doch verbindet er seine Kritik mit Unwahrheiten über die Kadscharen, indem er sie als faul, egoistisch und dekadent zeichnet und diese Eigenschaften mit ihrer turkstämmigen Herkunft in Verbindung setzt. Damit reproduziert er Klischees, die unter den Pahlewis verbreitet wurden, um die Kadscharen zu verunglimpfen und sich selbst zu erhöhen.

Will man, dass der Iran nicht zerbricht, sondern bestehen bleibt, sind Veränderungen überfällig: Die Menschenrechte müssen endlich respektiert werden

Ein zweites Beispiel stellt der im Januar 2020 in der Süddeutschen Zeitung publizierte Gastbeitrag »Der persische Stolz« dar. Die Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur fällt darin ein pauschales Urteil, wobei sie »Iraner« schreibt, aber »Perser« meint: »Iraner sind große Nationalisten. Sie sind stolz auf eine jahrtausendealte Geschichte.« Genauso (selbst-)überzeugt äußert sich Amirpur auch zur einzig zugelassenen Amtssprache im Land: »Zum nationalen Konsens gehört seit Jahrhunderten und über alle Ethnien hinweg außerdem die Überzeugung, dass Persisch die schönste Sprache der Welt sei. (…) Das Persische vereint die Iraner, es ist melodisch, klangvoll, majestätisch.«

Wie Amirpur dazu kommt, von allen im Iran lebenden Menschen anzunehmen, dass sie Persisch für die »schönste Sprache der Welt« halten, schreibt sie nicht. Mit dem Wissen, dass den nichtpersischen Ethnien seit fast einhundert Jahren die Pflege ihrer Sprachen und Kulturen im Land offiziell verwehrt wird, wirken ihre Äußerungen im Gegenteil zynisch und beleidigend. Ein drittes Beispiel für Intoleranz gegenüber nichtpersischen Sprachen stellt der Umgang mit dem Spielfilm »Atabay«, 2019, dar, der im Februar 2020 auf dem Fajr-Festival in Teheran uraufgeführt wurde und in dem Persisch und aserbaidschanisches Türkisch gesprochen wird. Bei der Pressekonferenz zum Film äußerte der Journalist Amir Farzullahi einen als Frage verpackten Angriff: »Irans Amtssprache ist Persisch. Was ist dann das für eine Filmproduktion, bei der ein iranischer Zuschauer einen iranischen Film im Iran mit persischen Untertiteln sehen muss?« Darauf antwortete Filmregisseurin Niki Karimi: »Ehrlich gesagt akzeptiere ich das nicht, dass die Filmsprache unbedingt Persisch sein muss. Ich denke sogar, dass wir im Iran in den verschiedenen Sprachen zu wenig gedreht haben.« Und sie fügte hinzu: »Wer sagt denn, dass wir einen Film unbedingt auf Persisch drehen müssen?«

Vielfalt und Föderalismus

Die Führung der Islamischen Republik hat den Iran international isoliert. Die Sanktionen haben die Wirtschaft stark getroffen. Die hohe Arbeitslosigkeit drängt vor allem die jungen, gut ausgebildeten Menschen dazu, ihr Glück im Ausland zu suchen. Dabei ist der Iran ein reiches Land: Rohstoffe wie Öl und Gas könnten Wohlstand und Stabilität garantieren. Die Geistlichen und die paramilitärische Revolutionsgarde, die die Macht haben, weigern sich jedoch, entsprechende Maßnahmen zum Wohl aller Menschen im Iran durchzuführen. Der Umgang mit dem Coronoavirus – das Verschweigen der Fakten, das Im-Stich-Lassen der Bevölkerung – hat aller Welt erneut vor Augen geführt, dass die schiitische Führung in Teheran ihre Legitimation endgültig verloren hat.

Will man dagegen, dass der Iran nicht zerbricht, sondern bestehen bleibt, sind Veränderungen überfällig: Die Menschenrechte müssen endlich respektiert und hier vor allem die Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung von Mann und Frau garantiert werden. Die verschiedenen Regionen sollten mehr politische Autonomie bekommen. Hierfür wären föderale Strukturen zu schaffen. Staatliche Einnahmen sollten folgerichtig gerechter in alle Regionen (zurück-)fließen und dort reinvestiert werden. Und schließlich: Alle Ethnien im Land sollen ihre Sprachen und Kulturen pflegen dürfen. Irans Reichtum machen seine Bodenschätze, das Potenzial seiner Wirtschaft und eben die Vielfalt seiner Menschen, Sprachen und Kulturen aus. Diese Pluralität anzuerkennen und ihr genügend Raum zur Entfaltung – in Politik, Bildung und Kultur – zu geben, wird das Gebot der Zukunft sein.

Behrang Samsami, in Iranisch-Aserbaidschan geboren, ist freier Journalist in Berlin

Lesen ist das Nadelöhr in die Gesellschaft

Die Autorin Kirsten Boie im Porträt

URSULA GAISA

Die am 19. März 1950 geborene Kirsten Boie wollte schon als Kind Schriftstellerin werden. Aus Vernunftgründen – bereits mit 15 Jahren dämmerte ihr, dass man mit Bücherschreiben keinen Lebensunterhalt verdienen kann – wurde die promovierte Literaturwissenschaftlerin nach ihrem Deutsch-Englisch-Studium zunächst Gymnasiallehrerin. Auf eigenen Wunsch wechselte sie im Laufe ihrer Karriere an eine Gesamtschule. Nach der Adoption ihres ersten Kindes legte ihr das Jugendamt nahe, ihren Beruf an den Nagel zu hängen und zu Hause zu bleiben. Kirsten Boie fing an, Kinder- und Jugendbücher zu schreiben – zu Themen, die sie bewegten, und im Stil ihres großen Vorbilds Astrid Lindgren. Schon ihr erstes Buch, 1985 unter dem Titel »Paule ist ein Glücksgriff« erschienen, in dem es um einen adoptierten Jungen geht, wurde ein großer Erfolg.

Es entstanden Klassiker wie »Wir Kinder aus dem Möwenweg«, die Reihe um den schwarzen Detektiv Thabo, der mit seiner weißen Freundin Emma Fälle löst, »Seeräubermoses« oder »Der kleine Ritter Trenk«. Seit einigen Jahren ist ihr das Thema Leseförderung ein wichtiges Anliegen: Zusammen mit prominenten Mitunterzeichnerinnen und -unterzeichnern aus ihrer Heimatstadt Hamburg wie dem Intendanten der Elbphilharmonie, Christoph Lieben-Seutter, Klaus von Dohnanyi, Ulla Hahn oder Rolf Zuckowski hat sie unter dem Eindruck der katastrophalen Ergebnisse der IGLU-Studie – Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung – von 2017 mit der »Hamburger Erklärung – Jedes Kind muss lesen lernen« eine viel beachtete Bildungsinitiative gestartet. Die Studie hatte festgestellt, dass 18,9 Prozent der Kinder nach Abschluss der Grundschule nicht sinnentnehmend lesen können: »Sie konnten buchstabieren und Worte zusammenziehen, aber nicht den Sinn verstehen. Ich habe dann immer gewartet, dass es zu einem Aufschrei kommt und dass die Politiker sagen: Mein Gott, jetzt müssen wir aber wirklich mal was tun! Aber das blieb aus, und deshalb hab ich im August 2018 diese Petition aufgesetzt«, so Kirsten Boie.

Qualifizierte Meinungsbildung verläuft immer noch zum großen Teil über Texte

Jedes Kind muss Lesen lernen

Bislang haben fast 120.000 Menschen die »Hamburger Erklärung« unterzeichnet. Die Unterlagen sind der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, und der Kultusministerkonferenz der Länder zugegangen. »Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass da etwas passieren würde. Doch die Medien haben sich daraufhin immer stärker dieses Themas angenommen, oft auch mit sehr umfangreichen Artikeln, denen auch eine tiefgehende Recherche zugrunde lag. Mein Eindruck war, dass sich das Ganze dann schneeballartig ausgebreitet hat. In Hamburg ist seitdem einiges passiert, und zwar auf verschiedenen Ebenen.« An 50 Schulen wird seitdem eine neue Methode erprobt, die sich als sehr erfolgreich herausgestellt hat. An mindestens drei Schultagen pro Woche werden die ersten 20 Minuten völlig unabhängig vom Fach nur dem Lesen gewidmet, da ein Ergebnis der IGLU-Studie war, dass der zeitliche Umfang, der an bundesdeutschen Schulen fürs Lesen zur Verfügung steht, nur etwa die Hälfte dessen betrug, was internationaler Standard ist. Diesem Problem kann man mit geringen Kosten abhelfen. »Die Lehrer lernen auch, wie man mit den Kindern überhaupt lesen trainieren kann. Im Deutschstudium zum Grundschullehrer spielt das Thema Lesenlernen oft keine prominente Rolle.«

Die Demokratie kann ohne Lesen nicht überleben

Aber warum ist das Lesenkönnen überhaupt so wichtig? Kirsten Boie stellt es in einen klaren gesellschaftlichen Zusammenhang, der politisch höchst brisant ist: »Qualifizierte Meinungsbildung verläuft immer noch zum großen Teil über Texte. Die stehen diesen Menschen aber nicht zur Verfügung. Gleichzeitig erleben sie ganz real, dass sie am Rand der Gesellschaft leben. Es war ihnen nicht möglich, einen qualifizierten Beruf zu erlernen und sie verdienen nicht gut. Das heißt, sie sind schon aufgrund ihrer Lebenssituation auf der Suche nach Sündenböcken. Das ist doch ganz nachvollziehbar. Irgendwer muss daran schuld sein, dass es mir so schlecht geht, wenn ich nicht mich selbst beschuldigen will. Deshalb sind sie sehr anfällig und dankbar für populistische Theorien, und wenn sie zusätzlich nicht in der Lage sind, Zeitungen zu lesen und immer nur auf den hören, der ihnen am lautesten etwas einreden will, so wundert einen nichts mehr. Die Demokratie kann ohne Lesen nicht überleben.«

Lesen hat keine Lobby

Lesenlernen sollte also eine viel größere kulturpolitische Rolle spielen. Warum es das nicht tut, erklärt Kirsten Boie so: »Bildung ist Ländersache. Der Bund musste sich nicht verantwortlich fühlen, Lesenlernen ist kein Punkt auf der Tagesordnung. Die Länder und Kommunen werden das Problem aber allein finanziell nicht bewältigen können. Deshalb auch der Vorschlag eines bundesweiten Lesepakts, der sich an den Möglichkeiten des Digitalpakts orientiert. Durch Lobbyarbeit wurde da das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik aufgehoben, das heißt, man hat Umwege gefunden. Also warum sollte man nicht einen Lesepakt beschließen, um Kindern das Lesen angemessen beizubringen? Dem Arbeitgeberverband z. B. ist es gar nicht bewusst, dass das Thema für sie relevant ist. Wenn aber die Auszubildenden fehlen, dann wird es das. Die Zeitspanne zwischen dem Lesenlernen und diesen Auswirkungen beträgt aber leider 10, 20 Jahre. Wenn dann die Auszubildenden fehlen, führt das niemand mehr darauf zurück, dass viele nicht lesen konnten und deshalb schon in der Sekundarstufe 1 ausgestiegen sind. Diese Jugendlichen sind nicht zu dumm, den Unterrichtsstoff zu lernen, sie konnten nur nicht lesen.«

In Zeiten von Apps, Tablets und Computerspielen verliert das Lesen aber auch unter den Könnern an Bedeutung, was Kirsten Boie klar ist: »Wenn man bis zu meiner Generation zurückgeht, die selbst ohne Fernseher aufgewachsen ist, dann war Lesen bei uns die einzige Alternative zum Alltag. Kinder wollen immer noch lesen können, weil die Erwachsenen das können. Wenn es aber dann schwierig wird, schrumpft die Motivation. Da können Eltern natürlich etwas tun, indem sie den Medienkonsum der Kinder ziemlich genau kontrollieren und parallel dazu bei den Kindern Spaß an Geschichten wecken. Das ist wirklich durch tägliches Vorlesen möglich. Wenn das Ganze dann auf eine kuschelige Art und Weise passiert, dann lieben die Kinder – auch die »Konsolenkinder« – das und verbinden diese Erfahrung von Geborgenheit mit dem Lesen.«

Ursula Gaisa ist Redakteurin der neuen musikzeitung

Mehr zur Hamburger Erklärung unter: change.org/p/jedes-kind-muss-lesen-lernen

FOTO: INDRA OHLEMUTZ

Kirsten Boie ist Schriftstellerin und Autorin unter anderem von »Das Lesen und ich« (2020)

Krisen beinhalten auch Chancen

Gesellschaftliche Transformation sinnvoll nutzen

SUSANNE KEUCHEL

Das Coronavirus hat Europa erreicht. Kulturgeschichtliche Bilder von Kreuzen an Haustüren für Pest- und Cholera-Erkrankte mischen sich mit aktuellen Bildern von Schutzanzügen und abgeriegelten Quarantäneräumen. Größere Veranstaltungen, Kulturevents wie die Leipziger Buchmesse oder der Karneval in Venedig, wurden abgesagt. Große Verunsicherung besteht mit Blick auf gemeldete Erkrankungen und Todesfälle.

Das Coronavirus bringt Leid über eine Vielzahl an Menschen weltweit. Krankheiten sind Launen der Natur – hier hat der Mensch nur eingeschränkt Handlungsoptionen. Und dennoch – so irreal dies für einzelne Betroffene klingen mag – da Krisen große Herausforderungen für die Gesellschaft sind, bergen sie immer auch Chancen, gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Selbst der Zweite Weltkrieg, der unfassbares Leid über die Menschheit gebracht hat, hat beispielsweise unbeabsichtigt auch die Gleichberechtigung vorangetrieben. Frauen »übernahmen« Männerberufe, da die Männer zu Kriegshandlungen eingezogen wurden. Nach Kriegsende ließen sich Frauen, zumindest bei den Siegernationen, nicht mehr so einfach auf häusliche Aufgaben reduzieren.

Mit dem Coronavirus haben sich nicht nur neue kulturelle Begrüßungsrituale etabliert – von der Faust bis hin zum Fußspitzenberühren statt Händeschütteln. Beispielsweise erhalten auch Aspekte der Nachhaltigkeit, die wir schon lange diskutieren, jedoch nicht konsequent umsetzen, eine neue Aktualität: Die zwangsweise Unterbrechung globaler Ketten, z. B. des Exports aus China oder Indien, oder auch die Hamstereinkäufe führen pragmatisch zu einem neuen Bewusstsein für regionales Produzieren. Berufliche Reisen werden auf ihre wirkliche Notwendigkeit hin neu bewertet und in Teilen sehr konsequent durch digitale Kommunikation ersetzt.

Das unermüdliche Streben einer ökonomisierten Leistungsgesellschaft wird erstmals infrage gestellt. Aufgrund von Quarantäne und Ansteckungsgefahr läuft das berufliche Leben auf einmal beschaulicher: Meetings und Veranstaltungen werden abgesagt, Organisationsabläufe und Arbeitsprozesse verlangsamt. Und wir stellen fest, die Welt im eigenen sozialen Umfeld bricht nicht sofort zusammen, wenn auch globale Effekte zu registrieren sind, beispielsweise Abstürze bei den Börsen.

Auch die Digitalisierung der Kultur nimmt ungeahnt erstmals an Fahrt auf: Das Goethe-Institut in Italien bietet, aufgrund der Schließung seiner Zweigstellen, Sprachkurse digital an. Die Leipziger Buchmesse versucht Teile des geplanten Bühnenprogramms ins Netz zu verlegen. Auch das »International Film Festival and Forum on Human Rights« mit jährlich rund 40.000 Besuchern in Genf übertrug kurz entschlossen Filme, Podiumsdiskussionen und Juryabstimmungen ins Internet. Der Festivalleiter Bruno Giussani sieht laut Süddeutscher Zeitung hier sogar einen Vorteil: »In seiner virtuellen Form kann das Festival mit seinen Anliegen sehr viel mehr Menschen auf der ganzen Welt erreichen.« Damit ist natürlich nicht gemeint, künftig auf analoge Angebote zu verzichten, aber die Chance zu nutzen, das Analoge um das Digitale zu erweitern.

Es gibt auch weniger schöne Reaktionen auf das Coronavirus, wie die Hamstereinkäufe, das unsolidarische Horten von Desinfektionsmitteln und Mundschutz. Dies zeigt nicht zuletzt: Nicht nur die Krise hat Auswirkungen auf die Gesellschaft, sondern es liegt auch am kulturellen Gestaltungswillen der Menschen, wie sich Krisen entwickeln. Das Auftreten von Krankheiten können wir – im Gegensatz zu Kriegen – nicht beeinflussen. Wir können jedoch, statt panisch auf Krisen zu reagieren, gestalterisch gegebene Herausforderungen aktiv aufgreifen und dabei auch entwickelte neue Formen guter Praxis im Sinne gesellschaftlicher Transformation nach Ende der Krise beibehalten!

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates

ZUR PERSON …

Neuer Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung
Seit dem 2. März 2020 leitet Marc-Oliver Pahl als Generalsekretär die Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Er löst Günther Bachmann ab, der die Geschäftsstelle 19 Jahre lang führte. Pahl will sich insbesondere für das stete Mitdenken des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung bei allen Leitentscheidungen einsetzen. Zuvor war Pahl Referatsleiter für Nachhaltige Entwicklung und Umwelttrends im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Der an der Humboldt-Universität promovierte Jurist war unter anderem für den Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments und für die Landesregierung NRW im Themenbereich Europa/Internationales tätig.

Kulturstiftung des Freistaates Sachsen bekommt neuen Präsidenten
Christoph Dittrich, Generalintendant des Theaters Chemnitz und Vorstandsmitglied des Landesverbandes Sachsen des Deutschen Bühnenvereins, wurde am 3. März 2020 zum neuen Präsidenten der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen gewählt. Er tritt als Nachfolger von Ulf Großmann an, der die Präsidentschaft seit 2011 innehatte und im Januar dieses Jahres verstarb. Die Kulturstiftung Sachsen wurde 1993 gegründet und fördert jährlich rund 650 Projekte mit einem Fördervolumen von fünf Millionen Euro. Dittrich, der sich bereits in jungen Jahren für Musik begeisterte, studierte Tuba und Gesang, Pädagogik und Musikwissenschaften in Dresden. Die musikwissenschaftliche Promotion zu Komponisten der 1960er bis 1980er Jahre folgte 2008.

Bundesverdienstkreuz am Bande für Regine Möbius, Gabriele Schulz und Olaf Zimmermann
19 Frauen und Männer aus dem Kultur- und Medienbereich erhielten am 6. März 2020 das Bundesverdienstkreuz am Bande – die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland für besondere Verdienste. Kulturstaatsministerin Monika Grütters überreichte den Orden an 19 Personen, die sich mit ihrem Engagement dafür einsetzen, dass Frauen im Kultur- und Medienbereich die ihnen gebührende Anerkennung erhalten. Zu den Geehrten zählen die ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates und Schriftstellerin, Regine Möbius, die stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates, Gabriele Schulz, sowie der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann.

Preise der Leipziger Buchmesse
Aufgrund der Corona-Pandemie musste die Leipziger Buchmesse abgesagt werden. Gewinner einiger Kategorien wurden unter anderem in der Sendung »Lesart« von Deutschlandfunk Kultur bekannt gegeben. So auch die Auszeichnung des Werkes »Stern 111« von Lutz Seiler in der Kategorie Belletristik. Seiler wurde 1963 in Gera geboren und lebt derzeit in Berlin. Preisträgerin in der Kategorie Sachbuch/Essayistik ist Bettina Hitzer für ihr Buch »Krebs fühlen. Eine Emotionsgeschichte des 20. Jahrhunderts«. Die Neuzeithistorikerin lebt in Berlin und ist am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung tätig. Den Preis der Kategorie Übersetzung erhielt Pieke Biermann für die Übersetzung des Buches »Oreo« von Fran Ross. Die Journalistin und Schriftstellerin lebt ebenfalls in Berlin.

Der verlängerte Albtraum

Über die Zustände der EU-Flüchtlingslager auf Lesbos

Am 29. Februar 2020 öffnete Recep Tayyip Erdoğan die türkische Grenze zur EU und kündigte die vorläufige Aufhebung des vor vier Jahren geschlossenen Flüchtlingspaktes zwischen der Türkei und der EU an. Genau zu dieser Zeit lese ich das Buch »Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten«, in dem der Soziologe Jean Ziegler die verheerenden Zustände in dem größten der fünf Erstaufnahme- und Registrierungszentren der EU schildert.

Ziegler beschreibt die Push-Back-Operationen der griechischen Küstenwache und europäischer Institutionen, mit denen Flüchtlingsboote in türkische Hoheitsgewässer zurückgedrängt werden sollen – obgleich alle EU-Mitgliedsstaaten die Genfer Flüchtlingskonvention sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ratifiziert haben. Jede Push-Back-Operation ist eine Völkerrechtsverletzung, da man den Asylbewerbern das Recht auf eine Antragstellung vorenthält.

Ziegler spricht von dem erschreckenden Stacheldraht der NATO, der das Flüchtlingslager umgibt, von den furchtbaren hygienischen Bedingungen, unter denen sich Krankheiten verbreiten, von der mangelnden ärztlichen Versorgung sowie der fehlenden (Bildungs-)Betreuung der Kinder. Besonders schockierend fand Ziegler die drei inoffiziellen Lager in den angrenzenden Olivenhainen. Nach den Schrecken der Flucht verlängert sich der Albtraum in Moria. Ziegler sieht besonders in den Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen die Chance, die Herrschaft der Menschenrechte – das Fundament der EU als Wertegemeinschaft – wiederherzustellen. Bei der Beschreibung der von ihm beobachteten Zustände zieht Ziegler immer wieder juristische Grundlagen sowie Aussagen von Aktivisten, Anwälten und Hilfsorganisationen hinzu. Dabei hält er die Balance zwischen Fakten, nüchternen Beschreibungen und einer gewissen Emotionalität. Das Buch ist mit 18 kurzen Kapiteln bündig geschrieben und erschreckenderweise liegt genau in dieser Kürze die schockierende Erkenntnis über die Schande Europas.
Kristin Braband

Jean Ziegler. Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten. München 2020

Monolog über uns

Fragmente über Gewalt, Sexualität und Wahrheit

Einiger Privilegien, die mir zuteilwerden, bin ich mir heute bewusster denn je: Aktuell habe ich das Privileg, von zu Hause arbeiten zu dürfen. Mein Zuhause ist ein warmes, gemütliches und vor allem sicheres. Hier bin ich gern, hier kann ich sein, hier habe ich nichts zu befürchten.

In diesen Tagen, in denen wir alle aufgerufen sind, zu Hause zu bleiben, ist auch an jene zu denken, denen dieses Privileg nicht zuteilwird; die eben zu Hause nicht sicher sind; die etwas zu befürchten haben. 2018 wurden circa 114.000 Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Rund 26.000 Männer wurden in den eigenen vier Wänden bedroht, genötigt und angegriffen – so die Angaben des Bundeskriminalamtes.

Auch Nadia zählt zu ihnen: »Wir hatten am Tisch gesessen. Nadia war ins Nebenzimmer gegangen, um nach ihrem Mann und dem Baby zu schauen. (…) Einer der anderen Gäste sagte später, er habe den Schlag gehört.« Nadia ist Opfer häuslicher Gewalt – während beim Abendessen nebenan die Freunde sitzen – und Protagonistin eines Fragments in Carolin Emckes 2019 erschienenem Buch »Ja heißt ja und …«. Dieses beruht auf einem Bühnenprogramm, das Emcke im Dezember 2018 in der Berliner Schaubühne erstmalig aufführte.

Was tun? Emcke schreibt »Damals konnte ich nur über zwei Reaktionen nachdenken: sie mitzunehmen oder sie dazulassen, wie sie es wünschte. (…) Einfach in das Zimmer zu gehen, in dem der Mann sich verbarg, ihn anzusprechen (…) Das ist mir noch nicht einmal eingefallen.«

Solch persönliche Ereignisse verbindet Emcke mühelos mit gesellschaftlicher Analyse. Ihr gelingt ein Monolog über uns alle. Doch nicht nur Gewalt ist Thema. Auf den rund hundert Seiten führt die Autorin verschiedenste Fragmente zu Begehren, Lust, Sprache, Sexualität und Wahrheit zusammen, die ihren Ausgangspunkt in der #MeToo-Debatte haben.

Am Ende dieses Buches geht es Emcke um Wahrnehmung und Bewusstmachung. Ein bisschen mehr davon tut uns allen gut – nicht nur jetzt, sondern immer.
Theresa Brüheim

Carolin Emcke. Ja heißt ja und … Frankfurt am Main 2019

Freie Sprache

Wie prägt Sprache unser Denken?

Sprache öffnet uns die Welt und grenzt sie ein – im gleichen Moment.« Tagtäglich sprechen wir Tausende Wörter, schreiben, kommunizieren über viele Wege. Sprache kann dabei etwas Wunderbares sein, etwas Verbindendes, aber gleichzeitig auch ausgrenzen und kategorisieren. Hinterfragen wir unsere eigene Sprache? Vermutlich zu selten.

In ihrem ersten Buch geht Kübra Gümüşay der Frage nach, wie Sprache unser Denken prägt und unsere Politik bestimmt. Sie macht deutlich, welche Macht Sprache hat und wie diese unser Wahrnehmen verändert – so werden z. B. in verschiedenen Sprachen auch Dinge unterschiedlich wahrgenommen. Wir brauchen Sprache, um Dinge zu benennen, sie sichtbar und begreifbar zu machen. Doch genau darin liegt auch ein Problem. Gümüşay schreibt von »Benannten« und »Benennenden«, die selbst oft »Unbenannte« sind: Diejenigen, die benannt werden, sind Eingesperrte in ihrer Definition, sie werden im Kollektiv betrachtet und somit ihrer Individualität beraubt: »Die jüdische Frau«, »Der Schwarze Mann«, »Der Geflüchtete« und viele mehr. Schubladen, in die auch Kübra Gümüşay gesteckt wird. Mit vielen Beispielen unterstreicht sie die Probleme, die kategorisierende Sprache mit sich bringt: Stereotypen werden ausgeprägt, Fremdbilder verzerrt, Personen ihrer Vieldeutigkeit beraubt, entmenschlicht. In »Die Agenda der Rechten« macht Gümüşay zudem deutlich, welchen Einfluss Sprache im Umgang mit Rechten hat, und geht der Frage nach, wie wir als Gesellschaft über unsere Probleme sprechen können, ohne den Hass der Rechten zu nähren.

Sprache ist mächtig. Und Macht bedeutet Verantwortung. Dieses Buch trägt dazu bei, sich dieser bewusster zu werden. Für eine Sprache, die Kategorien nicht zu Käfigen werden lässt, sondern Menschen in ihrem Facettenreichtum existieren lässt. Für freies Sprechen und gemeinschaftliches Denken in einer sich polarisierenden Welt.
Maike Karnebogen

Kübra Gümüşay. Sprache und Sein. München 2020

2,2 Tonnen CO_2

Eine Familie fürs Klima

Jeder deutsche Bürger verursacht rund elf Tonnen CO_2 pro Jahr. Sollen bis 2050 die durchschnittlichen Temperaturen weltweit nicht über zwei Grad Celsius ansteigen, so dürfen bis dahin nur 750 Milliarden Tonnen CO_2 in die Atmosphäre gelangen. Eine zunächst recht hohe Zahl, aufgeteilt auf die Weltbevölkerung bedeutet dies jedoch lediglich 2,2 Tonnen CO_2 pro Person pro Jahr.

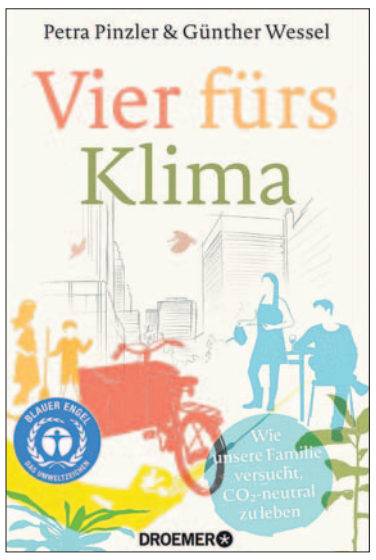
Ein schwer erreichbares Ziel, das einer vierköpfigen Familie dennoch den Anlass gab, wenigstens eine Reduktion des aktuellen CO_2-Verbrauches zu versuchen: Ein Jahr lang klimafreundlich leben und den Alltag entsprechend anpassen. Ihre Erfahrungen halten die Eltern Petra Pinzler und Günther Wessel in dem Buch »Vier fürs Klima« fest.

In der Familie entstehen diverse Ideen wie z. B. ein CO_2-Konto, das man auch mal überziehen könnte, um anderen etwas zu überweisen. Das Buch hangelt sich an den zwölf Monaten des Jahres entlang, ist am Ende mit spannenden Links und inhaltlichen Verweisen bestückt und lässt sich super lesen.

Es geht um die Öko-Bilanz der heimischen Früchte im Vergleich zu den eingeflogenen Südfrüchten – schließlich muss das hiesige Obst in klimatisierten Hallen mehrere Monate gelagert werden. Es geht um die allbekannte Flugfrage und um die Möglichkeit des Emissionsausgleichs, z. B. durch Angebote wie »atmosfair«. Es geht aber auch um die Frage, was wirklicher Verzicht und was nur Gewohnheit ist.

Oft kauft man sich den grünen Lebensstil ein oder gaukelt ihn sich vor: Einkaufen im Bioladen, Nutzen von Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln und na gut, die ein oder andere Flugreise ist dabei. Zwischen Wissen und Tun liegen oft Gräben, schreiben Pinzler und Wessel. Es ist Zeit, diese Gräben zu überwinden.
Kristin Braband

Petra Pinzler und Günther Wessel. Vier fürs Klima. München 2018



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Wie überlebt man ein tödliches globales Virus? Der Künstler Max Siedentopf hat kreative Ideen

THEMA

Kleinteilig, differenziert, kreativ und extrem verletzlich

Der Kulturbereich in der Krise

OLAF ZIMMERMANN

Wie kleinteilig, wie differenziert und auch wie extrem verletzlich der Kultur- und Medienbereich ist, zeigt sich in der derzeitigen Corona-Pandemie überdeutlich. Kaum war klar, dass Kultureinrichtungen schließen, dass Kulturveranstaltungen abgesagt werden müssen, dass Angebote der kulturellen Bildung nicht stattfinden können, dass Dreharbeiten nicht durchgeführt werden können und so weiter …, meldeten sich Künstlerinnen und Künstler, Inhaberinnen und Inhaber kleiner, aber auch mittlerer Betriebe der Kulturwirtschaft sowie viele Vereine, die Veranstaltungen durchführen, wie es denn nun weitergehen könne? Was wir als Deutscher Kulturrat tun können, um ihnen zu helfen? Viele sorgen sich um das nackte Überleben.

Die Corona-Pandemie und vor allem das Herunterfahren des gesellschaftlichen und des kulturellen Lebens in Deutschland führt zum einen die Kleinteiligkeit des Kulturbereiches vor Augen und macht zugleich deutlich, wie alles zusammenhängt. Viele kleine Rädchen greifen ineinander, um das große Rad Kultur und Medien in Deutschland jeden einzelnen Tag im Jahr zu bewegen, zu zeigen und zu erleben. Viele Menschen arbeiten vor und hinter den Kulissen, dass der Laden läuft. Es sind Angestellte ohne Befristung, befristet Angestellte, kurz befristet Beschäftigte, freie Mitarbeiter, Werkvertragsnehmer, Dienstleister, Soloselbständige – als Künstlerinnen und Künstler oder auch als Dienstleister. Sie alle sind vom Herunterfahren der kulturellen Infrastruktur existenziell betroffen. Die einen, wie die Künstlerinnen und Künstler, sofort, wenn Veranstaltungen und anderes nicht stattfinden. Die anderen etwas später. Die Formen der Erwerbstätigkeit sind breit gefächert und die wenigsten sind auf Rosen gebettet.

Zum Kulturbereich gehören die öffentlichen Kultureinrichtungen, die öffentlich geförderten Institutionen, die Einrichtungen der kulturellen Bildung, die vielfältigen Vereine und nicht zuletzt die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft. In jedem dieser Bereiche gibt es die großen Platzhirsche, die mittleren und jene, die ohnehin am Existenzminimum arbeiten und jeden Monat gerade so über die Runden kommen.

Das wichtigste Anliegen war und ist in der ersten Zeit, Nothilfen für jene auf den Weg zu bringen, die nicht wissen, wovon sie die Miete im nächsten Monat zahlen sollen und wie sie ihren Kühlschrank mit dem Lebensnotwendigsten füllen können. Sowohl Bund als auch verschiedene Länder haben in einer sehr großen Geschwindigkeit Soforthilfemaßnahmen auf den Weg gebracht, die denjenigen zugute kommen sollen, deren Existenz durch wegfallende Veranstaltungen, Auftritte usw. bedroht ist. Dass diese Maßnahmen aber nicht geeignet sind, die grundsätzlich schwierige soziale und wirtschaftliche Lage vieler im Kultur- und Medienbereich zu verbessern, sollte sich von selbst verstehen. Es geht um eine Überbrückung, um Unterstützung bei laufenden Kosten usw. und nicht darum, grundlegend die soziale Lage zu verbessern. Dies wird aus einem Mix aus vereinfachtem Zugang zur Grundsicherung und einem Zugang zu Betriebsmittelzuschüssen erreicht.

Diese Nothilfe, die für Soloselbständige und Kleinstunternehmen gedacht ist, ist für mittlere und große Unternehmen nicht passend. Sie fallen schon aufgrund der Höhe der benötigten Betriebsmittelzuschüsse, besonders wegen der Bezahlung von Mitarbeitern, durchs Rost. Sie sollen Kredite beantragen, die, so die Bundesregierung, in unbegrenzter Summe zur Verfügung stehen. Der Haken an diesen Krediten ist allerdings, dass sie zurückgezahlt werden müssen – wenn auch unter günstigen Konditionen. Doch die meisten Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, dazu gehören z. B. auch Privattheater oder privatwirtschaftliche Museen, produzieren nichts, was nach dem Shutdown vermehrt nachgefragt wird. Viele arbeiten gerade so an der Deckungsgrenze und kommen über die Runden. Große Reserven können nicht aufgebaut werden. Brechen, speziell bei Museen, Privattheatern und anderen Veranstaltern, die Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten weg, ist dies sehr schnell existenzbedrohend. Genauso wenig werden, wenn alles wieder überstanden ist, auf einmal mehr Karten verkauft, um Kredite abzahlen zu können. Andere mittlere und größere Unternehmen beispielsweise der Designbranche arbeiten für Kunden, die ihrerseits von der Pandemie betroffen sind, sodass Aufträge wegbrechen oder verschoben werden. Viele Kosten aber bleiben – trotz der Möglichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit zu schicken.

Ein weiterer Baustein in der Kulturfamilie sind die Vereine. Sie dürfen schon aus Gründen des Gemeinnützigkeitsrechts keine Rücklagen bilden. Viele, wie z. B. soziokulturelle Zentren oder Kunstvereine, finanzieren ihre Angebote, die sich an die Bevölkerung richten, aus einem Mix an Mitgliederbeiträgen, Einnahmen aus Veranstaltungen, Kursgebühren, Projektfinanzierung und, nicht zuletzt bei den soziokulturellen Zentren, aus Erträgen der Kneipe. Wenn dieser Mix ins Wanken gerät, kann es das gesamte System gefährden. Sowohl in der kulturellen Bildung als auch bei jenen freien Trägern, die sich aus verschiedenen Projekten finanzieren, brechen teilweise die Finanzierungsgrundlagen weg und die bestehenden Hilfsmaßnahmen greifen kaum.

Und auch die öffentlichen Kultureinrichtungen, die vermeintlich auf der sicheren Seite stehen, sorgen sich um Einnahmeausfälle. Eigenmittel sind ein fester Bestandteil der Kosten- und Finanzierungspläne, wenn sie wegfallen, werden Lücken gerissen. Und die Kosten laufen weiter. Und die soziale Verantwortung für die vielen Auftragnehmerinnen und -nehmer besteht fort.

Jetzt in der Krise offenbart sich wieder einmal, wie fragil der Kultur- und Medienbereich als solcher ist. Und das trifft auf die verschiedenen Akteure und Institutionen zu.

Beachtlich ist bei aller Sorge und Existenznot, mit welcher Kreativität versucht wird, das Beste aus der Situation zu machen. Online-Kulturangebote schießen aus dem Boden, Theaterschneidereien stellen Schutzmasken her, Konzerte werden im Netz übertragen, Buchempfehlungen per Blog usw. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk zeigt seine Informationskompetenz und schafft neue zusätzliche Angebote. Die privaten Sender leisten ihren Beitrag und appellieren deutlich vernehmlich #wirbleibenzuhause. Außerdem gibt es viele Initiativen aus den verschiedenen Branchen zur finanziellen Unterstützung in Not geratener Kolleginnen und Kollegen.

Im Moment sind alle, auch der Deutsche Kulturrat, damit befasst, die Situation zu erfassen und Notmaßnahmen zu konzipieren, sie mit der Politik zu diskutieren und dann gemeinsam auf den Weg zu bringen. Das wird auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, denn viele Bedarfe oder auch Verwerfungen sind heute noch nicht abzusehen. Danach wird aber eine Zeit kommen, in der es darum gehen wird, grundsätzlich über Lehren aus der Krise zu sprechen. Der Kulturbereich muss dringend krisenfester werden, denn so kleinteilig, differenziert und kreativ er ist, so leicht verletzlich ist er auch. Das Letztere müssen wir ändern.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Der Nachhall des Schocks

Kulturelle Perspektiven aus der Corona-Pandemie

CARSTEN BROSDA

Der demokratische und liberale Geist unseres Gemeinwesens ist nirgendwo so unmittelbar zu spüren wie an unseren öffentlichen gesellschaftlichen und kulturellen Orten. Ohne diese Räume sind moderne, aufgeklärte Gesellschaften nicht denkbar; erst sie ermöglichen die Gemeinschaft, in der wir zu uns selbst finden. Doch es sind genau diese Orte, die derzeit verschlossen bleiben müssen, um die Welle der Neuansteckungen mit dem Coronavirus zu brechen. Was wir jetzt machen müssen, fühlt sich so falsch an und ist dennoch in diesem Moment richtig.

Die Lage ist ohne Frage beispiellos dramatisch. Die langfristigen Folgen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Kultur vermag derzeit niemand abzusehen: Die Theater und Museen sind geschlossen, ebenso die Konzerthäuser, Clubs und soziokulturellen Zentren sowie alle weiteren Orte, an denen sich Bürgerinnen und Bürger bislang begegnen, gemeinsam Kultur erleben und gestalten können. Es ist paradox: Wir müssen Solidarität und Empathie füreinander empfinden können, um das zu leisten, was derzeit notwendig ist – Abstand zueinander zu halten und Distanz zu wahren. Das fällt nicht leicht, das ist oftmals sogar kontraintuitiv – und doch ist es so notwendig, um die weitere Ausbreitung des Virus so weit zu verlangsamen, dass wir die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems nicht überlasten.

Ebenso notwendig ist es, dass wir die immensen ökonomischen Folgen dieser Entscheidungen abfedern. In den Schutzschirmen von Ländern und Bund sind Kultur und Kreativwirtschaft ebenso ein integraler Bestandteil wie in den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von Kurzarbeit und Grundsicherung. Selten ist in einer ökonomischen Krise so intensiv auch über Soloselbständige und Kleinstbetriebe gesprochen worden wie derzeit. Das ist richtig: Die nötigen Eingriffe sind immanent ein beinahe direkter Angriff auf die verletzlichen und prekären Strukturen der Kulturwirtschaft. Sie werden von den aktuellen Beschränkungen ganz besonders hart getroffen. Es ist ein gutes Signal, dass das Bewusstsein für diese Bedrohtheit mittlerweile so sehr gewachsen ist, dass die Interessen der Kultur von Anfang an mitberücksichtigt wurden. Aber wir alle wissen auch: Die jetzt anlaufenden Hilfs- und Notmaßnahmen können nur das Schlimmste mildern, einen vollständigen Ausgleich bieten sie nicht.

Deshalb sind wir alle gefordert, schon jetzt die Zeit nach der Pandemie, nach den Ausgangsbeschränkungen und den Notmaßnahmen in den Blick zu nehmen. Denn es ist mehr als absehbar, dass wir nicht einfach zum Status quo ante zurückkehren werden. Es ist vielmehr recht wahrscheinlich, dass wir unsere Welt nach den Erfahrungen dieser Wochen anders betrachten werden. Wir werden Prioritäten und Routinen neu bewerten und sicherlich auch zu anderen Entscheidungen gelangen. Der Historiker Yuval Noah Harari hat in der Financial Times darauf hingewiesen, dass solche globalen Krisen oft Veränderungen mit sich bringen, für die es unter normalen Umständen Jahrzehnte brauchen würde, die nun aber aufgrund der monströsen Außergewöhnlichkeit der Lage einfach geschehen, weil das Gewohnte nicht mehr lebbar und der Drang zur plausiblen Alternative unmittelbar ist.

Wir erleben das bereits jetzt in den kleinen und kleinteiligen Strukturen des öffentlichen kulturellen Lebens. Auf einmal sprießen die digitalen Angebote aus allen Ecken des Netzes. DJs legen virtuell auf, Museen zeigen ihre Ausstellungen online, Theater und Opernhäuser streamen Aufführungen, Igor Levit spielt auf Twitter, Saša Stanišić liest an gleicher Stelle, Theaterschulen stellen kleine Clips ihrer Schülerinnen ins Netz – die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

FOTO: MAX SIEDENTOPF

Selbstklebender Mundschutz – mehrfach verwendbar?

Und der Hashtag stimmt: #CultureDoesntStop. Wie schön! Die Kraft dieser Kreativität lässt erahnen, was noch alles möglich sein wird – auch aus freien Stücken und nicht bloß als verzweifelt trotzige Alternative zum derzeit nicht Möglichen. Daraus aber wächst auch die Verantwortung, die Folgen heutigen Handelns für die Zeit danach in den Blick zu nehmen. Es geht bereits jetzt um die Liberalität und die Solidarität unserer künftigen Gesellschaft.

Denn natürlich spüren wir derzeit einen enormen Verlust an Freiheit und Gemeinschaft. Uns wird bewusst, welche Bedeutung all jene Orte und Erlebnisse besitzen, die wir in den vergangenen Jahren vielleicht für ein wenig zu selbstverständlich gehalten haben. Erst wenn etwas weg ist, wächst das Bewusstsein für seinen Wert. Hierin mag eine paradoxe Chance der aktuell schrecklichen Situation liegen: Uns kann bewusst werden, was uns ausmacht – und zwar in dem Moment, in dem wir uns selber die Möglichkeit nehmen müssen, es zu leben: »Europa ist in den Städten entstanden. Sich zu Fuß über einen Platz zu bewegen, dort zu flanieren, zu diskutieren, zu handeln, das ist die wesentliche europäische Erfahrung, der freie politische Diskurs im Café ist eine historische Errungenschaft«, hat Nils Minkmar im Spiegel geschrieben: »Der leere Markusplatz von Venedig, die leere Passage Vittorio Emanuele II in Mailand, die leeren Stadien sind Symbole: Wir sehen plötzlich besser, was es für Orte sind, frei und voller Versprechen, in denen man mehr machen kann, als Geld auszugeben und einzunehmen. Nachdenken und diskutieren, wie es jetzt weitergeht nach dem Wahnsinn, den wir für Normalität hielten.«

Wenn wir die Fragen des schieren Überlebens – des Gesundheitsschutzes und der ökonomischen Absicherung – im Rahmen des Möglichen geklärt haben, dann werden genau diese grundsätzlichen Fragen nach dem Sinn unserer offenen Gesellschaft mit Macht auf uns einbrechen. Dann werden wir uns nicht mehr davor drücken können, die kapitalistische Landnahme der offenen Verständigungsräume zu diskutieren, dann werden wir uns der Frage stellen müssen, wie eine gute Gesellschaft lebbar wird.

Das sind natürlich politische Fragen, die an den normativen Kern heranreichen. Aber es sind eben auch Fragen, die eine kulturelle Fundierung brauchen, die Künstlerinnen und Kreative unmittelbar und direkt herausfordern. Denn es geht um die spekulative Alternative, um den pragmatisch gelebten neuen Entwurf, um die Suche nach jener tiefsitzenden und umfassenden Solidarität, die die Freiheit und die Vielfalt unseres Zusammenlebens überhaupt erst ermöglicht. Wenn es stimmt, dass wir in existenziellen Krisen wie der derzeitigen letztlich alle Aspekte neu bewerten, auf denen unser Gesellschaftsmodell begründet ist, dann bleibt zu hoffen, dass Künstlerinnen und Musiker, Schriftstellerinnen und Tänzer, Kreative und Schauspieler diesen Diskurs beleben und mit ihren Positionen und Interventionen aufmischen.

Kunst hat die Aufgabe, Chaos in die Ordnung zu bringen, hat Theodor W. Adorno in seinen »Minima Moralia« geschrieben. Doch wenn die Welt im Chaos versinkt und wir als Gesellschaft mittlerweile sogar versucht sind, autoritäre Haltelinien zu definieren, kann Kunst eine alternative, eine weiterhin freiheitliche und offene Ordnung anbieten. Es geht um Deutungsangebote unserer selbst, die eben nicht den Kontrollfantasien mancher Politiker folgen, sondern die auf die aufgeklärte Vernunft der Bürgerinnen und Bürger setzen.

Wir müssen auch und gerade jetzt auf die Einsicht der Bevölkerung setzen und eben nicht auf eine staatlich gewaltsam durchgesetzte Ultima Ratio. Bürgerrechte entfalten ihren Sinn gerade in der Krise. Wir müssen aufpassen, dass kurzfristige Nützlichkeitserwägungen nicht dazu führen, dass wir wichtige bürgerliche Freiheit beseitigen. Wer Bürger per Handy orten will, weil sie als Infizierte gefährlich für die Allgemeinheit sind, der stoppt in der Durchsetzung dieser Idee vielleicht nicht bei der Bekämpfung einer Pandemie, sondern entwickelt weitergehende Fantasien, die gefährlich nahe an den Bildern jener Kontrollstaaten enden, die wir bislang nur aus dystopischen Science-Fiction-Filmen kennen.

Gerade jetzt geht es darum, die Freiheit unserer Gesellschaft zu bewahren. Nur wenn uns das gelingt, werden wir die aktuell notwendigen Einschränkungen vernünftig aushalten können. Wenn es uns aber gelingt, das Bewusstsein für den derzeitigen Verzicht zu sichern, dann besteht die Hoffnung, dass neue Sensibilität wächst – für den Wert und die Bedeutung all jener Orte und Angebote, die es uns ermöglichen, in Freiheit und Offenheit und Vielfalt miteinander zu leben.

Es liegt nahe, in diesen Tagen noch einmal Albert Camus' Roman »Die Pest« zu lesen. Dort finden sich am Ende beinahe rauschhafte Beschreibungen der Momente nach dem vorläufigen »Sieg« über die Krankheit: »Alle schrien oder lachten. Der Vorrat an Leben, den sie während der Monate angelegt hatten, da ihr Lebensflämmchen nur noch ganz niedrig brannte, gaben sie an einem Tag aus, der wie der Tag ihres Überlebens war. Am nächsten Tag würde das eigentliche Leben mit seiner Vorsicht anfangen. Im Augenblick verbanden sich die Leute sehr verschiedener Herkunft und tranken Brüderschaft. Die Gleichheit, die die Gegenwart des Todes nicht wahrhaftig verwirklicht hatte, wurde jetzt wenigstens für ein paar Stunden von der Freude über die Erlösung geschaffen.«

Dieses Gefühl der Gleichheit in der Bedrohung kann zu einem neuen Bewusstsein für Gesellschaft und Kultur führen – und damit letztlich ja auch zu der Solidarität, um die es auch geht. Nicht nur für einen rauschhaften Moment, sondern als Nachhall eines viel tiefer gehenden Schocks, der uns die Verletzlichkeit unserer Existenz vor Augen führt – und uns fordert, sinnhafter mit ihren Möglichkeiten umzugehen.

Denn es stimmt! Hinter den derzeitigen Beschränkungen liegen all die Momente, die uns schon jetzt Gänsehaut bereiten können, wenn wir nur an sie denken: das Augen öffnende Theaterstück, die Perspektiven erweiternde Ausstellung, das in die Magengrube zielende Konzert, die verschwitzte Club-Nacht, die beseelte Diskussion in einem Stadtteilkulturzentrum … Es kann großartig werden, wenn sich dann alle daran erinnern, wie sehr sie derzeit diese Momente schon vermissen. Und wenn wir alle jetzt schon daran arbeiten, die Grundlagen unserer auf Freiheit und Vielfalt gegründeten Gesellschaft zu festigen. Wir werden viel zu diskutieren haben, wenn wir das Coronavirus abgewettert haben. Vieles wird anders. Ob es auch besser wird, hängt davon ab, ob wir uns schon jetzt das Bewusstsein der Freiheit bewahren, Solidarität leben und Vernunft und Augenmaß sichern.

Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien Hamburg

ÜBERBLICK SCHWERPUNKT

Dieser mehr als 20-seitige Schwerpunkt zu »Corona versus Kultur: Wie reagieren Kultur und Medien auf die Pandemie?« ist von der ersten Idee bis zur fertigen Zeitung in acht Tagen entstanden – Höchstgeschwindigkeit für eine Monatszeitung mit kleiner Redaktion angesichts der aktuellen Lage. Das wäre nicht möglich gewesen ohne das Engagement, die Kraft und die Solidarität aller Kulturpolitiker, Künstlerinnen, Journalisten sowie Medien- und Kulturschaffenden (und ihrer Mitarbeiter!), die in dieser Ausgabe schreiben – vielen Dank!

Bereits auf S. 1 und 3 beginnt der Schwerpunkt: mit dem Editorial von Olaf Zimmermann und dem Interview mit Staatsministerin Grütters zur Einordnung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kultur und Medien.

Nach der Einleitung zum Schwerpunkt gibt Carsten Brosda auf S. 22 einen Überblick über die dramatische Situation in Kultur und Medien – aber nicht ohne Hoffnung zu verbreiten, dass die Krise zu neuem Bewusstsein für Gesellschaft und Kultur führen könnte. Auf S. 23 ruft Gabriele Schulz zu weltweiter Solidarität auf und Wirtschaftsminister Peter Altmaier beantwortet in drei Fragen, was jetzt zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft geplant ist. Auf den S. 24 und 25 geben unsere kulturpolitischen Reporter – Sven Scherz-Schade, Stefan Laurin, Johann Michael Möller und Ludwig Greven – Lageberichte aus Kunst und Kultur, insbesondere der Freien Szene, aus Süd, West, Nord und Ost. Auf der Doppelseite 26/27 haben wir die Kulturminister der Länder gefragt, was sie für ihre regionalen Kulturszenen tun. Ulrich Khuon und Birgit Lengers zeigen auf S. 28 die besondere Lage der geschlossenen Theater und Bühnen. Dem schließen sich drei Berichte aus der Musikszene an: Andreas Kolb erläutert die Auswirkungen auf Musikverlage, Matthias Pannes kennt die Situation der Musikschulen und Urs Johnen fragt, ob das Virus den deutschen Jazz tötet. Boris Kochan erklärt auf S. 30, wie er als Inhaber einer Design- und Markenagentur diese durch die Krise manövriert. Die Berliner Clubszene gehört zu jenen, die schnell kreative Lösungen zum Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie gefunden haben – wie diese aussehen, weiß Pamela Schobeß. Corona ist der GAU für die Bildende Kunst und Kunsthändler: Dagmar Schmidt, Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm machen die besondere Lage auf S. 31 deutlich. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht nur verlässlichster Informationslieferant der Stunde, sondern hält die Stange für Kultur im Programm hoch: Die Intendanten stellen ihre Programmänderungen auf den S. 32 bis 34 in der Corona-Krise vor. Alexander Skipis, Nina George und Lena Falkenhagen zeigen auf den S. 34 und 35, welche tiefen Einschnitte der gesamte Literaturbereich durch Corona verzeichnet. Auch der Bildungssektor ist angeschlagen, sieht aber unter anderem große Chancen im E-Learning: Susanne Keuchel, Ellen Ahbe und Sascha Rex beschreiben die Lage und die ergriffenen Maßnahmen auf den S. 36/37. Wie ergeht es den Städten, Landkreisen und Kommunen? Ulrich S. Soénius, Jörg Freese, Uwe Lübking und Klaus Hebborn zeichnen auf den S. 38 und 39 einen ersten Bericht.

Solidarität

Verbunden mit der ganzen Welt

GABRIELE SCHULZ

Solidarität – ein altes, fast schon aus der Mode gekommenes Wort, ist das Gebot der Stunde. Solidarität und Gemeinsinn und vor allem das Zusammenstehen, um der Corona-Pandemie zu trotzen. Zusammenstehen, obwohl gerade zusammen stehen, sich zusammen zu treffen, sich die Hand zu reichen, sich zu umarmen, sich so des Zusammenhalts zu versichern, derzeit körperlich nicht möglich ist.

Die Corona-Pandemie zwingt uns zum Innehalten. Unsere eigene Verletzlichkeit wird offenbar. Ein Virus, das wir nicht sehen können. Eine Gefahr, die wir nicht riechen, nicht schmecken können. Und der erste Instinkt, das Zusammenstehen, verführt uns genau zum Falschen. Abstand halten ist gefragt. Jeden Tag aufs Neue wird uns eingebläut, dass wir Abstand halten müssen.

Virusinfektionen sind ein wunderbares Motiv von Hollywood-Filmen. Im Kino- oder Fernsehsessel kann aus weiter Ferne das Grauen beobachtet und mitgefiebert werden. Schließlich aber kommt doch der Held und wird die Lösung präsentieren. Auf dem Weg viele Tote, doch das Ende wird gut. Was im Kino für Herzklopfen, Schaudern und schweißnasse Hände sorgt, ist im realen Leben viel banaler, dafür aber auch viel bedrohlicher. Banal sind Hamsterkäufe an Toilettenpapier und Nudeln. Bedrohlich ist die Stille. Die Stille, die insbesondere in den Städten zu spüren ist, in denen sich normalerweise Tausende an Menschen eng drängeln, sich in U-Bahnen und Busse quetschen, deren Autos die Straßen verstopfen. Die Stille, in den leeren Straßen, die erforderliche Distanz in Supermärkten, die erst nach Aufruf betreten werden dürfen. Die Stille, die ältere Menschen ertragen müssen, die allein leben, die nicht besucht werden dürfen, deren Kontakt zur Welt das Telefon ist. Die Stille, beängstigend bei Beerdigungen, wenn der Trost auf anderthalb Meter Entfernung gespendet werden muss. Die Stille in den Kultureinrichtungen und Kulturunternehmen, wenn nicht geprobt, gearbeitet, geräumt, betrachtet und so weiter werden darf. Und die Sehnsucht nach der Stille, die viele der Tausenden an Menschen verspüren, wenn sie in ihrem Homeoffice zwischen quäkenden Kindern, klingelnden Telefonen und Termindruck versuchen, ihrer Arbeit nachzugehen und den Betrieb aufrechtzuerhalten. Wie wäre es doch schön, jetzt im Büro sein und die Tür schließen zu können.

Besonders bedrückend ist dabei, dass vollkommen unklar ist, wie lange alles noch dauern wird. Der Appell lautet: erst einmal bis Ostern. Ein Zeitraum, der überschaubar erscheint. Klar ist, das Coronavirus wird bis dahin nicht besiegt sein. Ein Impfstoff wird nicht vorliegen. Passgenaue Medikamente werden nicht vorhanden sein. Die Hoffnung ist, die Infektionskurve abzuflachen, damit die Krankenhäuser nicht überlasten und nicht in Deutschland die Ärzte vor der Herausforderung stehen, entscheiden zu müssen, wem sie helfen und wem nicht.

Neben den wirtschaftlichen Aspekten, die nicht zu vernachlässigen sind, denn irgendwann werden die immensen Hilfsprogramme zu bezahlen sein, ist vor allem bedeutsam, dass wir Menschen einander brauchen. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Er braucht den Kontakt – auch den körperlichen, er braucht den Austausch, das Miteinander. Wie sehr wir einander brauchen, spüren wir jetzt – so wird selbst der eigentlich gar nicht so gern gemochte Nächste vermisst.

Unsere Solidarität ist jetzt im Abstandhalten gefordert. Und sie wird weiter gefordert bleiben. Für uns im Kultur- und Medienbereich geht es jetzt und in Zukunft darum, untereinander solidarisch zu sein. Zu verstehen und zu leben, dass jeder und jede seinen Platz hat und gebraucht wird. Ja, es gibt Interessengegensätze und es ist gut, wichtig und richtig, sie zu benennen und dann nach Lösungen zu suchen, die für die verschiedenen Seiten gesichtswahrend sind. Wir müssen uns jetzt darauf einstimmen, dass wir in den nächsten Jahren gemeinsam für die verlässliche Kulturfinanzierung streiten müssen, dass wir für gute Rahmenbedingungen für die verschiedenen Akteure des Kultur- und Medienbereiches eintreten müssen und dass wir uns verstärkt Gedanken um die soziale und wirtschaftliche Lage im Kulturbereich machen müssen. Dazu gehört auch, die Wertschöpfungsketten in den Blick zu nehmen, und zu verstehen, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft davon lebt, dass Dienstleistungen und Waren verkauft werden. Wer jetzt laut nach kostenlosem digitalen Zugang zu Kultur ruft, sollte auch klar sagen, dass Teile der Kulturwirtschaft preisgegeben werden. Denn dass der Kultur- und Medienbereich jetzt so stark betroffen ist, liegt doch daran, dass alles schon zu »normalen« Zeiten »auf Kante genäht ist«. Nach der Krise sollte nicht vor der Krise sein, sondern Zeit, um die Strukturen zu reflektieren.

Unsere Solidarität darf sich aber nicht allein auf uns konzentrieren. Europäische Mitgliedsstaaten, die die Finanzkrise längst nicht so gut überstanden haben wie Deutschland, haben jetzt besonders viele Virusinfektionen zu verzeichnen. Dies führt mancherorts nicht nur zu einem Kollaps im Gesundheitssystem, sondern wird wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 wird die Gelegenheit geben, zu zeigen, ob Deutschland ein solidarischer Mitgliedsstaat ist oder sich zurücklehnen wird. Es wird in der deutschen Ratspräsidentschaft aber auch darum gehen müssen, welche Einschnitte in die allgemeinen Menschenrechte wie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit oder Informationsfreiheit mit dem Wertesystem der Europäischen Union vereinbar sind und welche Folgen deren Verletzung dauerhaft haben wird. Die EU-Grundrechtecharta muss dabei die Richtschnur sein. Gebraucht wird unsere Solidarität aber auch über unsere unmittelbaren Nachbarn in Europa hinaus. Die Corona-Pandemie macht handgreiflich, wie verflochten die Weltwirtschaft ist, wie eng unsere Beziehungen über Tausende an Kilometern hinweg sind. Im letzten Jahrhundert wurde noch so dahin gesagt: »Was schert es mich, wenn in China ein Sack Reis umfällt«, um deutlich zu machen, dass etwas vollkommen belanglos ist. Heute schert es uns essenziell, was irgendwo auf der Welt passiert, weil wir damit verbunden sind. Das zu erkennen, birgt eine große Chance. Eine Chance, sich endlich für einen gerechten Welthandel einzusetzen. Eine Chance, die UN-Agenda 2030 endlich als das wahrzunehmen, was sie ist, ein Aufruf zu Veränderung in allen Ländern.

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Neue Trageoptionen auch für BHs

»Kulturschaffende sind wichtige Zielgruppe unserer Soforthilfe«

3 Fragen an Peter Altmaier

Was ist jetzt zu tun, um die Kultur- und Kreativwirtschaft, in der zahlreiche Kultur- und Medienschaffende tätig sind, zu unterstützen? Politik & Kultur hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier drei Fragen zu diesem Thema gestellt.

Die deutsche Wirtschaft soll weitestgehend gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus geschützt werden. Ein weitreichendes Maßnahmenbündel wird Arbeitsplätze sichern und Unternehmen unterstützen. Welche Maßnahmen planen Sie insbesondere für die Kultur- und Kreativwirtschaft? Wie kann diese sowohl kurz- als auch mittelfristig unterstützt werden?

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ganz besonders geprägt von kleinen Unternehmen, Soloselbständigen und Angehörigen der Freien Berufe. Sie ist deshalb eine zentrale Zielgruppe der Soforthilfen für kleine Unternehmen, die ich gemeinsam mit Finanzminister Olaf Scholz vorgelegt habe. Die Nachricht der Bundesregierung ist: Wir lassen niemanden allein! Es gibt in Deutschland in dieser schwierigen Zeit keine Solidaritäts-Lücke. Soloselbständige und Kleinstunternehmen werden wir deshalb auch mit direkten Zuschüssen unterstützen. Diese Gelder müssen nicht zurückgezahlt werden. Bei bis zu fünf Beschäftigten gibt es einmalig bis 9.000 Euro an Soforthilfe, bei bis zu zehn Beschäftigten sind es bis 15.000 Euro.

Insgesamt hat die Bundesregierung innerhalb kürzester Zeit einen Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen aufgespannt, der alle Branchen und Unternehmensgrößen adressiert: Von der KfW gibt es unbegrenzte Liquiditätshilfen, unbürokratisch und schnell und zu Konditionen, die wir gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) optimiert haben. Es gibt ein erweitertes Kurzarbeitergeld, einen Wirtschaftsstabilisierungsfond im Umfang von insgesamt 600 Milliarden Euro und das Sofortprogramm für die Kleinen.

Jetzt, in der Krise, gilt es, sich auf den Kern der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen und dementsprechend zu handeln: Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Das gilt auch für unsere Volkswirtschaft. Davon lasse ich mich leiten und bin überzeugt, dass wir die Krise so gemeinsam überstehen werden.

Wie können insbesondere selbständige Kulturschaffende sowie freie Künstlerinnen und Künstler vom Bund unterstützt werden?

Kulturschaffende und Künstlerinnen und Künstler sind eine wichtige Zielgruppe unserer Soforthilfe. Jeder, der jetzt akut finanzielle Unterstützung benötigt, weil Aufträge und Kunden weggebrochen sind, die Kosten aber weiter anfallen, ist aufgerufen, diese Hilfe auch in Anspruch zu nehmen.

Auf Ebene der Länder gibt es darüber hinaus branchenspezifische Programme. In den vorhandenen Kulturprogrammen von Bund und Ländern werden die Prioritäten neu gesetzt, um durch die Krise zu helfen und vorhandene Mittel umzulenken. Ich unterstütze da meine Kollegin, Staatsministerin Monika Grütters, voll und ganz in ihren Aktivitäten. Wer zu all dem Informationen sucht, kann sich an das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes wenden. Es übernimmt aktuell eine Lotsenfunktion für die Kreativbranche. Zu den einzelnen Maßnahmen der KfW und der Bürgschaftsbanken, aber auch zu Härtefall-Regelungen haben wir Informationen für Künstlerinnen und Künstler, Freiberufler und Soloselbständige auf der Webseite unseres Kompetenzzentrums gebündelt: kreativ-bund.de/corona.

Welche Folgen der Corona-Pandemie kommen trotz staatlicher Unterstützung dennoch auf die Kultur- und Kreativwirtschaft zu?

Das kann keiner seriös vorhersagen – weder für die Kultur- und Kreativbranche noch für den Rest der Wirtschaft. Für die Bundesregierung und das Bundeswirtschaftsministerium steht jetzt im Vordergrund, alle Unternehmen, Soloselbständigen und Freiberufler bestmöglich zu unterstützen und die Krise gemeinsam zu überstehen. Ich sehe auch, wie manche im kreativen Milieu jetzt über neue Kooperationen, neue Formen der Zusammenarbeit und neue Ideen für die Zukunft nachdenken. In Zeiten des Homeoffice erhält die Digitalisierung unweigerlich einen großen Schwung. Eine Folge der Krise könnte somit auch sein, dass am Ende gerade aus der Kreativwirtschaft neue Impulse zum Umgang mit Krisen und für neue Modelle des Wirtschaftens und Arbeitens resultieren.

Peter Altmaier ist Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Eine nie zuvor erlebte Katastrophe

Corona verursacht auch im Südwesten verheerende Schäden in der Freien Kulturszene

SVEN SCHERZ-SCHADE

Rollladen heruntergelassen, Veranstaltungsplakate sind mit »Abgesagt« überklebt. Am KOHI Kulturraum e.V., einem kleinen soziokulturellen Zentrum in Karlsruhe, klebt ein Zettel, dass derzeit Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verboten sind. Weiter heißt es: »Support your Club!«, gefolgt von dem Aufruf, dass Unterstützer am besten festes und damit regelmäßig zahlendes Mitglied im Verein werden sollten. Denn wenn in den Corona-Wochen die Einnahmen wegbrechen, könnte im KOHI, wo ansonsten Poetry Slams und Live-Musiken »abseits etablierter Kulturstätten« aufgeführt werden, bald die finanzielle Not ausbrechen. Schmerzhaft ist es vor allem für die Künstlerinnen und Künstler, die hätten auftreten sollen. Ob sie oder das KOHI Unterstützung von Stadt, Land, Bund bekommen – alles offen!

Viele Freischaffende der Darstellenden Künste sind in eine schwere Katastrophe geraten. »Besonders hart trifft es wohl das ohnehin oft schwach gestellte Kinder- und Jugendtheater, das seine Einnahmen aus Verpflichtungen an Kindergärten, Schulen und Bibliotheken generiert«, vermutet Alexander Opitz, Geschäftsführer beim LaFT – Landesverband Freie Tanz- und Theaterschaffende Baden-Württemberg e.V. Hoch emotionale Telefonate hat Opitz in diesen Tagen zu führen. Es herrscht Verzweiflung, Tränen fließen. Weil die Veranstaltungen von Landesseite aus verboten werden, haben die Anbieter, sprich die Freischaffenden, kein Anrecht auf Ausfallzahlungen. »Das ging noch am Anfang, als der eine oder andere Veranstalter von sich aus abgesagt hat«, sagt Opitz. Angst und Ungewissheit grassieren, was noch kommen wird. Die Verordnung zum Infektionsschutz gilt in Baden-Württemberg vorerst bis zum 15. Juni, kann frühestens ab 19. April beendet, aber ebenso auch über den Sommer hinaus ausgeweitet werden. Der entsprechende Erlass in Rheinland-Pfalz gilt zunächst bis Ende der Osterferien, kann jedoch ebenfalls verlängert werden.

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Das zweite Leben der Plastiktüte – Marke austauschbar

»Die wenigsten unserer Branche verfügen über Rücklagen«, sagt Astrid Sacher, Erste Vorsitzende beim laprofth – Landesverband professioneller freier Theater Rheinland-Pfalz e.V. Laut Zahlen der Künstlersozialkasse beträgt das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der Freiberufler in den Darstellenden Künsten 18.000 Euro. Selbst in normalen Monaten heißt das, ständig von der Hand in den Mund zu leben. »Mit günstigen oder auch zinslosen Krediten wäre wahrscheinlich kaum jemandem unserer Mitglieder geholfen«, sagt Astrid Sacher im Hinblick auf Forderungen an die Politik, die in den kommenden Tagen konkret formuliert werden müssen. Der Staat hat den Kulturschaffenden Unterstützung in Aussicht gestellt. Wobei der rheinland-pfälzische Kulturminister Konrad Wolf bei allen Bemühungen um Härtefallregelungen für Kultureinrichtungen und -veranstalter die Belange der freien Künstlerinnen und Künstler lieber an die Bundesebene weiterreichte, so zumindest sein Statement vom 12. März: »Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Gruppe bei den Unterstützungsmaßnahmen des Bundes besonders in den Blick genommen wird.« Die Hoffnungen liegen hier also auf der Kulturstaatsministerin der Bundesregierung, Monika Grütters, und dem vom Deutschen Kulturrat angeregten Nothilfefonds. Unterdessen forderte der laprofth umgehend Soforthilfe und schrieb in einer Pressemitteilung: »Während sich die Freie Szene andernorts stark über Fördermittel finanziert, leben die Akteur*innen hierzulande in erster Linie vom Spielen – von Abendkasseneinnahmen und Gastspielhonoraren. Das bedeutet: Nachhaltig existenzsichernd wirken nur solche Hilfen, die auf Rückzahlungspflicht verzichten.«

Als starkes Zeichen wurden im Südwesten spontane Solidaritätsaktionen wahrgenommen. Für ihre freiberuflichen Kolleginnen und Kollegen zahlten beispielsweise die Mitglieder des SWR Symphonieorchesters 20.000 Euro in den von der Deutschen Orchestervereinigung eingerichteten Hilfsfonds ein. Der SWR-Orchestervorstand hoffte damit in den ersten Tagen der Corona-Einschränkungen auch, dass das gute solidarische Vorbild Nachahmer findet. Ähnlich appellierte auch die INTHEGA, die Interessengemeinschaft der Städte mit Gastspieltheater e.V., an ihre Mitglieder und an Veranstalter, mit Anbietern von Gastspielen fair und solidarisch umzugehen. Die Spielstätten in den Kommunen sollten versuchen, abgesagte Veranstaltungen zu verlegen, Neuabschlüsse zu ermöglichen oder nach Möglichkeit Ausfallhonorar zu zahlen. Rückmeldungen, ob der Appell erfolgreich war, hat die INTHEGA noch nicht. Geschäftsführer Bernward Tuchmann: »Die Kämmerer sollten diese Solidarität zulassen und dazu sind diese oft auch bereit, wenn die Bürgermeister sich deutlich positionieren.« In Stuttgart etwa hatte Kulturbürgermeister Fabian Mayer die Stuttgarter gebeten, keine Abonnement- oder Eintrittskarten für ausgefallene Vorstellungen zurückzufordern, um vor allem den privaten Theatern und Konzertbetrieben zu helfen. Ob all so was Früchte trägt, wird man allerdings erst zur Bilanz am Jahresende sehen.

In den ersten Corona-Tagen hat sich Alexander Opitz vom baden-württembergischen LaFT mit Ad-hoc-Vorschlägen vollkommen zurückgenommen. Umso konkreter hat der Verband währenddessen eine Strategie erarbeitet, die sich an »Projekte« einerseits und an »Gastspiele« andererseits richtet. Es erging ein Schreiben an alle Künstlerinnen und Künstler, nicht nur Mitglieder, sondern an alle. Der LaFT fungiert in Baden-Württemberg als Vermittler der Fördergelder des Landes für die gesamte Freie Szene. Die Freischaffenden sollen in den kommenden Tagen Rückmeldung über ihre konkret weggefallenen Aufträge im Zeitraum bis 31. Mai geben, die Anzahl der beteiligten Personen – Techniker, Darsteller etc. – und die vereinbarten Honorare benennen und zudem Kopien der Verträge einreichen. Der LaFT prüft diese dann, um unterm Strich eine belastbare Schadenssumme nennen zu können. »Ob und wie viel jeder Einzelne als Entschädigung ausgezahlt bekommen kann, ist noch völlig unklar«, sagt Opitz. Vielleicht 50 Prozent, vielleicht mehr, vielleicht weniger? »Vom Land hieß es, dass die Künstlerinnen und Künstler nicht im Stich gelassen werden, deshalb erwarte ich hier entsprechend Unterstützung«, so Opitz. Es würde den Staat im Nachhinein umso teurer kommen, wenn von den schätzungsweise 250 freien Gruppen, Einzelkünstlerinnen und -künstlern im Land bestimmt 50 bis 70 Konkurs anmelden müssten.

Bei Projekten bestehen Förderungen in der Regel bis zur Generalprobe und die Gruppen müssen nachweisen, dass sie das Geld bis dahin ordnungsgemäß verwendet haben. Premieren, die nun, weil sie in die Corona-Wochen fallen, nicht stattfinden können, sind ein Problem. Sie fallen aus. Aber die Projektgelder an sich sind damit nicht in Gefahr. Der LaFT will für solche Projekte beim Land eine Art »Premieren-Durchführ-Fonds« für die Zeit nach Corona beantragen. Es braucht Geld, um im Herbst oder später nochmals zu proben und Reise-, Übernachtungskosten und Honorare zu finanzieren, um dann die Aufführung zu realisieren. Es wäre unsinniger Kulturverlust, fertig geprobte Produktionen nicht zu zeigen. Opitz schätzt für diese Projekt-Unterstützung landesweit 250.000 Euro. Was den Bereich Gastspiele angeht, übersieht man die Zahlen noch nicht. Betroffen sind Große wie Kleine: Schauspielgruppen, Tanzcompagnien, Solopuppenspieler etc. Alexander Opitz ist seit 2002 LaFT-Geschäftsführer: »Eine solche Katastrophe habe ich noch nie zuvor erlebt.«

Sven Scherz-Schade ist freier Journalist und arbeitet unter anderem zu den Themen Kultur und Kulturpolitik für den Hörfunk SWR2

Illegal 2020

In Nordrhein-Westfalen ist das kulturelle Leben durch die Corona-Epidemie zum Erliegen gekommen

STEFAN LAURIN

Das Ende des kulturellen Lebens in Nordrhein-Westfalen kam nicht auf einen Schlag. Je mehr sich die Seuche ausbreitete, umso strenger wurden die von der Landesregierung und den Städten erlassenen Regeln. Am 10. März, einem Dienstag, beschloss die Landesregierung das Verbot aller Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern. Noch am Samstag zuvor waren im Mönchengladbacher Stadion die Mannschaften von Borussia Mönchengladbach und Borussia Dortmund vor 60.000 Zuschauern nur wenige Kilometer entfernt vom Kreis Heinsberg, dem deutschen Epizentrum der Corona-Epidemie, gegeneinander angetreten. Das Gesundheitsamt der Stadt hatte sich, unterstützt vom Landesgesundheitsministerium und gegen den Rat von Experten und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) für die Austragung des Spiels entschieden. Nun wechselte das Land den Kurs. Damals glaubten einige Theater und Konzerthäuser noch, von der Entscheidung nicht betroffen zu sein, weil sie weniger als 1.000 Plätze hätten. Ein Irrtum: Die Gesundheitsämter der Städte setzten sich schnell durch. Ab jetzt, das machten sie klar, würde Sicherheit den Vorrang haben.

Im Laufe einer Woche beschloss eine Stadt nach der anderen immer strengere Regeln für Konzerte und Kleinkunstbühnen. Die Kneipen und viele Clubs hatten noch geöffnet, als Konzerte auf Auftritte abgesagt wurden. Am 13. März schloss das Land dann all seine Theater und Museen. Die Städte folgten ihm schnell. 5.000 Kultureinrichtungen im Land wurden nun geschlossen, Festivals und Konzerte abgesagt. Der Vorhang war gefallen. King Corona hatte die Kultur besiegt.

Yilmaz Dziewior, der Direktor des Kölner Museum Ludwig, erfuhr an diesem Freitag um 17:55 Uhr von der Entscheidung des Landes: »Ich musste als Erstes an unsere Aufsichten denken, denn die sind bei einer Fremdfirma und nicht bei der Stadt angestellt. Sie werden nur nach geleisteten Arbeitsstunden bezahlt.« Gemeinsam mit der Stadt fand sich schließlich eine soziale Lösung.

Die Schließung aller Museen findet Dziewior richtig: »Wir alle müssen unsere Sozialkontakte auf das Nötigste reduzieren. Kunst ist, auch gesellschaftlich, sehr wichtig. Aber momentan sind andere Dinge noch wichtiger und die müssen am Laufen gehalten werden.« Nicht nur der Normalbetrieb sei nun zum Stillstand gekommen. »Wir haben die Ausstellung: ›Mapping the Collection‹ und den Wolfgang-Hahn-Preis verschoben.«

Der kulturelle Shutdown, da ist sich der Museumsdirektor sicher, wird auch finanzielle Folgen haben: »Alle, auch wir, werden große Einbußen haben.«

Das sieht auch der Bochumer Comedian Hennes Bender so. Er wurde von dem Shutdown überrascht: »Mit so etwas hat wohl niemand gerechnet. So was kennt meine Generation nur aus Filmen.« Für ihn und andere selbständige Künstler werden die Konsequenzen hart sein: »Wir sind Freiberufler. Wenn wir nicht arbeiten, verdienen wir nichts. So einfach ist das.« Bender nutzt die auftrittsfreie Zeit, um an zwei Ruhrgebiets-Asterix-Bänden zu arbeiten und Podcasts, unter anderem mit Torsten Sträter, zu machen. »Da das aber im Moment jeder Kollege bedient, fürchte ich, dass bald eine Übersättigung eintreten wird.«

Mareile Blendl ist Schauspielerin. Die Düsseldorferin hat nicht nur Probleme mit dem kompletten Ausfall ihrer Einnahmen: »Ich vermisse alles, sogar das Textlernen! Und an ein Set zu kommen, neue Kollegen kennenzulernen, mit einem Team zu arbeiten, Mittagspause zu machen, im ICE zu Theatervorstellungen anzureisen und das Gemurmel aus dem Publikum, bevor im Theatersaal das Licht ausgeht und diese ganz bestimmte Konzentration einsetzt, wenn eine Vorstellung beginnt.« Ihre größte Befürchtung ist, dass es zuerst all diese »kleinen, feinen Projekte trifft, in denen so viel Herzblut steckt«.

Das seien oft Lebenswerke, in die Begeisterung und Mut investiert wurden. »Dass ausgerechnet ihr Mut jetzt so vielen Kulturschaffenden zum Verhängnis wird, das nehme ich dem Virus echt persönlich.«

Das Land NRW teilt auf Anfrage dieser Zeitung mit, dass es zu verhindern gilt, dass die Corona-Pandemie zu einer Krise der Kultur führe. Dafür wurde viel Geld in die Hand genommen: Das Landeskabinett hat die rechtlichen Grundlagen für einen übergreifenden Rettungsschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro geschaffen, um Einnahmeverluste aufgrund der Corona-Krise abzufedern und Liquiditätshilfen zu geben. Mit einer Soforthilfe in Höhe von zunächst fünf Millionen Euro unterstützt die Landesregierung freischaffende, professionelle Künstler, die durch die Absage von Engagements in finanzielle Engpässe geraten. Sie erhalten eine existenzsichernde Einmalzahlung in Höhe von bis zu 2.000 Euro.

Das Kulturministerium hofft, »dass die Auswirkungen auf die Kulturszene mit den auf Landes- und Bundesebene getroffenen Maßnahmen so gering wie möglich gehalten werden können«. Die Künstler und ihr Publikum werden diese Hoffnung teilen. Wie die Wirklichkeit aussehen wird, bleibt abzuwarten.

Stefan Laurin ist Journalist und gehört zu den Gründern der Ruhrbarone

Bis zur Rosenblüte ist es noch weit

Kultur in Mitteldeutschland in Zeiten der Quarantäne

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Heute Morgen hat mich mein Newsportal daran erinnert, dass es Zeit sei, die Rosen zu beschneiden. Man schaut in diesen Tagen fast ungläubig auf eine solche Nachricht, die sich da zwischen Infektionsraten und Ausgangssperren hindurchgeschmuggelt hat. Offenbar geht das Leben doch weiter, wenigstens beim Frühjahrswachstum. Was soll man sonst auch erwähnen, es ist ja längst alles gesagt zu Corona, zum Shutdown und dazu, dass die Virologen jetzt das Regiment übernommen hätten. Man ist trotzdem erstaunt, wie geduldig viele doch vieles ertragen, was vor Kurzem noch unvorstellbar gewesen wäre.

Wir putzen jetzt unsere Vitrinen, sagt mir die Leiterin des Städtischen Museums von Aschersleben, Luisa Töpel. Es ist Tag Eins der Schließungsverordnung für die Museen und viele andere öffentliche Kultureinrichtungen in Sachsen-Anhalt und die Mitarbeiter reiben sich selbst noch die Augen. »Wir von der Kultur«, sagt Luisa Töpel, »denken im Moment selbst nicht an die Kultur. Wir kümmern uns um das, was liegen geblieben ist«. Für sie als einzige festngestellte Fachkraft im Haus, die auch noch zuständig ist für das Stadtarchiv und das Kriminalpanoptikum, kommt das Allheilmittel Homeoffice nicht infrage. »Wir treffen uns jeden Morgen beim Frühstückskaffee und überlegen, was wir tun können und vor allem: für wen.« »Wundervolle Zeiten« sollte die Sonderausstellung heißen, deren Eröffnung für Ende April vorgesehen war. Davon kann keine Rede mehr sein. In eigens gebauten Wunderkammerschränken wollte man zeigen, welche kulturellen, historischen und architektonischen Werte in der Stadt gewachsen sind. Doch die Luft ist raus, sagt Luisa Töpel und sie wirkt erstaunlich gefasst.

Die Situation im Museum von Aschersleben ist keine Ausnahme in diesen Tagen. In anderen Häusern sieht es nicht besser aus. Der Publikumsverkehr ruht. Das kulturelle Leben ist wie ausgeknipst. Ob sie nicht besser die Möglichkeiten im Netz für einen virtuellen Auftritt nutzen könne, will ich wissen. Luisa Töpel bleibt skeptisch. Für manche ihrer Kollegen sei das jetzt das Allheilmittel. »Aber was ist ein Haus ohne seine Besucher?« Und dann fügt sie hinzu: »Ein Museum braucht seine Objekte – und ich brauche sie auch.«

Viele sehen das anders. Für sie ist das Netz die Chance, überhaupt sichtbar zu bleiben in dieser Zeit des Verschwindens. Das Kunstmuseum Moritzburg in Halle ist ein Vorreiter dieser Entwicklung. Dort hatte man mit der Retrospektive des Fotografen Karl Lagerfeld einen spektakulären Coup gelandet, der in allen wichtigen Feuilletons weit über Deutschland hinaus große Beachtung fand. Nach nur einer Woche musste man die Ausstellung wieder schließen. Für den Direktor Thomas Bauer-Friedrich, der um diesen Erfolg lange gekämpft hatte, ein bitterer Augenblick. Dann startete er kurz entschlossen den Hashtag #closedbutopen und stellte die Bilder seiner Ausstellung ins Netz. Dort kann man sie jetzt betrachten, die großformatigen Fotografien Karl Lagerfelds, Videos, Hintergrundinformationen und das ganze Begleitmaterial. Wann er sein Haus wieder öffnen kann, ist ungewiss. Das Schicksal von Museen, das sieht Bauer-Friedrich realistisch, steht im Augenblick nicht im Zentrum des öffentlichen Interesses. Seine Warnung gleichwohl: Gerade Kultureinrichtungen gehen kaputt, wenn sie zu lange geschlossen bleiben.

Diese Sorge geht um in der rührigen Kunsthalle Talstraße in Halle nur wenige Kilometer weiter die Saale hinab. Dort hatte man sich mit den Arbeiten des berühmten Modefotografen Guy Bourdin die Komplementärausstellung zur Moritzburg überlegt. Doch im Gegensatz zu den großen Häusern, die sich in der Regel über öffentliche Haushalte finanzieren, leben Einrichtungen in freier Trägerschaft von Projektmitteln und eigenen Erlösen. Die Situation sei existenzbedrohend, sagt der Vorsitzende des Trägervereins Talstraße, Matthias Rataiczyk. Auch er wiederholt einen Satz, den man in diesen Tagen immer wieder zu hören bekommt. Wenn freie Einrichtungen erst einmal geschlossen seien, bestünde die Gefahr, dass sie nicht wieder aufmachen. Die Angst jedenfalls geht überall um, dass es als Folge der Corona-Krise zu einer Umverteilung der Mittel kommen könnte – auch zulasten der Kultur.

Trotzdem ist die Haltung beeindruckend, mit der viele Kunstschaffende auf den Stillstand reagieren. Der renommierten Schmuck- und Objektkünstlerin Margit Jäschke ist mit der Internationalen Münchner Handwerksmesse in diesem Jahr ihre zentrale Ausstellungsplattform weggebrochen. Die dortige Sonderschau »Schmuck« gilt als die wichtigste Ausstellung ihrer Art. Von ihr gehen seit Jahren die stilprägenden Impulse für die Schmuckkunst aus. »Von dort«, sagt Jäschke, »habe ich immer wichtige Impulse bekommen und dort habe ich meine Sammler und Galeristen getroffen; dort finden auch Verkäufe statt.« Ein halbes Jahr hat sie auf diese Messe hingearbeitet. Die Stücke sind da, die Käufer fehlen. Das ist wie ein GAU, meint sie. Aber Künstler seien im Umgang mit solchen Situationen geübt, sie stünden ja meist am unteren Ende der Nahrungskette. Ihre Hoffnung setzt sie jetzt auf ihre Galeristen in Wien, München, den Niederlanden oder Paris und darauf, dass es nach der Krise weitergeht. Sie wolle Wertschätzung, keine Almosen, meint sie fast ärgerlich: »Ich kaufe meine Brötchen ja auch nicht, um dem Bäcker zu helfen.«

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Mehrwegflaschen bekommen eine neue Bedeutung

Immerhin, für selbständige Künstler gewährt Sachsen-Anhalt als eines der ersten Bundesländer jetzt eine finanzielle Soforthilfe von 400 Euro pro Monat. Man merkt, dass der Kultusminister dort direkt in der Staatskanzlei sitzt. Auch die umtriebige Kunststiftung des Landes hat sofort reagiert. Sie will rund um die Uhr für alle Künstler erreichbar sein und ihre Förderanträge beschleunigt entscheiden. »Wir bringen die Kunst jetzt zu Ihnen«, heißt die Idee, mit der die Kunststiftung ihre Stipendiaten weiterhin präsentieren will.

Und die Rosen? Im weltberühmten Rosarium von Sangerhausen im Südharz werden sie jetzt beschnitten. Auch dieser einzigartige Ort musste jetzt schließen. Aber bis zur Rosenblüte ist es zum Glück doch noch weit.

Johann Michael Möller ist freier Publizist

»Alles bricht weg«

Die Freie Szene in Berlin und Hamburg bangt um ihre Existenz, arbeitet aber unter Corona-Bedingungen weiter

LUDWIG GREVEN

Amelie Deuflhard, Intendantin von Kampnagel, der größten Hamburger Spielstätte für experimentelles Theater, Tanz und Weltmusik in einer ehemaligen Kranfabrik, hat schon Tage und Wochen voller Krisenberatungen hinter sich. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Gerade kommt sie aus einer Videokonferenz mit 60 ihrer 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als ich sie am Handy erwische, ist sie kurz Luft schnappen und bittet, am nächsten Tag wieder anzurufen. »Ich kann nicht mehr reden.« Am Morgen darauf wirkt sie trotz aller Anspannung keineswegs niedergeschlagen, aber äußerst besorgt. »Wir fahren bislang alles so herunter, dass wir im Mai wieder starten könnten. Aber ich fürchte, wir werden wie andere auch alle Veranstaltungen mindestens für Mai absagen müssen.« Vielleicht auch das Sommerfestival im August.

Sie sorgt sich um die Künstler, wie sie über die Runden kommen sollen ohne Einnahmen, da nun alle Bühnen, alle Spielstätten wegen Corona geschlossen und alle Auftritte, alle Aufführungen und Festivals für die nächste Zeit abgesagt sind. Aber natürlich auch um ihr Haus, weil die Programme oft lange Vorlaufzeiten haben. »Egal was wir machen, es ist verkehrt: Wenn wir alles abblasen, können wir im Herbst das Programm vergessen. Wenn nicht, bleiben wir auf den Kosten sitzen. Wir reden deshalb mit den Künstlern, um Lösungen zu finden. Unsere Strategie: möglichst nichts absagen, sondern auf die nächste Saison verschieben.«

Das hat auch mit der Rettungspolitik der Hansestadt zu tun. Kultursenator Carsten Brosda (SPD) hat sofort zugesichert, dass nicht nur die freien Künstler wie andere Freiberufler, wie Betriebe und große Unternehmem Soforthilfen des Senats von 25 Millionen Euro und KfW-Kredite bekommen sollen, zusätzlich zu den Bundesmitteln, sondern dass auch die Projektförderungen neben den institutionellen bestehen bleiben, selbst wenn vorerst keine Aufführungen stattfinden können. »Drei, vier Monate können wir so überbrücken. Aber wenn es länger dauert? Und was wird aus den Kreativen aus aller Welt? Bei uns treten Gruppen aus Chile oder Nigeria auf. Auch an die muss man denken. Wer zahlt denen ihre Verdienstausfälle?«, fragt sich die Kampnagel-Chefin ratlos.

Die schon immer prekär lebenden Freien nicht nur in Hamburg trifft es oft mehrfach. Viele geben Kurse, machen Workshops, halten Vorträge oder unterrichten an der Volkshochschule. Auch das ist nun alles weg. »Da geht nichts mehr«, sagt Deuflhard. Theater-Restaurants, Clubs, Musikkneipen sind ebenso betroffen, ohne die die Freie Szene nicht leben kann. »Ein Großteil der Kreativwirtschaft steht vor dem Aus. Da bricht alles weg.«

Noch härter trifft es Berlin, wo schätzungsweise 40.000 bis 50.000 Kreative ohne feste Stellen leben und arbeiten. Ein wichtiger Faktor für die weltweite Anziehungskraft der Hauptstadt und auch für die lokale Wirtschaft. Das Hilfsprogramm des rot-rot-grünen Senats für Freiberufler und freie Künstler von 100 Millionen Euro sieht man in der Szene jedoch kritisch. »Kredite sind keine Lösung«, sagt Julia Schell, Sprecherin der Koalition der Freien Szene Berlin, des Dachverbands aller Sparten. »Freie Künstler und Künstlerinnen können keine Rücklagen bilden und die Zinsen nicht zahlen. Was wir brauchen, sind Zuschüsse ohne Einzelnachweise, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Der Nachweis einer künstlerischen Vita muss genügen.«

Genau solche Detailprüfungen und seitenlange Antragsformulare sehen jedoch die Vorgaben von Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke) vor. Die Künstler sollen nachweisen oder glaubhaft machen, dass der in Aussicht gestellte Zuschuss von bis zu 5.000 Euro pro Person zur Sicherung der beruflichen bzw. betrieblichen Existenz erforderlich ist; sie müssen zudem zuvor Gelder aus den Hilfsprogrammen des Bundes und aus sozialen Sicherungen wie Kurzarbeitergeld, auf die sie in der Regel gar keinen Anspruch haben, oder Grundsicherung beantragen. Überdies soll dies später überprüft werden, um Über- oder Doppelkompensationen zu vermeiden. »Hartz IV ist kein Weg«, erwidert Schell. »Die Jobcenter sind zu und ohnehin überlastet. Die Anträge müssten erst geprüft werden, die Kulturschaffenden müssen aber jetzt ihre Mieten und sonstigen Verpflichtungen zahlen. Außerdem gefährdet Hartz IV spätere Rentenansprüche. Und Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen bekämen womöglich Probleme bei ihrem Aufenthalt.«

Die Freie Szene Berlin unterstützt deshalb die Forderung des Deutschen Kulturrates nach einem Grundeinkommen für alle Künstler. »Das gäbe den Freien die größte Sicherheit. Dann können wir Kunst für alle gerne auch kostenlos ins Netz stellen«, sagt Schell. Die Künstler müssen außerdem Mieten für Projekt- und Übungsräume, für Studios und Ausstellungsflächen zahlen. Auch dafür müsse es Bestandsschutz geben wie für Privatwohnungen.

Neben der akuten Bewältigung der Krise machen sich viele Künstler schon Gedanken, wie sie sie kreativ verarbeiten können – und auf welchen Wegen, solange der Ausnahmezustand herrscht, etwa im Netz oder in den jetzt weitgehend menschenleeren Geisterstädten. »Die Freie Szene geht mit virtueller Kunst schon immer entspannter um als etablierte Theater«, sagt Janina Benduski vom Landesverband freie darstellende Künste Berlin (LAFT). »Gruppen machen z. B. künstlerische Stadtspaziergänge ergänzt mit VR/AR und überlegen jetzt, auch weitere Aufführungsformate für online zu entwickeln.« Das Festival Performing Arts Ende Mai, das Benduski als Dramaturgin und Produzentin organisiert, will sie mit ihrem kleinen Team in eine andere Form umwandeln. »Wenn wir das zum jetzigen Zeitpunkt absagen, müsste ich fast alle Mitarbeiter entlassen.« Denn im Rahmen der Projektförderung dürfte sie sie dann in Berlin, anders als in Hamburg, nicht weiter beschäftigen.

Oliver Möst, Sprecher des Netzwerks freier Berliner Projekträume und -initiativen, berichtet von Online-Eröffnungen, die jetzt schon laufen: »Künstler performen zu Hause, fotografieren ihre Arbeiten, machen Videos und Podcasts mit Klangkunst, geben Statements ab, und stellen das ins Netz. Wir schaffen dafür eine Plattform.« Ein Problem jedoch: »Die Kunsträume reflektieren in ihre jeweilige Umgebung. Das Publikum kommt von dort, etwa bei einer Installation in Marzahn. Online funktioniert das nicht.«

Auch Deuflhard bereitet mit ihrem Kampnagel-Team in Hamburg neue Kulturformen vor. »Wir könnten die ganze Stadt als Bühne nutzen, spielen und musizieren vom Balkon, wie es das auch früher schon gab, die Kunst in den öffentlichen Raum tragen.« Das Wichtigste ist ihr jedoch erst einmal, dass Kunst auch in dieser Krisenzeit als Grundversorgung und Teil der Gesellschaftspolitik betrachtet wird, und dass die Kulturschaffenden bei den Hilfsprogrammen deshalb sofort mit berücksichtigt wurden. »Das ist ein Riesenfortschritt. Vor zehn Jahren hätte es das nicht gegeben.«

Ludwig Greven ist freier Publizist

Wie unterstützen die Bundesländer jetzt die Kultur?

Die Länder sagen Hilfe zu

Baden-Württemberg

THERESIA BAUER

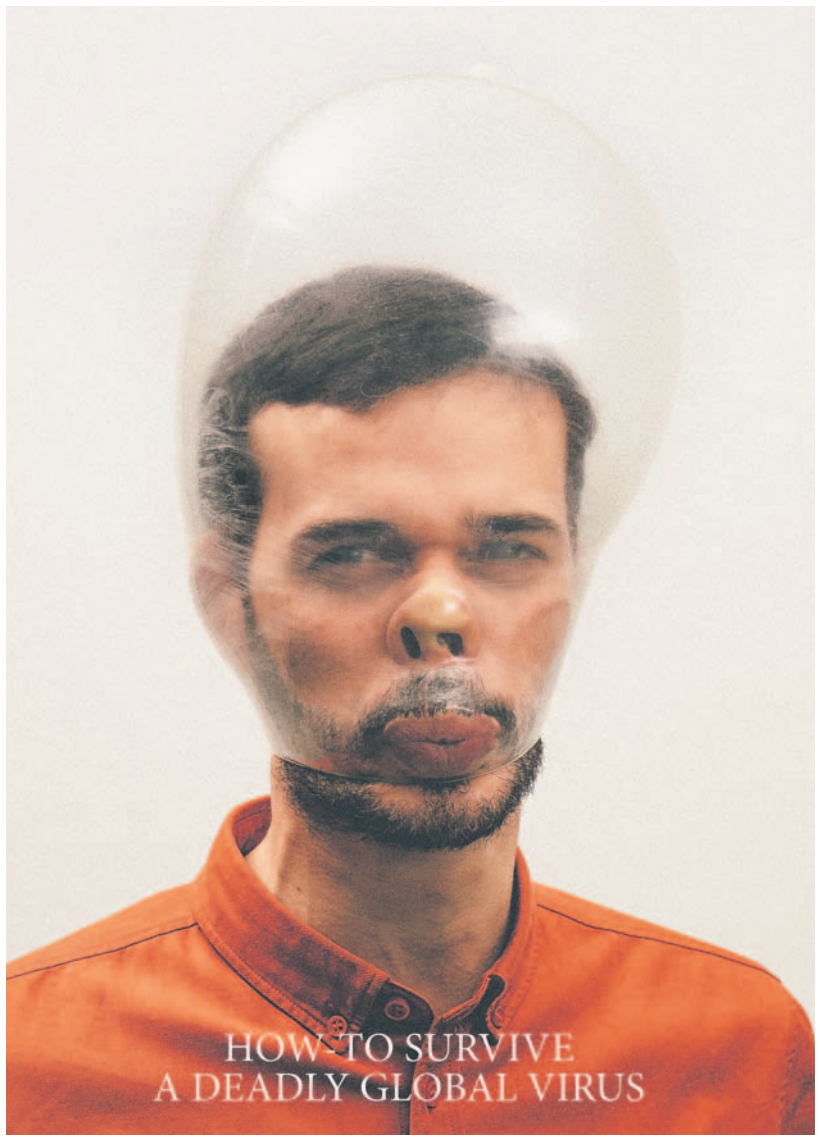
Es ist eine in Friedenszeiten bizarre, historisch einmalige Situation: Museen, Theater, Konzerthäuser, Bibliotheken, Kleinkunstbühnen, kommunale Kinos und andere Orte des öffentlichen Kulturlebens sind seit Mitte März geschlossen. Nach der aktuellen Corona-Verordnung mussten und müssen über mehrere Wochen oder gar Monate Vorstellungen, Lesungen, Ausstellungen, Kabarett-Programme, Gastspiele und Festivals abgesagt werden, zu denen das Publikum in Scharen geströmt wäre. So paradox es ist: Genau dies gilt es derzeit zu verhindern. Wo mit Blick auf Kunst und Kultur bisher von gesellschaftlichem Kit und von sinnstiftendem Miteinander die Rede war, ist als Maßnahme gegen die rasante Ausbreitung des Coronavirus bis auf Weiteres »soziale Distanz« das Gebot der Stunde.

Premieren, Ausstellungen, Events, Programmreihen und mehr, die über Monate oder gar Jahre ersonnen, geplant und einstudiert wurden, in denen das Herzblut und die Kreativität von unzähligen Kulturakteurinnen und -akteuren steckt: Alles umsonst! Selbst Proben und Trainings sind nicht mehr möglich. Was für die Öffentlichkeit nur ein vorübergehender Verzicht auf Kulturgenuss bedeutet, ist für Kreative der Super-GAU. Die Leiterinnen und Leiter der Kultureinrichtungen, die freien Künstler und Künstlerinnen sowie in der Kreativwirtschaft Tätige fragen sich, wie und ob sie die unabsehbaren Einnahme- und Honorarverluste verkraften können. Aufträge und Engagements brechen weg. Viele Kulturinstitutionen sind in eine finanzielle Schieflage geraten, sodass ihre Rolle als Arbeit- und Auftragsgeber gefährdet ist. Darüber hinaus ist fraglich, was mit den Förder- und Sponsorengeldern passiert, die bereits in die Produktionen geflossen sind und nun ihren Verwendungszweck verloren haben.

Um das reiche und vielfältige Kulturleben zu sichern, hat die Politik erste Initiativen gestartet, um möglichst schnell und unbürokratisch zu helfen. Es geht jetzt darum, für die finanzielle Existenz derjenigen einzutreten, die unter den Vorkehrungen gegen die Pandemie-Ausbreitung besonders leiden. In Baden-Württemberg verschaffen wir uns sukzessive einen Überblick über die ökonomischen Härten für die Kunst- und Kulturszene und tun alles dafür, um die gewachsene kulturelle Infrastruktur für die Zeit nach dem Virus zu erhalten und weiter handlungsfähig zu machen. Unter dem Namen »Soforthilfe Corona« hat die baden-württembergische Landesregierung schon eine Art Erste-Hilfe-Programm aufgelegt. Es richtet sich an Soloselbständige, Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten und Angehörige der Freien Berufe, zu denen auch die künstlerisch-kreativen zählen. Vorgesehen ist ein einmaliger, nicht rückzahlbarer Zuschuss bis zu einer Höhe von maximal 30.000 Euro für drei Monate. Soloselbständige, die durch die Corona-Krise nachweislich ab dem 11. März Einnahme- und Auftragsverluste erlitten haben, können einen Zuschuss in Höhe von 9.000 Euro erhalten.

Als ein Zeichen der Solidarität sehe und begrüße ich die vielen Spendenaktionen und private Initiativen, die etwa dazu aufrufen, Eintritte für entfallene Kulturveranstaltungen zu spenden statt zurückzuverlangen. Diesem Aufruf folgen viele und zeigen so ihre Verbundenheit mit der Kultur. Dafür bin ich sehr dankbar und verbinde damit die Hoffnung, dass unsere Gesellschaft nach der Krise nicht nur immun gegen das Virus ist, sondern auch gegen alle Tendenzen der gesellschaftlichen Spaltung. Um es mit dem Jubilar Friedrich Hölderlin zu sagen: »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch«.

Theresia Bauer ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg



FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Fraglich: Wie lange hält die Frischluft unter dieser Blase an?

Bayern

BERND SIBLER

Die Ausbreitung des Coronavirus bringt in allen Bereichen unseres Lebens einschneidende Veränderungen mit sich. Sie stellt auch eine enorme Herausforderung für unsere einzigartige und weltweit beachtete kulturelle Vielfalt dar.

In einer humanen und demokratischen Gesellschaft müssen wir zusammenhalten und auf diejenigen achten, die besonders gefährdet sind. Daher gelten derzeit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger weitreichende Einschränkungen im bayerischen Kulturbetrieb: Staatliche Theater, Konzertsäle und Opernhäuser sind geschlossen, genauso wie Museen, Sammlungen, Archive und Bibliotheken. Sämtliche öffentlichen Veranstaltungen wurden abgesagt. Mit diesen Maßnahmen hoffen wir, wertvolle Zeit im Kampf gegen das Virus zu gewinnen.

Klar ist: Der abrupte Wegfall dieser kulturellen Angebote hinterlässt eine empfindliche Lücke im gesellschaftlichen Leben. Gerade jetzt wird deutlich, wie selbstverständlich unser reiches Kulturleben bisher für uns war. Wir sehen, wie elementar wichtig alle Formen der Kultur für unser Sozialleben sind. Die Kulturszene ist deshalb trotz der Einschränkungen weiter aktiv – sie hat sich ins Digitale verlagert: Museen, Galerien, Theater und Opernhäuser stellen ihre Angebote dem Publikum über Streamingdienste, Facebook, Twitter und Instagram zur Verfügung. Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass die Pandemie weitreichende wirtschaftliche Folgen haben wird. Die notwendigen Maßnahmen stellen unsere staatlichen Einrichtungen wie auch die freien Theater, freischaffenden Schauspieler, Regisseure, Musiker, Buchhändler, Kinos und Galerien vor große Herausforderungen. Kulturschaffende und Kulturveranstalter sind durch die Absage von Veranstaltungen schwer – teilweise existenziell – betroffen.

Kunst und Kultur haben in Bayern einen zentralen Stellenwert. Wir arbeiten deshalb mit Hochdruck daran, Schutzmechanismen aufzustellen, mit denen wir nicht nur akute Nöte lindern, sondern auch die kulturelle Vielfalt für die Zukunft sichern können. Der Freistaat Bayern stellt bis zu 20 Milliarden Euro für die bayerische Wirtschaft bereit. Über das Soforthilfeprogramm »Corona« des Bayerischen Wirtschaftsministeriums stehen schnell und unbürokratisch je nach Betriebsgröße bis zu 30.000 Euro für kleine Betriebe, Selbständige und freiberuflich Tätige zur Verfügung. Dies gilt ausdrücklich auch für die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft. Über die Sozialversicherungssysteme bestehen weitere Hilfsmöglichkeiten. Daneben können Kulturschaffende über ihre Hausbank Darlehensprodukte der LfA Förderbank sowie verschiedene Bürgschaftsprogramme beantragen. Zudem habe ich mich als Vorsitzender der Kulturministerkonferenz erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft auch in die Krisenprogramme des Bundes und insbesondere in das dortige Soforthilfeprogramm für Soloselbständige, Angehörige der Freien Berufe und Kleinstunternehmen einbezogen wird. Auch gemeinnützige Kultureinrichtungen haben wir im Fokus. Für die zahlreichen Förderempfänger bedeuten diese Zeiten eine große Unsicherheit. Wir sind dabei, flexible und gerechte Lösungen zu entwickeln, um bei der Absage und Verschiebung von Veranstaltungen existenzielle Härten zu vermeiden. Dabei werden wir natürlich auch alternative, insbesondere digitale Formate, berücksichtigen.

Ich bin überzeugt, dass wir so diese schwere Zeit gemeinsam bewältigen können. Die Bayerische Staatsregierung wird sich nach Kräften bemühen, die Zukunft unserer vielfältigen Kulturszene zu sichern, denn wir werden unsere Kunst- und Kulturschaffenden nach überstandener Krise dringend brauchen: Als Brücke in die Normalität und als wertvolle Bereicherung unserer Gesellschaft.

Bernd Sibler ist Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst

Brandenburg

MANJA SCHÜLE

Deutschland steht still, um Leben zu retten. Das ist die brutale Realität im März 2020. Und wie es aussieht, wird dieser Zustand noch andauern. Eine offene Gesellschaft kann man aber nicht einfach wie eine Maschine für ein paar Wochen einmotten, um sie dann wieder neu zu starten. Mehr als 80 Millionen Menschen brauchen Lebensmittel, soziale Kontakte und eine funktionierende Gesundheitsversorgung. Sie brauchen aber auch Impulse für neue Gedanken, Momente des ästhetischen Genusses, das Gespräch über existenzielle Fragen. Kurz: Sie brauchen Kultur. In Zeiten der Krise mehr und drängender als vermutlich je zuvor.

Die letzten Jahre waren gefühlt eine Aneinanderreihung von Krisen: Auf die Bankenkrise folgte die Eurokrise. Auf die Migrationskrise die Rechtsextremismuskrise – die, so steht zu befürchten, viel länger andauert. Aber keine dieser Krisen hat das kulturelle Leben zum Erliegen gebracht.

Das scheint in der Corona-Krise anders zu sein: Theater, Konzertsäle und Museen sind geschlossen, öffentliche Vorträge und Diskussionsrunden sind abgesagt. Dennoch: Es gibt weiter kulturelles Leben. Es wird, glaubt man der anekdotischen Empirie, mehr gelesen denn je. Im Netz begeistern einzelne Künstlerinnen und Künstler und ganze Ensembles mit teils improvisierten, teils hochprofessionellen Aufführungen, Museen bieten virtuelle Führungen, die öffentlich-rechtlichen Sender unterstützen, wo sie können Das ist großartig. Allerdings erreichen viele, vor allem kleinere Initiativen (noch) nicht das Publikum, das sie verdienen. In Brandenburg versuchen wir mit dem Aufbau eines Meta-Portals die Sichtbarkeit gerade kleinerer Initiativen zu erhöhen. Ob das so wie gewünscht funktioniert, wissen wir nicht. Aber was wissen wir schon in diesen Zeiten?

Die entscheidende kulturpolitische Herausforderung ist aber eine ganz andere: Die ökonomischen Folgen für Künstlerinnen und Künstler, für die Beschäftigten in Kultur und Kreativwirtschaft abzumildern. Und dafür zu sorgen, dass unser bewährtes System der kulturellen Daseinsvorsorge nicht irreparablen Schaden nimmt.

In Brandenburg haben wir sehr schnell ein Sofortprogramm aufgelegt, aus dem Selbständigen und kleinen Unternehmen unbürokratisch geholfen wird. Wir haben uns bewusst gegen ein Sonderprogramm für Kulturschaffende entschieden. Zum einen aus pragmatischen Gründen: Kleinprogramme verursachen hohe Verwaltungskosten und dauern in der Administration zu lange. Zum anderen aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen: Corona trifft alle. Fotografinnen genauso wie Kioskbesitzer, Sängerinnen genauso wie Industriebetriebe. Solidarität in der Krise heißt für mich auch: Wir helfen allen. Dass dabei die besonderen Bedingungen künstlerischer Arbeit besonders gewürdigt werden, ist selbstverständlich.

Neben der Hilfe für Personen geht es aber auch um die Hilfe für Institutionen. Wir haben uns entschieden, bewilligte Projektfördermittel auch dann auszuzahlen, wenn Veranstaltungen wegen Corona ausfallen. Für Haushaltsrechtler mag das etwas gewagt erscheinen. Aus meiner Sicht ist es zwingend. Auch, um die Kultureinrichtungen nicht dazu zu nötigen, immer am schwächsten Glied der Kette zu sparen – das sind dann im Zweifelsfall freiberufliche Tontechnikerinnen.

Sobald Klarheit über die Details der umfangreichen Bundesprogramme herrscht – ein großes Kompliment an die Bundesregierung für die wirklich beeindruckende Arbeit der letzten Wochen! – werden wir auch in Brandenburg ein Sonderprogramm Kultur auflegen. Das Ziel: Die Fallkonstellationen abzudecken, die bei anderen Programmen durchs Raster fallen.

Nein, diese Krise ist keine Chance. Sie ist eine Katastrophe. Die Kulturpolitikerinnen und -politiker in Bund und Ländern werden daran gemessen werden, ob es ihnen in dieser historischen Situation gelingt, den drohenden kulturellen Kollaps zu verhindern.

P.S. (und ohne dass ich darum gebeten worden wäre) ein kurzer Werbeblock: Abonnieren Sie den Corona-Newsletter des Deutschen Kulturrates. Er informiert schnell, umfassend und Hysterie-frei über die Probleme im Kulturbereich und die Hilfsprogramme. Danke!

Manja Schüle ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Bremen

ANDREAS BOVENSCHULTE

Albert Camus' allegorischer Roman »Die Pest«, 1947 erschienen, ist während der Corona-Pandemie das Buch der Stunde. In Frankreich und Italien nahmen die Verkaufszahlen stark zu, die deutsche Übersetzung ist momentan vergriffen. In Zeiten der Verunsicherung und der Angst suchen die Menschen Orientierung, Besinnung auf das Wesentliche und eine Auseinandersetzung mit existenziellen Fragen und wenden sich verstärkt der Literatur, aber auch anderen Künsten zu.

Bücher lassen sich allein zu Hause lesen, ein Austausch mit anderen Leserinnen und Lesern ist mittels Telefon und Internet problemlos möglich. Doch die Theater als Orte der Reflexion und Versammlung sind uns in der jetzigen Krise, der schwierigsten seit Ende des Zweiten Weltkriegs, verwehrt. Ebenso bleiben die Konzerthäuser, Clubs und Kinos geschlossen – bei uns in Bremen wurde z. B. die jazzahead! abgesagt.

Lesungen und Konzerte finden nicht statt, freie Schauspieler und Musiker haben momentan kaum bis keine Verdienstmöglichkeiten. Gerade in der Kultur arbeiten viele Soloselbständige, die schon in normalen Zeiten sehr wenig Geld verdienen. Laut Künstlersozialkasse lag das Durchschnittseinkommen 2019 bei 17.852 Euro. Diesen Menschen müssen wir jetzt schnell und unbürokratisch helfen – darüber herrscht Einigkeit.

Schon frühzeitig haben wir in Bremen auf die Pandemie reagiert und die Kulturschaffenden flächendeckend über

Unterstützungsmöglichkeiten informiert, schriftlich und in einer intensiven Telefonkonferenz mit mehr als 50 Beteiligten. Dort haben wir auch über unsere bremischen Maßnahmen berichtet, die die Aktivitäten des Bundes flankieren. So werden für alle Zuwendungsempfänger in der Kultur, die im Jahr 2019 Mittel erhalten haben, jetzt bei Bedarf Gelder ausgezahlt, trotz noch andauernder haushaltsloser Zeit aufgrund der Bürgerschaftswahl 2019. Dazu läuft ein vereinfachtes Verfahren. Vertraglich vereinbarte Honorare werden fortgezahlt, und auch in der Projektförderung gilt Vertrauensschutz, auch wenn diese Veranstaltungen möglicherweise nicht stattfinden können.

Unser Entwurf des Kulturetats, der jetzt ins parlamentarische Verfahren geht, sieht nach Jahren der Konsolidierung aufgrund der Haushaltsnotlage nun eine substanzielle Erhöhung quer über alle Sparten vor. Wir werden nach der Beschlussfassung durch die Bürgerschaft rückwirkend zum 1. Januar 2020 auszahlen. Auch dies sollte den Betroffenen helfen.

Als besonders bedrückend empfinde ich, dass die Krise vor allem solche Einrichtungen trifft, die eine hohe Eigenfinanzierungsquote haben, da eben die eigenen Einnahmen nun wegbrechen. Im Senat haben wir am 20. März 2020 ein zuschussbasiertes Förderprogramm zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise für Kleinstunternehmen beschlossen und zusätzliche Haushaltsmittel kurzfristig zur Verfügung gestellt. Dies schließt die Kulturakteure explizit mit ein.

Ich setze mich zudem dafür ein, dass wir auch den vielen gemeinnützigen Einrichtungen in der Kultur durch die Krise helfen, denn auch diese stellen einen wichtigen Eckpfeiler unserer Kulturlandschaft dar, auch wenn der Fokus zunächst richtigerweise auf denjenigen liegen muss, die aufgrund der Pandemie vor dem Ruin stehen. Fragen beantworten wir jederzeit gern. Derzeit erlebe ich eine große Solidarität und Bereitschaft der Menschen, die getroffenen Maßnahmen mitzutragen. Das ist großartig, denn ohne diese Gemeinsamkeit können wir diese Krise nicht meistern – weder in der Kultur noch anderswo.

In Camus' Roman endet die Pest einfach irgendwann. Große Literatur macht auch Hoffnung und spendet Trost.

Andreas Bovenschulte ist Präsident des Senats und Senator für Kultur der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg

CARSTEN BROSDA

Die aktuelle Lage ist für uns alle außergewöhnlich. Die Auswirkungen für die Kultur und Kreativwirtschaft, die angestellten und freischaffenden Künstlerinnen und Künstler wollen wir so gering wie möglich halten, damit all die Kulturorte, die unsere freie Gesellschaft ausmachen, noch da sind, wenn wir diese Krise hinter uns lassen. Seitdem klar ist, dass die Kultureinrichtungen vorübergehend schließen müssen, sind wir in Hamburg mit Akteurinnen und Akteuren aus Kultur und Kreativwirtschaft im Austausch darüber, wie wir schnell und unbürokratisch helfen können. Der Senat arbeitet daher, wie auch der Bund, zahlreiche Stiftungen und Verbände, mit Hochdruck an Lösungen, die sicherstellen, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen für Künstlerinnen, Kreative und Kultureinrichtungen abgefedert werden können.

Als ersten Schritt hat der Senat gleich in der Woche nach der Schließung der Einrichtungen einen Hamburger Schutzschirm mit umfangreichen Hilfsmöglichkeiten beschlossen. Darunter das Instrument der Hamburger Corona Soforthilfen, die sich auch an Künstlerinnen und Kreative richten. Mit diesem Soforthilfeprogramm, das wir zusammen mit der hiesigen Investitions- und Förderbank auflegen, soll Freiberuflern, kleinen und mittleren Betrieben, die von der Corona-bedingten Schließung betroffen sind, schnell und unbürokratisch ein Zuschuss gewährt werden. Dieser staffelt sich nach der Zahl der Beschäftigten von 2.500 Euro für Soloselbständige bis zu 25.000 Euro für Betriebe mit 51 bis 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Hilfe soll den Notfallfonds des Bundes sinnvoll ergänzen.

Die Behörde für Kultur und Medien schnürt zudem ein Hilfspaket im Wert von 25 Millionen Euro, mit dem wir überall dort direkt die Auswirkungen abfedern können, wo wir ohnehin schon fördernd tätig sind. Damit können wir auch über die Soforthilfe hinaus schnell und direkt z. B. Privattheatern und Clubs helfen. Weiterhin richten wir einen Nothilfefonds in Höhe von zunächst zwei Millionen Euro ein, mit dem auf Antrag Ausfälle ausgeglichen werden können, die durch andere Hilfsmaßnahmen nicht erfasst werden.

Hilfreich ist ganz sicher auch, dass für städtische Immobilien sofort entschieden wurde, dass hier auf Antrag die Miete gestundet werden kann – ein Beispiel, dem private Vermieter folgen sollten. Außerdem hat Hamburg analog zum Steuererlass von Bund und Ländern beschlossen, dass Gewerbetreibenden auch die städtischen Gebühren erlassen oder gestundet werden können.

Wichtig ist uns auch der Beschluss, dass alle Förderzusagen, die vor der Krise gegeben wurden, natürlich weiterhin gelten, auch wenn einzelne Projekte jetzt nicht oder nur in geänderter Form realisiert werden können. Das ist vor allem für die Einrichtungen und viele in der Freien Szene ein wichtiges Signal, dass wir ihnen solidarisch weiter zur Seite stehen.

Alles das soll die Förderinstrumente des Bundes, die Kreditangebote der KfW und die Notfallfonds möglichst passgenau ergänzen. Hierzu sind wir auf allen Ebenen im engen Austausch und stimmen die Instrumente gut aufeinander ab.

Außerdem werben wir dafür, dass die Einrichtungen und Künstlerinnen und Künstler auch die Hilfen in Anspruch nehmen – wie z. B. das Kurzarbeitergeld und die Grundsicherung –, die im Bund und in unseren Sozialsystemen ohnehin zur Verfügung stehen und die jetzt auch schnell auf die aktuelle Situation angepasst und vereinfacht worden sind.

Wir werden in den kommenden Wochen immer wieder nachsteuern und ergänzen müssen. Wir machen alles möglich, was nötig ist, um möglichst gut durch diese Situation zu kommen.

Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien Hamburg

Niedersachsen

BJÖRN THÜMLER

Die Corona-Krise trifft die Kulturszene in Niedersachsen und im gesamten Bundesgebiet mit voller Wucht. Seit Mitte März ruht der Kulturbetrieb flächendeckend. Dies bedroht Millionen Existenzen im ganzen Land – vom Bühnentechniker über die Schauspielerin, vom Musikpädagogen bis zum mittelständischen Kulturveranstalter. Ausstellungen und Aufführungen werden abgesagt, das eingegangene finanzielle Risiko schlägt voll in die Bilanzen der Theater und Museen durch. Musik- und Kunstschulen, theaterpädagogische Einrichtungen und soziokulturelle Zentren: Sie alle sind in größter Not. Themen wie Kurzarbeit und Zukunftsängste prägen die öffentliche Debatte.

Fest steht: In der Kulturszene werden Existenzen bereits nach kurzer Zeit des Stillstands vernichtet. Viele Kulturschaffende, gerade Soloselbständige, haben häufig schon im normalen Berufsalltag ein geringes Einkommen. Derzeit sinken für viele die Einnahmemöglichkeiten auf null.

Leider kann niemand verlässlich sagen, wie lange dieser – im Sinne der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger zwangsläufig notwendige – Stillstand andauern wird.

Bund und Länder unterstützen Kulturschaffende mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Weichen dafür wurden im Rahmen der Kulturministerkonferenz am 13. März 2020 gestellt. Inzwischen haben Bund und Länder alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zu helfen. Die Abstimmung zwischen den Bundesländern ist dabei außerordentlich eng. Hier zeigt sich eine Stärke des Föderalismus, denn es fällt nicht schwer zu glauben, dass die Herausforderungen in Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin andere sind als in einem Flächenland wie Niedersachsen mit seinen Hunderten von kleinen Museen, Kulturzentren und -initiativen.

In Niedersachsen haben wir uns bei der Entwicklung der Programme eng mit den Verbänden abgestimmt, damit die Hilfe auch da ankommt, wo sie am nötigsten gebraucht wird.

In Niedersachsen basiert die Landeshilfe für Künstlerinnen und Künstler auf zwei Säulen:

Die erste Säule richtet sich ausdrücklich nicht nur an gewerbliche Kleinunternehmer etwa der Kultur- und Kreativwirtschaft, sondern auch an Soloselbständige im Kulturbereich.

Die zweite Säule richtet sich explizit an Kultureinrichtungen, die von der Bundesförderung und der Förderung für Wirtschaftsunternehmen nicht umfasst sind. Hier haben wir kleine und mittlere Kultureinrichtungen und ihre Träger, wie z. B. Vereine im Blick, die sonst durch das Raster fallen würden. Ihnen helfen wir mit Einmalzahlungen dabei, ihre Liquidität zu sichern.

In begrenztem Umfang können die Nutzer der kulturellen Angebote, die derzeit zu Hause beim Unterhaltungsprogramm an das heimische Sofa gefesselt sind, auf digitale Angebote ausweichen. Viele Einrichtungen und Einzelkünstler nutzen die Krise für Experimente im Internet. YouTube und Instagram ersetzen dem Publikum den Gang ins Museum, die Vernissage und das Bühnenspektakel. Es ist ein gutes Zeichen, dass mehr und mehr Künstlerinnen und Künstler online zur kulturellen Entdeckungsreise durch Niedersachsen einladen. Dies bietet einen Ausblick darauf, was die Digitalisierung künftig in Theatern und Museen, in der Literaturszene oder im Bereich der kulturellen Bildung möglich machen wird.

Leider wird mit Online-Angeboten bislang noch kein oder kaum Geld verdient. Es würde mich freuen, wenn zukunftsweisende Angebote hohe Klickzahlen generieren würden, um den Künstlerinnen und Künstlern ein unüberhörbares Signal zu senden: »Wir schätzen eure Arbeit! Wir stehen euch bei! Wir freuen uns darauf, wieder gemeinsam Kunst und Kultur zu genießen und miteinander zu teilen!«

Ein Sprichwort sagt, dass man vieles erst dann vermisst, wenn es nicht mehr da ist. Auch wenn wir es nur mit einer temporären Unterbrechung des Publikumsbetriebs zu tun haben, wird in diesen Tagen doch deutlich, welchen Stellenwert Kultur in unser aller Leben hat: Kultur spendet Freude, Kultur stiftet Identität, Kultur definiert Heimat. Wir wollen mit unseren Anstrengungen und gezieltem Mitteleinsatz dafür sorgen, dass die Kulturszene in unserem Land breit, lebhaft und bunt ist!

Björn Thümler ist Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Kreativer Mundschutz: die leere Milch- oder Saftflasche

Rheinland-Pfalz

KONRAD WOLF

Der gesamte Kulturbetrieb ist seit Mitte März zum Erliegen gekommen. Diese bisher einmalige Situation in der Bundesrepublik hat natürlich für viele Veranstalter sowie für viele Künstlerinnen und Künstler, vor allem für die, die als Selbständige arbeiten, massive Einnahmeausfälle zur Folge.

Der Bund und die Länder haben diese kritische Situation für die Künstlerinnen und Künstler sowie die übrigen Selbständigen im Kultur- und Kreativbereich sehr schnell erkannt. Wir haben daher sofort begonnen, Nothilfeprogramme zur sozialen und betrieblichen Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern zu entwickeln und untereinander abzustimmen.

In dieser Ausnahmesituation ist deshalb mein vorrangiges Ziel, dass die dadurch entstandenen finanziellen Schäden bei den vom Land geförderten Kultureinrichtungen, Kulturveranstaltern, Künstlerinnen und Künstlern abgefedert werden und sie nicht in eine existenzgefährdende Notlage geraten.

Von zentraler Bedeutung ist sicherlich das Hilfspaket, das Bund und Länder für Soloselbständige und Kleinstunternehmen im Umfang von 50 Milliarden Euro auf den Weg gebracht haben. So erhalten Selbständige bzw. Unternehmerinnen und Unternehmer mit bis zu fünf Beschäftigten, die durch die Auswirkungen der Corona-Krise geschädigt wurden, bis zu 9.000 Euro, Unternehmen bis zehn Beschäftigte 15.000 Euro für drei Monate als Nothilfe. Diese Mittel werden nun schnell und unbürokratisch über die Länder ausgezahlt. Auch für die Förderpraxis in Rheinland-Pfalz habe ich wichtige Entscheidungen getroffen: Wir werden die Förderungen des Landes unverändert weiterlaufen lassen. Die Zuwendungsempfänger erhalten ihre Gelder auf der Grundlage ihrer Anträge, die sie in der Regel bereits bis Ende des letzten Jahres gestellt haben. Die Auswirkungen der Corona-Krise werden wir dann im Rahmen des Verwendungsnachweises behandeln und ausgleichen.

Ich habe weiter entschieden, dass für alle Projektförderungen des Landes der Bewilligungszeitraum bis zum Ende des Jahres verlängert wird. Damit versetzen wir die Veranstalter unbürokratisch in die Lage, Veranstaltungen nicht abzusagen, sondern zu verschieben. Und sie müssen auch keine neuen Anträge einreichen, wenn sie die Veranstaltungen verändern. Sie können also flexibel auf die neue Situation reagieren.

Was passiert, wenn Veranstaltungen und Projekte abgesagt wurden oder noch werden? Dann müsste das Land eigentlich die Förderung zurückfordern. Das wollen wir in diesem speziellen Fall grundsätzlich nicht tun. Denn bei Veranstaltungen, die abgesagt werden müssen, bleiben die Veranstalter oftmals auf bereits angefallenen Kosten sitzen. Die Veranstalter müssen zwar versuchen, Ausgaben zu vermeiden, aber bereits getätigte und nicht mehr abwendbare Ausgaben bzw. Verpflichtungen kann der Zuwendungsempfänger im Verwendungsnachweis als Ausgaben geltend machen. In dieser Höhe braucht er die Förderung nicht zurückzuzahlen.

Auch bei den institutionellen Förderungen wollen wir unbürokratisch vorgehen. Wir werden die institutionellen Förderungen so bewilligen, wie sie im Haushaltsplan des Landes abgedruckt sind. Die Empfänger müssen jetzt keine Wirtschaftspläne aktualisieren und die Auswirkungen der Corona-Krise »einpreisen«. Sie erhalten also rasch ihre Bewilligungen und damit auch ihre notwendige Liquidität.

Erste von uns institutionell geförderte Einrichtungen haben um weitere Abschläge zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen gebeten, da die Einnahmen aus Veranstaltungen derzeit ausbleiben. Auch dafür haben wir kurzfristig Lösungen gefunden. Insgesamt zeigt sich, dass unser System gut funktioniert und dass wir – Kommunen, Bund und Länder gemeinsam – gut aufgestellt sind, diese Krise zu bewältigen.

Konrad Wolf ist Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz

INFO

Für die Ausgabe 4/2020 von Politik & Kultur wurden alle Kulturministerinnern und Kulturminister der 16 Bundesländer angefragt. Alle abgedruckten sind der Anfrage nachgekommen und haben einen Beitrag verfasst.

In Zeiten der Distanz sozial, solidarisch und systemrelevant bleiben

Ein Lagebericht zum Theater während der Pandemie

ULRICH KHUON UND BIRGIT LENGERS

Die ungeheure Dynamik der Entwicklung der letzten Tage ist beispiellos: Vor zwei Wochen habe ich dem russisch-deutschen Ensemble zur Premiere von »Decamerone« – was man als Ironie des Schicksals interpretieren könnte – noch über die Schulter gespuckt, drei Tage danach wurde das Deutsche Theater fürs Publikum geschlossen und eine weitere Woche später alle Mitarbeiter ins Homeoffice geschickt. Morgen verliert an Gültigkeit, was heute maßgeblich war und gestern noch undenkbar erschien. Es geht, wie Angela Merkel es formuliert, darum, »in der Lage zu lernen«. Deshalb können heute kaum valide Einschätzungen darüber erfolgen, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft haben wird. Was man jedoch schon jetzt angesichts der auf unbekannte Zeit geschlossenen Häuser sagen kann, ist, dass der Effekt gewaltig sein wird – und zwar auf unterschiedlichen Ebenen: psychologisch, ökonomisch und gesellschaftspolitisch.

Keine andere Kulturform ist wie das Theater betroffen, da hier soziale und physische Nähe systemimmanent sind: Theater als Kunstform entsteht und existiert in der unmittelbaren zwischenmenschlichen Interaktion, in leiblicher Kopräsenz. »Soziale Distanz« wird folglich zum Todesurteil. Das bedeutet, dass wir zurzeit unsere zentrale Aufgabe, ein soziales und ästhetisches Zentrum der Städte zu sein, nicht mehr wie gewohnt ausüben können. Wir arbeiten entgegen unseren Energien gerade am eigenen Verschwinden bzw. »under cover« weiter – vorübergehend natürlich. Das ist schwer auszuhalten, weil wir alle große Lust haben und unsere Häuser darauf ausgelegt sind, mit dem Publikum als Kollektiv in einen direkten Dialog zu treten. Diese Kunstproduktion und -präsentation muss nun kalkuliert runtergefahren werden. Das muss sehr gut kommuniziert und abgestimmt werden mit Wissenschaft und Politik, mit den anderen Häusern und Kollegen und natürlich mit den eigenen Mitarbeitern und Gästen.

Andererseits ist es wichtig, in der gesellschaftlichen Wahrnehmung präsent und handlungsfähig zu bleiben, alternative Formate zu entwickeln und die Planungen für die Zeit nach der Krise voranzutreiben. Zunächst muss die Kommunikation intern und extern in den digitalen Raum verlegt werden. Alle Theater denken über Möglichkeiten nach, Inhalte digital zur Verfügung zu stellen, ob live gestreamt oder über Aufzeichnungen. Viele praktizieren dies schon, es gibt auch meist spontan entstandene Formate in den sozialen Medien. Das sind natürlich keine Einnahmequellen, sondern vor allem experimentelle Lebenszeichen, um mit unserem Publikum in Kontakt zu bleiben. Wir sind jetzt aufgefordert, auch angesichts der brachliegenden kreativen Ressourcen, über andere, virtuelle Bühnen und Kommunikationsformen nachzudenken. Wie können beispielsweise Festivals und internationaler Austausch im Netz stattfinden?

Wir lernen als Gesellschaft gerade, wie man über Distanz zusammenhalten kann – sozial, kreativ und solidarisch zu sein. Doch nicht nur im jetzigen Ausnahmezustand müssen die Theater ihre Souveränität behalten, sondern auch die Zeit nach der Krise müssen wir mitdefinieren können. Um diese Handlungsfähigkeit zu bewahren, müssen Strukturen und Arbeitsplätze während der Schließung erhalten bleiben. Finanziell kann man die Folgen berechnen, öffentlich getragene Theater müssen 11 bis 22 Prozent ihres Etats selbst aufbringen, und diese Summe fällt jetzt weg. Bei den Privattheatern und den Freien Gruppen ist der Anteil dramatisch höher.

Je länger die Schließung dauert, desto gravierender sind die finanziellen Einbußen, die Letztgenannten trifft es ohne öffentliche Förderungen und größere Rücklagen ganz unmittelbar und existenziell. Natürlich ist jedes Theater aufgefordert, Einbußen zu minimieren, aber ich halte es für wichtig, dass die öffentlich finanzierten Theater sowohl an ihre festen wie auch ihre freien Mitarbeiter die Zusage geben, zu ihren Verabredungen zu stehen, und auch dort, wo juristische Lücken sind, kulant zu sein. Kulanz hat politische Signalwirkung.

Zugleich ist es wichtig, dass die Politik mit Nothilfen, Ausfallhonoraren und Fonds dem Theater unterstützend zur Seite steht. Politisch stimmen die Signale optimistisch: Staatsministerin Monika Grütters hat sich entsprechend geäußert, auch die Minister auf Bundes- und Länderebene beziehen in ihren derzeitigen Statements Kulturschaffende mit ein. Das zeigt: Die Kultur ist im Bewusstsein. Entscheidend ist jedoch, dass die Kulturpolitik jetzt, wo Rettungspakete in Milliardenhöhe verabschiedet werden, um die Wirtschaft und das Gesundheitssystem zu stabilisieren, mit entsprechenden finanziellen Zuschüssen deutlich macht, dass Kunst kein verzichtbares Luxusprodukt ist. Theater ist für eine Kulturnation systemrelevant.

Gerade in der Krise ist das Theater unverzichtbar. Wie keine andere Kunstform ist es trainiert, produktiv Routinen zu unterbrechen und einen Diskurs- und Möglichkeitsraum zu eröffnen, um Gesellschaft ästhetisch zu reflektieren und neu zu entwerfen. Im Augenblick sind die Theater zwar selbst beim Proben, Produzieren und Präsentieren unterbrochen, was für alle Beteiligten eine herausfordernde Lernerfahrung ist. Doch Kulturschaffen zeigt sich nicht nur in Produktionen. Theatermacher denken, lesen, diskutieren, schreiben, planen, konzipieren und erfinden weiter, spielen Utopien und Dystopien durch und setzen sich dabei mit dem, was gerade geschieht und alle überfordert, auseinander. Kunst kann einerseits produktive Distanz und andererseits Empathie herstellen. Beides werden wir dringend brauchen, wenn wir uns mit den gesellschaftlichen Konsequenzen auseinandersetzen. So wie gerade im globalen Kampf gegen den gemeinsamen Feind sehr unterschiedliche politische Kulturen sichtbar werden, so bietet diese Pandemie den Feinden einer offenen Gesellschaft, den Kritikern der Globalisierung, der europäischen Idee, den Gegnern von Freiheitsrechten, offenen Grenzen und Liberalismus neuen Stoff. Das kann gefährlich werden für die Demokratie. Hier braucht es starke Gegenstimmen und künstlerische Visionen. Jetzt ist die Stunde der Exekutive, aber nach der Krise wird das Theater unverzichtbar für die Gesellschaft sein. Deshalb muss die Politik es jetzt unterstützen.

Ulrich Khuon ist Präsident des Deutschen Bühnenvereins und Intendant des Deutschen Theaters Berlin. Birgit Lengers ist Leiterin des Jungen DT und von DT International

Das Publikum macht die Musik

Die Auswirkungen des Coronavirus auf den Musikbereich

ANDREAS KOLB

Das Coronavirus ist auch ein Angriff auf ein Lebensmodell der vielen Künstlerinnen und Künstler, die die Kulturnation Deutschland ausmachen und prägen«, sagte Kulturstaatsministerin Monika Grütters Mitte März der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Die zahlenmäßig größte Gruppe unter den Künstlern sind die Musikerinnen und Musiker, weil sie sich in Komponisten, Interpreten sowie Instrumental- und Musikpädagogen gliedern. Besonders betroffen sind die Aushilfen an Orchestern, die nicht auf einer festen Stelle sitzen, und die Freiberufler – eine Gruppe, deren Zahl in den vergangenen vier Jahrzehnten enorm zugenommen hat.

Der Autor sieht das Geschehen aus der Sicht des Redakteurs der Musikfachzeitschrift neue musikzeitung (nmz) und hat die Folgen des Shutdowns des Musiklebens daher hautnah miterlebt. Gleichzeitig mit den Konzertabsagen und Schließungen von Musikschulen und Musikhochschulen kamen die ersten Hilferufe an die Politik: Die Forderungen reichen von Nothilfefonds, Grundsicherungsaufstockung bis zum temporären Grundeinkommen. Und alles muss schnell gehen, sonst bricht der Musikbereich weg. Zu Recht, denn die Erfahrungen vergangener Jahre zeigen es schmerzvoll: Was weg ist, ist weg.

Ebenfalls unmittelbar betroffen sind die Verlage und deren Mitarbeiter. Massive Umsatzeinbrüche, Homeoffice und Kurzarbeit waren die Folge. Mit Vehemenz wurden daher Forderungen an die Politik laut. »Wir sind irritiert und auch enttäuscht«, so Detlef Kessler, Inhaber und Geschäftsführer des AMA Verlags in den ersten Tagen der Krise, »dass die Politiker aus Bund, Ländern und Gemeinden sich nicht sehen und hören lassen, sondern vielmehr die verunsicherte Kulturszene alleine lassen und keine Wegweiser und keine Mutmacher sind, um vielleicht mit Zuschüssen für den Mittelstand zu helfen, damit die gesamte Kulturszene nicht in Gefahr gerät, kaputtzugehen.« Diese erste Enttäuschung ist inzwischen etwas abgemildert, denn Bundesregierung und Länder haben diverse Nothilfepakete auf den Weg gebracht, von denen auch die Kulturwirtschaft profitieren soll.

Barbara Scheuch-Vötterle, Verlegerin beim Bärenreiter Verlag, betont, dass »kurzfristig die derzeitige Praxis, Veranstaltungen abzusagen, zwar zu unmittelbaren Umsatzeinbußen führt, dennoch sind wir der Meinung, dass diese Maßnahmen notwendig sind, damit Gesellschaft und Wirtschaft diese Phase bestmöglich bewältigen. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht allerdings eine bundeseinheitliche Regelung, die Veranstaltern und Künstlern Sicherheit im Umgang mit der Situation bietet, die für alle Beteiligten neu ist.«

1719 in Leipzig gegründet und heute in Wiesbaden beheimatet, ist Breitkopf & Härtel der älteste Musikverlag der Welt. Der geschäftsführende Gesellschafter Nick Pfefferkorn legt Wert darauf, »dass mit der Lockerung der Zugänglichmachung von Kurzarbeit schon mal ein wesentlicher Schritt getan ist. Ich kann mir vorstellen, dass für viele Kollegen/-innen im Verlags- und Handelsbereich auch kurzfristige Liquiditätshilfen essenziell sein werden«.

Johannes Graulich, Geschäftsführer beim Carus-Verlag Stuttgart, stößt ins gleiche Horn: »Der Kulturbereich benötigt weiterhin auf allen Ebenen eine breite Unterstützung, sodass wir in Deutschland Qualität und Quantität an musikalischen Angeboten behalten können. Ganz konkret muss es aktuell darum gehen, dass die Ausfälle von Konzerten und Aufführungen für Künstler und Veranstalter nicht existenzgefährdend sind.«

»Eine ähnlich deutliche und flächendeckende Anerkennung des Stellenwerts unserer Branche haben wir selten erlebt«, meint Barbara Haack, Verlagsleiterin der ConBrio Verlagsgesellschaft und Herausgeberin der nmz, in ihrem Editorial zur nmz-Ausgabe April 2020 zu den Reaktionen aus der Politik und von Seiten der Öffentlichkeit. Haack weist darauf hin, dass es die Verlagsbranche bereits in den letzten zehn Jahren nicht leicht gehabt habe: »Finanzkrise, Urheberrechtsverletzungen, VG-Wort-Urteil, zuletzt der Datenschutz, der Zeit und Geld gekostet hat.« Doch sie bekräftigt auch den Willen des Verlagshauses, die Leser der nmz weiterhin monatlich mit Nachrichten, Hintergründen und Berichten aus Musik, Musikwirtschaft und Kulturpolitik zu beliefern.

Inzwischen hat die Bundesregierung ein etwa 40 Milliarden schweres Programm fertiggestellt, das auch den vielen Solo-Selbständigen in Kunst, Kultur und Medien helfen soll. Monika Grütters spricht von einem »Rettungsschirm gerade auch für den Kulturbereich«. Auch zahlreiche Bundesländer setzen eigene Soforthilfen auf. Neben staatlicher Hilfe gab und gibt es eine große Welle der Solidarität. Für den Musikbereich sind hier Initiativen der GEMA, der GVL oder der Deutschen Orchester-Stiftung zu nennen. Mit Umfragen versuchen der Deutsche Musikrat, das Musikland Niedersachsen oder auch die Gewerkschaft ver.di Fakten und Bedarfe zu ermitteln.

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Warnung: gefährliche Option bei Schweißfüßen

In den Musikschulen, kommunal oder privat, werden in diesen Tagen neue Wege des Musikunterrichts erprobt. So melden sich etwa Dozentinnen und Dozenten per Mail, Skype und WhatsApp bei ihren Schülern, um sie beim Üben zu Hause zu unterstützen, neue Hausaufgaben zu geben und ihre Fragen zu beantworten. »Lasst uns weiter zusammen Musik machen«, heißt hier die Devise. Zusammen mit Vereinen, Tanzschulen, Fitnessstudios machen einzelne Schulen Aufklärungsarbeit, um mögliche Kündigungen zu vermeiden.

Es stellt sich auch die Frage, was die Pandemie mit der Kunst macht, konkret mit der Musik. Wird der Konzertbetrieb wieder aufs heutige Level »hochfahren«? Welche Konzertveranstalter, Ensembles und Häuser sind womöglich Opfer der Krise geworden?

Und was ist mit dem Publikum? Etliche Bemühungen um neue Konzertvermittlungsformate wie Livestreams und Podcasts oder audiovisuelle Tonträger machen es offensichtlich: Das Konzerterlebnis ist durch ein virtuelles nicht zu ersetzen. Ohne Zuhörer ist die Musik nichts.

Andreas Kolb ist Chefredakteur der neuen musikzeitung und Redakteur von Politik & Kultur

Musikschulen und Covid-19: virtuell, virulent, virtuos, vivace

Corona drängt Musikschulen in die digitale Welt

MATTHIAS PANNES

Und Musikschulen werden geschlossen.« Als die Bundeskanzlerin am 16. März diesen Beschluss – in der Aufzählung der zu schließenden Einrichtungen erst nach den Bordellen, aber immerhin von ihr explizit genannt – verkündete, war mir völlig klar, dass dies nicht eine kurze Unterbrechung von Unterricht sein würde, etwa so, wie wenn ein Wasserschaden ein Musikschulgebäude unbenutzbar gemacht hätte, sondern dass es sich um nichts Geringeres als um eine Zeitenwende im Musikschulwesen handeln würde, um den Beginn einer Umwertung der Werte. Ein Kairos, der blitzartig die bisher bedächtig-systematische Auseinandersetzung mit digitalen Angebotsformen, Materialien, Methoden und Techniken in ein kreativ-chaotisches Suchen nach geeigneten Plattformen, Tools, Apps und Programmen transformieren würde. Die enormen »Nebenwirkungen« dieser Pandemie setzen Musikschulen als immer schon lernende und reformfähige Organisation der kommunalen Bildungslandschaft nunmehr einem ebenso rasanten wie für die Zukunft grundlegenden Wandel aus: Die große Vielfalt der Akteure ringt ebenso kontrovers wie kreativ mit der Spannweite unterschiedlicher Kompetenzen, Einstellungen, Befindlichkeiten und Temperamente in bewegter Diskussion um das richtige Ziel, das richtige Maß und den richtigen Weg in der notwendig digitalen Entwicklung von Musikschulen – oder über einen vor Ort zu findenden, vielleicht dann einrichtungsweit auszuhandelnden Kompromiss: von der spielerisch-anarchischen Graswurzelbewegung einer zunehmenden Zahl innovativer Lehrkräfte, als Early Birds oder Digital Natives, über die Ordnungs- und Strukturierungsbemühungen des Führungspersonals gegenüber Eltern und Politik, Schülerinnen und Schülern sowie Unterrichtenden bis hin zu den sich für die Rettung und Bewahrung tradierter Werte und der Alleinstellungsmerkmale des konventionellen musikpädagogischen Bildungssettings an der Musikschule verantwortlich Fühlenden, die damit aber nicht zwangsläufig in die Ecke Ewiggestriger zu stellen wären und auch nicht schablonenhaft nur in der älteren Generation zu vermuten sind.

In einer derartigen Krise gilt es umso mehr, zur eigenen Zukunft aufzubrechen und diese zu gestalten zu versuchen. Victor Hugos Aphorismus mag hier leiten, wenn man die Gefahr der existenziellen Bedrohung überwunden haben wird: »Die Zukunft hat viele Namen – für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance.« Die Zukunft der Musikschule ist hybrid: Unterricht von Lehrkräften mit Schülerinnen und Schülern wird als Kern von Musikschularbeit weiter bestehen und unverzichtbar bleiben – aber er wird auch grundlegend durch Implementierung von Online-Features und Nutzung digitaler Werkzeuge verändert werden. Individualisierung und Emanzipation des Lernens, Umgang mit Heterogenität und Partizipation, Augmented Reality und innovative Formen von – auch nonverbaler – Kommunikation und Verfügbarkeit von Wissen, spielerische Vermittlungs- und Aneignungsmethoden, kreative Prozesse und Produkte und letztlich eine stärker inklusive Ausrichtung des Bildungsorganismus Musikschule werden eine wesentlich stärkere Rolle spielen. Diese Aspekte und Faktoren werden nach den ungeheuren Herausforderungen, die Covid-19 aktuell und in naher Zukunft für die einzelnen Menschen, für unsere Gesellschaft und deren demokratische wie soziale Verfasstheit sowie für die zur Krisenbewältigung systemrelevanten Infrastrukturen derzeit mit sich bringt, beim »Hochfahren« des öffentlichen Lebens an Bedeutung in Kultur- und Bildungseinrichtungen, in der Musikschule, gewinnen. Vor allem deshalb, weil Sensibilität, Achtsamkeit, Wertebewusstsein, Kreativität, Ausdrucksfähigkeit und neu wahrgenommene Selbstwirksamkeit für ein Koordinatensystem unserer mit-menschlichen Positionsfindung nach dem Corona-Armageddon in allen Konstellationen menschlicher Existenz über-lebenswichtig werden.

Die apokalyptischen Bedrohungen der Gegenwart gilt es jedoch zuerst abzufangen – sowohl für die einzelnen Lehrkräfte wie für die Musikschulen, an denen sie tätig sind und weiter tätig sein wollen. Hier sind die wegbrechenden Einnahmen aus Gebühren bzw. Entgelten für die einzelne Einrichtung noch nicht seriös zu beziffern – Insolvenzrisiken bestehen aber durchaus zumindest für das Drittel der VdM-Musikschulen, das in privatrechtlich organisierter Trägerschaft aufgestellt ist. Hier sind aufgrund der Gemeinnützigkeit in der Regel kaum Rücklagen gebildet; gleichwohl sind die laufenden Kosten für den Betrieb weiterhin zu finanzieren. Für diese Betriebsformen sind die erweiterten Möglichkeiten der Kurzarbeit nutzbar.

Unterrichtsausfall über einen längeren Zeitraum führt zu Einnahmeausfall, egal ob durch Gebührenerstattung oder durch Kündigung der Unterrichtsverträge. Die Auffangversuche durch digitale Angebote zur Abwendung von Kündigung oder Erlöschen gegenseitiger Leistungs- und Vergütungsansprüche – sowohl im Verhältnis Musikschule und Nutzer wie im Verhältnis Honorar-Lehrkraft zur Musikschule – gelten nur dann als Unterrichts-Surrogat, wenn eine Einwilligung der Gebühren-/Entgeltpflichtigen hierzu vorliegt.

Am Ende der Vergütungskette stehen die freiberuflichen Lehrkräfte mit Unterrichtstätigkeit auf Honorarbasis, die personell einen zahlenmäßig hohen Anteil am Musikschulangebot bestreiten, wenn auch die Anzahl der erteilten Jahreswochenstunden durch diese Gruppe in Relation zur Gesamtstundenzahl gegenüber Angestellten etwas niedriger liegt. Hier zeigt sich die Berechtigung des Stuttgarter Appells des VdM aus 2017 mit der Forderung nach mehr Anstellungsverhältnissen in den Musikschulen. Honorarkräfte fallen als Selbständige wie als Künstlerinnen und Künstler unter den Rettungsschirm des Bundes wie unter das entsprechende Nothilfepaket des jeweilig zuständigen Landes, die – notabene – Pressemeldungen von Staatsministerin Monika Grütters zufolge vermutlich kumulativ angewendet werden können sollen, was aber zu verifizieren wäre. Honorarkräfte dürfen hierbei aber nicht durch das Raster von Ressortzuständigkeiten fallen: freiberufliche Musikpädagoginnen und -pädagogen sind nicht deshalb weniger Künstler, weil Musikschulen nicht bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ressortieren; Honorarkräfte an Musikschulen sind nicht deshalb weniger selbständig und dem unternehmerischen Risiko ausgesetzt, weil sie ihre freie Unterrichtstätigkeit an einer kommunalen oder in kommunaler Unterhaltsverantwortung stehenden Musikschule ausüben. Musikschulen haben auch in dieser schwierigen Zeit ein Interesse daran, mit diesen oft langjährig freiberuflich »an« einer Musikschule Tätigen weiter in Verbindung zu bleiben, für die Zeit nach Corona, mit ihrer Kenntnis der Situation vor Ort, mit ihrer Erfahrung bezüglich wirksamer Unterrichtsgestaltung. Vor allem auch, um gemeinsam mit den angestellten Lehrkräften den Schülerinnen und Schülern bei Wiederöffnung der Musikschulen sofort weiterhin eine fundierte, qualitativ gute Bildungsleistung gewährleisten zu können und dazu in der Zeit der Schließung die Bindung von Schülern/Nutzern wie von Lehrkräften an die Musikschule nicht abreißen zu lassen.

Matthias Pannes ist Bundesgeschäftsführer des Verbandes deutscher Musikschulen

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Hinweis: String ungeeignet

Tötet das Virus den Jazz?

Viele Musikerinnen und Musiker stehen in der Corona-Krise vor dem Aus

URS JOHNEN

Jazz is not dead, it just smells funny – Jazz ist nicht tot, er riecht nur komisch.« So amüsant dieses Bonmot von Frank Zappa sein mag – die aktuelle, durch die rasante Ausbreitung des neuartigen Coronavirus verursachte Krise lässt ernste Befürchtungen aufkommen, dass der Spaß für viele Jazzmusikerinnen und -musiker bald vorbei sein wird.

Abgesagte Messen wie die jazzahead! in Bremen oder die Musikmesse in Frankfurt, geschlossene Konzertorte und auf unbestimmte Zeit verschobene Veranstaltungen: Von der Corona-Krise sind Großveranstaltungen genauso betroffen wie unzählige Jazzclubs und Kleinkunstbühnen. Die Kulturbranche ächzt, und gerade die überwiegend freiberuflichen Jazzmusikerinnen und -musiker werden von den verhängten Maßnahmen hart getroffen und in ernste wirtschaftliche Bedrängnis gebracht. Manche Existenz steht vor dem finanziellen Abgrund. Kurzfristig bedeuten die Absagen und Schließungen für nahezu sämtliche Kunst- und Kulturschaffenden de facto ein Berufsverbot. Unmittelbar betrifft das nahezu alle Jazzmusiker und -lehrende in Deutschland. Über die mittel- und langfristigen Auswirkungen kann zum jetzigen Zeitpunkt nur spekuliert werden. Auch wenn die häusliche Isolation dazu führt, dass neue Formen der künstlerischen Produktion und der pädagogischen Arbeit ausprobiert werden, so stehen zahllose Einzelkünstlerinnen und -künstler, Ensembles, aber auch Veranstaltungsorte und Labels vor dem Ruin.

Gerade die freischaffenden Akteurinnen und Akteure der ohnehin unterfinanzierten Jazzszene geraten wie viele andere selbständige Kunst- und Kulturschaffende durch absagebedingte Verdienstausfälle unmittelbar in wirtschaftliche Bedrängnis. Ein Blick in die von der Bundesregierung finanzierte Jazzstudie 2016 schafft beklemmende Gewissheit: Die Hälfte der Jazzmusikerinnen und -musiker in Deutschland verfügt über ein Jahresbruttoeinkommen von weniger als 12.500 Euro – nicht musikalische Tätigkeiten inbegriffen. Dass bei einem Bruttoverdienst knapp über dem Existenzminimum kaum Rücklagen gebildet werden können, sodass bereits einzelne Gagenausfälle erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Existenz haben können, liegt auf der Hand. Aktuell jedoch brechen in vielen Fällen sämtliche Einnahmen weg, und das obendrein plötzlich und auf unabsehbare Zeit.

Angesichts der Krise ist die Solidarität inner- wie außerhalb der Kulturszene groß. So werden Spenden- und Hilfsaktionen ohne Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Genres gestartet. Damit selbständige Kunst- und Kulturschaffende aber trotz gravierender Einnahmeausfälle Mieten zahlen und laufenden Verbindlichkeiten nachkommen können, ist in ganz besonderem Maße die Politik gefragt. Sie muss verhindern, dass etliche Akteurinnen und Akteure der ohnehin unterfinanzierten Jazzszene in die Privatinsolvenz gehen müssen. Der zu befürchtende Schaden wäre nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für die deutsche Kulturlandschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt immens.

Die aktuelle Situation erfordert in nie dagewesenen Maße Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger. Es wäre fatal, Lösungen nur für eine Sparte oder ein Genre zu suchen. Auch für Kunst- und Kulturschaffende müssen in erster Linie übergeordnete Zusammenschlüsse wie der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Musikrat und die Allianz der freien Künste die Interessen der verschiedenen Bereiche gemeinsam vertreten. Allein die Allianz der freien Künste etwa vertritt mit den in ihr zusammengeschlossenen 18 Bundesverbänden über 250.000 selbständige Kunst- und Kulturschaffende, die ein Schicksal teilen: Die absagebedingten Verdienstausfälle sind existenziell bedrohlich und können von sehr vielen nicht aus eigener Kraft abgefangen werden.

Nach ersten Schätzungen der Deutschen Jazzunion besteht allein für die mehr als 5.000 ausübenden Jazzmusikerinnen und -musiker in Deutschland ein Kompensationsbedarf von mindestens 7,5 Millionen Euro, um zumindest einen Teil der Verdienstausfälle in den zunächst von den staatlichen Beschränkungen betroffenen sechs Wochen auszugleichen und die individuelle Liquidität aufrechtzuerhalten. Für die gesamte Breite der selbständigen Kunst- und Kulturschaffenden aller Sparten rechnet der Berufsverband für diesen Zeitraum mit einem akuten Bedarf von mindestens 85 Millionen Euro, wobei es nur um ein Abfangen der gröbsten sozialen Härten geht, und nicht um einen realen Verlustausgleich.

Gerade in Kombination mit der von der Bundesregierung geplanten Grundrente, die aufgrund der zu hohen Zugangsbarrieren in Form des vorgesehenen Mindestjahreseinkommens unzählige Jazzmusikerinnen und -musiker auszuschließen droht – zeigt sich die Dringlichkeit der politischen Aufgabe, Kunst- und Kulturschaffende aus der nach wie vor überwiegend prekären wirtschaftlichen Lage herauszuführen. In der aktuellen Krise wird besonders deutlich, welche enormen gesellschaftlichen Verwerfungen entstehen, wenn ganze Berufszweige, die zweifelsohne unverzichtbare Beiträge für den Zusammenhalt einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft leisten, nicht in der Lage sind, soziale Härten aus eigenen Kräften abzufedern. In dieser Hinsicht kann der sorgenvolle Blick auf die drohende Altersarmut vieler Jazzmusikerinnen und -musiker in der momentanen Lage einzig durch die globale Bedrohung und den Kampf gegen Covid-19 relativiert werden. Ein schwacher Trost.

Die Verbesserung der sozialen Lage der Jazzmusikerinnen und -musiker und aller anderen Kunst- und Kulturschaffenden in Deutschland aber bleibt über die Corona-Krise hinaus eines der dringlichsten Anliegen, mit denen sich die Kultur- und Sozialpolitik auf Bundesebene zu befassen hat. Der Jazz in Deutschland steht trotz der aktuellen existenziellen Bedrohungen für viele seiner Akteurinnen und Akteure sicher nicht vor dem Aus. Jazz ist nicht tot, sondern quicklebendig – und auch die Corona-Krise wird er überstehen. Damit die Jazzszene aber weiterhin und auf lange Sicht ein lebhafter und international anerkannter Bestandteil der Kulturnation Deutschland sein kann, bleibt viel zu tun!

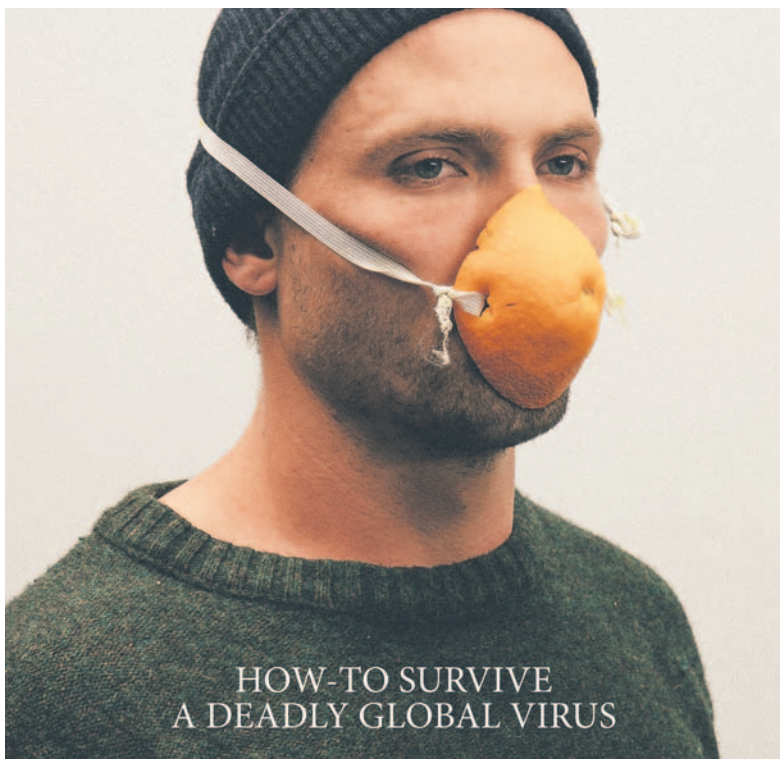
Urs Johnen ist Kontrabassist und Geschäftsführer der Deutschen Jazzunion

»Normalerweise schaufeln wir um diese Zeit riesige Datenmengen durch unser Netz«

Corona versus Design

Wie spürt der vielfältige, kleinteilige Designbereich die unmittelbaren ersten Auswirkungen der Corona-Pandemie? Theresa Brüheim spricht mit Designer, Agenturinhaber und Präsident des Deutschen Designtages Boris Kochan.

Theresa Brüheim: Herr Kochan, Sie sind selbst Inhaber einer Marken- und Designagentur. Welche konkreten Auswirkungen hat die Corona-Pandemie?
Boris Kochan: In den letzten Tagen haben wir mitgefiebert, dass unser Kunde Studiosus seine 2.000 überall auf der Welt verteilten Studienreisenden wieder heil nach Hause zurückbringt … normalerweise schaufeln wir um diese Zeit bereits riesige Datenmengen durch unser Netz in der Münchner Hirschgartenallee, um nicht nur die neuen Titelseiten der Kataloge zu gestalten und zu produzieren. Doch natürlich ist nichts so wie sonst: Die touristischen Grundlagen für die im Sommer erscheinenden über 1.000 Seiten Fernreisen-Kataloge lassen sich aktuell nur schwer bestimmen – welches Hotel, welches Restaurant existiert z. B. in Indien im Herbst dieses Jahres noch, wie werden sich die Preise entwickeln? Wie weit können wir das Erscheinen der neuen Programme verzögern, um nicht nach der Krise ohne Produkt dazustehen … was unweigerlich die nächste, dann endgültig existenzielle Krise nach sich ziehen würde: Ohne buchbare Angebote kann niemand die nach Krisen schnell wiederauflebende Reiselust befriedigen. Nicht sehr viel anders sieht das in anderen Branchen aus. Wir erleben bei unseren Auftraggebern durchgehend eine große Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und Kunden – fast alle haben ihre Tätigkeit weitestgehend ins Homeoffice verlegt. So auch wir: Alle Abläufe werden aktuell neu erprobt, vieles ist erst einmal sehr ungewohnt, langsamer. Zugleich gibt es eine riesige Solidarität unter den Menschen bei uns und mit den Mitarbeitern auf Auftraggeberseite und bei unseren Leistungspartnern, eine große Bereitschaft zum Verzicht und zur Einschränkung. Und zur Mitgestaltung. Strategische Beratung, das gemeinsame Drübernachdenken, wie sich Kommunikation verändern muss, sind jetzt die entscheidenden Themen in der Zusammenarbeit. Die konkrete Umsetzung muss zunächst warten, bis wir wieder alle etwas klarer sehen. So gibt es natürlich leider auch bei uns Kurzarbeit. Ob wir weitere Hilfen in Anspruch nehmen müssen, können wir derzeit noch nicht abschätzen.



FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Frischer Orangenduft inklusive

Sie sind Präsident des Deutschen Designtages. Welche kurz- und mittelfristigen Folgen können Sie zum aktuellen Zeitpunkt für den gesamten Designbereich absehen?
Wir haben in diesen Tagen einen ersten Lagebericht zur Branche auf unserer Webseite designtag.org veröffentlicht. In Kürze erscheint ein dort abonnierbarer neuer Newsletter, der die beeindruckende Vielzahl von Initiativen in der Branche und die staatlichen Hilfsangebote dokumentiert sowie sich systematisch mit der Welt nach Corona – oder besser: einer Welt mit Corona – beschäftigt. Es ist absehbar, dass diese Krise massive wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen haben wird und damit die gesamte Designbranche umfassend betrifft und verändert. Design ist immer am Menschen orientiert, auf ihn bezogen und bezieht seine Bedeutung für die Wirtschaft aus der systematischen Adaption gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Designbranche ist gerade in ihrer kaum überblickbaren Diversität – sowohl was die Beschäftigungsformen betrifft wie auch die Aufsplitterung in kaum mehr überblickbare Teildisziplinen – schwer zu greifen. In dieser Vielfalt und Kleinteiligkeit, vom Solo-Selbständigen über den Minijobber zu den unzähligen Kleinstunternehmen, von der klassisch mittelständischen Struktur zu den in Unternehmen und Organisationen anderer Branchen Beschäftigten, liegt das besondere Potenzial, aber umgekehrt auch die besondere Anfälligkeit bei Krisen. Weil sich die Gesellschaft in nicht vorhersehbarer Geschwindigkeit verändern wird, wird sich auch diese Branche fundamental ändern … und es werden ganz viele auf der Strecke bleiben, wenn jetzt nicht massiv unterstützt wird.

Die Konsequenzen der Pandemie sind insbesondere für die zahlreichen Freiberuflerinnen und -berufler im Design weitreichend. Was kann jetzt für sie getan werden?
Die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder erscheinen uns als durchaus geeignet, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in einem ersten Schritt einzudämmen – wenn sie denn tatsächlich unbürokratisch und schnell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus braucht es aber unbedingt strukturelle Förderungen, die den radikal-rasanten Umbruch in der Branche abfedern und damit das Potenzial erhalten: Eine zunehmend digitalisierte Gesellschaft braucht die Vermittlung und Übersetzung, braucht vertrauensbildende, am Menschen orientierte Schnittstellen, neudeutsch User Interfaces genannt. Der Deutsche Designtag wird zu den notwendigen Unterstützungen Vorschläge erarbeiten und auf die Politik und die Ministerien zugehen.

Was fordern Sie jetzt von der Politik?
Sosehr ich den Föderalismus als Idee schätze, so sehr ist er in einer solchen Krise kontraproduktiv – zumindest in der gelebten Form. Es ist hervorragend, wenn es die kleine Einheit gibt und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden. Dies trägt entscheidend zur Identifikation mit den politischen Vertretern und den Institutionen bei. Jedoch: Die Unübersichtlichkeit der Maßnahmen und Förderungen ist eine Bankrotterklärung dieses gelebten Systems. Die notwendige Bürokratie droht sich mit sich selbst zu beschäftigen. Abhilfe schafft nicht die absolute Zentralisierung oder die eine starke Frau – oder das Alpha-Männchen –, es braucht nur endlich moderne Formen des Regierens, bei denen Beteiligung und Ausgleich föderalistisch systematisch gewollt sind. Und mit guter Technik bzw. Software und gutem Design wäre es sogar möglich, dass diese Abstimmungen deutlich schneller und effizienter vonstattengehen als heute.

Vielen Dank.

Boris Kochan ist Präsident des Deutschen Designtages und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Gemeinsam allein feiern

Die Berliner Clubszene streamt täglich ihr Programm

Pamela Schobeß ist seit über 20 Jahren Clubbetreiberin. Gemeinsam mit Lars Döring bietet sie im »Gretchen« auf dem Dragoner Areal in Berlin-Kreuzberg ein alternatives Kulturprogramm mit Live-Konzerten und Clubnächten. Mitte März musste diese Berliner Institution wie alle anderen Clubs, die gemeinsam die weltbekannte Clubkultur der Hauptstadt ausmachen, zur Eindämmung der Corona-Pandemie schließen. Schnell kam man in Zusammenarbeit mit ARTE concert, radioeins und dem Label SUOL zur täglichen Live-Übertragung von Konzerten und DJ-Sets aus den Clubs in die Wohnzimmer.

Theresa Brüheim: Die Berliner Clubs sind seit dem 13. bzw. 14. März geschlossen. Das gilt auch für Ihren Club, das Gretchen in Berlin-Kreuzberg. Was bedeutet diese Schließung für Sie konkret?
Pamela Schobeß: Konkret: Von einem auf den anderen Tag null Einnahmen. Wir bekommen, im Gegensatz zu staatlichen Kultureinrichtungen, keinerlei Förderungen. Unsere einzige Einnahmequelle sind unsere Kulturveranstaltungen. Finden die nicht statt, kommt kein Geld rein. Gleichzeitig haben wir aber natürlich laufende Kosten wie Miete, Personal oder Versicherungen. Branchentypisch agieren auch wir – bezogen auf unsere Kosten- und Erlösstruktur – im Grenzkostenbereich, erzielen nur minimale Gewinne, die immer gleich zurück ins Programm fließen. Wir haben also keine finanziellen Rücklagen, weil diese Art des Kulturbetriebs das einfach nicht hergibt. Die Schließung bedeutet schlicht, dass wir – ohne Hilfen – innerhalb von vier Wochen ruiniert sind und unser Gretchen verlieren werden. Und genauso wird es vielen anderen Clubs und Livemusikspielstätten auch ergehen.

Die Berliner Clubs, Veranstalterinnen und Künstler haben sich schnell solidarisch gezeigt und feiern seit dem 18. März online auf der Plattform UnitedWeStream weiter. Wie geht das genau? Was gibt es unter www.unitedwestream.berlin zu sehen?
Wir haben uns gedacht, wenn die Menschen nicht mehr zu uns in die Clubs kommen dürfen, dann kommen wir einfach zu ihnen nach Hause. Wir streamen nun jeden Tag aus einem anderen Berliner Club von 19 bis 0 Uhr live in die Wohnzimmer dieser Welt. Die Künstlerinnen und Künstler spielen in gewohnter Umgebung, allerdings in etwas ungewohnter Atmosphäre. Sie sind beim Auflegen ganz allein mit dem Kamerateam, wissen aber, dass ihnen viele Menschen via Internet zugucken und zuhören. Großartig ist in diesem Zusammenhang die tolle Gemeinschaftsarbeit aller Berliner Clubs. Uns geht es aber auch darum, möglichst schnell und unkompliziert, Spendengelder zu sammeln, um denjenigen Clubbetreiberinnen und -betreibern zu helfen, die am Ende des Monats nicht über ausreichend Liquidität verfügen, ihre Miete zahlen zu können.

Der Eintritt an der Tür entfällt. Deshalb rufen Sie zu Online-Spendensammlungen auf, aber nicht nur für die Berliner Clubs …
Uns ist natürlich völlig klar, dass wir Clubbetreiberinnen und -betreiber nicht die Einzigen sind, denen es schlecht geht. Deshalb spenden wir wiederum acht Prozent der gesammelten Gelder an den Stiftungsfonds Zivile Seetnotrettung weiter.

Wieso ist es wichtig, gerade jetzt die weltbekannte Berliner Clubkultur hochzuhalten?
In immer mehr Ländern wird das öffentliche Leben eingeschränkt und die Menschen können so auch nicht mehr Kultur in ihrer vollen Bandbreite erleben. Die vielfältige und kleinteilige Berliner Clubkulturszene ist legendär, symbolisiert Freiheit und zieht jedes Jahr viele Menschen an. Berlinerinnen wie Touristen. Die soziale Komponente ist bei einem Clubbesuch sehr hoch. Zum einen geht es natürlich darum, Musik zu genießen. Zum anderen sind aber auch die sozialen Kontakte im Club wichtig für die Menschen. Der Austausch, das gemeinsame Erleben. Die Forderung nach »social distancing« ist natürlich aus gesundheitlicher Perspektive völlig richtig. Für viele Menschen ist das aber psychisch nicht einfach. Tatsächlich versammeln sich nun viele Menschen virtuell bei unseren Streams und wissen, dass sie nicht allein sind. So können wir in der aktuellen Situation mit UnitedWeStream immerhin im Internet den einmaligen, verbindenden Vibe der Stadt Berlin präsentieren.

Was fordern Sie als Clubcommission jetzt von der Politik?
Wir fordern und brauchen dringend sehr schnell eine Art Rettungsschirm, der aus Zuschüssen bestehen muss und nicht kreditbasiert sein darf. Wir kleinen und mittelständischen Kulturbetriebe können diese Krise ohne finanzielle Zuschüsse nicht überstehen. Die gesamte Clubkultur steht vor einer existenziellen Krise: Die temporäre Schließung von Musikspielstätten führt unweigerlich zur Insolvenz der meisten Clubs.
Ein Zusammenbruch dieses Kulturzweiges bringt übrigens auch die gesamte Verwertungskette zum Straucheln. Ein Verlust der vor allem kleinen Clubs und Musikspielstätten wird sich kulturell verheerend auf den gesamten (Live-)Musiksektor für die nächsten Jahre auswirken. Mit dem Fehlen dieser Bühnen, in Metropolen wie Berlin oder im ländlichen Raum, ist auch der gesamte musikalische Nachwuchs in Gefahr.
Viele Menschen sind von der Corona-Krise – neben den gesundheitlichen Gefahren – wirtschaftlich betroffen. Trotzdem gibt es Unterschiede bezüglich der Auswirkungen. Produzierendes Gewerbe kann Ausfälle in der Produktion später kompensieren, indem sie z. B. zusätzlich Nachtschichten einlegen und so den Produktionsausfall nachholen. Sie können so den Verlust der Einnahmen wieder aufholen. Musikspielstätten funktionieren anders. Unsere Gäste können später nicht doppelt so oft ausgehen, sie müssen ja auch arbeiten. Können unsere Besucherinnen und Besucher jetzt also längere Zeit nicht in unsere Clubs kommen, werden sie das später nicht nachholen können.
Alle Konzerte, die jetzt ausfallen, müssen in den Herbst oder sogar auf nächstes Jahr verschoben werden. Da nehmen sie dann aber den Platz eines anderen Konzerts ein. Statt zwei Konzerte – eins jetzt und eins im Herbst – gibt es also nur eins insgesamt. Der aktuelle Verlust unserer Einnahmen ist dementsprechend nicht nachholbar. Und eben weil wir Kulturprogramme kuratieren, vielfach musikalische Nischen abdecken, junge Talente fördern und nicht den Mainstream bedienen, bleibt bei unserer Kosten-Erlös-Struktur nichts übrig, um Kredite abzuzahlen.

Vielen Dank.

Pamela Schobeß ist Clubbetreiberin und Vorstandsvorsitzende der Clubcommission. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Coroniade*

Bildende Kunst braucht mehr solide Unterstützung

DAGMAR SCHMIDT

Das Jahr hatte gut begonnen. Die Vorbereitungen für die Ausstellung in Florenz liefen reibungslos. Die Werke waren fast fertig. Der Transport war beauftragt, die eigene Reise zur Betreuung des Auf- und Abbaus organisiert. In der Woche vor der Abreise würde der Ferienworkshop am Gymnasium in der Landeshauptstadt allen Beteiligten noch viel Spaß machen. Wie in den letzten Jahren würden viel Leidenschaft und Idealismus die Vorbereitung sichern: Die Experimente mit den aus Naturmaterialien selbst hergestellten Malfarben waren schon im letzten Jahr ein voller Erfolg. In der gleichen Woche wäre am Abend noch die Vernissage im Landesmuseum, in dem in der aktuellen Ausstellung eine gar nicht umfangreiche, aber besondere Installation beigesteuert würde. Und nach Italien würde es arbeits- und ereignisreich weitergehen. Zwei Residenzstipendien würden Herausforderungen an interessanten Orten bringen und neue Impulse setzen. Ein Katalog würde erarbeitet, gedruckt und öffentlich präsentiert werden. Andere, eigentlich zeitgleiche Projekte sind bereits ausgesetzt, die Wohnung wegen nicht ausreichender Stipendienhöhe für die Zeit des Stipendienaufenthalts bereits untervermietet. Bestens organisiert, eigentlich.

Das Coronavirus kam schleichend näher, zuerst die Bilder aus den gespenstisch leeren, chinesischen Millionenstädten in den Medien, dann fassungsloses Beobachten der immer größer werdenden roten Kreise auf Landkarten, die die Anzahl der Infizierten und der Verstorbenen darstellten, schließlich Europa, Italien betroffen, Lombardei gesperrt, Italien geschlossen.

Absage der Ausstellung in Florenz, nach erstem Schock Auftragsstornierung beim Spediteur, Stornierung von Reise und Hotel nicht mehr möglich. Corona in Deutschland angekommen, erste Ausgangsbeschränkungen, Absage der Ausstellung im Landesmuseum. Vielleicht verschoben, der Ausstellungsbeitrag bleibt gleich in der Kiste. Anruf des Stifters des einen Residenzstipendiums: Sie wollten das Stipendium ausfallen lassen, weil ihr Ziel, öffentliche Wirksamkeit, durch die Ausgangsbeschränkungen nicht erreicht würde. Schulen geschlossen, Absage des Ferienworkshops. Komplettausfall des Honorars und der Auslagen für Materialien. Wie die laufenden Kosten für Ateliermiete, Materialrechnungen, Steuervorauszahlungen begleichen? Alleinverdiener für drei. Woher die Miete zum Wohnen und für das Wenige zum Leben nehmen?

Zurückgeworfen auf Punkt Null, Zeit nachzudenken. Liegen gebliebene Arbeiten erledigen, Werkverzeichnis vervollständigen. Ausschreibungen checken. Doch was davon wird wirklich stattfinden? Eine Werkabbildung in den Vernissagenverteiler senden, mit der Bitte zum Kauf. Mal abwarten, was passiert. Nachrichten hören. Online sein. Zwei Verkäufe, eine Anfrage für einen Workshop, irgendwann nach der Krise. Gehört, es könnte Darlehen geben. Aber inzwischen wird klar: Die Ausfälle jetzt sind nicht aufgeschobene Einnahmen, sondern werden auch später nicht ausgeglichen. Wie also Kredite zurückzahlen? Gehört, es könnte Hilfen für Soloselbständige geben, auch für Kunstschaffende. Das Jahr wird unterdurchschnittlich werden. Dabei hatte es so gut begonnen …

Diese Geschichte schildert eine aktuell typische Situation bei Bildenden Künstlerinnen und Künstler. Durch die Corona-Pandemie brechen viele der sowieso schon prekären und wechselhaften Künstlereinkommen komplett ein. Honorare werden wegen abgesagter Kurse, Workshops, Führungen, Performances, Ausstellungen und anderer Veranstaltungen nicht oder nur reduziert gezahlt, durch abgesagte Ausstellungen und Kunstmessen entfallen die dort üblichen Verkäufe. Aufenthaltsstipendien und internationale Künstleraustausche sind abgesagt. Es entfällt die bisher übliche öffentliche Bühne für Folgeaufträge, Bestellungen und Nachbuchungen. Jetzt schon fehlen die Äquivalente für die laufenden Kosten – Ateliermiete, Nebenkosten etc. Doch die ganzen wirtschaftlichen Auswirkungen werden sich erst in Wochen oder Monaten zeigen. Denn die unverzichtbare, über Jahrzehnte gewachsene Infrastruktur für die Präsentation, Vermittlung und den Handel der Bildenden Kunst – Galerien, Kunstvereine, Museen, Kultureinrichtungen – ist genauso stark betroffen. Auch hier wird vieles nur durch großes Engagement und Herzblut mit kleinem Budget möglich gemacht. Auch hier, wie bei den meisten Kunstschaffenden auch, gab es kaum Möglichkeiten, Rücklagen oder krisenfeste Budgets zu bilden, auf die jetzt zurückgegriffen werden könnte.

Wie kann es weitergehen? Egal wie groß die Überbrückungsfonds für Corona-bedingte Ausfälle auch werden, sie werden nur das Nötigste abdecken können. Die Krise zeigt, wie dünn das Eis in Kunst und Kultur wirklich ist. Nach der Krise muss es noch mehr als zuvor darum gehen, auch für Künstlerinnen und Künstler auskömmliche Einnahmen zu ermöglichen: Ausstellungsvergütungen als selbstverständliche Leistung, Kunst am Bau bei allen Baumaßnahmen der öffentlichen Hand, Konjunkturprogramme für Kunst und Kultur, Förderstrukturen über alle Karrierestufen und Generationen hinweg, auskömmliche Honorare für künstlerische Leistungen aller Art – ein sicheres Einkommen eben. Die Krise zeigt deutlich, dass die von uns allen so geliebte und gewünschte Vielfalt der Kunst und Kultur mehr solide Unterstützung braucht.

Dagmar Schmidt ist Vorsitzende des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V.

Der GAU

Die Verkäufe in Galerien sind auf null gefallen

KRISTIAN JARMUSCHEK UND BIRGIT MARIA STURM

Wir sind gerade mit der Galerie umgezogen, haben uns mit den Künstlern auf die Eröffnung gefreut. Wir haben so viel investiert – alles für die Katz.« »Ich war bei unserer Partnergalerie in Wien, um Arbeiten für ein Projekt auszuwählen. Als die Grenzschließung bekannt wurde, habe ich Österreich fluchtartig verlassen. Nun bin ich zwei Wochen in Quarantäne.« »Wir haben eine Ausstellung mit Dutzenden Schülern eines bedeutenden deutschen Künstlers organisiert. Ein Riesenaufwand. Niemand kommt, niemand kauft.« Solche Zurufe erhalten wir täglich zuhauf.

Mit der Absage sämtlicher anstehender Kunstmessen nahm der Shutdown seinen Lauf. Das gesamte öffentliche Kulturleben mit seinen Institutionen liegt im Koma. Aber im Gegensatz zu den Museumsdirektoren erhält der Galerist kein Gehalt, im Gegensatz zu den Künstlern ist er nicht günstig pflichtversichert.

Digitale Auftritte sind nun auf dem Vormarsch. Online Viewing Rooms kursieren und ermöglichen zumindest eine virtuelle Präsenz der Galerien und ihrer Künstler. Neue Ideen, Kunstwerken im Netz und auf Social Media verstärkt eine Plattform zu schaffen, werden erprobt und weiterentwickelt. »Emerging Artists« jedoch, oder Künstler, deren Arbeiten einen intensiven Vermittlungsaufwand erfordern, bedürfen der physischen Präsenz, der Erfahrung und Kommunikation in der analogen Welt. Der Ausstellungsraum – in einem Museum, einer Galerie oder temporär auf einer Messe – ist für jeden bildenden Künstler mehr als ein Sehnsuchtsort. Er ist essenziell. Über 4.000 Ausstellungen – Eintritt kostenlos – werden von Galerien jährlich für etwa 11.000 in- und ausländische Künstler auf eigenes wirtschaftliches Risiko organisiert. Galerien stehen zu ihren Künstlern nicht bloß in einer kommerziellen, sondern in einer nahen, persönlichen Beziehung. So befördern sie im Wechselspiel miteinander öffentliche Anerkennung und wirtschaftlichen Erfolg für ihre Arbeit.

Außenstehende machen sich nicht klar, dass Kunstverkaufen alles andere als ein einfaches Geschäft ist. Befeuert von Medienberichten – die primär die spektakulären Umsätze der internationalen Auktionshäuser oder der Blue-Chip-Galerien in den Blick nehmen – hat sich das Klischee vom reichen Galeristen in steter Partylaune tief eingebrannt. Die Realität sieht anders aus: Die Hälfte der Galerien in Deutschland erwirtschaftet zwischen 50.000 und 200.000 Euro Umsatz – nicht: Gewinn! – im Jahr; nur 14 Prozent erreichen die Schwelle über 500.000 Euro.

Die Finanzkrise von 2008 hatte heftige Auswirkungen auf den Kunstmarkt. Peer Steinbrück, der es wissen muss, hat als Erster prognostiziert: Die Corona-Krise wird schlimmer. Und in der Tat: Die Verkäufe sind auf null gefallen. Rücklagen sind bei den vielen kleinen und mittelständischen Galerien so gut wie nicht vorhanden. Die festen Kosten laufen weiter, Mitarbeiter kommen bestenfalls in Kurzarbeit, Überbrückungskredite – sofern greifbar – werden einen Schuldenberg akkumulieren, der nach der abflauenden Pandemie nicht abschmelzen kann.

In dieser Situation ist das jüngst von der Bundesregierung geschmiedete Maßnahmenpaket für Akteure der Kreativwirtschaft hilfreich. In den kommenden Wochen werden die bereitgestellten Zuschüsse für die ersten drei Monate nach dem Stillstand hoffentlich von vielen Galerien beantragt. Die Stundung von Steuern und Künstlersozialabgaben, die Mäßigung des Insolvenzrechts, ein erhöhter Mieterschutz und weitere Ladungen der »Bazooka« sind vorübergehend sinnvoll, aber am Ende ein Tropfen auf den heißen Stein. Operation gelungen, Patient tot?

Was kann die (Kultur-)Politik tun? Die Corona-Katastrophe stellt auch für Politiker eine extreme Herausforderung dar. Mit der EU-Ratspräsidentschaft in wenigen Monaten sind Einflussmöglichkeiten verbunden. In Deutschland wurde dem Kunsthandel 2014 als einzigem Kulturwirtschaftszweig die ermäßigte Mehrwertsteuer entzogen. Es folgte ein heftiges Galeriensterben. Hier eine Korrektur vorzunehmen, wäre ein echtes Zeichen der Würdigung der Leistung der Galerien für unser Kulturleben. Und: Es wäre für die Zeit nach den Corona-Soforthilfen eine substanzsichernde Lenkungsmaßnahme mit dem Ziel einer indirekten, langfristigen Förderung der Galerien.

Die Kulturpolitik ist im Bereich der bildenden Kunst auf Institutionen und Urheber fixiert. Der Kunstmarkt wird als dritte schützenswerte Säule nicht nur ausgeblendet, sondern er wurde in den letzten Jahren durch eine Vielzahl an neuen Gesetzen und Regularien extrem strapaziert. Ressentiments und Projektionen scheinen hier die Feder geführt zu haben. Aus dem Raubbau an den zeitlichen und wirtschaftlichen Ressourcen folgte, dass über 80 Prozent der Galeristinnen und Galeristen nicht noch einmal diesen Beruf ergreifen würden – so das bittere Ergebnis einer Umfrage unter Berliner Galeristen im Herbst 2019.

Galerien spielen gegenüber der Kunst eine ähnliche Rolle wie der Verlagsbuchhandel gegenüber der Literatur. Letzterer wird von der Kulturpolitik gefördert. Galerien nicht. Das sollte, müsste sich ändern, wenn der Wille zur Existenzsicherung der Künstler ernst gemeint ist und nachhaltig sein soll.

Die Frankfurter Galerien rund um den Dom begingen ihre Frühjahrs-Eröffnungen analog und geschlossen ohne Publikum. Durch ihre großen Schaufenster kann jeder die Ausstellungen fast vollständig sehen. Und das Licht bleibt jetzt – obwohl sich abends niemand mehr auf den Straßen bewegt – etwas länger an.

Kristian Jarmuschek ist Vorsitzender und Birgit Maria Sturm ist Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Galerien und Kunsthändler

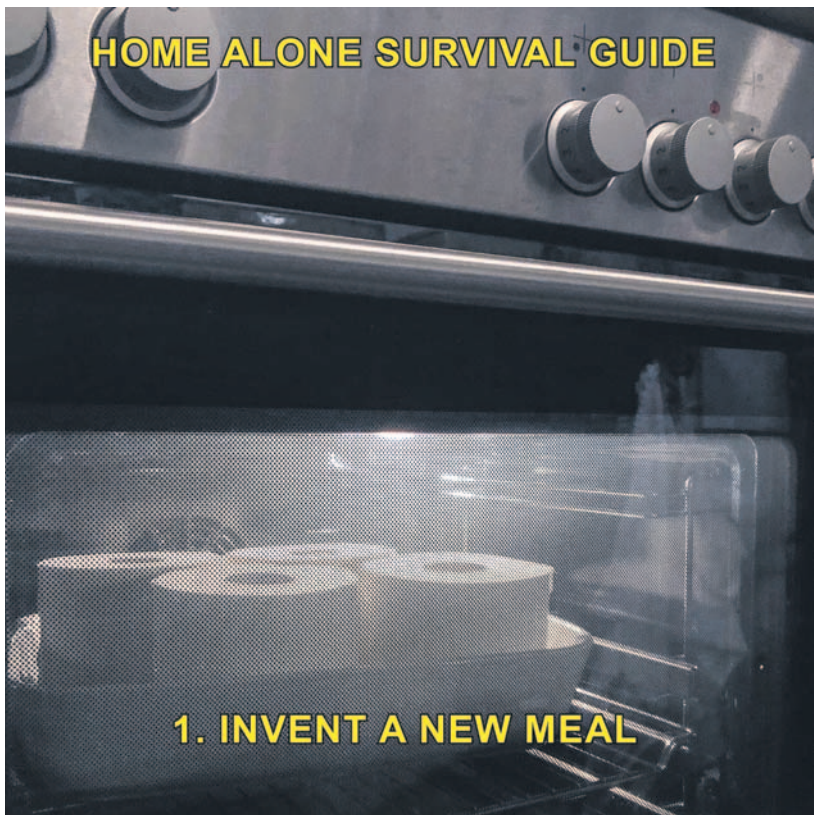
FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Haltbarkeit gering, aber leckerer Snack

THEMA

Jetzt mehr Kultur in Radio, TV und Co

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk strukturiert das Programm um



Wie überlebt man in der Selbtsisolation? 6 Schritte von Max Siedentopf

Schritt 1: Ein neues Gericht kreieren

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

BR

REINHARD SCOLIK

Es muss damals das gewesen sein, was man heute oft einen »Gänsehautmoment« nennt: Als im Jahr 1517 zum wiederholten Male die Pest in der Stadt München wütete, beschlossen die Fassmacher, die »Schäffler«, die Münchner Bevölkerung mit einem Tanz zu erheitern – so die Legende. Die Menschen sahen die Tanzenden und fassten selbst Mut, wieder auf die Straße zu gehen. So entstand aus einem kulturellen Akt heraus, dem Tanz, nach langem Schrecken wieder öffentliches Leben. Und eine Tradition war geboren, der »Schäfflertanz«.

Die Frage, die mich umtreibt: Wann wird es wieder so sein, dass sich die Menschen nach Corona wieder auf die Straßen trauen und dem Beispiel der Schäffler von damals folgen? Ich hoffe sehr, dass diesem befreienden »Ausbruch« aus der Quarantäne – wann auch immer er sein wird – dann ein »Aufbruch« für den Kulturbetrieb in Deutschland und in Bayern folgt.

Doch vor dem Wunsch steht die Wirklichkeit für die Kulturschaffenden und -institutionen, zu denen ich ausdrücklich auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zählen möchte – mit seinen Klangkörpern, seiner Vielzahl an Produktionen, insbesondere in den Bereichen Fiktion, Dokumentarfilm, Literatur, Hörspiel und Medienkunst, mit seinen Kulturangeboten für Kinder sowie mit Kulturpartnerschaften in Stadt und Land. Auch den Bayerischen Rundfunk hat die Corona-Krise bereits schmerzlich getroffen: So mussten wir nach Auftreten erster Krankheitsfälle im Sender gleichsam über Nacht unsere Kulturwelle Bayern 2 mit unserer Infowelle B5 aktuell zusammenlegen, um den Sendebetrieb aufrechterhalten zu können. Und die Produktion unseres wöchentlichen Kulturmagazins »Capriccio« im BR Fernsehen mussten wir vorübergehend einstellen.

Umgekehrt gesehen: Wir haben es geschafft, trotz aller von Corona verursachten Hürden, das Programm in weiten Teilen aufrechtzuerhalten, Highlights dieser Schätze aus Audio, Video und Online hat der BR für sein Publikum in der BR Mediathek und auf einer Sonderseite »Kultur & Corona« zusammengestellt. Gleichzeitig schaffen wir auch Neues: Aktuell sind wir im Austausch mit uns besonders verbundenen Künstlerinnen und Künstlern, Verlagen und Institutionen in Bayern, die vorerst nicht mehr auftreten können, um ihnen im BR eine prominente, oft virtuelle Ersatzbühne zu bieten, vom täglichen »Corona-Tagebuch« über Konzert-Streams bis hin zur Lesung von der Couch und Aufzeichnungen unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen. BR KLASSIK hat bereits herausragende Künstler gewonnen – darunter Weltstars wie Jonas Kaufmann oder Lang Lang unter dem Label #MusikBleibt. Ein positives Zeichen für gemeinsames Handeln trotz Distanz: Die Kultur- und Musikwelt lebt auch in der Isolation.

In dieser beispiellosen Situation, in der das Coronavirus das öffentliche Leben lahmlegt, wollen wir als öffentlich-rechtliche Programmmacher dazu beitragen, weiterhin so viel Kultur wie möglich für alle nach Hause zu bringen, das Kulturleben aufrecht zu erhalten und zu stärken. Sobald die Krise vorbei ist, möge es so sein, wie legendenhaft damals bei den Schäfflern im München des Jahres 1517 mit ihrem Tanz: Dass die Kunst und die Kultur die Menschen wieder in das öffentliche Leben zurückführen.

Reinhard Scolik ist Fernsehdirektor des BR und ARD-Koordinator für Wissen, Kultur, Musik und Religion

INFO

Für die Ausgabe 4/2020 von Politik & Kultur wurden alle Intendantinnen und Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angefragt. Alle abgedruckten sind der Anfrage nachgekommen und haben einen Beitrag verfasst.

Deutschlandradio

STEFAN RAUE

Wer hätte es noch vor wenigen Wochen gedacht, dass das reiche kulturelle Leben in Deutschland – wenn es auch vielleicht nicht ganz zum Erliegen kommt – aber doch für eine Zeit den Atem anhält? Dass es für Künstlerinnen und Künstler Realität wird, vor leeren Rängen aufzutreten, wenn die Veranstaltung überhaupt noch stattfinden kann? Mehr denn je sind in dieser Zeit die Medien gefordert, nicht nur relevante und verifizierte Informationen, sondern auch Kultur zu den Menschen zu bringen. Als Unterhaltung, als Zerstreuung, als Anregung, vielleicht auch als Trost. Gerade der Hörfunk in seiner klassischen Form und Qualität, aber inzwischen auch mit den neuen Möglichkeiten, die das Internet bietet, kann nun zeigen, dass er ein Medium ist, das Menschen eng verbindet.

Deutschlandradio als nationaler Hörfunksender mit seinen Programmen Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova hat selbst frühzeitig bis Mitte Mai alle eigenen Veranstaltungen abgesagt oder ohne Publikum stattfinden lassen. Eine schmerzliche Entscheidung, die wir uns nicht leicht gemacht haben.

Nachdem Deutschlandfunk Kultur bereits den Preis der Leipziger Buchmesse und den dreistündigen »Bücherfrühling« von der Messe ins Radio geholt hat, werden auch weiterhin im laufenden Programm trotz geschlossener Veranstaltungsstätten viele aktuelle Kulturereignisse zu hören sein. Die Klangkörper der Rundfunk Orchester und Chöre GmbH, bei denen Deutschlandradio Hauptgesellschafter ist, dürfen bis voraussichtlich 19. April keine öffentlichen Auftritte absolvieren. Aufzeichnungen hochkarätiger Musikereignisse vom Deutschen Symphonie-Orchester Berlin (DSO), dem Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin (RSB), dem Rundfunkchor Berlin und vom RIAS Kammerchor Berlin bleiben dafür weiterhin fester Bestandteil in den Programmen von Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk. Klassiker wie das »Raderbergkonzert« im Deutschlandfunk und das »Debüt im Deutschlandfunk Kultur«, die normalerweise vor Publikum im Kammermusiksaal im Kölner Funkhaus bzw. in der Philharmonie in Berlin aufgezeichnet werden, realisieren wir fürs Erste als Studioaufzeichnungen. Zusätzlich zu diesen Konzerten wird in zahlreichen Sendungen verstärkt beleuchtet, welche Konsequenzen die Ausbreitung des Coronavirus für die Kulturlandschaft hat, aktuell und perspektivisch. Die Musikabteilung von Deutschlandfunk Kultur etwa plant für Anfang April eine ganze Woche lang kleine Ensembles einzuladen, um unkonventionelles Repertoire, mutige Zusammenstellungen und aufschlussreiche Musiker-Konstellationen aufzuzeichnen.

Anspruchsvolle Hörspiele und aufwendige Features sind seit Gründung der Programme von Deutschlandradio wichtiger und wesentlicher Bestandteil unseres täglichen Angebots. Daran halten wir auch in diesen krisenhaften Zeiten fest, mehr noch: Wir bauen es aus. Das Hörspiel- und Featureportal von Deutschlandfunk und Deutschlandfunk Kultur bietet mit »ZuhauseBleiben: Zeit für Hörspiel und Feature« zusätzliche Dokus, Krimis, Literatur und Klangkunst zum Hören und zum Download. Auch die Kindersendung »Kakadu« von Deutschlandfunk Kultur öffnet die Schatzkiste. Täglich gibt es online ein Hörspiel sowie die regelmäßigen Podcasts für junge Hörerinnen und Hörer, in denen erforscht und erklärt wird. Am 18. April startet das große Thomas-Pynchon-Hörspielprojekt, eine Koproduktion mit dem SWR: Erstmals wird die Hörspielfassung des Romans »Die Enden der Parabel« im Radio zu hören sein. Im Deutschlandfunk beginnt die 14-stündige Produktion mit einer langen Hörspielnacht.

Jenseits davon greifen wir mit einem Sonderprogramm die aktuellen Entwicklungen auf. Wir müssen und wollen vor dem Hintergrund der Pandemie flexibel sein, aber unser kultureller Anspruch bleibt gleich: hoch und verlässlich, auch in Krisenzeiten.

Stefan Raue ist Intendant des Deutschlandradios

hr

MANFRED KRUPP

Gerade in diesen unsicheren Zeiten haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einen besonderen Informations- und Integrationsauftrag. Und gerade in solchen Zeiten erfreuen wir uns, wenn wir unsere Arbeit konsequent machen, besonderer Wertschätzung. In hohem Maße zählt dazu das Kulturangebot des Hessischen Rundfunks. Kultur schafft Identität und Gemeinschaft. Sie vermittelt in Krisen Vertrautes und gibt Menschen ein Gefühl von Heimat und Sicherheit.

Kultur spielt im Hessischen Rundfunk eine tragende Rolle, natürlich nicht erst seit Corona. Wir richten zurzeit den hr strategisch neu aus, um dem digitalen Wandel und der veränderten Art und Weise Rechnung zu tragen, wie Menschen Medien nutzen. Ziel unserer Kulturberichterstattung und der Kulturformate ist es, auch künftig mit Qualitätsinhalten medienübergreifend möglichst viele Hessinnen und Hessen zu erreichen. Damit einhergeht ein erweiterter Kulturbegriff. Viele Menschen suchen und nutzen Kultur, verstehen den Begriff aber heute umfassender – und unterschiedlicher denn je. So haben sich in den vergangenen Jahren viele kulturelle Erlebniswelten ausdifferenziert. Auch dem begegnen wir in unserer Neuausrichtung. Und in der aktuellen Lage.

Schon sehr früh, als die Corona-Krise Deutschland erreichte und die Leipziger Buchmesse abgesagt wurde, haben hr2-kultur und andere ARD-Kultursender linear und digital ein virtuelles Angebot auf die Beine gestellt, um Besucherinnen und Besuchern, Verlagen und Autoren eine Alternative zu bieten. hr2-kultur begleitet auch Veranstaltungen in Hessen, die dem Virus zum Opfer gefallen sind, wie »LiteraTurm« und »Frankfurt liest ein Buch«. hessenschau.de bietet z. B. eine Übersicht über die vielen hessischen Museen, die virtuell zu besuchen sind.

Im hr wurden strukturelle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Produktion von Kultursendungen in dieser Krisenzeit so weit wie möglich aufrechterhalten werden kann. Darüber hinaus organisiert hr2-kultur Videolesungen von Kulturprominenten, die aus ihren aktuellen Büchern lesen. Sie sind als virtuelle Literaturplattform unter hessenschau.de zugänglich und im Radio. Für April sind weitere Projekte geplant. Sie ergänzen das ohnehin breite Angebot an Podcasts und Lesungen, die in der ARD-Audiothek zu finden sind.

Kontinuierlich erweitert wird derzeit das Bildungsangebot »Wissen plus«. hr.de stellt hier ein breites Spektrum an Inhalten für Kinder und Erwachsene zur Verfügung, das digitales Lernen ermöglicht und Neugier und Interesse an Wissensthemen befriedigt. Materialien zum Selbstlernen sind hier ebenso zu finden wie Kinderhörspiele, Sendungen zu Biologie, Geschichte oder Wirtschaft, Funkkolleg-Reihen oder auch der Zugang zum Hessischen Bildungsserver und dem multimedialen Bildungskanal »ARD alpha«.

Wir bieten in der ARD-Audiothek und -Mediathek von klassischen Kultursendungen wie »hauptsache kultur« bis hin zu Dokumentationen und Reportagen, Features und Hörspielen ein unterhaltendes qualitätsvolles Angebot. Auch wenn Live-Konzerte derzeit nicht möglich sind, so sind doch Konzertmitschnitte von hr-Bigband und hr-Sinfonieorchester online und auf ihren YouTube-Kanälen barrierefrei zugänglich. Gemeinschaftsstiftend sind auch Sendungen wie »hessen@home«, in der Moderator Tobi Kämmerer Hessinnen und Hessen in seinem Wohnzimmer per Videotelefonie zusammenschaltet.

All diese On-Demand-Angebote werden gerade in dieser Zeit, in der viele im Homeoffice oder unfreiwillig zu Hause sind und Zerstreuung suchen, von immer mehr Menschen für sich entdeckt und genutzt. Hier zeigt sich das große Vertrauen, das die Menschen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Und es erweist sich nachdrücklich, wie wichtig Kultur und unsere kulturellen Angebote für Gesellschaft und Demokratie sind.

Manfred Krupp ist Intendant des hr

MDR

KAROLA WILLE

Miteinander leben« – so lautet der publizistische Leitgedanke des Mitteldeutschen Rundfunks für 2020. Unser Ziel zu Beginn des Jahres: den Zusammenhalt der Gesellschaft zu befördern, Gespräche anzustoßen, gerade da, wo Gräben immer tiefer zu werden scheinen. Nun kam mit der Corona-Krise eine unge-

ahnte Herausforderung für all das, was uns als Gesellschaft ausmacht. Gemeinwohl und Gemeinsinn werden auf den Prüfstand gestellt und sind zugleich entscheidend für die Bewältigung der Krise. Medien als Faktor freier und individueller Meinungsbildung und als kulturelles Bindeglied tragen in dieser historischen Zeit eine ganz besondere Verantwortung. Dieser stellt sich der MDR und geht auf die Bedürfnisse der Menschen in dieser außergewöhnlichen Situation ein. So erfüllt er zunächst das Grundbedürfnis nach vertrauenswürdigen Informationen mit einem umfassenden Angebot in Radio, Fernsehen und Netz. Mit aktuellen und verlässlichen Nachrichten, mit Hintergründen und Servicesendungen ist der MDR mehr denn je ein fester Anker für die Menschen unserer Gesellschaft.

Zugleich haben die Menschen angesichts eingeschränkter Begegnungsmöglichkeiten ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft. Als öffentlich-rechtlicher Rundfunk wollen wir auf die besondere Situation mit kulturellen Ereignissen und Begegnungen virtueller Art antworten, auch unter Einbeziehung der regionalen Kreativwirtschaft. Wir wollen Kunst und Kultur ein Zuhause zu geben – wenn Museen, Konzertsäle, Clubs, Theater geschlossen bleiben. Aus »miteinander leben« wurde daher im MDR »miteinander stark«: Abstand halten und gerade jetzt Zusammenhalt sichern.

Beispiel Leipziger Buchmesse: Nach der Corona-bedingten Absage hat der MDR das Bühnenprogramm federführend für die ARD ins Netz und Radio verlegt – mehr als 13 Stunden Literatur per Video-Livestream im Netz sowie über die ARD-Kulturradios und deren digitale Plattformen. Unterstützt wurde die ARD-weite »virtuelle Buchmesse« vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels und der Leipziger Buchmesse. Alle Gespräche gibt es zum Nachschauen im Online-Spezial buchmesse.ARD.de.

Unter dem Titel »CORONA CREATIVE« hat der MDR darüber hinaus zu einem Ideenwettbewerb für dokumentarische Kurzformate zur Corona-Krise aufgerufen und hierfür einen Sonderetat zur Verfügung gestellt. Aus den einzelnen Beiträgen entsteht die »Corona Rolle«, die wir im MDR-Fernsehen zeigen und in der ARD Mediathek sowie im YouTube Kanal mdr.dok einstellen wollen.

Der Musiklandschaft Mitteldeutschlands geben MDR KULTUR und MDR KLASSIK eine besondere Plattform. So werden Stücke von Musikern, Bands und Ensembles prominent im Programm platziert und hervorgehoben – z. B. durch Features und Künstler-Gespräche. Aber auch Studiosessions werden aus den Archiven geholt und gespielt. Am Abend präsentieren beide Programme ausschließlich Konzerte mitteldeutscher Ensembles. Sie setzen damit ein klares Zeichen, dass die Kulturschaffenden der Region auch in der Krise nicht vergessen werden.

Sowieso ist Kultur jetzt eine wichtige Hilfe. Auf mdr-kultur.de, in der MDR KULTUR-App und bei MDR KULTUR auf Facebook gibt es Buch-, Film- und Serientipps, Hörspiele und Podcasts, bis hin zu Konzerten und Museumsbesuchen, die man zu Hause genießen kann.

MDR KULTUR hat außerdem »Lies das!« – den neuen Podcast für Kinder- und Jugendbücher bei mdr-kultur.de und in der ARD Audiothek – ins Leben gerufen. Die Literaturredaktion bietet damit wöchentlich Unterstützung bei der Lektüre-Auswahl für junge Leser.

Denn Kultur muss auch in Krisenzeiten für jeden zugänglich sein. Der MDR sieht sich als verlässlicher Partner der mitteldeutschen Kulturszene – »miteinander leben« – das gilt jetzt ganz besonders!

Karola Wille ist Intendantin des MDR

NDR

JOACHIM KNUTH

Es ist eine außergewöhnliche Situation, in der wir uns gerade befinden. Die Welt, wie wir sie kannten, scheint still zu stehen. Probleme die unsere Gesellschaft noch vor einigen Wochen diskutiert hat, sind im Angesicht der Corona-Krise in den Hintergrund gerückt. Eine globale Gemeinschaft ordnet sich einem einzigen Thema unter; konzentriert sich auf ein einziges Problem.

Meiner Wahrnehmung nach kommt den öffentlich-rechtlichen Sendern in diesen Zeiten eine besondere Rolle zu. Denn in einer Krise, die jedes Individuum in seiner Freiheit beschneidet und die zwischenmenschliche Distanz zur obersten Handlungsmaxime erklärt, ist der Wunsch nach Gemeinsinn und Verbindendem groß wie nie. Und wir verbinden die Menschen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erweist sich gerade jetzt als ganz wesentlicher gesellschaftlicher Faktor, als »Vertrauensspeicher«, der Handlungsfähigkeit und Normalität suggeriert. Oder anders ausgedrückt: So lange um 20 Uhr noch die Tagesschau läuft, gibt es keinen Grund zur Panik.

Aber schon nach wenigen Tagen in dieser Krise war und ist deutlich zu spüren, dass es den Menschen jetzt nicht ausschließlich um die Versorgung mit Informationen, Hintergründen und Nachrichten geht. In der verordneten Isolation fehlt ja nicht nur das gesellschaftliche Miteinander, sondern auch die vielfachen Anregungen, die man aus der Teilhabe an Schule, Arbeit, Sport und einem breit gefächerten Kulturangebot zieht. Konzerte, Theater, Lesungen und Gottesdienste – all dies bricht auf einmal weg. Ein Problem nicht nur für Kulturschaffende sondern auch für Kulturliebende.

Um diese Lücke zu füllen, bietet der Norddeutsche Rundfunk viel Neues an. Mit der Aktion »Kultur trotz Corona« haben unsere Kulturredaktionen in Hörfunk, Fernsehen und online eine Bühne für norddeutsche Künstler und Künstlerinnen geschaffen. Musiker, Autoren, Schauspieler oder Poetry-Slammer – alle sind eingeladen, sich selber zu filmen und so auch in Corona-Zeiten ihre Kunst zu präsentieren. Das jeweilige Video wird dann für alle Nutzer auf der Seite ndr.de/kulturtrotzcorona, sowie auf allen Social-Media-Kanälen des NDR zu sehen sein. Die NDR Radioprogramme und das NDR Fernsehen senden ausgewählte Auftritte. Auf der Plattform spielt beispielsweise Alan Gilbert, Chefdirigent des NDR Elbphilharmonie Orchesters auf seiner Bratsche, Nils Landgren hat ein Stück mit seiner roten Posaune exklusiv aufgenommen, die Sängerin Anna Depenbusch singt und spielt dabei auf der Ukulele. Und auch norddeutsche Theater beteiligen sich inzwischen an der Aktion.

Kultur frei Haus gab es in der ARD mit dem »LIEFERService« von Schauspieler, Musiker und Regisseur Jan Josef Liefers. Als Gastgeber präsentiert er den Zuschauerinnen und Zuschauern ebenfalls von zu Hause Unplugged-Versionen und Clips, die ihm Künstlerinnen und Künstler per Video geschickt haben und interviewt die Interpreten.

Auch Kindern und Jugendlichen bieten wir in dieser Phase vielseitiges Programm an. Beliebte Fernsehserien für unterschiedliche Altersgruppen sollen helfen, die Zeit der Schulschließungen etwas abwechslungsreicher zu gestalten. Zahlreiche Bildungsangebote sollen das Lernen zu Hause unterstützen. Und vorgelesen wird natürlich auch. Gemeinsam mit dem SWR hat der NDR mit bekannten Kinderbuchautorinnen eine ganz besondere Aktion unter dem Motto »live gelesen mit…« gestartet. Aus ihren privaten Wohnzimmern lesen Autorinnen wie z. B. Kirsten Boie, Isabel Abedi oder Antje von Stemm eine Stunde lang aus ihren Büchern für Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren vor. In einer Fragerunde im Anschluss stehen sie den Jungen und Mädchen Rede und Antwort.

Wer es ganz klassisch mag, kann sich schließlich auf das »Konzert des Tages« freuen, das der NDR jeden Tag online anbietet. Das NDR Elbphilharmonie Orchester hat Höhepunkte aus seiner Auftrittsgeschichte herausgesucht, so dass man diese nun auch außerhalb seines berühmten Wohnzimmers im Hamburger Hafen hören kann.

Wenn die Kultur verstummt, fehlt einer Gesellschaft ein elementares Bindeglied. Wir sehen es als eine unserer Aufgaben an, in dieser Zeit fortlaufend neue Wege und Möglichkeiten zu suchen, um die Norddeutschen trotz allem mit Kulturangeboten und Kulturschaffenden zu verbinden.

Joachim Knuth ist Intendant des NDR

rbb

PATRICIA SCHLESINGER

Es ist keinen Monat her, da gab es auf die Frage »Was machen wir denn heute Abend?« allein in Berlin sicher mehrere Hundert attraktive Antworten. An jedem Tag, an jedem Abend kehrten Zehntausende aus Sälen, Zimmern, Arenen, aus Orten der Kultur in ihren Alltag zurück, bereichert in vielfältiger Weise.

Tempi passati. Die tägliche, unmerkliche und uns so unverschämt selbstverständlich erscheinende Bereicherung unserer Gesellschaft durch Kultur, Künstlerinnen und Künstler ist zum Erliegen gekommen. Stille liegt über der Stadt, die Menschen bleiben zu Hause, notgedrungen. Sie müssen sich neu orientieren.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk versteht sich in der gesellschaftlichen Normalität als Säule unserer Demokratie. In dem Ausnahmezustand, den wir jetzt erleben, kommt ihm eine zusätzliche Aufgabe zu: die Lücken zu schließen, die Corona im kulturellen Leben aufreißt. Das machen wir.

»Der rbb macht's« heißt unsere Initiative, weil die Instanzen von Kunst und Kultur so vieles nicht mehr machen dürfen. Am Anfang der Krise gab es erste Gespräche zwischen unseren Fachleuten und den unterschiedlichen Kulturträgern: Praktisch in letzter Minute konnten wir vor leerem Saal Bizets Carmen, dirigiert von Daniel Barenboim, aus der Staatsoper Unter den Linden live streamen, wenige Tage später wäre das nicht mehr möglich gewesen. Als die auferlegte Vereinzelung begann, trafen sich – mit gebührendem Abstand – im Konzerthaus am Gendarmenmarkt Musikerinnen und Musiker von Weltrang, um ebenfalls live für ihr Publikum zu spielen: Lang Lang, Avi Avital und Daniel Hope im Videostream. Das Schlosspark Theater spielte »Schmetterlinge sind frei«, das Hans-Otto-Theater bereitet sich derzeit auf »Die Mitwisser« vor, die Philharmoniker steuerten bereits Berio und Bartók bei.

Wir freuen uns, dass Lutz Seiler bei rbbKultur im Radio seinen neuen und bereits preisgekrönten Berlin- und Nachwende-Roman »Stern 111« liest. Wir folgen dankbar mit der Kamera exklusiven Einladungen zu Führungen in die Museen der Region, vom Barberini in Potsdam, wo uns Claude Monet in einer wunderbaren Ausstellung erwartet, bis zu den klassischen Statuen im Alten Museum am Lustgarten. In leeren Clubs, in denen sonst die Jugend der Welt ins Schwitzen (und Schlimmeres) kommt, werfen DJs die Licht- und Soundanlagen an, um ihre Sets bei Radioeins zu streamen. Und weil die Fitnesscenter schließen mussten, gibt es zu alledem noch zweimal am Tag Sport mit Übungsleitern aus hiesigen Vereinen, dazu Märchen für die Kinder und Filmklassiker für Cineasten, deren Kinoabende nun ebenfalls ausfallen.

Der rbb macht's und das Publikum dankt den beteiligten Künstlerinnen und Künstlern, den Institutionen und Häusern auf seine Weise: 160.000 Zuschauerinnen und Zuschauer bei »Carmen«, 25.000 bei der ersten Museumsführung und 35.000 beim ökumenischen, beim evangelisch-katholisch-jüdisch-muslimischen Gottesdienst in der Gedächtniskirche – denn auch der gehört dazu.

Wir können uns dem Dank nur anschließen. Denn ohne die Protagonisten, die Talente, die Stars der Kultur, ohne die Opernintendanten, Museumsdirektorinnen und Club-Chefs könnten wir dieses Geschenk der Bereicherung nicht weitergeben. Die Zusammenarbeit ist denkbar schnell, unkompliziert und partnerschaftlich, sie ist ermutigend und beflügelnd in der Krise. Wir sind sehr froh, dem deprimierenden »Fällt aus« und »Abgesagt« jetzt ein »Findet statt!« entgegensetzen zu können: im Radio, im Fernsehen, im Netz. Und deshalb gilt weiter: Der rbb macht's.

Patricia Schlesinger ist Intendantin des rbb

SR

THOMAS KLEIST UND RICARDA WACKERS

Im Sendegebiet des Saarländischen Rundfunks schreitet die Verbreitung des Coronavirus schnell voran. Die hoheitlich verfügten Kontaktbeschränkungen, die seit dem 20. März 2020 gelten, treffen das Kulturleben ins Mark. Für den Saarländischen Rundfunk bedeutet dies: keine eigenen SR-Veranstaltungen, keine Kooperationen mit saarländischen Kultureinrichtungen und keine Sendemitschnitte mehr, also nichts von dem, was das saarländische Kulturleben bisher bereichert hat. Die Deutsche Radio Philharmonie Saarbrücken Kaiserslautern (DRP) hat seit dem 13. März 2020 ihren Spielbetrieb zunächst bis Mitte April eingestellt. So bitter es ist – aber die Gesundheit und Sicherheit unseres Publikums, der freien Künstlerinnen und der eigenen Mitarbeiter geht allem anderen vor.

Dennoch findet in den Programmen des Saarländischen Rundfunks weiterhin Kultur statt: SR 2 KulturRadio ist dabei der Partner der Kulturtreibenden im Lande. In der aktuellen journalistischen Berichterstattung werden die Themen aufgegriffen, die in der Branche aktuell sind: die große Solidarität innerhalb der saarländischen Jazzszene, die Sorgen und Nöte der freien Künstler, die Reaktion der saarländischen Buchhändlerinnen auf die Krise, die Sonderprogramme, die Gemeinden und Kulturinstitutionen im Netz bereitstellen, wie etwa das »digitale, kleine Ersatzprogramm« des Saarländischen Staatstheaters, die Frage, was mit Kunsttransporten passiert, wenn Ausstellungen plötzlich nicht stattfinden und wie das Land Luxemburg seine Kunstszene in der Krise unterstützt. Ziel ist es, die Lage der Künstlerinnen und Künstler und der Kultur ins öffentliche Bewusstsein zu heben und die Hörerschaft dafür zu sensibilisieren.

Schon bevor der Shutdown kam, hat SR 2 KulturRadio für die virtuelle Buchmesse des MDR sein Programm geändert und Teile des Sonderprogramms live aus Halle übertragen. Und als die DRP nicht mehr spielen durfte, schüttelte Solist Lars Vogt mit SR 2-Moderator Roland Kunz zwei berührende Solo-Rezitals ohne Publikum und mit erläuternden Gesprächsanteilen aus dem Ärmel.

Die coronabedingten Produktionsausfälle im Jazzbereich haben zur Folge, dass ab April eine neue Sendereihe unter dem Titel »Fokus: Jazz aus dem Saarland« aus der Taufe gehoben wird. Über das Jahr werden starke Konzertmitschnitte von regionalen Musikerinnen und Musikern wiederholt, was diesen in medialer und finanzieller Hinsicht zugutekommt.

Auch beim Kabarett gehen die Kolleginnen gemeinsam mit den Künstlern kreativ mit der Krise um. Der traditionsreiche »Gesellschaftsabend« muss gezwungenermaßen ohne Publikum auskommen und soll als reines Radio-Experiment am 28. März auf Sendung gehen.

Für diejenige Zielgruppe, die an guter Popmusik interessiert ist, bietet die Hörfunkwelle SR 1 zunächst bis Ostern die Höhepunkte der Konzertreihe SR 1 Unplugged als Couch-Konzerte im Radio an. Dabei handelt es sich um Konzertabende mit bislang 15 Künstlerinnen und Künstlern, unter anderem Max Giesinger, Johannes Oerding, Alexa Feser, Lewis Capaldi, Anna Loos und Clueso. Die Hörerinnen und Hörer erleben auf diese Weise die intime Atmosphäre in Studio Eins auf dem Saarbrücker Halberg im eigenen Wohnzimmer.

Im dritten Fernsehprogramm des Saarländischen Rundfunks stehen diverse hochwertige Dokumentationen und Reportagen bereit, um etwaige Sendeausfälle mit bildstarken Inhalten aufzufangen, darunter ARTE-Produktionen über das Vermächtnis der Zisterzienser.

Die Stärke und die Wirkkraft der Landesrundfunkanstalten der ARD liegt, das zeigen die Beispiele eindrucksvoll, im »Zuhause«, also ganz nah bei den Menschen vor Ort, dort wo die Kultur ihre Wurzeln hat. Insoweit ist die aktuelle Krise nicht nur eine Bewährungsprobe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern eine Chance, seine Herkunft und seine Identität eindrucksvoll zu demonstrieren.

Thomas Kleist ist Intendant des SR. Ricarda Wackers ist Leiterin des Bereichs Kultur des SR

SWR

KAI GNIFFKE

Leere hat sich ausgebreitet. Eine Krankheit schafft es, unsere Gesellschaft seit Wochen zu lähmen. Und statt zu kämpfen, soll der richtige Umgang sein, dass sich jeder zurückzieht in sein privatestes Umfeld. Was uns verbindet, ist plötzlich gefährlich, und die Welt bleibt stehen. Am meisten verunsichert uns die Ungewissheit, wie lange sich das Leben so einengen lässt.

Viel wurde schon gesprochen und geschrieben über Kleinkunst ohne Publikum, über finanziell klamme Clubbetreiber, über den Stillstand der Kultur. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk verändert sich in diesen Tagen. Wir mussten im SWR Tatort-Produktionen unterbrechen, auch Serien können erst mal nicht weitergedreht werden. Jedes Unternehmen ist verantwortlich für die Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Frage stellte sich auch für den SWR und die gesamte ARD: Wie können wir gewährleisten, dass wir arbeitsfähig bleiben und trotzdem alle schützen?

Die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in den vergangenen Wochen gewachsen. Bei uns suchen die Menschen Informationen, was die Ausbreitung des Coronavirus angeht. Und gleichzeitig sind wir ein wichtiger Tagesbegleiter, der die Lücken einnimmt, die Freunde, Hobbys und schlicht der Alltag lassen: Wir springen ein, wenn es um den Schulersatz geht, haben unser Fernsehprogramm am Vormittag umgestellt und geben Bildung einen starken Platz. Wir legen beim Thema Information nach, machen Sondersendungen und Liveblogs im Internet. Wir merken, dass die Menschen genau das gerade brauchen. Zu dieser Lücke gehört auch die Kultur. Darum arbeiten wir intensiv

Fortsetzung auf Seite 34 ►

Fortsetzung von Seite 33

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Schritt 2: Zum Architekt werden und ein Gebäude bauen

an gemeinsamen Projekten, zusammen mit Musikern, mit Theatern und anderen Kulturbetrieben. Das Spannende daran: Es sind keine Einbahnstraßen. Wer das Publikum braucht, der findet es in diesen Tagen bei uns im Internet, Radio und Fernsehen. Was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält, findet bei uns eine Bühne. Wir sind schnell dabei, von gemeinsamen Werten, gemeinsamer Kultur zu sprechen. Heute zeigt sich, welche Kraft wirklich darin steckt. Kultur ist nicht nur Oper oder Galerie, zu unserer Kultur gehören auch Brauchtum, Mode oder Straßenmusik in der Fußgängerzone.

Unsere Kulturlandschaft in Deutschland wird von Corona herausgefordert. Die Nachwirkungen werden noch lange zu spüren sein, ein Ende ist bisher nicht absehbar. Zu unserem großen Schmerz müssen wir beispielsweise auch Veranstaltungen wie die Schwetzinger SWR Festspiele absagen. Aber wo immer möglich, wollen wir in der kommenden Zeit auch dort für Ersatz sorgen, beispielsweise Konzerte vor leeren Rängen übertragen und damit paradoxerweise zu Hause viel mehr Menschen erreichen als sonst. Es sind neue Wege, die wir an vielen Stellen gehen, und auch das braucht ein wenig Zeit, um sich einzuspielen. Das kann kein Ersatz sein für das echte Leben, es geht darum zu überbrücken. Mut kann uns machen, dass so viele Menschen verantwortungsvoll mit der Situation umgehen.

Wovon ich überzeugt bin, ist die Kraft, die auch aus dieser Herausforderung wachsen wird. Gerade in der Kultur wird diese Erfahrung von Isolation, von Einsamkeit zu ganz neuen Ideen führen. Und so können wir uns heute schon freuen auf all das, was nach dem Moment der Leere kommt. So wie wir jetzt abbilden, was uns lähmt, werden wir im SWR und der ARD in der Zukunft zeigen, wie Strom und Bäche vom Eise befreit werden. Goethes Osterspaziergang beschreibt genau das Gefühl, was uns nach Corona hoffentlich alle erfasst.

Kai Gniffke ist Intendant des SWR

WDR

TOM BUHROW

Freie Künstlerinnen und Künstler, Theater, Opernbühnen und Museen, Kinos – sie alle werden durch die Covid-19-Krise vor eine gigantische Herausforderung gestellt. Kultur lebt vom gemeinsamen Erleben. Und dieses Miteinander liegt durch die aktuelle Krise am Boden. Nicht etwa, weil es kein Bedürfnis nach Kultur gäbe. Werfen Sie nur einen Blick in die sozialen Medien: Menschen setzen sich allein zu Hause ans Klavier oder an die Gitarre und streamen ihre Musik ins Netz; in Italien singen die Menschen vom Balkon herab miteinander. Kultur ist, ebenso wie verlässliche Information, ein entscheidendes Element unseres Zusammenlebens. Ein Bedürfnis, das auch ein Virus nicht aufhalten kann.

Die ARD legt großen Wert darauf, die vielen Facetten von Kultur in ihrem Programm zu zeigen und zu ihrer sinnstiftenden Funktion beizutragen. In der Corona-Krise haben wir die Verantwortung, eine neue Brücke zu schlagen zwischen Kulturschaffenden und Kulturliebhabern. Dafür haben die ARD-Sender verschiedene Aktionen gewählt: Sei es der MDR, der die Leipziger Buchmesse ins Programm geholt hat, nachdem die Messe abgesagt werden musste, sei es der rbb mit Übertragungen von gefährdeten Kulturevents.

Auch im WDR finden unsere Redaktionen ganz neue Wege, z. B. mit der »WDR 3 Kulturambulanz«. Diese Plattform soll ein Forum bieten für Künstlerinnen, Autoren und Kulturschaffende in NRW, z. B., wenn namhafte Autorinnen und Autoren im Homeoffice aus ihren Werken lesen. Unter #alleinimmuseum auf dem Instagramkanal @wdr3_im_museum können sich unsere Nutzerinnen und Nutzer mitnehmen lassen auf einen Rundgang durch verwaiste Museen. Von der Bundeskunsthalle in Bonn bis zum Zentrum für internationale Lichtkunst in Unna haben wir bei vielen Institutionen – trotz Schließung – offene Türen eingerannt. Mit weiterlachen.de schafft der WDR eine digitale Bühne für Kabarettistinnen und Comedians – und zu guter Letzt bereiten wir ein Experiment vor: Henry David Thoreaus »Walden« als digitales Schwarmhörspiel, bei dem die Nutzerinnen und Nutzer ihren Teil zum großen Ganzen beitragen können.

Mit all dem wollen wir ein wenig Balsam auf die Seelen derjenigen geben, denen die aktuelle Situation Angst oder Sorgen bereitet. Aber uns ist nicht nur wichtig, dass die Kultur ihren Weg zu den Menschen findet – wir wünschen uns auch, dass die Kulturschaffenden heil aus dieser Krise herauskommen. Aus diesem Grund haben wir schnell in verschiedene Richtungen Signale gesetzt: Wir haben der Produzentenallianz, deren Mitglieder so wundervolle Spielfilme und Dokumentationen zu unserem Programm beitragen, schnell Unterstützung zugesagt. Ebenso wie unseren freien Autorinnen und Autoren und den Musikverlagen.

Alle Anstrengungen, die wir momentan machen, machen wir unter erschwerten personellen Bedingungen. Auch in den Sendern fordert Corona Tribut. Außenübertragungen sind weitgehend unmöglich, ebenso große Studioproduktionen. In den Sendern wechseln sich Teams ab, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Die gute Nachricht ist: Wir senden nach wie vor für die Menschen im Land. Wie viel wir unter diesen Bedingungen leisten können, müssen wir von Woche zu Woche neu bewerten – und hoffen dabei auf das Verständnis der Nutzerinnen und Nutzer.

Ein Gedankenanstoß zum Schluss. Vielleicht wird unser Miteinander, das zuletzt unter Hass und Spaltung so gelitten hat, an dem neuen Wir-Gefühl in Zeiten von Corona ein wenig genesen. Dieses Wir-Gefühl entsteht, wenn man sich aufmerksam zuhört. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen andere niederbrüllen, möchte ich einen Wunsch äußern: Nutzen wir die viele Zeit zu Hause, um das Zuhören wieder zu entdecken. Vielleicht werden wir dann in einigen Monaten zurückblicken und merken, dass unser Miteinander ein anderes geworden ist – und hoffentlich ein besseres.

Tom Buhrow ist Intendant des WDR und Vorsitzender der ARD

Von Wunden. Und Wundern.

Die aktuelle Situation von Autorinnen und Autoren während der Corona-Pandemie

NINA GEORGE

Jana* weint sonst nie. Sie ist das, was man früher patent nannte, und heute: Prototyp einer Berufsschreibenden, die ihr Einkommen nicht aus Verkäufen erzielt – das ist für kaum zehn Prozent unserer Zunft möglich –, sondern aus multiliterarischen Tätigkeiten. Alleinerziehende Mutter von zwei Jungs. Schriftstellerin. Coach, die Schreibkurse leitet, zwei Literaturzirkel managt, Lesungen moderiert und selber Lesungen gibt.

Es fing an mit der Leipziger Buchmesse. Dann wurden zwölf Lesungen abgesagt. Die Kurse. Die Buchclubs, alle Moderationen. Die Sommerakademie, die sie leiten sollte. Das Honorar bringt sie sonst bis in den Herbst. Keine Ausfallhonorare, für jeden ist es jetzt ein Desaster, kaum jemand kann es sich leisten, großzügig zu sein.

Diese Frau weinen zu hören. Während einer ihrer Jungs während des »Homeschoolings« kreischt, der andere johlt, es ist zu eng für drei. Und jetzt noch Amateurlehrerin spielen, schreiben sollte sie doch. Sie fängt sich, sagt rau: »Und wozu?« Es spricht sich herum, dass Verlage die Programme abschreiben. Erscheinungen um ein Jahr verschieben. Oder ganz absagen. Manuskriptankauf stoppen. Jana hätte sich gewünscht, ihr Verlag spräche mit ihr. Und sei es darüber, dass niemand weiß, was wird, bei geschlossenen Buchhandlungen, die zwischen 40 bis 80 Prozent Umsatzverlust vermelden. Und es wird nicht bei diesem einen Shutdown bleiben, das muss jedem klar sein.

Manche Buchläden sind trotzdem reaktionsstark. Nehmen Amazons Ankündigung, seltener Bücher zu liefern und Vorbestellungen einzuschränken, als »Jetzt erst recht«! Drehen Video-Lyrik-Quickies, bauen Räder zu Lastkarren um, teilen auf Instagram Storys mit Autorinnen. Und: »Seit die Drogerie und der türkische Lebensmittelladen als Abholstelle für Lieferungen fungieren, geht es. Fast besser als vorher.« Kleine Wunder: Kleinstadtsolidarität im Systemcrash.

Lesen erlebt digital eine Lockdown-bedingte Renaissance. Nur vermehrt via E-Book-Piraterie, Flatrates und Onleihe. Günstig soll es sein, das Vademecum gegen Budenkoller, nachvollziehbar. Und so rasseln die jetzt eh schon vernichteten Honorare weiter in den Keller. Jana sagt: »Egal. Vielleicht ist das die beste Leseförderung. Und danach sagen alle: Boah, sind Bücher geil.« Danach. An das Danach denkt sie nicht, es wird verheerend sein.

Hoffnung und Wunder sind dennoch unsere Lieblingsplots. Berühmte Kollegen, wie Mario Giordano, lesen Anfänge aus Neuerscheinungen nicht ganz so berühmter Kolleginnen vor, um sie sichtbar zu machen. Joanne Harris twittert täglich frische Luft aus ihrem Garten. Stephen King beschimpft treu Donald Trump. Abgesagte Preisverleihungen gehen online, es wird vor dem Bildschirm einander zugeprostet, man kommt sich näher als zuvor, aus Namen werden Menschen. Wunder Solidarität. Was sonst, wie sonst wollen wir miteinander leben?

Andreas* weint nicht. Man hört es an seinem Atem, dass er um Luft ringt. Er ist Kinder- und Jugendbuchautor und hat, wie die meisten seiner Zunft und wie es 2018 eine Umfrage des Netzwerks Autorenrechte ergab, jährlich rund 42 Lesungen. Diese sind in diesem Genre die entscheidende Einkommensquelle. Er liest an Schulen, zwei Sessions pro Tag, früh die Kleinen, mittags die Größeren. Ihm werden 14.000 Euro fehlen, er hat sich die E-Mail-Adresse von dem VG-Wort-Sozialfonds schon hingelegt. Es ist ihm peinlich, Notfall zu sein. Er hat drei Kinder. Seine Verlage stellen Lehr- und Amüsementsmaterial online umsonst zur Verfügung. Eine große Geste, ja, ob es dafür Honorar gibt, mag er nicht fragen, es erscheint ihm egoistisch. Sein Handy pingt. Die WhatsApp der Nachbarin, bittebitte, könne er Online-Lesungen für Fünf- bis Achtjährige machen, sie sei heiser vom Vorlesen. Er wird es machen, natürlich, gratis. »Vielleicht sind das die letzten Momente«, sagt er, »dass ich als Autor arbeite.« Gebraucht zu werden, ohne entsprechend bezahlt zu sein: Das kennen wir.

Katja* überlegt, bei der Spargelernte zu jobben. Sie hat ihr Residenzstipendium nicht antreten dürfen, für das sie unbezahlte Auszeit von ihrem Teilzeitberuf für drei Monate nahm. Und jetzt weder das Stipendiumsgeld erhält, noch in ihren Job zurückkann. »Alles wird sich ändern«, sagt sie. »Wir werden andere Augen bekommen. Wir werden gesehen haben, wer wir sind, und wer wir sein können.«

Konservativ überschlagen, fallen seit März bis Mai deutschlandweit 4.000 Lesungen weg. Wenn man die Hochrechnung des Netzwerks Autorenrechte zugrunde legt, ist das ein Ausfall von brutto sieben Millionen Euro für Schriftsteller und Schriftstellerinnen. Der VS Bayern hat derweil 3.200 Euro Durchschnittsverlust für acht Wochen ohne Auftritte ermittelt. Pro Person.

Von Moderatorinnen reden wir nicht, von den Pressefotografen, von den Bühnentechnikerinnen, von den Gastronomien der Veranstaltungsorte.

Nicht von all dem, was an Kultur außerdem hängt als nur die Kultur selbst.

Oder doch. Reden wir darüber. Dass wir schnell in der Finanzhilfe sein müssen, doch langsam und genau im Umbau unserer Leben, der jedem bevorsteht.

Diese epochale Ruptur im Selbstverständnis der Weltgesellschaft kann nur bewältigt werden, wenn der innere Resonanzraum bereit dafür ist. Es wird die Kunst, die Kultur, das Wissen, die freie Presse, die Literatur sein, die uns – auch – über diese verwundete Zeit tragen kann.

Die Schriftstellerin Nina George ist Präsidentin des European Writers' Council, das 150.000 Autorinnen und Autoren aus 41 Organisationen Europas repräsentiert. Mehr unter: ninageorge.de

**Vornamen auf Wunsch der Interviewpartnerinnen geändert.*

Das Buch fällt durch das Raster

Corona als kritischer Einschnitt für die Buchbranche in Deutschland

LENA FALKENHAGEN

Deutschland Anfang März 2020: Da war die Welt noch in Ordnung. Mit der Absage der Leipziger Buchmesse 2020 änderte sich das schlagartig, denn dieser Schritt überzeugte nicht alle Teilnehmer der Buchbranche. Manche fanden den Schritt völlig übertrieben – immerhin galt Covid-19 ja noch als »etwas schlimmerer Schnupfen«, für andere kam er zu spät. Ausgaben waren bereits getätigt: Programmhefte gedruckt, Hotelzimmer und Züge oder Flüge gebucht. Ausnahmslos alle waren enttäuscht, denn die Buchmesse ist eins der Highlights des Bücherjahres.

Jetzt, zwei Wochen nach dem Termin, an dem die Leipziger Buchmesse hätte stattfinden sollen, bestreitet wohl niemand mehr die Sinnhaftigkeit dieses Schritts. Über die Ausfälle der Verlagsverkäufe rund um dieses frühjährliche Großereignis der Buchbranche wurde bereits viel gesprochen, unter anderem unter #bücherhamstern, #virtuellebuchmesse, #onlinebuchmesse … die Hashtags in sozialen Medien waren zahlreich. Unter allen wurde digital gelesen, wurden Bücher vorgestellt und diskutiert.

Als Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller erreichen mich immer mehr angsterfüllte Schicksale meiner Mitglieder. Je nachdem, wie viele Lesungen das betroffene Mitglied geplant hatte, ob es im Theaterbereich – als Autorin, Übersetzer, Übertitlerin – arbeitet oder als zweites Standbein Lektorate oder Übersetzungen für Kleinverlage anfertigt, häufen sich auch hier die Ausfälle. Die Bandbreite der unmittelbaren Auswirkungen ist immens – die Betroffenen berichten von zwischen 20 und 80 Prozent Honorarausfällen. Viele wissen nicht, wie sie bereits im April oder Mai ihre Miete bezahlen sollen, geschweige denn, wie es weitergeht.

Mittelfristig gesehen, sind die Schäden schwerer zu beziffern. Das Messeprogramm hat keine Sichtbarkeit erfahren. In einigen Buchhandlungen werden diese Programme bereits vollständig an die Verlage remittiert, um Kosten zu sparen. Verlage selbst haben begonnen, Neuerscheinungen ins Herbstprogramm zu schieben – wo diese Bücher wiederum auf ein bereits durchgeplantes Programm treffen. Ganz zu schweigen davon, dass in vielen Werkverträgen zumindest eine Zahlungsrate an die Veröffentlichung des Buches geknüpft ist und so ein Loch in der Jahresplanung der Autoren entsteht.

Mit der sozialen Isolation, der wir uns zum Reduzieren der Infektionsrate unterziehen, wächst auch das Bedürfnis nach E-Books. Man sollte meinen, es würde in Zeiten des häuslichen Rückzugs und Kontaktverbots wieder mehr gelesen. Tatsächlich hat nun der Hauptlieferant von E-Books in Deutschland, Amazon, die Bestellung wegen des Virus für Bücher bis Anfang April zurückgestellt – oder genau genommen »Haushaltswaren, Sanitätsartikel oder andere Produkte mit hoher Nachfrage« priorisiert. Das Buch fällt durch alle Raster.

Buchhandlungen und Verlage reagieren schnell und bieten den Direktversand an – doch diese Kanäle müssen sich die Kunden mühselig erschließen. Die Bücher haben de facto keine Sichtbarkeit mehr. Es entsteht eine Art »unsichtbares Programm«, das publiziert wurde, aber kaum Verkäufe verzeichnet.

Der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller unterstützt seine Mitglieder im Augenblick durch Handreichungen über die Dokumentierung von Ausfällen, Kontaktadressen für schnelle Hilfen und natürlich den Kontakt mit Politik und Presse. Unser Vorteil ist, dass wir die ver.di hinter uns wissen, die die Bedürfnisse der Soloselbständigen und Freien an das Kanzleramt kommuniziert. Die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, versprach schnelle Hilfen, die Programme werden hoffentlich schnell umgesetzt.

Ich fordere von der Politik eine zügige und unbürokratische Bereitstellung von Mitteln. Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Übersetzerinnen und Übersetzer in Deutschland sind, wie so viele Selbständige auch, unverschuldet in eine tiefe Krise geraten. Die Besonderheit des Kultursektors ist jedoch, dass Kreative oft so prekär leben, dass sie keine Rücklagen bilden können. Die Vergabe von Krediten an Kreative sehe ich kritisch. In vielen Fällen wird das die Insolvenz der Betroffenen nur verzögern. Schnelle Unterstützungsgelder werden gebraucht, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Viele Angebote, gerade Lesungen und Diskussionsrunden, werden nun in den digitalen Raum verlegt. Das ist ein guter Schritt, um die Sichtbarkeit der Kultur auch in Kontaktverbotszeiten herzustellen und neue Räume zu erschließen. Diese Lesungen müssen aber vergütet werden – sei es von den Verlagen, die jetzt wie »selbstverständlich« von den Autorinnen und Autoren verlangen, Online-Lesungen abzuhalten.

Stand heute – 25. März 2020 – hat sich die Situation weiter verschärft. Honorarverträge werden ausgesetzt, Großverlage drücken selbst etablierten Autorinnen und Autoren die Honorare für noch abzuschließende Werkverträge für 2021. Dies geschieht mit Hinweis auf die Unwägbarkeiten durch Corona. Ein solches Verhalten empfinde ich als empörend unsolidarisch.

Hier nimmt der Abwärtstrend der Autorenhonorare, der sich in den letzten Jahren ausmachen lässt, eine Beschleunigung an, die in der Branche einen langfristigen Schaden hinterlassen wird.

Lena Falkenhagen ist Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller

Was ist uns Kultur wert?

Vom großflächigen Verschwinden der Literatur aus dem öffentlichen Leben

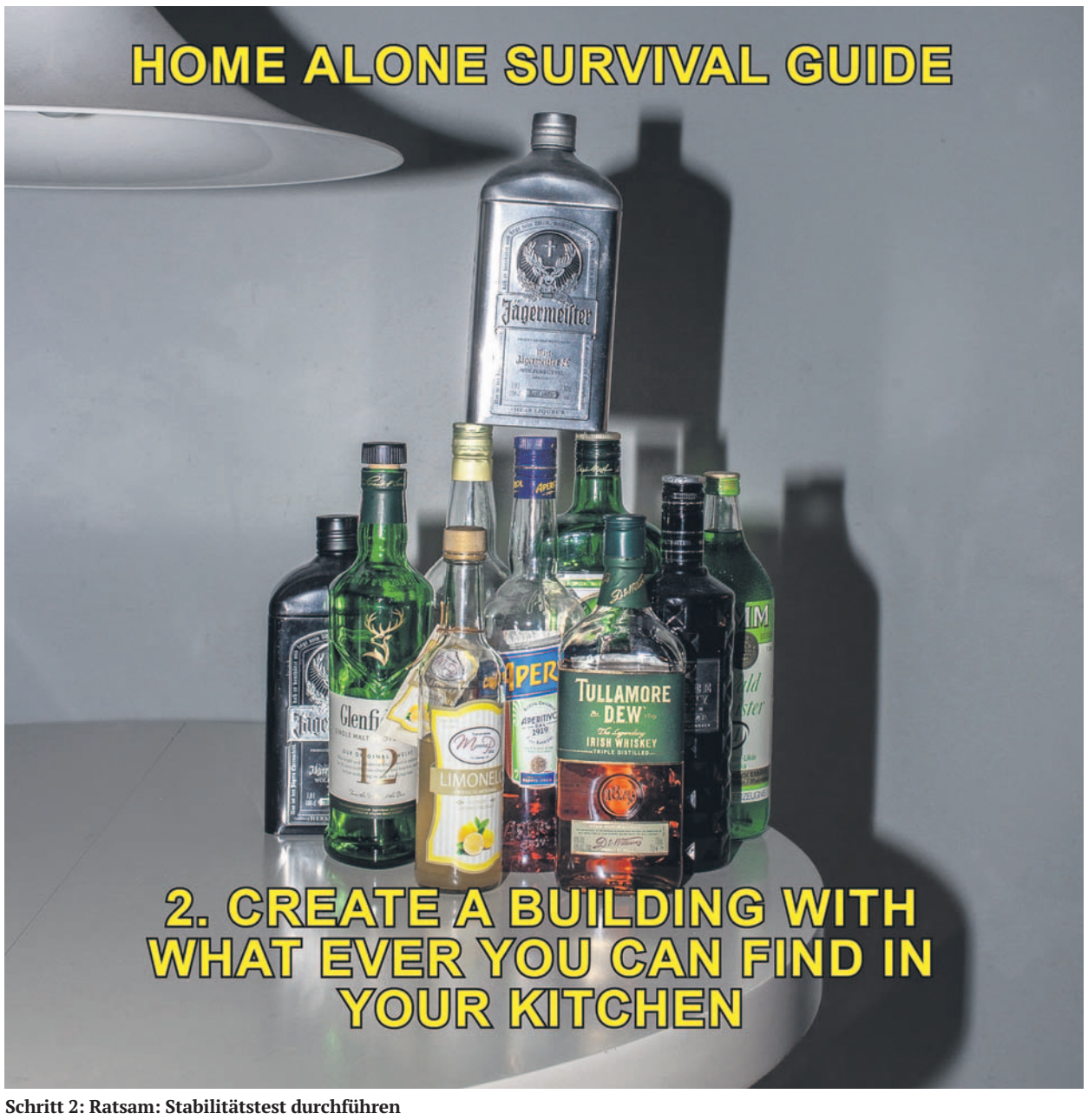
ALEXANDER SKIPIS

Gerade in Krisenzeiten beweist sich, welchen Wert eine Gesellschaft der Kultur beimisst. Das zeigt die aktuelle Corona-Krise, deren wirtschaftliche Auswirkungen auch zur kulturpolitischen Frage werden. Wie viele Kultur- und Kreativbranchen ist auch die Buchbranche von den Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus schwer betroffen. Zuerst die Absage der für Mitte März geplanten Leipziger Buchmesse – der wichtigsten öffentlichen Plattform für Neuerscheinungen und das Lesen im Frühjahr. Dann die Streichung von immer mehr Literaturveranstaltungen, von der Lit. Cologne bis zur Autorenlesung in der Buchhandlung vor Ort. Und schließlich vor zwei Wochen die Anordnung von flächendeckenden Ladenschließungen, die in allen Bundesländern bis auf Berlin und Sachsen-Anhalt auch Buchhandlungen umfassen und zu massiven Umsatzeinbrüchen in der gesamten Branche führen werden. Es hängt jetzt ganz entscheidend davon ab, wie gut es gelingt, die wirtschaftlichen und kulturellen Folgen der Corona-Krise auf die Buch- und andere Kreativbranchen abzufedern. Der deutsche Buchmarkt ist der zweitgrößte Buchmarkt weltweit und in seiner Qualität und Vielfalt vorbildlich. Mit der Existenz von vielen kleinen wie großen Buchhandlungen und Verlagen steht ein elementarer Teil des kulturellen Lebens auf dem Spiel.

Die Buchbranche trägt solidarisch alle bisher von Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise mit. Denn ein gemeinsames und entschiedenes Vorgehen ist jetzt unumgänglich, um die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und damit die Gesundheit gerade der Schwächeren in der Gesellschaft zu schützen. Das großflächige Verschwinden der Literatur aus dem öffentlichen Leben sowie die massiven zu erwartenden Umsatzausfälle im Buchhandel haben aber gravierende wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Buchbranche.

Mit der Absage der Leipziger Buchmesse wie auch allen anderen internationalen Buchmessen konnten die Verlage nicht, wie sonst im März üblich, ihre Frühjahrsprogramme einem breiten Lesepublikum und der interessierten Öffentlichkeit vorstellen und damit für den Einkauf ihrer Titel werben. Die ersten Auswirkungen zeigen sich bereits: Bestellungen der Händler beim Zwischenbuchhandel und den Verlagen gehen zurück, weil sie mit einer geringeren Nachfrage rechnen. Die Folge: Verlage riskieren auf ihren Auflagen sitzen zu bleiben, Autorinnen und Autoren werden unweigerlich weniger verdienen.

Die umfassenden Ladenschließungen potenzieren das Problem um ein Vielfaches und bedrohen die gesamte Wertschöpfungskette Buch. Mieten, Rechnungen und andere Fixkosten sind weiterhin zu begleichen, während ein Großteil des Geschäfts ausfällt – und das in der traditionell umsatzstarken Vor-Osterzeit. Allein für die Ladenmieten der Buchhandlungen in Deutschland fallen nach unseren Schätzungen zusammengerechnet Kosten von 15 Millionen Euro pro Monat an. Insgesamt rechnen wir pro Schließungsmonat mit einem Umsatzverlust von einer halben Milliarde Euro für Handel und Verlage. Für die größtenteils Klein- und Kleinstunternehmen sowie soloselbständigen Autorinnen und Autoren geht es inzwischen um die Existenz. Aber auch die wenigen größeren Unternehmen der Branche sind von massiven wirtschaftlichen Einbußen betroffen. Die Umsatzrenditen in der Branche sind so gering, dass viele Unternehmen nur schmale oder gar keine Finanzpolster haben und in Liquiditätsengpässe kommen werden. Zwar verkaufen fast alle Buchhandlungen seit Langem Bücher auch online, bauen ihre Lieferdienste aus und finden aufgrund der aktuellen Lage neue, kreative Wege zu den Kundinnen und Kunden. Das alles wird aber nicht ausreichen, um die zu erwartenden finanziellen Einbußen auszugleichen.



FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Schritt 2: Ratsam: Stabilitätstest durchführen

Bund und Länder haben sehr schnell mit einem umfangreichen Soforthilfe-Paket reagiert, um gerade Kleinstunternehmen und Selbständige zu unterstützen. Vor allem die nicht rückzahlungspflichtigen Zuschüsse sind für kleine Buchhandlungen und Verlage wichtig und können existenzentscheidend sein. Dank gilt hier allen beteiligten politischen Verantwortlichen und besonders Kulturstaatsministerin Monika Grütters, die sich sehr für die besonderen Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft eingesetzt hat. Es ist jetzt wichtig, dass Verlage, Buchhandlungen, Autorinnen und Autoren schnell und unbürokratisch an die zugesagten Mittel gelangen. Und gerade die mittelgroßen Unternehmen, die nicht von den Soforthilfen für Kleinbetriebe profitieren können, benötigen ebenfalls dringend praktikable Unterstützungsleistungen. Darüber hinaus regen wir weiterhin an, gesundheitspolitisch vertretbare Ausnahmeregelungen für Buchhandlungen von den Ladenschließungen zu prüfen, etwa einheitlich geltende Genehmigungen, um Liefer- und Abholservices für Bücher einzurichten. Wir erleben gerade eine nie dagewesene Krisensituation. Von uns allen, von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist jetzt solidarisches Handeln nötig. Auch die Kultur benötigt Solidarität – denn ohne die Unterstützung der Politik droht mit dem Verschwinden von vielen Buchhandlungen, Verlagen sowie anderen Kulturschaffenden und -einrichtungen ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft verloren zu gehen.

Alexander Skipis ist Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Schritt 3: Haute Couture-Looks in der Jogginghose entwerfen

Auch die kulturelle Bildungslandschaft braucht Unterstützung!

Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass die Arbeit schnell wieder aufgenommen wird

SUSANNE KEUCHEL

Die Corona-Krise bedroht den Bereich frei-gemeinnütziger Organisationen der kulturellen Bildung und der kulturellen Jugendarbeit in ihrer Existenz. Freischaffende oder in kleinen Agenturen und Vereinen arbeitende Kultur-, Medien-, Musik-, Spiel-, Tanz-, Theater- und Zirkuspädagoginnen und -pädagogen sowie Kultur- und Medienschaffende sind unmittelbar von Einnahmeausfällen und Insolvenz betroffen, beispielsweise durch das Wegbrechen ihrer Honorare für kulturpädagogische Angebote im Ganztag und anderen Bildungseinrichtungen.

Gemeinnützig und mischfinanziert

Das Gros ist abhängig von öffentlichen Mitteln und verfügt über keine finanziellen Reserven, um Einnahmeverluste auch nur für kurze Zeit aufzufangen. Unterstützungsprogramme in Form von Krediten helfen hier nicht, da die Akteure als Empfänger öffentlicher zweckgebundener Mittel keine Gewinne oder Rücklagen erwirtschaften können. Kulturelle Bildungseinrichtungen, wie Musik- oder Jugendkunstschulen, sind zudem angehalten, Eigenmittel in Form von Teilnehmergebühren aufzubringen. Eine weitere Finanzierungssäule sind Projekte in kommunalen, landesweiten oder bundesweiten Förderprogrammen wie z. B. »Kultur macht stark«. Hier herrscht Unsicherheit, wie mit schon bewilligten Projekten oder vereinbarten Honoraren etc., die nicht stattfinden können, verfahren wird.

Eine Querschnittsaufgabe

Kulturelle Bildung liegt in der Zuständigkeit verschiedener Ressorts wie Jugend, Bildung und Kultur. Damit besteht die Gefahr, dass Akteure bei konkreten Hilfsprogrammen einzelner Ressorts oft aus dem Blickfeld geraten. Auch ist das Feld stark auf der kommunalen Ebene verankert. Hier gibt es noch wenige Erkenntnisse darüber, ob und wie Kommunen in der aktuellen Krise unterstützen können.

Der Bundesdachverband Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) führt derzeit eine Umfrage seiner Mitglieder zu Folgen der Corona-Krise durch. Es wird schon jetzt davon ausgegangen, dass die Infrastruktur dieses für Gesellschaft, Kultur und Bildung unverzichtbaren Handlungsfeldes in großen Teilen zerstört werden könnte, wenn Rettungsmaßnahmen nicht schnell, ausreichend und langfristig greifen.

Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche auch in Corona-Zeiten

Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass die kulturelle Bildungslandschaft schnell ihre reguläre Arbeit wieder aufnehmen kann. Denn zum Alltag zurückzukehren heißt auch zur »Kultur« zurückzukehren. Schon jetzt wären digitale kulturelle Bildungsangebote für junge Menschen in Zeiten des Kontaktverbots wünschenswert. Obwohl viele Träger fördertechnisch und infrastrukturell noch nicht für digitale Angebote ausgerichtet sind, kann hier aktuell viel ehrenamtliches Engagement beobachtet werden, z. B. das Medienprojekt Wuppertal mit seinem Aufruf zu »Corona Diaries«. Hier werden junge Menschen motiviert, mit der Kamera aktuelle Ereignisse ihres Lebens in Form eines digitalen Tagebuchs der Krise zu dokumentieren. Einzelne Musik- und Jugendkunstschulen entwickeln erste digitale Angebote. Auch wirken Musikschullehrer beispielsweise an einer bundesweiten Initiative einer Balkonmusikaktion nach italienischem Vorbild mit.

»Soforthilfe«-Forderungen an die Politik

Allgemein muss sichergestellt werden, dass bei unterstützenden Maßnahmen Akteure der kulturellen Bildung nicht in die Kompetenzmühlen zwischen Bund, Land und Kommune oder den Ressorts Kultur, Jugend, Bildung geraten.

Im Rahmen der Soforthilfe bedarf es eines großzügigen Handlungsspielraums in der Ausschöpfung des Haushaltsrechts und Anpassung der Förderregularien, z. B. Stornierungsgebühren bzw. Ausfallhonorare als förderfähig anzuerkennen, Fristen der aktuellen Situation anzupassen, keine Rückforderung von Projektmitteln für Veranstaltungen, die nicht stattfinden können, bzw. unkomplizierte Anerkennung alternativer digitaler Formate und damit verbundener Durchführungskosten. In Teilen wird dies schon von einzelnen Fördergebern, wie beispielsweise dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand praktiziert.

Für Freiberufler und freie Träger bedarf es zudem existenzsichernder Soforthilfemaßnahmen aufgrund wegfallender Honorare und Teilnehmergebühren. Hier gilt es zu prüfen, ob die schon auf den Weg gebrachten Hilfemaßnahmen von Bund und Ländern wirklich kompatibel für das spezifische Feld der kulturellen Bildung sind.

Kombinierter Hilfe- und Zukunftsfonds für nachhaltige Strukturcsicherung

Da aktuell keiner weiß, wie lange die Einrichtungsschließungen andauern, müssen Einnahmeverluste auch langfristig kompensiert werden. Es ist sicherzustellen, dass die aktuellen umfangreichen Soforthilfemaßnahmen nicht dazu führen, dass künftige Fördermaßnahmen infrage gestellt werden. Denn speziell das Feld der kulturellen Bildung ist auf Finanzierung durch zusätzliche Projektmittel angewiesen. Eine sinnvolle Maßnahme wäre die zeitnahe Implementierung eines Zukunftsfonds, der finanziellen Ausgleich für Ausfälle von Teilnahmegebühren ermöglicht und zugleich Experimentierraum für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der kulturellen Bildung schafft, wie beispielsweise die schon lange geforderte Fortbildungsoffensive für aktuelle Querschnittsthemen

Das Einrichten eines kombinierten Hilfe- und Zukunftsfonds für eine Reorganisation der kulturellen Bildungslandschaft ist eine Investition in die Zukunft

wie Diversität, Digitalität etc. Die seit einiger Zeit in der kulturellen Bildung geforderte Digitalisierungsoffensive könnte ebenfalls Gegenstand eines solchen Zukunfts- bzw. Transformationsfonds sein. Aufgrund der Coronavirus-Krise wird verstärkt mit digitalen Formaten experimentiert. Eine zeitnahe Fördermaßnahme zur systematischen Umsetzung »kontaktarmer« analog-digitaler Aktivitäten käme nicht nur den Trägern, sondern auch jungen Menschen in der aktuellen Situation zugute. Das Einrichten eines kombinierten Hilfe-und Zukunftsfonds, der Experimentierraum für eine Reorganisation der kulturellen Bildungslandschaft in analog-digitale zeitgemäße Strukturen ermöglicht, wäre dann nicht nur eine Notmaßnahme, sondern eine Investition in die Zukunft.

Susanne Keuchel ist Vorsitzende der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) und Präsidentin des Deutschen Kulturrates

i BILDER IM SCHWERPUNKT

Der namibisch-deutsche Künstler Max Siedentopf verarbeitet mit der Bilderstrecke »How-To Survive A Deadly Global Virus« den ersten Schock der Corona-Pandemie direkt künstlerisch. Und mit seiner Anleitung »Home Alone Survival Guide« bringt er nicht nur aktuelle Kunst in Politik & Kultur, sondern gibt kreative Überlebenstipps für die häusliche Isolation. Auszüge aus beiden Bilderstrecken sind auf den Seiten 21 bis 39 zu sehen.

Siedentopf arbeitet als Designer, Verleger, Regisseur und Gründer des Magazins »Ordinary«. Er ist in Windhoek, Namibia, aufgewachsen und arbeitete bereits in Berlin, Los Angeles und Amsterdam. Aktuell lebt der multidisziplinäre Künstler in London. Seit 2013 ist Siedentopf Creative Director der Amsterdamer Werbeagentur Kessels-Kramer, zu deren jüngstem Partner er im Alter von 25 Jahren wurde. Mehr zur Arbeit von Max Siedentopf unter: maxsiedentopf.com

Soziokultur arbeitsfähig halten

Die Programme von Bund und Ländern bieten bisher keine ausreichenden Hilfen für soziokulturelle Zentren

ELLEN AHBE

Wie den Unternehmen des Handels, der Gastronomie und des Tourismus zieht das Veranstaltungs- und Kontaktverbot auch der Soziokultur den Boden unter den Füßen weg. Dies unter der prekären Bedingung, dass die Akteure der Soziokultur sich bereits seit Jahrzehnten selbst ausbeuten. Nicht profit-, sondern ideell und gemeinnützig orientiert, sind sie zudem gesetzlich an der Bildung von Rücklagen gehindert und sie müssen einen Großteil ihrer selbst erwirtschafteten Eigenmittel für Grundkosten aufbringen. Sie sind also besonders hart betroffen.

Die Leistungen der soziokulturellen Zentren als »Role Models« und Energiequellen einer offenen, demokratischen Gesellschaft sind unverzichtbar. Ob in den Problemquartieren der Großstädte oder in strukturschwachen ländlichen Gebieten: Nach der Krise werden sie von den Menschen, die deren Folgen bewältigen und wieder Fuß fassen wollen, als Orte der Kultur und Kommunikation dringender denn je gebraucht.

Bislang erhalten sie aber aus keinem der Hilfsprogramme und keiner der sonstigen Maßnahmen ausreichend Hilfe in ihrer Not. Diese muss jetzt sehr schnell und unbürokratisch erfolgen.

Sowohl unsere Datenerhebung aus 2019 als auch eine aktuelle Umfrage, an der sich fast alle unserer 566 Mitgliedseinrichtungen beteiligten, zeigen: Die Lage ist äußerst ernst. Mehr als ein Drittel der Zentren sieht seine Existenz unmittelbar bedroht. Erste Einrichtungen haben bereits ihre Schließung angekündigt.

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum von einem Monat ab dem 15. März 2020. Sie zeigen, dass der landesweite Shutdown fundamental die kaum vorhandenen Reserven der soziokulturellen Zentren und Initiativen angreift. Als unmittelbare Auswirkung von Covid-19 sind mindestens 8.000, wahrscheinlicher aber nahe 13.500 Veranstaltungen von Absagen betroffen.

Unter anderem je nach Dauer der Kontaktsperre lassen sich voraussichtlich nur zwischen 2.300 und 4.800 Veranstaltungen und kontinuierliche Angebote wie Kurse und Workshops verschieben. Dabei haben größere Zentren auch die größeren Chancen, Veranstaltungen später nachzuholen. Die durch die kleineren Zentren geleistete Nachbarschaftsarbeit entfällt hingegen meist ersatzlos.

Mehr als zwei Drittel der befragten soziokulturellen Zentren verfügen für den Fall von Betriebsschließungen auf behördliche Anordnung über keine Versicherung. Sie müssen den finanziellen Verlust selbst tragen. Je Einrichtung wird er sich auf durchschnittlich 20.500 Euro, insgesamt auf mehr als 8 Millionen Euro belaufen.

Die Verluste entstehen hauptsächlich aus fehlenden Eintrittsgeldern und Kursgebühren, aber auch aus entfallenden Mieteinnahmen.

Beinahe zwei von drei Zentren bangen zudem um ihre Projektförderungen. Es handelt sich hier um ein Gesamtvolumen von fast 19 Millionen Euro.

Der Gesamtbetrag der Betriebs-, Gemein- und Personalkosten beläuft sich laut »Statistik 2019« auf jährlich 150 Millionen Euro. Das sind fast drei Viertel der Gesamtausgaben. Nur ca. 70 Millionen Euro davon sind über institutionelle Förderung gedeckt.

Das heißt: 80 Millionen Euro müssen über Eigenmittel bzw. Projektmittel gestemmt werden. Für jeden Monat bedeutet das Kosten in Höhe von ca. 6,7 Millionen Euro. Wegen der finanziellen Einbußen fehlt also vor allem für Betriebs-, Gemein- und Personalkosten die Deckung. Der Mittelwert der Unterdeckung liegt bei knapp 13.000 Euro pro Einrichtung, die Gesamtsumme voraussichtlich bei nahezu knapp 5 Millionen.

Wir plädieren für die Einrichtung des Nothilfefonds »GAP« für die Soziokultur

Das führt zu Rupturen in der Beschäftigungssituation. In soziokulturellen Zentren sind nur 10 Prozent der Akteure versicherungspflichtig angestellt, davon wiederum nur ein Viertel mit Vollzeitstellen und die anderen mit Teilzeitstellen in Mini- und Midijobs oder im Ausbildungsverhältnis. Das Kurzarbeitergeld greift hier entweder gar nicht oder nicht existenzsichernd, denn 75 Prozent der Stellen werden mangels ausreichender finanzieller Mittel nicht tariflich vergütet.

In der jetzt akuten Situation behelfen sich Zentren mit weiteren Stundenkürzungen und mit der Anordnung von Urlaub. 33 Einrichtungen müssen bereits zum jetzigen Stand Entlassungen vornehmen. Nur 27 Einrichtungen können das Modell der Kurzarbeit nutzen. Aufgrund der gegebenen prekären Ausgangslage müssen die betroffenen Mitarbeiterinnen zusätzlich Transferleistungen beantragen.

Um die für die Soziokultur mit Sicherheit ernst bleibende Lage wenigstens abzumildern, plädieren wir vor allem für folgende Sofortmaßnahmen: Bereits bewilligte bzw. in Aussicht gestellte Projektförderungen werden – bei entsprechenden Modifizierungen der Förderbedingungen und Kompensationsmaßnahmen durch die Antragsteller – in voller Höhe ausgezahlt.

Zur Aufrechterhaltung der Strukturen wird der Nothilfefonds »GAP« eingerichtet, mit dem subsidiär zu allen anderen Hilfsprogrammen der Länder und Kommunen die Bedarfe für Grundkosten, aktivitätsbezogene Kosten und Personalkosten abgefangen werden können. Werden diese beiden Empfehlungen nicht aufgegriffen, bedeutet das einen soziokulturellen Kahlschlag.

Ellen Ahbe ist Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren

Zusammenleben. Zusammenhalten.

Volkshochschularbeit in Zeiten einer Pandemie

SASCHA REX

Das Jubiläumsjahr 100 Jahre Volkshochschule ist gerade erst kurze Zeit vorüber als weite Teile des öffentlichen Lebens und auch der Weiterbildungslandschaft heruntergefahren werden. Bundesregierung und Bundesländer haben aufgrund der Corona-Pandemie nun auch Schließungen von Volkshochschulen angeordnet. Bereits laufende Präsenzangebote wurden deshalb unterbrochen und geplante Kurse konnten gar nicht erst starten. Diese Situation ist für alle Bürgerinnen und Bürger absolut neuartig. Deshalb wird es sicherlich einige Zeit in Anspruch nehmen, alle anstehenden Probleme zu regeln und auf alle Fragen eine Antwort zu finden.

Neben Teilnehmenden, die nun nicht mehr zum Lernen und zum Austausch in die Volkshochschulen kommen können, und Mitarbeitenden, die nun vielfach von zu Hause aus arbeiten müssen, betrifft die aktuelle Lage insbesondere die große Gruppe der freiberuflichen Lehrkräfte, die eine tragende Säule der Weiterbildung sind. Volkshochschulen und ihre Verbände haben sich auch in der Vergangenheit schon für eine Verbesserung der sozialen Lage der Kursleitenden gegenüber der Politik eingesetzt.

Angesichts massenhaft drohender Honorarausfälle wird das Problem in diesen Tagen erst recht akut. Ulrich Aengenvoort, Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbands (DVV), sagt den Betroffenen deshalb die Unterstützung zu: »Der derzeitige Unterrichtsausfall an Volkshochschulen bedroht Tausende freiberufliche Kursleiterinnen und Kursleiter in ihrer Existenz. Wir setzen uns gegenüber der Politik mit großem Nachdruck dafür ein, dass die Einnahmeausfälle kompensiert werden. Wir lassen unsere Lehrkräfte nicht im Regen stehen. Denn ohne sie ist Volkshochschule nicht denkbar.«

Die laut vernehmbaren Hilferufe von Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen finden offenbar im politischen Raum Gehör, tragfähige Lösungskonzepte werden derzeit mit Hochdruck erarbeitet, die den Fortbestand der Strukturen und die wirtschaftliche Existenz betroffener Lehrkräfte sichern helfen. Dass auch Kultur und Weiterbildung über die Zeiten der Krise gerettet werden müssen, wird nicht infrage gestellt. Große Teile der deutschen Bevölkerung sind durch behördliche Anordnung gezwungen zu Hause zu bleiben. Eine große Chance, diese Zeit für das Lernen zu nutzen. Viele Volkshochschulen haben bereits digital gestützte Bildungsangebote aufgesetzt und damit eine Möglichkeit geschaffen trotz aller Einschränkungen wenigstens einen Teil des Kursbetriebs zu kompensieren. Kursleitende erhalten gerade jetzt besonderen Support, damit sie ihre Kurse online anbieten und so auch ihre Honorare sichern können.

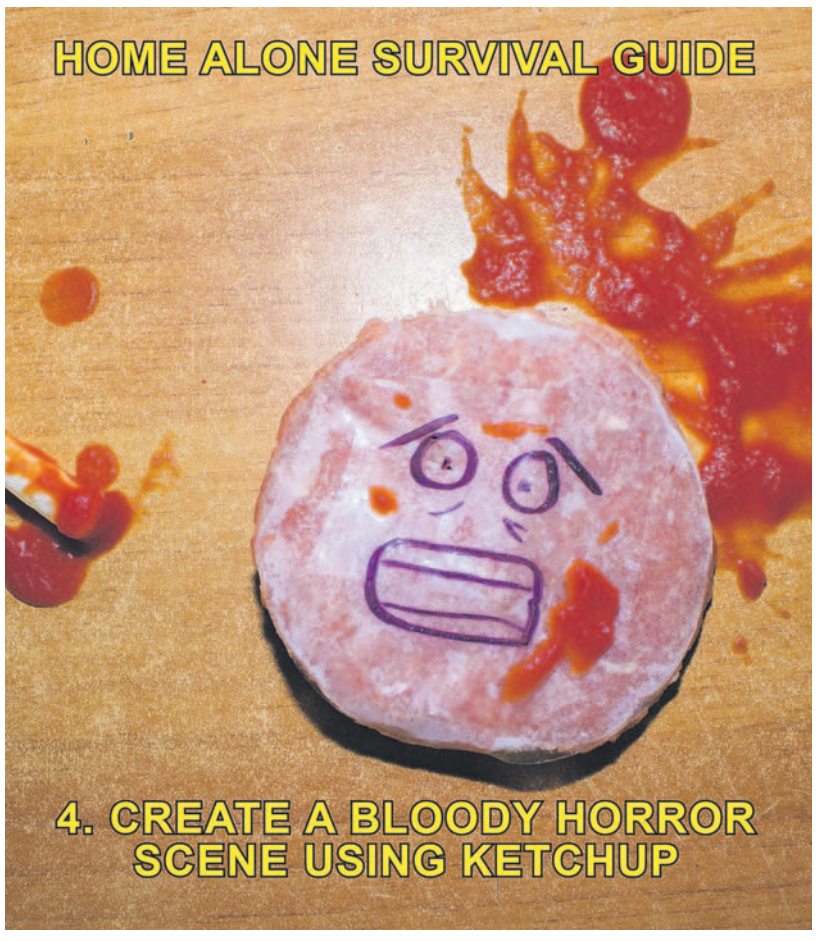
Seit 2015 verfolgt der DVV gemeinsam mit den vhs-Landesverbänden die Strategie der »Erweiterten Lernwelten«. Zunehmend werden digital gestützte Lernangebote entwickelt und Kompetenzen im digitalen Wandel vermittelt. Volkshochschulen werden hinsichtlich ihrer Organisationsentwicklung begleitet und darin unterstützt, die digitale Transformation aktiv zu gestalten. Denn gesellschaftliches und privates Leben sowie Arbeit und Bildung erfahren durch Digitalisierung und Technologisierung tiefgreifende Veränderungen. Mit der vhs.cloud unterstützt der DVV seit zwei Jahren die Volkshochschulen darin, Lehr- und Lern-Settings mithilfe digitaler Instrumente sinnvoll zu ergänzen und zu bereichern. Für online-gestützte Kurse bietet die vhs.cloud ein vollständiges Lernmanagementsystem. Volkshochschulen können einfach neue Kurse anlegen und so ihr Kursangebot erweitern. Zudem fördert die vhs.cloud den Austausch von Volkshochschulen bundesweit. Sie bietet vielfältige Möglichkeiten, online einfach mit Kolleginnen und Kollegen, Kursleitungen und Kursteilnehmenden zu kommunizieren. Mehr als 700 Volkshochschulen sind derzeit in der vhs.cloud aktiv.

Der stetige Anstieg der Kommunikation innerhalb der vhs.cloud zeigt, dass sie ein ideales Tool ist, um von überall Arbeitsprozesse abzustimmen und die eigene Weiterbildungseinrichtung voranzubringen. Mit Hilfe der vhs.cloud können Volkshochschulen, vhs-Landesverbände und der DVV Weiterbildung ortsunabhängig anbieten.

Angesichts der derzeitigen Situation haben viele Volkshochschulen zusätzliche Online-Kurse eingerichtet. Auf der zentralen Webseite volkshochschule.de werden alle Online-Lernangebote seit vergangener Woche übersichtlich dargestellt, um ortsunabhängiges Lernen unkompliziert zugänglich zu machen.

Volkshochschulen müssen keine »Corona-Ferien« machen. Sie haben mit der vhs.cloud einen Innovationsvorsprung erreicht, mit dem sie ihr selbstgestelltes Motto »Wissen teilen« auch aktuell digital einlösen können.

Sascha Rex ist Leiter der Abteilung Grundsatz des Deutscher Volkshochschul-Verbandes



FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Schritt 4: Großzügig Ketchup für Horrorszenen in der Küche einsetzen

THEMA

Ein Virus lähmt die Kulturstadt

Köln: Schnelle Hilfe und Unterstützung sind nötig

ULRICH S. SOÉNIUS

Es erscheint wie in einem Science-Fiction-Roman: Ein Virus grassiert und sorgt für den völligen Verlust von Kultur. Den Menschen entschwindet schleichend der Sinn für das »Gute, Schöne, Wahre«. Die Kulturmetropole Köln versinkt in völliger geistiger Demenz und die Bewohner verlieren so den Sinn für gesellschaftspolitische Relevanz – Szenen, wie aus Ray Bradburys »Fahrenheit 451« treten vor das geistige Auge.

Es gilt, weitere Kreise der Bevölkerung für die Kultur zu begeistern – dann kann aus der Krise auch eine Chance erwachsen

Stopp! So weit sind wir noch nicht, es gilt in schweren Zeiten den Sinn für die Realität zu bewahren. Die ist aber in Köln und in der Region, im ganzen Land, an einen schmerzlichen Punkt angekommen. Mit der zunehmenden Aufgabe von sozialen Räumen mussten immer mehr Spielstätten, Clubs, Galerien, Museen, Bibliotheken und Archive ihre Pforten schließen – das Gebot des Abstands ist das wirksamste, auch nicht zu kritisierende Mittel zur Eindämmung der Infizierung mit dem Coronavirus. Wer abends durch die Straßen geht oder mit dem Fahrrad fährt, erlebt eine leere und ruhige Stadt, die das einstige Herz, die Kultur, so schmerzlich vermisst. Kultur verbindet die Menschen – dies wird jetzt mehr als deutlich. Es ist ein schwacher Trost, dass es alle trifft.

So entsteht zumindest kein Verteilungskampf um die letzten Besucher, aber es geht allen an die Existenz. Langsam dämmert es den Verantwortlichen, dass gerade Künstler und Kreativunternehmer in teilweise prekären Verhältnissen leben und ohne Nebenverdienst nicht überleben. Immer mehr Schauspieler, Musiker, Bildende Künstler, Schriftsteller, aber auch Clubbesitzer, DJs, Requisiteure, Designer und Werbefachleute stehen mit einem Mal vor der Sorge, die nächste Miete oder den laufenden Kredit nicht zahlen zu können. Kleinstunternehmer, Soloselbständige, wie auch immer die Bezeichnungen sind – diejenigen, die mit ihrer Kunst und Kreativität vielen so viel geben, haben auf einmal nichts. Auch mittelgroße und große Unternehmen bleiben nicht verschont.

Das Literaturfestival Lit.Cologne, 111.000 Besucher in 2019, muss verschoben, zahlreiche Konzerte in der Lanxess-Arena, weltweit auf dem dritten Platz mit 1,03 Millionen verkauften Tickets in 2019, müssen abgesagt oder verlegt werden. Eine Terminverschiebung in den Herbst erlebt die ArtCologne, die weltweit älteste Messe für zeitgenössische Kunst. Kinos, Konzerte, Lesungen, Kunsthandel – alles ist nicht mehr. Manche Events harren der Dinge – die c/o pop mit jährlich 35.000 Besuchern soll Ende April stattfinden. Solange kein offizielles Verbot erlassen wird, muss Norbert Oberhaus, Geschäftsführer und Gründer, am Programm festhalten, verbunden mit allen finanziellen Risiken. Selbst bei einer Verschiebung droht Ungemach: »Wenn die Clubs wegbrechen, fehlen uns die Auftrittsorte.«

Um aus der Lähmung herauszukommen, bedarf es schneller und unbürokratischer Hilfe. Bund und Land NRW stellen, auf den letzten Drücker, Sofortmittel für kleine Unternehmen zur Verfügung. Hoffentlich kommt das Geld schnell an. NRW-Kultusministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen verkündet Unterstützung für notleidende Künstler und erhält bestehende Förderzusagen aufrecht.

Letzteres hält auch die Stadt Köln ein, wie Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach bestätigt. Sie kündigt zudem an: »Als einer der wichtigsten Bausteine wird ein Notfallfonds als städtisches Soforthilfeprogramm ins Leben gerufen, der geförderten freien Kultur-Betrieben und Kultur-Vereinen helfen soll, aus einer wirtschaftlichen Notlage wegen Corona herauszufinden.« Hilfe naht, denn die Verantwortlichen wissen, dass die Kultur zur DNA der Stadt gehört. Manfred Janssen, Geschäftsführer von KölnBusiness, der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, hat das Beratungsangebot ausgeweitet: »Es wird mit Hochdruck auf allen Ebenen an konkreten Maßnahmen gearbeitet, damit Kultur und Kreativwirtschaft das Stadtbild auch zukünftig beleben.« Bei der IHK Köln laufen die Drähte heiß – neben vielen Förderanfragen wird Aufklärung erbeten, was denn Kultur- und Kreativunternehmen in Zeiten von »Schutzverordnungen« noch dürfen. Einem Filmstudiobetreiber konnte so ermöglicht werden, Dreharbeiten durchzuführen.

FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Schritt 5: Essen teilen – immer gut

Was kommt danach? Öffentliche Institutionen können die Krise überbrücken mit digitalen Angeboten, die später hoffentlich bleiben. Auch Künstler und Kreativunternehmer wählen die digitalen Netzwerke, um ihre Werke und Produkte weiterhin anzubieten. Mit Gutscheinen werden Vorauszahlungen eingesammelt. An Solidarität mangelt es nicht – Prominente rufen dazu auf, gekaufte Tickets nicht zurückzugeben. Aber reicht das? Wichtig ist, dass wir alle als Publikum und Konsumenten den Sinn für die Kultur nicht verlieren und dies Künstler und Kreativunternehmer spüren lassen. Nur so kann eine Kulturstadt wieder aus dem Tiefschlaf erweckt und die Krise überwunden werden. Zudem gilt, weitere Kreise der Bevölkerung für die Kultur neu zu begeistern – dann kann aus der Krise auch eine Chance erwachsen.

Ulrich S. Soénius ist stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Köln und Direktor der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln

Landkreise jetzt für das »Danach« stark machen

Kommunale Kultureinrichtungen sind systemrelevant

JÖRG FREESE

Natürlich kämpft das Coronavirus nicht gegen die Kultur, ebenso wenig gegen die Wirtschaft, den Sport oder die Politik: Nein, es greift Gesundheit und Leben an. Aber die Kultur und die in der Kultur tätigen Menschen sind durch die mittelbaren Folgen der Epidemie massiv betroffen. Dies stellt natürlich ein gesamtstaatliches Thema dar, und es ist gerade auch für die Landkreise eine erhebliche Herausforderung.

Die Corona-Pandemie hat massive Auswirkungen auf das öffentliche wie das private Leben, auf die Aufgaben der öffentlichen Hand, auf Wirtschaft und Kultur und auf alles, was unser gesellschaftliches Zusammenleben angeht: Und damit sind wir schon bei der Kultur. Daher stellen sich die Landkreise nicht nur ihren auf den ersten Blick vordringlichen Aufgaben als Gesundheitsamt oder allgemeine Ordnungsbehörde, sondern auch den dahinterliegenden, grundlegenden gesellschaftlichen Herausforderungen. Es gilt nämlich, auch die immateriellen Grundlagen zu sichern, indem beispielsweise Kulturschaffende sowie die entsprechenden Dienste und Einrichtungen über die Krise hinweg wirtschaftlich und strukturell gesichert werden. Nach der Krise muss es auch ein »Danach« für diese Kulturlandschaft geben – und das so kraftvoll wie möglich.

Das Virus zeigt die Verletzlichkeit der Menschen insgesamt und jedes Individuums, aber auch unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens auf. Sogar Experten der Wirtschaft fragen sich auf einmal, ob Grenzen der Globalisierung erreicht sein könnten. Es könnte wohl sinnvoll sein, bestimmte Produkte nicht ausschließlich an völlig anderen Teilen der Welt produzieren zu lassen. All dies gilt für die Kultur in ganz anderer Weise. Denn zwar leben wir richtigerweise von und unter kulturellen Einflüssen aus der ganzen Welt. Diesen Einfluss dürfen wir nicht einschränken, er gefährdet nichts und niemanden und bereichert uns alle. Aber Kultur und kulturelles Leben findet insbesondere in lokalen und regionalen, in überschaubaren Räumen statt.

Das Leben in Landkreisen und in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist mindestens so bunt, vielfältig und divers wie das Leben in Großstädten – und wie das Leben an sich. Aber allen Landkreisen in Deutschland ist gemein, dass der Erhalt der kulturellen Infrastruktur und der Schaffenskraft der Künstlerinnen und Künstler sowie aller Kulturschaffenden zentrale Bedeutung hat. Dabei lassen sich zwei wesentliche Bereiche unterscheiden:

Kommunale Einrichtungen der Landkreise

Hierbei handelt es sich z. B. um Musikschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken, soziokulturelle Einrichtungen und vieles mehr. Hier gibt es schon jetzt in den Verwaltungen Beratungen über den finanziellen Ausgleich von entgangenen Einnahmen, über den Einsatz des fest angestellten Personals – ggf. an kurzfristig notwendigen anderen Einsatzorten oder Ähnliches. Diese Themen werden die Landkreise vor große Herausforderungen stellen, insbesondere finanzieller Art. Aber sie dürften keine existenzielle Bedrohung für diese Einrichtungen darstellen.

Wesentliches Problem im Zusammenhang mit diesen Einrichtungen und Diensten ist allerdings der Umgang mit den auf Honorarbasis beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Jeder Einzelfall ist anders, daher nur einige verallgemeinerungsfähige Aussagen hierzu: Der Deutsche Landkreistag hat die entsprechenden Fachverbände – Verband deutscher Musikschulen, Deutscher Volkshochschulverband usw. – nachdrücklich darin unterstützt, damit die auf Bundesebene getroffenen Regelungen gerade auch die betroffenen Honorarkräfte an diesen kommunalen Einrichtungen mit begünstigen.

Hier konnten wir auf die Unterstützung der Kulturstaatsministerin wie auch des Bundesarbeitsministers und weiterer Verantwortlicher in der Bundesregierung zählen. Dennoch muss weiter konkret in den Landkreisen daran gearbeitet werden, wie die Honorarkräfte, auf deren Arbeit wir in unseren Einrichtungen auch in Zukunft angewiesen sein werden, gehalten werden können und ihr wirtschaftliches Auskommen auch über eine Schließungszeit hinweg gesichert bleibt.

Kulturschaffende

Ein noch schwierigeres Feld sind diejenigen Künstlerinnen und Künstler, andere Kulturschaffende und auch Kultureinrichtungen, die im Regelfall keine direkte kommunale Unterstützung bekommen. Selbst wenn sie in Kulturentwicklungsplänen und kulturellen Bestandsaufnahmen der Landkreise aufgeführt sind, ist es schwierig, hier kurzfristig eine Unterstützung zu realisieren, die über den Schutzschirm des Bundes z. B. für Soloselbständige hinausgehen. Hierdurch können aber Institutionen nicht gesichert werden. Daher müssen entsprechende Konzepte der Landkreise, die gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und den jeweiligen Landesregierungen erarbeitet werden, in diesen Fällen greifen. Ziel muss es sein, neben den betroffenen Menschen auch den Erhalt der Einrichtungen an sich zu ermöglichen und anschließend für die Zukunft »post Corona« fit zu machen. Für das kulturelle Leben in den Landkreisen ist gerade diese Szene von besonderer Bedeutung.

Jörg Freese ist Beigeordneter des Deutschen Landkreistages

Finanzieller Schutzschirm für die Städte und Gemeinden

Zur Situation von Kultureinrichtungen in deutschen Kommunen

UWE LÜBKING

Viele kleine Kultureinrichtungen stehen gerade am finanziellen Abgrund. Für Künstlerinnen und Künstler geht es um die Existenz. Viele Soloselbständige aus dem Kulturbereich verfügen oft nur über ein durchschnittliches Monatseinkommen von rund 1.500 Euro und haben in der Regel auch keine Rücklagen. Aber auch kleinere Theater haben feste Kosten. Sie brauchen deshalb dringend Hilfe, um die großen Belastungen auszugleichen. In dem 12. Kulturpolitischen Spitzengespräch am 13. März 2020 haben die Beauftragte für Kultur und Medien des Bundes, die Kultusministerkonferenz und die kommunalen Spitzenverbände verabredet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den wirtschaftlichen Schaden für die Kultur durch die Covid-19-Pandemie abzufedern. Es handelt sich um eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung. Bund und Länder beabsichtigen, in Abstimmung mit den Kommunen im erforderlichen Umfang Finanzhilfen und Mittel für Härtefälle, insbesondere für freie Kulturschaffende sowie private Kultureinrichtungen bzw. kulturelle Veranstaltungsbetriebe, zur Verfügung zu stellen. Die vom Bundeskabinett beschlossenen und vom Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden auch den Kulturschaffenden zugute kommen.

So kann jeder für die nächsten sechs Monate Grundsicherung (ALG II) beantragen, ohne zuerst seine Rücklagen aufbrauchen oder seine Raumverhältnisse rechtfertigen zu müssen. Es gibt einen Topf mit bislang 50 Milliarden Euro für Betriebsmittelzuschüsse, auf die auch Einzelkünstler und Kleinunternehmen zugreifen können, um Engpässe zu überbrücken. Wer keine oder bis zu fünf Mitarbeiter hat, kann bis zu 9.000 Euro für die nächsten drei Monate beantragen. Für bis zu zehn Mitarbeiter kann es bis zu 15.000 Euro geben. Hinzu kommen weitere Schutzvorschriften, von denen auch die Kultur profitiert: keine Kündigungen wegen Mietverzug und eine gelockerte Insolvenzpflicht. Selbständige und Freiberufler, die aufgrund des Coronavirus einem beruflichen Tätigkeitsverbot unterliegen und dadurch einen Verdienstausfall erleiden, können nach § 56 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) eine Entschädigung erhalten. Bei unmittelbar vom Coronavirus betroffenen Unternehmen gewähren die Finanzbehörden bis Ende 2020 Stundungen von Steuerschulden. Auch können Steuervorauszahlungen angepasst werden. Auf Vollstreckungsmaßnahmen und Säumniszuschläge wird verzichtet.

Die Kulturstaatsministerin hat weitere Maßnahmen angekündigt, nämlich der weitgehende Verzicht auf Rückforderungen bei einem vorzeitigen Abbruch von geförderten Kulturprojekten und Veranstaltungen oder die Umwidmung von Mitteln und Flexibilisierung von Förderprogrammen. Zahlreiche Bundesländer haben ebenfalls spezifische Hilfsprogramme und -maßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft beschlossen. Diese Programme sollten neben den Bundeshilfen in Anspruch genommen werden können, solange keine Überkompensation erfolgt.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) setzt sich dafür ein, dass auch die Kommunen kulturelle Einrichtungen und Kulturschaffende unterstützen, wo die Mittel des Bundes und der Länder nicht ausreichen oder Lücken bestehen. Rund 50 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Kultur werden von den Kommunen aufgewendet. Dies auch deshalb, weil die Kommunen die Bedeutung der Kultur vor Ort erkannt haben. Gerade für die Attraktivität der ländlichen Räume und ihrer Gemeinden sind ein attraktives Kulturleben sowie vielfältige Möglichkeiten zur Teilnahme an Kunst- und Kulturangeboten von besonderer Bedeutung. Ein aktives Kulturleben bedeutet Lebensqualität, trägt zum Selbstwertgefühl der Menschen in den ländlichen Räumen bei, kann große verbindende Kraft entwickeln und prägt den Charakter einer Gemeinde maßgeblich mit. Dabei profitieren nicht nur diejenigen, die aktiv oder passiv am Kulturgeschehen teilnehmen, sondern die Gemeinden und die ländlichen Räume in ihrer Gesamtheit. Der DStGB hat vor Kurzem beispielsweise mit dem Bundesverband Freie Darstellende Künste und dem Dachverband Tanz darüber gesprochen, wie die Angebote gerade in den ländlichen Räumen noch gestärkt werden können. Unter der Überschrift »Wir sind längst da …« hat der DStGB auf dem Kongress Utopia des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste darüber diskutiert, wie die freien darstellenden Künste bei ihrer Arbeit, jenseits urbaner Strukturen einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung zu leisten, unterstützt werden können. Diese Unterstützung muss auch trotz oder gerade erst recht wegen der Auswirkungen der Corona-Krise fortgesetzt werden. Denn was im Kulturbereich an gewachsenen Strukturen einmal wegbricht, lässt sich so schnell nicht wieder aufbauen. Dies hätte kaum vorstellbare Auswirkungen auf die wichtige Vielfalt der Kulturlandschaft.

Ein Problem besteht aber darin, dass die Städte und Gemeinden selber einen Rettungsschirm brauchen. Die meisten öffentlichen Einrichtungen wie Theater, Museen, Schwimmbäder sind geschlossen, Einnahmen werden nicht erzielt, aber die Kosten laufen weiter. Insbesondere die Gehälter müssen gezahlt werden. Die Gewerbesteuer wird abstürzen, der Anteil der Kommunen an der Einkommensteuer wird rapide sinken. Wir brauchen deshalb auch einen finanziellen Schutzschirm für die Städte und Gemeinden. Nur so kann sichergestellt werden, dass nach Beendigung der Krise das kulturelle Leben, aber auch der Sport und andere Freizeitaktivitäten in den Städten und Gemeinden wieder funktionieren.

Uwe Lübking ist Beigeordneter für Recht, Soziales, Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Schutzschirm auch für die Kultur

Stadtkultur bewahren

KLAUS HEBBORN

Die Kultur ist nicht nur baulich oder durch die Vielfalt ihrer Angebote prägend für das Stadtbild und das Leben in der Stadt. Jeder und jede ist – in welcher Form auch immer –kulturell aktiv und nimmt am kulturellen Leben vor Ort teil. Kulturpolitik und die Förderung von Kultur sind seit jeher ein unverzichtbarer Teil integrierter Stadtpolitik und kommunaler Daseinsvorsorge. Knapp die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben für die Kultur in Deutschland werden von den Kommunen geleistet. Vor allem die größeren Städte verfügen über eine ausdifferenzierte kulturelle Infrastruktur, die wesentlich durch öffentliche Einrichtungen, wie z. B. Theater, Museen, Bibliotheken, Musikschulen oder Volkshochschulen, aber auch durch eine Vielzahl freier und privater Kultur geprägt wird. Kultur in der Stadt ist mehr als Kultur von der Stadt. Die Kulturangebote der Städte strahlen in das Umland hinaus und sind vielfach prägend für die ganze Region. Sie tragen wesentlich zum Profil einer Stadt, zur Identitätsbildung und zum interkulturellen Verständnis innerhalb der (Stadt-)Gesellschaft bei.

Angesichts dieser zentralen Rolle der Kultur sind ihre Akteure und Infrastruktur – öffentliche wie insbesondere auch freie – staatlicherseits in der gegenwärtigen Krisensituation zu schützen. Es muss verhindert werden, dass Strukturen unwiederbringbar wegbrechen.

Staatliche Unterstützung für die Kultur

Der Kulturbereich ist von den mit der Corona-Pandemie verbundenen Restriktionen massiv betroffen. Die Kultureinrichtungen sind komplett im Sinne eines »Shutdown« geschlossen. Die Versammlung von Menschen auch zu kulturellen Zwecken ist zur Verhinderung der weiteren Verbreitung des Virus untersagt. Vorstellungen und Angebote fallen aus, Einnahmen fehlen nahezu vollständig, die Kosten für Personal, Miete, den Betrieb, Steuervorauszahlungen, Versicherungen etc. laufen jedoch unvermindert weiter. Die Einrichtungen rutschen in kurzer Zeit in ein erhebliches Defizit, das deren Existenz bedroht. Bei den staatlichen und kommunalen Einrichtungen werden die öffentlichen Träger die Defizite tragen müssen, verbunden mit der Folge, dass die kommunalen Haushalte belastet und es je nach Lage zu nicht unerheblichen Einschränkungen der Kulturförderung kommen kann.

Noch kritischer sieht die Lage bei den Einrichtungen der Freien Szene aus. Hier wird vielfach ökonomisch am Limit gearbeitet. Sie geraten bereits nach kurzer Zeit der Schließung in eine existenzbedrohende Lage.

Gleiches gilt auch für die Kultur- und Kreativwirtschaft, die in Deutschland in den Bereichen Design, Architektur, Film, Verlagswesen, Software und dergleichen zunehmend einen erheblichen Anteil des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet und einen bedeutenden Bestandteil unserer Wirtschaft darstellt. Die Kulturwirtschaft ist von der Struktur ein Branchenkomplex, der durch Mikrounternehmen und freiberufliche Büros geprägt ist. Er ist ebenso anfällig für kurzfristige Liquiditätsengpässe durch wegbrechende Aufträge und zurückgehende Geschäftstätigkeit.

Vor diesem Hintergrund sind jetzt kurzfristige staatliche Hilfen dringend gefordert. Die Kultur mit ihren öffentlichen und freien Einrichtungen sowie Unternehmen ist systemrelevant. Die Hilfen müssen schnell, unbürokratisch und zielgerichtet an die Empfänger geleitet werden, um Liquidität zu sichern, soziale Härten nach Möglichkeit zu vermeiden und damit Existenzen und Strukturen für die Zukunft zu sichern.

Aus kommunaler Sicht ist dies besonders dringlich, denn in den Kommunen werden sich ansonsten die Folgen zeigen – politisch, kulturell, gesellschaftlich und finanziell.

Die Dringlichkeit der Unterstützung ist in der Politik, aber auch in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen angekommen. Vonseiten der Kulturverbände ist ein spezifisches, auf den Kultur- und Medienbereich ausgestaltetes Förder- und Unterstützungsprogramm gefordert worden. Dazu wird es seitens des Bundes wohl nicht kommen; vielmehr arbeitet die Bundesregierung an einer Gesamtstrategie, die auch Akteuren und Einrichtungen im Kulturbereich zugutekommen soll. Dieses Vorgehen ist nachvollziehbar und der bessere Weg gegenüber einem »Sonderprogramm Kultur«, das Fragen der Rechtfertigung und der Gleichbehandlung anderer Bereiche, wie z. B. des Sports, nach sich ziehen würde. Wichtiger als Sonderprogramme erscheint, dass alle Hilfs- und Unterstützungsleistungen zielgerichtet und den besonderen Bedingungen des Kulturbereiches entsprechend schnell und unbürokratisch an die notleidenden Selbständigen gebracht werden. Die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung tragen einer ersten Einschätzung Rechnung. Ein wichtiger Schritt ist ein 50-Milliarden-Euro-Programm für Soloselbständige, zu denen viele Künstlerinnen und Künstler zählen sowie Klein- bzw. Kleinstunternehmen, die im Kulturbereich besonders zahlreich sind. Mit dem erleichterten Zugang zur Grundsicherung für einen befristeten Zeitraum oder die Aufhebung von Einschränkungen, wie das vorherige Aufbrauchen bestehender Rücklagen, wird der besonderen Situation von Künstlerinnen und Künstlern Rechnung getragen. Auch die im Mietrecht vorgesehenen befristeten Änderungen können Kultureinrichtungen über diese schwere Zeit helfen. Auch die Unterstützungsmaßnahmen der Länder gehen in die gleiche Richtung. So hat z. B. das Land Nordrhein-Westfalen eine Soforthilfe für Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen auf den Weg gebracht.

Kommunale Maßnahmen

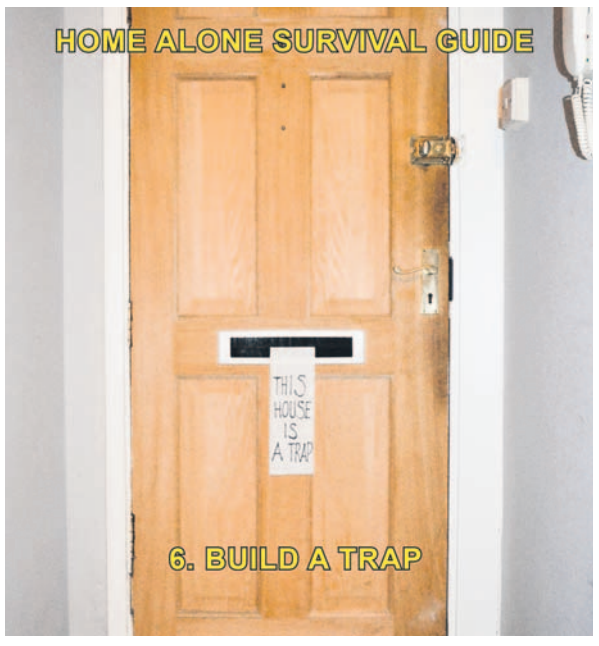
Die Kommunen werden im Zuge der von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen durch Einnahmeausfälle, z. B. in der Gewerbesteuer, einen gewaltigen Teil der Kosten zu tragen haben. Sie können darüber hinaus einen wirksamen Beitrag zur Stabilisierung und zum Erhalt ihrer kulturellen Infrastruktur vor Ort leisten. Viele Städte werden ihre bereits bewilligten bzw. derzeit noch in Prüfung befindlichen Förderungen auszahlen, auch dann, wenn Veranstaltungen und Projekte ausfallen oder verschoben werden. Geprüft werden sollte, ob bereits zugesagte institutionelle Förderungen für mehrere Quartale gleichzeitig ausgezahlt werden können, um die Liquidität der Einrichtungen zu sichern. Die Stadt Köln hat z. B. angekündigt, so zu verfahren und von kommunaler Seite Liquiditätshilfen aufzustocken. Eine wichtige kommunale Maßnahme ist, den Künstlerinnen und Künstlern dabei zu helfen, an den Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Ländern zu partizipieren und sie als »Lotse« durch die verschiedenen Programme zu begleiten.

Solidarität des Publikums

Auch das Publikum von Kulturveranstaltungen und Events kann einen solidarischen Beitrag zur Unterstützung leisten: Die Veranstalter der Coronavirus-bedingt abgesagten lit.cologne haben appelliert, ihre Tickets bis zum neuen verschobenen Termin des Literaturfestivals zu halten. Angesichts der geschätzt etwa 80.000 abgesagten Veranstaltungen in Deutschland könnten solche Solidaraktionen spürbar helfen und dazu beitragen, Insolvenzen und Existenznot zu verhindern.

Die gegenwärtige »Abwesenheit« von Kultur könnte ihre Relevanz und Bedeutung erhöhen und deutlich machen, welche Konsequenzen ein Verlust an Kultur bedeutet. Von daher besteht die Hoffnung, dass die Kultur die Krise übersteht und gestärkt aus ihr hervorgeht. Und Hoffnung ist vor allem das, was wir derzeit brauchen.

Klaus Hebborn ist Kulturdezernent des Deutschen Städtetages



FOTOS: MAX SIEDENTOPF

Schritt 6: Fallen bauen

Kurz-Schluss

Wie mir in einer mittlerweile sattsam bekannten Situation der Isolation Bruchstücke meines Werdegangs ins Gedächtnis rieselten

THEO GEIßLER

Wer, wie ich, in den späten Vierzigern des vergangenen Jahrhunderts von einem Mischlings-Ehepaar – Vater Sachse, Mutter Berlinerin – beide auch noch evangelisch – als Geburtsort eine bäuerlich christsoziale oberbayerische Gemeinde zugewiesen bekam, hat ein abenteuerliches Leben vor sich. Ich überspringe frühe eigentlich charakterfestigende, prägende Vorschuljahre und entsinne mich meiner ersten Flucht: Aus der ersten Zwergschul-Klasse im Rahmen der Einschulung. Alle 50 oder 60 Mitschülerinnen und Mitschüler präsentierten stolz ihre prächtigen Schultüten. Ich konnte nur – selbst gewähltes Elend – eine Plastikkamera im Streichholzschachtel-Format vorweisen, die statt eines belichtbaren Films beim Durchgucken zwölf kleine bunte Ansichten der reizvollen landschaftlichen Umgebung präsentierte. Was für eine Schmach. Wie der Blitz flitzte ich ins Freie, um von der überlichtschnellen Lehrerin – schwupps – eingefangen zu werden. Viel später besuchte ich, vermutlich um diese Scharte auszuwetzen, die Münchener Hochschule für Fernsehen und Film …

Als damals schmächtiger Hänfling zwischen vollmilchgemästeten Bauernmadln und -buam war ich mit einer weiteren Macke gestraft: Ich sprach »Preußisch«. Und alle Versuche, mir die guttural-vokalsatte ortsübliche Lautfärbung anzueignen, wurden von den Eingeborenen sofort erhört und mit Spott und Schande kommentiert. (Drei Jahre später schrieb ich bei der Aufnahmeprüfung ins Gymnasium zwar einen vorzüglichen Aufsatz, mit dem ich meine scheint's angeborene Rechenschwäche gut kompensieren konnte, aber was half das schon in meinem rauen Grundschul-Umfeld.)

Gelegentlich versuchte ich, mich kämpferisch zu profilieren. Es dürfte sich anfangs des zweiten Halbjahres der dritten Klasse abgespielt haben. Damals gab es noch viel Schnee, der im März erst taute und tolle Schlammpfützen entstehen ließ. In zahlreichen Ring-und-Rang-Kämpfen mit den strammen Bauernburschen hatte ich mir schon einen Mittelfeld-Platz errungen. Den Schulweg teilte ich mit einer etwas älteren Nachbarstochter namens Hanni (später eine bekannte Volksschauspielerin). Wobei »teilen« ein falscher Begriff ist: Natürlich hielt ich normalerweise ausreichenden Sicherheitsabstand. An jenem fatalen Tag ritt mich dann allerdings das Eitelkeitsteufelchen. Ich bewarf Hanni mit flott geformten Schneebällen – und traf. Unter bedauerlicher Beobachtung einiger Kumpels preschte Hanni auf mich zu, packte mich und warf mich in eine knöcheltiefe Schneematsch-Pfütze. Was umso peinlicher war, weil ich in einer sogenannten »Loden-Kotze«, einem hoch saugfähigen Filz-Poncho steckte, der sich sofort vollsog. Hannis Triumph machte viel schneller die Runde, als ich trocknen konnte. Abgesehen von allseitigem Spott erhielt ich neben einem umfangreichen Vortrag über die angemessene Behandlung zarter Mädchen (haha) eine Woche Hausarrest.

Dennoch geriet ich nicht zum Frauenhasser, wie es aus vulgärpsychologischer Sicht eigentlich angemessen gewesen wäre. Vielmehr verliebte ich mich, neunjährig, während der Proben zu einem Krippenspiel als Knecht Stachal in einen Engel namens Susi. Mein Heimatdorf hatte sich, wohl auch um weltläufig und touristisch attraktiv zu wirken, eine kleine evangelische Kirche geleistet, deren junger Pfarrer mir zum Einstand erst mal eine kräftige Ohrfeige verpasste. Ich hatte, sprachgewandt, den Liedtext »Jesus geht voran« lauthals mit »auf der Autobahn« ergänzt. Trotzdem durfte ich im Krippenspiel eine textreiche Rolle übernehmen – und Susi anhimmeln. Mein Spezl, der Rudi, ein stiller, starker künftiger Hoferbe, bekam die stumme Rolle des Josefs. Einen Stock in der Hand stand er stocksteif eine Stunde neben der Krippe. Und ich habe lange Zeit nicht verstanden, weshalb er Susis Gunst errang und nicht ich, der begnadete Krippenspiel-Star. Jahrzehnte (?) später kam mir zu Ohren, dass Susi als üppige Bäuerin an der Seite von Rudi eine satte Partie gemacht hätte. Manches dauert Zeit, damals dauerte es mich.

Immer noch halb gebrochenen Herzens wechselte ich ins Gymnasium und machte erstmals aktiv die Erfahrung: aus den Augen, aus dem Sinn. (Nicht ungestraft, gewissermaßen »passiv«, sollte mich solch Schicksal später auch des Öfteren ereilen). Neu in meinem Bildungsportefeuille sammelten sich die Fächer Latein, Musik und Kunst an. Letzteres sorgte für den ersten Oberschul-Schmerz: Es galt, Siegfried beim Töten eines Drachen zu zeichnen. Möglicherweise hatte ich damals schon ziemlich abstrakte Bildvorstellungen. Jedenfalls riss mir nach drei oder vier Stunden die »Kunstprofessorin« mein Blatt aus dem Block, lachte böse, hob es hoch, sodass es alle sehen konnten und höhnte: »Wollt ihr mal sehen, wie es aussieht, wenn man einen Kuhfladen mit dem Suppenlöffel umrührt?« Damals gehörte strenge Kritik zur üblichen humanistischen Grundausbildung. Deshalb wurde mein Werk einen Monat lang in einem Glaskasten mit Namensnennung und Prädikat »ungenügend« ausgestellt.

Tja, mit den Künsten hatte ich zu dieser Zeit ein schwieriges Verhältnis. Mein Harmonikaunterricht hatte gerade sein Ende gefunden, weil mein Tutor samt Akkordeon auf dem Gepäckträger seiner Horex 250 aus der Kurve getragen in den heimatlichen See fiel. Deshalb – Gott sei Dank – relativ weich. Instrument und Maschine waren futsch, mein Ausbilder verzog sich nach Österreich. Da stimmte es mich froh, dass ich im Schulchor des Gymnasiums dank meines glockenhellen Soprans bei der Aufführung von »Bastien und Bastienne« in der ersten Reihe stehen durfte, direkt vor unserem enthusiastisch dirigierenden und mitsingenden Prof. Als sich ein kräftiger Tropfen Sangesfreude von seinem Gaumenzäpfchen löste und exakt in meinem Mund landete, war es mit der meinen zu Ende. Seither habe ich mich der Quantenphysik und der Börsenspekulation verschrieben und den Schwur getan, mich nie wieder mit bildender Kunst oder gar Musik zu befassen. Fortsetzung folgt – vielleicht …

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: HEIKO SAKURAI

TAUBENSCHISS – DIE P&K TRUMP-FAKES

New York: Soeben geht auch in Deutschland Disney+ an den Start. Dabei zeigt sich ein Problem, das den Micky-Maus-Konzern schon lange plagt: Wo sind die neuen, wirklich originellen Stoffe? Einen neuen Pop-Stil (Schuhplattler) hat man kreiert, neue Fans an Land gezogen, hohe Nachfrage ausgelöst – es scheint nur eine Frage der Zeit, bis Disney auch im Streamingmarkt durchregieren würde. Allein es fehlt an innovativen Ideen. Deshalb hat der Konzern jetzt »Fix und Foxi«, »Tim und Struppi« sowie »Asterix und Obelix« aufgekauft – wobei Obelix für viele Dollar in Trumpix umgetauft werden soll.

Brandenburg: Der rechtsextreme Flügel in der AfD hat seine formelle Auflösung beschlossen. Nach Informationen von »Der Stürmer« verabredete die Führung um den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke sowie Andreas Kalbitz aus Brandenburg in Telefonaten und Video-Konferenzen, die Strukturen »herunterzufahren« und unter dem Namen »Flügel« keine Veranstaltungen und Internet-Aktivitäten mehr zu entfalten. Seit gut einer Woche ist der Flügel offizieller Beobachtungsfall des Bundesamts für Verfassungsschutz, das die Gruppierung eindeutig als rechtsextremistisch einstuft. »Das ist doch uns wurst« – so Höcke bei einer Bücherverbrennung in Schkeuditz. »Flügel war eh etwas altmodisch. Wir nennen uns jetzt ›Rakete‹ und bauen mit Lichtgeschwindigkeit ein neues Deutsches Reich.«

Mannheim: RTL plant die komplette restliche Staffel von »Deutschland sucht den Superstar« (DSDS) ohne Popsänger Xavier Naidoo in der Jury. Der Sänger (»Dieser Holzweg«) sei auf das Angebot des Senders, »seine widersprüchlichen Aussagen plausibel zu erklären, bis heute nicht eingegangen«. Anlass für die Trennung ist ein kurzer Videoclip, der im Netz kursiert. Das Video ist nur 55 Sekunden lang. Xavier Naidoo, 48, besingt in dem Clip Gefahren, die von Migranten ausgehen. Ungarns Viktor Orbán und Donald Trump, USA, wollen die Rechte am Song und möglichst an Naidoo komplett kaufen. Das Video soll Bestandteil der jeweiligen Nationalhymnen und zusätzlich auf Spielfilmlänge nach Naidoos Ideen vervollständigt werden. (Thg.)

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Taubenstraße 1
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst), Andreas Kolb, Maike Karnebogen

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Taubenstraße 1
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.